

61. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 26. November 1987

Mitteilungen des Präsidenten	5293 A	Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 10/2485	
Fragestunde		zweite Lesung	5306 A
Drucksache 10/2564	5293 B	Grätz (SPD)	5306 B
Drohende Bestandsverkäufe in deutschen Museen		Dr. Pohl (CDU)	5308 C
Mündliche Anfrage 164 der Frau Abg. Matthäus (CDU)	5293 C	Dr. Rohde (F.D.P.)	5311 D
Schwier, Kultusminister	5293 C	Dr. Posser, Finanzminister (als Stellvertreter des Ministerpräsidenten)	5313 A
Schließung der Fachhochschule Hagen		Ergebnis	5314 B
Mündliche Anfrage 165 des Abg. Prof. Dr. Posdorf (CDU)	5294 B	Gesetz zur vorübergehenden Regelung der Anforderungen an einen geordneten Schulbetrieb	
Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung	5294 B	– Vorschaltgesetz zum Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes und des Schulordnungs- gesetzes –	
Konspiration in Kohle und Stahl		Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P.	
Mündliche Anfrage 166 der Frau Abg. Thoben (CDU)	5303 C	Drucksache 10/2560	
Dr. Posser, Finanzminister	5303 C	erste Lesung	5314 C
Wahl des Präsidenten des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen		Reul (CDU)	5314 C, 5336 D
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD,		Schaufuß (SPD)	5318 C
der Fraktion der CDU und		Wickel (F.D.P.)	5321 B
der Fraktion der F.D.P.		Dr. Linssen (CDU)	5324 A, 5342 A
Drucksache 10/2565	5305 C	Schwier, Kultusminister	5327 C
Ergebnis	5305 D	Schultz-Tornau (F.D.P.)	5331 C
Wahl eines Landesbeauftragten für den Datenschutz		Frey (SPD)	5334 A
Wahlvorschlag der Landesregierung		Hilgers (SPD)	5338 C
Drucksache 10/2550	5305 D	Dr. Brunemeier (SPD)	5341 A
Ergebnis	5306 A	Ergebnis	5342 B
Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Rundfunkstaatsvertrag)		Entlastung des Landes Nordrhein-Westfalen bei den Kohlelasten	
Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 der Landesverfassung		Antrag der Fraktion der SPD	
Drucksache 10/2126		Drucksache 10/2557	
		in Verbindung damit:	

Erneuerung unseres Industrielandes – Wer muß was tun?

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/2566 (Neudruck)	5342 C
Schleußer (SPD)	5342 C
Dr. Rohde (F.D.P.)	5344 C, 5358 B, 5364 B
Dr. Posser, Finanzminister	5348 C, 5353 A
Frau Thoben (CDU)	5350 C
Trinius (SPD)	5353 C
Tschoeltsch (F.D.P.)	5354 B
Dr. Worms (CDU)	5355 D, 5359 C
Dr. Farthmann (SPD)	5357 B, 5363 B
Hardt (CDU)	5359 B, 5362 C, 5365 A
Westermann (SPD)	5359 D
Dr. Schaumann (F.D.P.)	5361 B
Grätz (SPD)	5362 C

Ergebnis

(siehe Namenslisten Anlagen 6 und 7)

Dr. Farthmann (SPD) (Erklärung gemäß § 62 GeschO)	5366 D
--	--------

Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordneten-gesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/2434 Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 10/2568 zweite Lesung	5367 A
---	--------

Ergebnis 5367 A

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 10/2407 Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2570 zweite und dritte Lesung	5367 A
Müller (Mülheim) (SPD)	5367 B
Schauerte (CDU)	5367 C
Dorn (F.D.P.)	5368 C

Ergebnis 5368 C

Über- und außerplanmäßige Ausgaben einschließlich der Haushaltsvorgriffe mit Beträgen von 10 000 DM und darüber im 4. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1986

Unterrichtung durch den Finanzminister
gemäß § 37 Abs. 4 LHO
– zur Beratung –
Vorlage 10/1094

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2473	5368 D
Ergebnis	5368 D

Über- und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 10 000 DM und darüber im 1. Halbjahr des Haushaltsjahres 1987

Unterrichtung durch den Finanzminister gemäß § 37 Abs. 4 LHO – zur Beratung – Vorlage 10/1214 Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2569	5369 A
Ergebnis	5369 A

Vorlage eines Finanzierungskonzepts Zukunfts-sicherung für Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/1798 Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2571	5369 A
Walsken (SPD)	5369 B
Dautzenberg (CDU)	5370 C
Dorn (F.D.P.)	5372 C
Dr. Posser, Finanzminister	5373 B
Ergebnis	5374 B

Gesetz über die Anerkennung als Markscheider (Markscheidergesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 10/2103 Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Drucksache 10/2572 zweite Lesung	5374 C
Ergebnis	5374 C

Gesetz über die Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 10/2349 Beschlußempfehlung des Kulturausschusses Drucksache 10/2554 zweite Lesung	5374 D
Ergebnis	5374 D

Förderung des Handwerks

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/2475	5374 D
--	--------

Tschoeltsch (F.D.P.) (Rede zu Protokoll – s. Anlage 1)	5377 A	Verwaltungsabkommen zur Änderung des Verwaltungsabkommens über die Brandschutzforschung	
Apostel (SPD) (Rede zu Protokoll – s. Anlage 2)	5381 A	Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 der Landesverfassung	
Harbich (CDU) (Rede zu Protokoll – s. Anlage 3)	5385 A	Drucksache 10/2304	
Dr. Posser, Finanzminister (in Vertretung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie)		Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 10/2482	5375 A
(Rede zu Protokoll – s. Anlage 4)	5389 A	Ergebnis	5375 B
Frau Witteler-Koch (F.D.P.) (Rede zu Protokoll – s. Anlage 5)	5395 A	Beschlüsse zu Petitionen – Übersicht 24 –	5375 B
Ergebnis	5375 A	Nächste Sitzungen	5375 C

Entschuldigt waren für den 26. November 1987:

Dr. Rau, Ministerpräsident
Frau Brunn, Minister für Wissenschaft
und Forschung (ab 14.00 Uhr)
Einert, Minister für Bundesangelegenheiten
(für den Vormittag)
Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
Dr. Schnoor, Innenminister (ab 15.00 Uhr)

SPD: Burger (für den Nachmittag)
Dr. Dammeyer
Gorlas (ab 15.00 Uhr)
Dr. Heinemann (Essen) (ab 15.00 Uhr)
Hunger
Kramps
Kuschke (ab 17.00 Uhr)
Marmulla (ab 13.00 Uhr)
Retz (ab 14.30 Uhr)
Frau Ridder-Melchers
Sieg
Trabalski (für den Vormittag)

CDU: Dr. Biedenkopf
Frau Decking-Schwill
Evertz
Goldmann
Kampmann
Riehemann
von Unger

5292

(A) Beginn: 10.04 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 61. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Tribüne und die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich 24 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Ich darf Sie außerdem nochmals darauf hinweisen, daß der Herr Ministerpräsident und Herr Minister Dr. Jochimsen wegen ihrer Reise mit einer Wirtschaftsdelegation nach Indien für heute entschuldigt sind. Nicht im Hause sind ferner: Herr Minister Einert heute morgen, Herr Minister Dr. Krumsiek ab 13.00 Uhr, Frau Ministerin Brunn ab 14.00 Uhr und Herr Minister Dr. Schnoor ab 15.00 Uhr.

(Dr. Pohl (CDU): Bleibt von der Landesregierung noch einer übrig? - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bitte dafür um Verständnis. Die heutige Sitzung wurde kurzfristig als Sondertermin eingeschoben. Damit ist das Fehlen von Abgeordneten zu erklären, und was bei kurzfristiger Terminplanung für Abgeordnete gilt, müssen wir fairerweise auch den Mitgliedern der Regierung zubilligen.

(B)

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 auf:

Fragestunde

Drucksache 10/2564

Mit der genannten Drucksache liegen Ihnen die Mündlichen Anfrage 163 bis 167 vor.

Ich darf zunächst mitteilen, daß die Mündliche Anfrage 163 des Herrn Abg. Dr. Pohl von der Fraktion der CDU zurückgestellt und in die Tagesordnung unserer Sitzung am 2. Dezember 1987 einbezogen wird, weil bei diesem Punkt auch aus der Sicht des Fragestellers die Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten wichtig erscheint.

Ich rufe nunmehr die

(C)Mündliche Anfrage 164

der Frau Abg. Matthäus von der Fraktion der CDU auf:

Drohende Bestandsverkäufe in deutschen Museen

Der deutsche Museumsbund hat sich beunruhigt über das Anwachsen von Meldungen aus deutschen Museen geäußert, nach denen immer häufiger Städte und Gemeinden beabsichtigen, Bauten und Umgestaltungen aus Verkäufen von Kunst- und Kulturgut aus öffentlichen Sammlungen zu finanzieren. Ursachen seien weitere notwendige Ausbaupläne für Museen bei großen Finanzschwierigkeiten, vor allem in Städten und Gemeinden.

In welchem Umfang sind derartige Verkaufsabsichten in öffentlichen Museen bekannt und welche Maßnahmen, auch im Rahmen der erforderlichen Genehmigung der jeweiligen Kommunalaufsicht, sollen ergriffen werden?

Ich bitte den Herrn Kultusminister um Beantwortung. Bitte sehr, Herr Minister!

Schwieger, Kultusminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Deutsche Museumsbund hat sich im August dieses Jahres, ausgelöst durch ihm bekanntgewordene Überlegungen in einigen wenigen Gemeinden Nordrhein-Westfalens, dagegen ausgesprochen, Museumsbesitz zu verkaufen. Anlaß für die Verkaufsüberlegungen waren weniger die Finanzierung von Kulturbauten, sondern allgemeine finanzielle Überlegungen in den jeweiligen Gemeinden. In Krefeld lösten Verkaufspläne bezüglich Bibliotheksgut, unter anderem aus dem Kaiser-Wilhelm-Museum, einen Sturm der Entrüstung aus. Sie fanden auch keine politische Mehrheit.

(D)

Die Gemeindeordnung unseres Landes enthält einen staatlichen Genehmigungsvorbehalt für Verkäufe von "Sachen, die einen künstlerischen Wert haben". Entsprechende Anträge sind in den vergangenen Jahren nicht gestellt worden. Die Landesregierung hält den Verkauf von Kulturgütern als Mittel zur Kulturförderung oder zur Haushaltskonsolidierung für grundsätzlich ungeeignet. Es wäre jedoch kaum zu beanstanden, wenn einzelne Museumsbestände an eine andere öffentliche Institution verkauft werden, wenn sie auch dort für jedermann zugänglich sind und der Erlös wiederum für Museumsgut verwandt wird. Das ist eine Art Tausch von Museumsgut.

(Minister Schwier)

- (A) Die kommunalen Aufsichtsbehörden werden, wie bereits jetzt, Anträge zur Genehmigung von Verkäufen jeglicher Art, insbesondere von Verkäufen von Kunstgegenständen äußerst zurückhaltend prüfen. Ich werde den Museen unseres Landes bei ihrer wichtigen Sammleraufgabe beistehen und mich entschieden gegen mir bekanntwerdende Verkaufspläne stellen, sofern es sich nicht um den von mir eben genannten Fall eines Wechsels zu einer anderen öffentlichen Institution handelt.

Frau Kollegin Matthäus, ich teile aber die vermutlich hinter Ihrer Anfrage stehende Sorge, daß sich, wenn wir fortsetzen, privaten Reichtum und öffentliche Armut zu produzieren, dieser private Reichtum als Anziehungspunkt für Museumsgut auswirken wird und daß dann arme öffentliche Museen verkaufen müssen, um überhaupt weiter existieren zu können.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Damit ist die Anfrage 164 erledigt.

Ich rufe nunmehr die

Mündliche Anfrage 165

des Herrn Abg. Prof. Dr. Posdorf von der Fraktion der CDU auf:

(B) Schließung der Fachhochschule Hagen

Der Westfalenpost vom 17. November 1987 war zu entnehmen, daß das Kabinett nun endgültig beschlossen hat, die Fachhochschule Hagen zu schließen.

Ist sich die Landesregierung darüber im klaren, daß derartig definitive Einzelentscheidungen ohne Vorliegen einer Gesamtkonzeption für die zukünftige Struktur der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen zu nicht abschätzbaren negativen Konsequenzen für die betroffene Region führen?

Ich bitte Frau Ministerin für Wissenschaft und Forschung um Beantwortung.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Posdorf, Sie behaupten die Entscheidung zum Standort Hagen der Fachhochschule Hagen sei eine Einzelentscheidung, die isoliert getroffen worden sei. Beides ist falsch.

Die Landesregierung hat am 17.11.1987 meinen Bericht über die zwischenzeitlich durchge-

führten Beratungen mit den Hochschulen und betroffenen Regionen zu den Entscheidungen vom 14.07.1987 zu Perspektiven der Hochschulentwicklung zur Kenntnis genommen, und sie hat für die Maßnahmen, die gesetzgeberische Schritte erfordern, einen Regierungsentwurf beschlossen, der bereits im Landtag eingebracht ist. Wenn Sie diesen Text lesen, werden Sie feststellen, daß es keine isolierte Einzelentscheidung zur Fachhochschule Hagen gibt, sondern daß die Landesregierung unter anderem gleichzeitig die Fachhochschulstudiengänge in Ostwestfalen geregelt sehen möchte.

Die Landesregierung hat aufgrund meines Berichtes ebenfalls die Grundsatzentscheidungen zur Lehrerausbildung bestätigt, und sie hat die Zielsetzung bestätigt, die Studienanfängerkapazität in der Medizin um etwa 25 % zu senken. Sie hat aber auch auf meinen Vorschlag hin davon abgesehen, die Vorklinik der Universität - Gesamthochschule - Essen zu schließen, weil gangbare Alternativen gefunden wurden, das Ziel auch ohne Schließung der Vorklinik in Essen zu erreichen. Die Landesregierung hat bestätigt, daß die Fachhochschule Köln und die Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen in Köln eine Verwaltungsgemeinschaft bilden werden. - Von einer isolierten Einzelentscheidung in Sachen Fachhochschule Hagen kann also wirklich keine Rede sein.

Die Landesregierung hat weiterhin beschlossen, dem Landtag vorzuschlagen, die Fachhochschule Hagen mit ihrem Standort Hagen aufzulösen, die Abteilung Iserlohn der Fachhochschule Hagen als Abteilung mit dem Namen Märkische Hochschule der Fachhochschule Dortmund zuzuordnen und den Fachbereich Elektrotechnik der Fachhochschule Hagen von Hagen nach Iserlohn zu verlagern. Der entsprechende Gesetzentwurf liegt, wie gesagt, dem Landtag vor. Meine Maßnahmen zielen darauf ab, die Regionen zu stärken, nicht etwa zu schädigen, und dies gilt insbesondere auch für die Märkische Region.

Sie müssen allerdings bedenken, daß sich im Bauingenieurwesen in diesem Wintersemester in Hagen weniger als 50 % der vorhandenen Kapazität eingeschrieben haben, das heißt, dieser Studiengang wurde bei den Studienanfängern nicht einmal halbvoll. Hagen steht in dieser Hinsicht sehr schlecht da.

Ich meine - und das muß dem Landtag klar sein -, daß nicht nachgefragte Studiengänge keine Stärkung, sondern letzten Endes eine Schwäche einer Region bedeuten. Uns kommt es, wie gesagt, darauf an, die Region zu stärken.

(C)

(D)

(Frau Minister Brunn)

- (A) Die Elektrotechnik von Hagen besitzt die meisten Möglichkeiten, positiv auch auf die industrielle Entwicklung der Region einzuwirken. Sie wird am Standort Iserlohn deshalb erhalten bleiben. Sie kommt dort in ein Umfeld zu Studiengängen, die hohe Affinität zur Automatisierungstechnik besitzen. Sie dürfte sich in diesem Umfeld wesentlich besser entwickeln können. Die Zuordnung von Iserlohn zur Fachhochschule Dortmund wird die Entwicklung dieses sehr lebendigen Standortes ebenso wenig negativ beeinträchtigen wie ihre bisherige Zuordnung zur Fachhochschule Hagen; eher wird das Gegenteil der Fall sein.

Iserlohn wird durch die Elektrotechnik weiter gestärkt. Die dort angebotenen Studiengänge haben sich sehr gut entwickelt. Dieser Standort wird nicht in Konkurrenz, sondern im Verbund mit der Fachhochschule Dortmund weiterzuführen sein. Ich halte dies für eine weitere standortsichernde Maßnahme.

Das Personal der in Hagen im übrigen vorhandenen Studiengänge wird teilweise auf die Fachhochschule Dortmund, teilweise auf die Fachhochschule Bochum übergeleitet. Für die Studenten wird selbstverständlich eine Beendigung des Studiums am Hochschulstandort sichergestellt.

- (B) Hagen bleibt mit der Fernuniversität Hochschulstandort. Die Fernuniversität ist unsere Hochschule mit dem stärksten Zuwachs an Studierenden. Sie wird im kommenden Jahr weiter gestärkt durch zusätzliches Personal für die Informatik und durch die Verlagerung der Elektrotechnik von Iserlohn nach Hagen.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen Frau Minister. Zu einer Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Posdorf das Wort.

Dr. Posdorf (CDU): Frau Ministerin, sind Sie wirklich so kühn zu behaupten, daß diese sektoralen Entscheidungen in bezug auf Hagen, FHBD in Köln und Ostwestfalen Ihr Strukturkonzept für die Fachhochschulen der kommenden Jahre darstellen?

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Abgeordneter, ich habe bereits gesagt, daß es sich hier nicht um isolierte Entscheidungen für Fachhochschulen handelt, sondern daß dies im Zusammenhang mit Entscheidungen für die Medizin, mit Entscheidungen für die Lehrerbildung und mit Entscheidungen für Fachhochschulstudiengänge steht.

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Minister. Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Fischer von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Fischer^{*} (CDU): Da Sie, Frau Ministerin, soeben erklärt haben, es ginge Ihnen um eine Stärkung der Region, frage ich Sie: Wie kann es für Sie eine Stärkung dieser Region bedeuten, wenn die Fachhochschule Hagen und damit ein wichtiges bildungspolitisches Infrastrukturinstrument geschlossen wird und gleichzeitig 300 Arbeitsplätze verlorengehen?

(Aigner (SPD): Die gehen doch nicht verloren!)

Präsident Denzer: Frau Minister, Sie haben das Wort!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Abgeordneter, Sie wissen - und gerade auch anhand der Vorbereitungen kann man das zeigen -, daß sich die Landesregierung eine solche Entscheidung nicht leichtmacht. Und ich denke, der Landtag, der über diese Entscheidung zu beraten haben wird, wird sich dies auch nicht leichtmachen.

Sie unterstellen in Ihrer Frage, daß die Fachhochschule bei den Studiengängen, die wir streichen wollen, in Hagen wirklich hätte positiv wirksam werden können. Hierzu sagen wir: Das sind Studiengänge, die gerade in den letzten Jahren besondere Schwierigkeiten gehabt haben und voraussichtlich auch noch haben werden. Darum sind sie gerade am Standort Hagen unter den Fachhochschulstudiengängen Nordrhein-Westfalens in praktisch allen genannten Punkten diejenigen, die sich am ungünstigsten entwickelt haben. Das muß man eindeutig sehen. Das kann man auch durch eine öffentliche Diskussion nicht beiseite reden. Dieses, so meine ich, müßte hier heute ganz klar festgehalten werden.

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Minister. Als nächster hat Herr Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P. das Wort zu einer Zusatzfrage.

Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Ministerin, zwischen der Fachhochschule Hagen und der regionalen Wirtschaft gibt es eine sehr enge Kooperation. Wir haben deshalb über 300 Unternehmen angeschrieben und nach deren Meinung gefragt. Haben Sie auch Kontakt zu den Unternehmen aufgenommen, und haben Sie deren Belange bei Ihrer Entscheidung berücksichtigt?

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Zunächst: Ich hatte den zweiten Teil der Frage von Herrn Fischer nicht beantwortet; ich bitte um Nachsicht. - Es wird durch diese Veränderung keinen Verlust

(C)

(D)

(Frau Minister Brunn)

- (A) von 300 Arbeitsplätzen geben; denn dadurch, daß der Fachbereich Elektrotechnik der Fernuniversität von Iserlohn nach Hagen verlegt wird, gibt es eine positive Entwicklung im Vergleich zu den Bereichen, die abgezogen werden. In diesem Bereich gibt es auch in erheblichem Umfang drittmittelfinanzierte Projekte, so daß wir davon ausgehen, daß die Arbeitskräftebilanz hier weitgehend nicht negativ sein wird.

Zu der Frage von Herrn Tschoeltsch sage ich, daß ich sehr wohl auch das Gespräch mit den Vertretern der Wirtschaft der Region geführt habe. Sie hat sich positiv für den Standort Hagen ausgesprochen, allerdings für eine Fachhochschule allgemein. Sie hat sich vor allem an Studiengängen interessiert gezeigt, die nicht in Hagen, sondern in Iserlohn vorhanden sind.

Sie haben von Beratungsgesprächen berichtet, die geführt würden, und von Transferaktivitäten. Die Transferaktivitäten der Fachhochschule Hagen und Iserlohn liegen allerdings in Iserlohn. Von 30 Transfergesprächen, von denen mir berichtet wurde, sind 29 in Iserlohn und eines in Hagen durchgeführt worden. Das heißt: Das wachsende Interesse der Region für die Hochschule bezieht sich auf Dinge, die in Hagen nicht vorhanden sind, sondern in Iserlohn. Das können wir stärken, indem wir Iserlohn stärken und hier die Wirtschaft der Region einbeziehen.

- (B) Präsident Denzer: Danke schön, Frau Minister. Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Kniola zu einer Zusatzfrage das Wort.

Kniola (SPD): Herr Präsident, vielen Dank für die Einleitung; aber noch frage ich für mich selbst.

(Heiterkeit)

Präsident Denzer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, überlassen Sie mir ruhig die Varianten des Aufrufs.

Kniola (SPD): Gern, Herr Präsident. - Frau Ministerin, habe ich Ihre Ausführungen insofern richtig verstanden, als eine solche Entscheidung "Schließung eines Fachhochschulstandorts" nicht durch die Landesregierung erfolgen kann, sondern durch ein Gesetz, das der Landtag zu verabschieden hat?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Ganz genau! Der entsprechende

Gesetzentwurf ist dem Landtag zugeleitet. Ich gehe davon aus, daß der Landtag das sorgfältig beraten wird und daß er Gelegenheit hat, sämtliche Fakten, die auf dem Tisch liegen, auch selbst zu beurteilen.

Präsident Denzer: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat nunmehr Herr Abg. Mohr von der Fraktion der CDU das Wort.

Mohr* (CDU): Frau Ministerin, so sehr ich den Verbleib des Standorts Höxter bei der Gesamthochschule Paderborn und auch Ihre jetzige Bemerkung, daß Sie die Region stärken wollen, begrüße, frage ich Sie dennoch: Sind Sie der Auffassung, daß mit den eher vagen Andeutungen in der Pressekonferenz und der im Gesetz vorgesehenen Feststellung, "die Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen der Universität - Gesamthochschule - Paderborn sind zum 1. April 1992 aufgehoben", ein Bestand dieser Abteilung Höxter gesichert und eine fortschrittliche Entwicklung gewährleistet ist?

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Zunächst ist ein Bestand einer Hochschule immer dann gesichert, wenn diese Hochschule von Studierenden angenommen wird. Das ist überhaupt die Voraussetzung für die Berechtigung, eine entsprechende Institution zu unterhalten. Ich glaube, das dürfen wir bei all unseren Diskussionen nicht vergessen.

Ich gehe davon aus, daß wir durch diese Entscheidung, die wir gefällt haben, den Standort Höxter tatsächlich sichern können, weil wir dem Standort in Aussicht gestellt haben, in Bereichen, die von Studierenden angenommen werden, gleichzeitig eine Verstärkung vorzunehmen, indem wir Raum geschaffen haben in Bereichen, die von Studierenden nicht angenommen werden.

Wir schlagen ja vor, in Höxter die Studiengänge Architektur und Bauwesen zu streichen, während der Studiengang Landespflege erhalten bleiben soll. In Landespflege gibt es dreimal soviel Nachfrage wie Studienplätze, und in Architektur und Bauwesen werden die Studienplätze in Höxter nicht einmal mehr zu 50 % gefüllt.

In Architektur würde, wenn es nicht ein Verteilungsstudiengang wäre, sogar nur jeder vierte Studienplatz besetzt. Das heißt: Die Studierenden fällen mit ihrer Studienortwahl eine Entscheidung. Wenn man ein offenes Studiensystem möchte, kann man nicht darüber hinweggehen.

(C)

(D)

(A) Präsident Denzer: Danke schön, Frau Minister. - Jetzt Herr Abg. Diegel von der Fraktion CDU zu einer Zusatzfrage. Ich erteile ihm das Wort.

Diegel (CDU): Frau Ministerin, ich frage Sie: Wie beurteilt die Landesregierung die massive Kritik an der Schließung der Fachhochschule, die sich sowohl aus den Reihen der Parteien, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, wie auch aus den Reihen der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Kommunen und der Verbände ergibt?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Diese massive Kritik hat uns sehr zu denken gegeben. Deshalb haben wir die Gespräche auch sehr ausführlich geführt und - wie gesagt - gerade diese Sache sehr sorgfältig beraten. Ich habe mich auch persönlich in diese Gespräche eingeschaltet.

Ich begrüße das gewachsene Interesse der Regionen für die Hochschulen, sei es in Hagen, sei es anderswo. Ich glaube, wir müssen etwas dazu tun, daß dieses Interesse, das sich in Hagen ja sehr unspezifiziert geäußert hat, weil es sich zu Studiengängen äußerte, die es in Hagen gar nicht gibt, zu einer Kooperation gelenkt und verstärkt wird. Deshalb würde ich vorschlagen - das habe ich auch schon mit Interessierten aus der Region besprochen -, daß sich gerade die Industrie aus der Region zum Beispiel an einem Förderkreis für die Märkische Hochschule beteiligt, die wir in Iserlohn haben werden; denn dahin gehört die Sache, da macht es Sinn, und da kann es erfolgreich und konstruktiv für die Zukunft wirken. Aber das industrielle Interesse für Bauingenieure wurde praktisch überhaupt nicht deutlich - das ist auch klar -, und das industrielle Interesse für die Sozialpädagogik ebenfalls nicht.

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Ministerin. - Zu einer zweiten Zusatzfrage hat das Wort Herr Abg. Dr. Posdorf von der Fraktion der CDU. Bitte, Herr Kollege!

Dr. Posdorf (CDU): Frau Ministerin, Sie haben gerade betont, daß es sich hier nicht um sektorale Entscheidungen handelt, sondern daß das Ganze ein stimmiges Konzept darstellt. Wären Sie willens und in der Lage, diesem Hohen Hause zu erklären, wie der Zusammenhang zwischen den Strukturmaßnahmen in Höxter und Minden und den medizinischen Aktivitäten, die Sie entwickelt haben, ist?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort! (C)

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Abgeordneter, als Mitglied des Wissenschaftsausschusses wissen Sie, daß wir Ihnen im Sommer dieses Jahres einen umfassenden Bericht zugeleitet haben, den der Ausschuß auch zur Kenntnis genommen hat. Darin sind die Zusammenhänge zwischen den Entscheidungen, die wir jetzt als Einzelentscheidungen zu fällen haben, durchaus dargelegt. Ich habe wenig Verständnis dafür, daß sich die Opposition einerseits gegen Veränderungen mit dem Rasenmäher - also daß man überall dasselbe tut - ausgesprochen hat und andererseits jetzt ebenfalls gegen Einzelentscheidungen ist. Ich halte es für viel sachgerechter, daß wir Hochschule für Hochschule sowohl nach den Möglichkeiten der Neuerungen und der Veränderungen wie auch nach den Notwendigkeiten der Kürzungen - die haben wir eben in bestimmten Bereichen, die nicht nachgefragt sind - durchschauen. Ich halte es für notwendig, daß auch ein Land, eine Landesregierung und ein Landtag, bereit ist, Umschichtungen vorzunehmen, daß wir Platz schaffen für Neues und nicht um jeden Preis etwas erhalten, was wir aus materiellen Gründen, aber auch aus Gründen der Zukunftsentwicklung nicht erhalten können.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Minister. - Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat nun Herr Abg. Dr. Rohde von der Fraktion der F.D.P. (D)

Dr. Rohde (F.D.P.): Frau Ministerin, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es nicht das Problem ist, daß in Hagen einige Studiengänge weniger nachgefragt werden, sondern daß es darin liegt, die Fachhochschule Hagen als Zukunftsaufgabe so attraktiv zu gestalten, daß sie ihrer Aufgabe als Entwicklungsmotor für die Modernisierung des märkischen Raums wahrnehmen kann?

Präsident Denzer: Frau Ministerin!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Gerade weil wir von dieser Überlegung ausgehen, Herr Rohde, und weil wir diese Studiengänge in der märkischen Region in Iserlohn haben, wäre es geradezu unklug, sich zu versteifen auf einen Ausbau von Studiengängen, die nicht nachgefragt sind, und die Bereiche, die nachgefragt sind und die zukunftssträftig sind - in Iserlohn gibt es die Korrosion, da gibt es funktionierenden Technologietransfer - in ihrer Entwicklung beschneiden zu wollen. Herr Abgeordneter Rohde, Sie müssen sich entscheiden, ob Sie

(Frau Minister Brunn)

- (A) für eine zukunftsorientierte Technologieentwicklung auch an Fachhochschulen sind oder ob Sie Bestände, die sich eben nicht gut entwickeln können, um jeden Preis erhalten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, genau hier stellt sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit und der Entscheidungsfähigkeit von Landespolitik. Deshalb bin ich Ihnen sehr dankbar für diese Frage. Damit wird sich der Landtag sehr entschieden beschäftigen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich nunmehr Herrn Abg. Dorn von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn (F.D.P.): Frau Ministerin, wie wollen Sie Ihre Äußerung von vorhin, daß sich personalpolitisch dort nichts entscheidend verschlechtern wird, in Übereinstimmung bringen mit der Vorlage Ihres Hauses an die Stellenplankommission über den Abbau von Personal in diesem Gesamtbereich und der Äußerung, daß das wahrscheinlich noch nicht das Ende der Fahnenstange sein wird, sondern daß sich im Jahre 1988 im Wege der Strukturveränderungen weitere Einsparungen für das Jahr 1989 ergeben werden?

- (B) Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Abgeordneter Dorn, Sie spielen auf ein Gesamtpapier an, das sich mit den langfristigen Stellenentwicklungen im Hochschulbereich beschäftigt. Sie wissen so gut wie ich, daß die geburtenschwächeren Jahrgänge, die in den 90er Jahren in den Hochschulen bestimmend sein werden, auch zu einer geringeren Auslastung des Gesamtsystems führen werden.

Nachdem wir eine Erleichterung und Verbesserung der Studienbedingungen erreicht und den Erneuerungsbedarf geregelt haben, werden wir selbstverständlich Stellen abgeben können. Aber wir haben - das ist die Grundentscheidung der Landesregierung - gesagt, daß wir zunächst die Stellenerleichterungen nutzen wollen, um jetzt eine Verbesserung der Studienbedingungen zu erreichen. Darum werden 1988 auch keine Stellen abgesetzt. Wir erhalten sogar Stellen dazu, Herr Kollege Dorn. In Hagen ist die besondere Situation, daß die Fernuniversität sehr stark wächst und die Fachhochschule in der letzten Zeit

sehr stark geschrumpft ist, anders als der Fachhochschulbereich insgesamt. - Das ist die Konstellation, vor der sich das abspielt.

(C)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Ministerin. - Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage hat nunmehr Herr Abg. Kniola von der Fraktion der SPD das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Kniola (SPD): Frau Ministerin, habe ich Sie vorhin richtig verstanden, daß Sie gesagt haben: Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung ist in ein Strukturkonzept einzubetten, das sich insofern von anderen unterscheidet, als es auf der einen Seite gesetzgeberische Maßnahmen umfaßt, auf der anderen Seite Rechtsverordnungsmaßnahmen, die, was ihre Behandlung angeht, von unterschiedlicher Qualität sind.

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Da haben Sie mich völlig richtig verstanden. Ich habe vorhin ja auch in der Einleitung zu der Anfrage die Bereiche genannt, auf die sich das bezieht. Beispielsweise erfolgt die Einstellung von weiteren Studiengängen im Lehramtsbereich im Wege der Verordnung; die Verbindung der Stellen der Fachhochschulen in Köln erfolgt im Wege des Haushalts und ist in einer ganz anderen Weise zu regeln. Aber es liegt in der Natur dieser Dinge, daß sie unterschiedliche rechtliche Qualität haben. Dies ist dem Wissenschaftsausschuß in seiner vorletzten Sitzung aber auch ausführlich dargelegt worden.

(D)

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Ministerin! - Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage hat nunmehr Herr Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P. das Wort. Bitte sehr!

Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Minister, wir wissen, wie wichtig auch Fachhochschulstandorte für die strukturelle Entwicklung einer Region sind. Ich frage Sie deshalb: Wie wollen Sie sicherstellen, daß die Wirtschaftsregion Hagen keine Nachteile durch diese Schließung erfährt?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Ich denke, die Wirtschaftsregion Hagen hat deshalb keinen Nachteil durch die Entscheidung, weil die Elektrotechnik, die für diese Region ein Schlüssel-Studiengang ist,

(Frau Minister Brunn)

- (A) wie sich in allen Gesprächen dargestellt hat, in Iserlohn - also in nächster Nähe - weiter fortgeführt wird, wodurch der gesamte Bereich gestärkt wird. Ich glaube, das ist es, worauf es für die Region Hagen ankommt.

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Ministerin. - Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich nun Herrn Abg. Dr. Schaumann von der Fraktion der F.D.P. das Wort. Bitte sehr!

Dr. Schaumann (F.D.P.): Frau Ministerin, halten Sie es nicht für außerordentlich doppelbödig - ich sehe das auch im Zusammenhang mit den beiden Fragen des Herrn Kollegen Kniola - hier so zu tun, als sei eine Entscheidung noch offen, obwohl Sie Entscheidungen gefällt haben, ohne dem Landtag ein zusammenhängendes Konzept vorzulegen?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Das Konzept liegt dem Landtag vor. Die Landesregierung hat die für sie notwendige Arbeit geleistet und legt entsprechend nacheinander Gesetzentwurf, Verordnung und Haushaltsentscheidung dem Landtag vor. Wenn Sie sich richtig erinnern, hat der Landtag in den letzten Wochen ja bereits im Zusammenhang mit diesem Konzept Entscheidungen gefällt. Durch das Gesetz hat er die Überlegungen zum Kunsthochschulbereich bestätigt, und er wird nunmehr, so hoffe ich jedenfalls, bei den Haushaltsplanberatungen für 1988 auch einige, im Zusammenhang mit diesem Konzept stehende Entscheidungen treffen. Ich danke dem Landtag dafür, daß er mich bisher bei diesen Aufgaben so unterstützt hat.

(B)

(Dorn (F.D.P.): Aber Sie haben doch nichts geplant!)

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Ministerin. - Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage hat nunmehr Herr Abg. Mohr von der Fraktion der CDU das Wort.

Mohr^{*)} (CDU): Frau Ministerin, in dem Strukturpapier ist erfreulicherweise davon die Rede, daß die sich in den Randalagen befindenden Standorte Minden und Höxter besondere Förderung erfahren sollen. In Sachen Höxter frage ich deshalb noch einmal nach, ob denn die von Ihnen angedeutete Maßnahme, wenigstens einen zweiten Studiengang in Höxter einzurichten, aus Ihrer Sicht Aussicht auf Verwirklichung hat?

Präsident Denzer: Frau Ministerin!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Wir hätten dieses als Landesregierung nicht beschlossen, wenn es nicht Aussicht hätte. Wir wollten aber den Studiengang nicht unmittelbar festlegen, weil es ein Studiengang sein, muß, der von den Studierenden auch angenommen wird; denn sonst hätte es keinen Sinn, einen solchen Beschluß zu fassen. Es muß sich um einen Studiengang und/oder eine Vertiefungsrichtung handeln, die in Beziehung zu dem, was dort bisher angeboten worden ist, steht und außerdem die Chance hat, hinreichend Studierende zu finden. In den letzten Jahren hat sich im Fachhochschulbereich an genügend Beispielen gezeigt, wie so etwas funktioniert.

(C)

Wir sind mit der Hochschule im Gespräch, und ich muß sagen, daß die Universität - Gesamthochschule - Paderborn vielleicht diejenige unter den Universitäten und Gesamthochschulen ist, die am schnellsten in der Lage ist, solche Dinge auszuarbeiten. Ich bin sehr erfreut, daß man dort sofort an die Arbeit gegangen ist und sich Gedanken gemacht hat. Ich habe keinen Zweifel, daß wir dort zu einem Ergebnis kommen werden.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Ministerin. - Zu einer dritten und letzten Zusatzfrage nunmehr Herr Abg. Dr. Posdorf von der Fraktion der CDU!

Dr. Posdorf (CDU): Frau Ministerin, Sie wissen ebenso wie ich, daß in den nächsten Jahren in Iserlohn 50 % der Stellen durch normalen Abgang frei werden. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß dem Finanzminister schon das Wasser im Munde zusammenläuft, wenn er das sieht. Ich frage Sie in diesem Zusammenhang auch unter diesen beiden Aspekten: Ist Ihre jetzige Entscheidung als eine Garantie für Iserlohn zu sehen, oder ist das auch wieder nur ein Aufschub kurz vor der Hinrichtung?

(D)

Präsident Denzer: Bitte, Frau Ministerin!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Die Landesregierung hat sich als ein wesentliches Ziel ihrer Hochschulpolitik vorgenommen, die Regionalisierung, die wir als eine Stärke unseres Systems ansehen, auch zu erhalten, und darum wollen wir natürlich den Standort Iserlohn beibehalten, und darum haben wir auch entsprechend entschieden. Wir sind der Auffassung, daß für Iserlohn überhaupt keine Probleme bestehen, weil Iserlohn nämlich keine Probleme in der Studierendennachfrage hat. Ich fände es gar nicht gut, jetzt wegen der in Hagen auftauchenden Probleme etwa anzufangen, Iserlohn "herunterzureden". Hierfür besteht

(Frau Minister Brunn)

- (A) überhaupt kein Anlaß. Wenn Sie sich die Zahlen, die Wirklichkeit in Iserlohn anschauen, dann sehen Sie, daß Iserlohn stark und gesund ist und gute Entwicklungsmöglichkeiten besitzt. Das sollte man diesem Standort nicht streitig machen, und man sollte darüber hinaus auch sehen, daß die Entscheidung, Elektrotechnik hinzuzufügen und den Korrosionsschutz verstärkt in Iserlohn auszubauen, für Iserlohn das ist, was es in der nächsten Zeit braucht, um sich zu behaupten.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Ministerin. - Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage hat nunmehr Herr Abg. Diegel von der Fraktion der CDU das Wort.

Diegel (CDU): Frau Ministerin, Sie haben vorhin sinngemäß erklärt, daß einer der Gründe, warum Sie die Fachhochschule in Hagen schließen, die Tatsache sei, daß es dort Fachbereiche gebe, mit denen der Raum Hagen nichts anfangen könne.

Frau Ministerin, ist Ihnen und der Landesregierung bekannt, daß es in allen Fachbereichen der Fachhochschule Hagen überdurchschnittlich viele Absolventen gibt, die im märkischen Raum - ich spreche nicht nur vom Hagener Raum - eine erste Anstellung finden?

Präsident Denzer: Frau Ministerin!

- (B) Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Üblicherweise ist das ein ganz normaler Vorgang, und es ist gut und richtig, daß die Absolventen der Hochschulen in ihrem jeweiligen Raum zunächst ihre erste Stelle suchen und hoffentlich auch finden. Nur: Sie haben bei den in Hagen angebotenen Studiengängen nicht nur das Problem, daß sie zum Teil sehr schlecht nachgefragt und deshalb die Studienanfängerzahlen sehr gesunken sind, sondern Sie stehen zusätzlich noch vor dem Problem, daß es sich dort um Studiengänge handelt, die von hoher Berufsanfängerarbeitslosigkeit betroffen sind, daß es sich also um Studierende handelt, die sehr schwer Erstanstellungen finden.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Ministerin. - Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Faber von der Fraktion der CDU.

Faber (CDU): Frau Minister, ist Ihnen bekannt, daß die Abteilung Minden der Fachhochschule Bielefeld in ihrer bisherigen Entwicklung trotz des von Ihnen angesprochenen zu engen Fächerspektrums sehr gute Ergebnisse gezeigt hat? Könnten Sie sich vorstellen, daß zwischen der Abteilung Minden der Fachhochschule Bielefeld und der

Fachhochschule in Bielefeld durchaus mehr Zusammenhänge zu sehen sind als Sie in Ihrer Begründung angegeben haben? Im Studium des Architekten und auch des Bauingenieurs beispielsweise stellen die Bereiche Wirtschaft und Design durchaus eine interessante Fächerkombination dar. (C)

Ist Ihnen bekannt, daß das Kriterium Ortspräferenz sicherlich anders zu sehen ist, wenn man daran denkt, daß Studenten häufig aus Kostengründen zunächst einmal in Heimatkunde ihre Studienplätze suchen?

Was viel wichtiger ist: Ihnen sind, soweit ich informiert bin, die Bedenken des Raumes Minden vorgetragen worden. Stimmen Sie mit mir darin überein, daß diese Entscheidung, die Sie vorschlagen, letztlich zu einer Ausblutung der Abteilung Minden - dann der Fachhochschule Weser/Lippe - führt?

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, ich habe Sie nicht unterbrochen, weil Sie ein neuer Kollege sind. Als Orientierung für die Zukunft: Mehr als zwei Zusatzfragen sind bei einer Worterteilung nicht unterzubringen. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Wir haben an der Abteilung Minden der Fachhochschule Bielefeld das Problem, daß dort die Zahl der Studienanfänger in den letzten fünf Jahren um 50 % abgenommen hat. Wir haben hier also, was die Studienanfängerzahlen angeht, einen ganz dramatischen, den von allen Standorten des Landes ungünstigsten Verlauf. Dieses liegt nicht unbedingt allein an Minden und der gewissen Isoliertheit des Standortes, sondern auch daran, daß Architektur und Bauingenieurwesen eben allenthalben Schwierigkeiten haben - an einigen Standorten besonders starke - und daß wir hier landesweit über eine erhebliche Überkapazität verfügen. (D)

Jetzt sagen Sie, die Zukunftsaussichten von Minden könnten vielleicht in Zusammenarbeit mit Bielefeld, wo es bisher angesiedelt ist, besser sein. Wir sind der Auffassung, daß die Zukunft von Minden deshalb bei Detmold günstiger ist, weil Detmold im Gegensatz zu Bielefeld auch Bauingenieure und Architekten hat. Bei Bielefeld bestände nur die Möglichkeit, bei weiterem Absinken der Studentenzahlen irgendwann den Standort Minden einzustellen, während nach unserer Meinung durch die Kooperation mit Detmold die Möglichkeit existiert, Minden auch in relativ kleiner Ausstattung, aber mit Vertiefungsrichtungen - denn in Minden gibt es den Wasserstraßenbau, der hochinteressant ist -, das heißt in relativ kleiner Spezialisierung

(Frau Minister Brunn)

- (A) vernünftig zu erhalten, und zwar in Abstimmung mit dem Personal. Ich weiß, daß es Schwierigkeiten landsmannschaftlicher Art gibt, weil natürlich auch historische Verbindungen bei Hochschulbeziehungen zu beachten sind. Wir haben das Problem, daß wir uns über historische Beziehungen hinwegsetzen müssen, um die Existenzfähigkeit des Standortes zu garantieren.

Hiermit wird sich sicherlich auch der Landtag ausführlich und, wie ich denke, möglicherweise auch kontrovers auseinandersetzen, denn dieses ist auch Bestandteil des Gesetzentwurfs, den wir Ihnen zuleiten. Meine Auffassung ist allerdings, daß, wenn wir die Standortgarantie ernst nehmen, ein solcher Kleinstandort, wenn Vergleichbares nur in Detmold und nicht in Bielefeld vorhanden ist, nur dann zu erhalten ist - es handelt sich um einen Kleinstandort, der, glaube ich, nicht einmal 100 Studienanfänger hat; das, was dort als Hochschulaußenstelle bestehen bleiben soll, ist kleiner als eine Hauptschule - , wenn er über eine Spezialität verfügt, mit der er sich profilieren kann und wenn dieses in personeller Abstimmung mit einer anderen Hochschule zu leisten ist.

Ich glaube, wir müssen uns darauf vorbereiten, daß diese Entwicklung nicht an Realitäten von Studienplatzwahlen von Studierenden und an Realitäten von Spezialisierungen, Schwerpunkten und Profilierungen vorbeigehen kann, wenn wir eine freie Studienplatzwahl wollen. Ich gehe davon aus, daß das doch jeder hier im Landtag will. Die Alternative wäre nur, daß wir die Studenten zuweisen und sie nicht frei wählen lassen.

(B)

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Ministerin. - Ich darf darauf aufmerksam machen, daß mir noch zwei Mündliche Anfragen vorliegen, denen das Haus sicherlich, auch im Interesse der Antragsteller, seine Aufmerksamkeit widmen wird. Ich schließe mit den nächsten fünf Wortmeldungen, nachdem dann 25 Worterteilungen erfolgt sind, diese Mündliche Anfrage ab und hoffe, daß Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind.

Als nächster hat Herr Abg. Doppmeier von der Fraktion der CDU das Wort zu einer Zusatzfrage.

Doppmeier (CDU): Frau Ministerin, ist Ihnen und der Landesregierung bekannt, daß der Raum Ostwestfalen-Lippe die Region des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem größten Entwicklungspotential ist, unter der Voraussetzung, daß die wichtigen Infrastrukturmaßnahmen im Bereich des Verkehrs durchgeführt werden? Das heißt, daß der Boykott des

Baues der A 33 seitens der Landesregierung aufgegeben werden muß und daß auch die Infrastruktur vor allen Dingen im Hochschulbereich verbessert werden muß. Stimmen Sie mit mir auch darin überein, daß Ihre Kahl-schlagpolitik im Fachhochschulbereich mit Schwerpunkt in Ostwestfalen-Lippe ein Beitrag dazu ist, dieses Entwicklungspotential praktisch zu erdrücken, und daß Sie nicht die Möglichkeit geben, dieses Entwicklungspotential zu entfalten? Ist es nicht Ihr Auftrag, Frau Ministerin - ich komme sofort zum Schluß, Herr Präsident - ,

(C)

Präsident Denzer: Ich bitte auch darum!

Doppmeier (CDU): dafür zu sorgen und Überlegungen dahingehend anzustellen, wie Sie die Standorte der Fachhochschulen - beispielsweise Höxter und Minden - durch neue attraktive Fächer verbessern und somit der Region insgesamt dienen können?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Abgeordneter, ich könnte einfach nur nein sagen. Aber ich möchte ganz klar sagen: Den Vorwurf der Kahlschlagpolitik weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe hingegen den Eindruck, daß Sie die Landesregierung und den Landtag dazu bringen wollen, nicht nachgefragte Studiengänge zu erhalten, damit wir nicht den Spielraum haben, Neues zu tun. Das ist der Gegenvorwurf, der zu erheben ist.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen doch folgendes bedenken: Wir haben in Ostwestfalen 300 Plätze für Studienanfänger im Bauingenierswesen. Davon sind 140 besetzt. Würden die Landesregierung und der Landtag hieraus keine Konsequenzen ziehen, dann würden wir uns aber dreimal dem Vorwurf mangelnder Zukunftsfähigkeit aussetzen.

(Beifall bei der SPD)

Nun will ich Ihnen noch sagen, was wir hier für Ostwestfalen tun. Die Universität Bielefeld hat sich lange dafür eingesetzt, eine technische Fakultät zu erhalten. Wir haben die Möglichkeit und die Voraussetzung dafür geschaffen, daß dies klein, aber, schrittweise in zukunftssträchtigen Bereichen, die sich die Region genau wünscht, aufgebaut wird. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, daß sich

(Frau Minister Brunn)

- (A) die Fachhochschule Bielefeld - übrigens wahrscheinlich als erste Fachhochschule europaweit, auf jeden Fall bundesweit und in Nordrhein-Westfalen - an einem EUREKA-Projekt beteiligen wird. Das sind doch Dinge, die zu unterstützen es sich lohnt. Ich frage mich, was diese Diskussion hier soll, wenn Sie uns auf der einen Seite vorwerfen wollen, daß wir uns in Zukunftsbereichen nicht engagieren und Zukunftstechnologien und was nicht alles verhindern, während Sie auf der anderen Seite selbst jede Entwicklung dieser Art nach allen Möglichkeiten behindern. Das ist doch eine ganz absurde Diskussion!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Danke schön. - Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage hat nunmehr Herr Abg. Dr. Rohde von der Fraktion der F.D.P. das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Dr. Rohde (F.D.P.): Frau Ministerin, habe ich Sie eben richtig verstanden, daß Sie dem Kollegen Kniola in Ihrer Antwort auf seine Fragen zu verstehen gegeben haben, daß es in der vollen Freiheit des Landtages als Gesetzgeber liegt, eine vernünftige Entscheidung für Hagen - ich betone: f ü r Hagen - zu fällen, und daß Sie selbst nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn sich der Gesetzgeber diese Freiheit nimmt?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort!

- (B) Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Abgeordneter Rohde, Sie kennen meinen Respekt vor dem Landtag. Gesetze macht doch immer der Landtag mit seiner Mehrheit. Ich bin lange genug Landtagsabgeordnete, um das zu wissen. Sie wissen auch, daß ich Mitglied dieser Landesregierung bin und Entscheidungen vorbereitet habe, die ich hier vertrete. Ich habe dem Landtag deutlich und klar gesagt, was ich für richtig halte. Ich habe den entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Die Landesregierung hat zweimal darüber beraten und ihn bestätigt. Ich habe die entsprechenden Vorschläge unterbreitet. Ich rate dem Landtag keineswegs, zu einer anderen Entscheidung zu kommen. Ich bitte den Landtag herzlich darum, meine Entscheidung zu bestätigen.

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Ministerin. - Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage hat nunmehr Herr Abg. Dorn von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn (F.D.P.): Frau Ministerin, nachdem Sie sich vorhin vor dem Parlament für die Aktivitäten und die Unterstützung des Parla-

ments in Sachen Kunsthochschule bedankt haben, frage ich Sie, warum Ihr Haus uns am Montag in der Stellenplankommission bestätigt hat, daß für den Bereich Kunsthochschule Essen in diesem Jahr noch nicht eine einzige der bewilligten Stellen besetzt worden ist, warum Sie trotzdem weitere Stellen beantragen und warum Ihr Haus uns mitgeteilt hat, daß Sie bis zum heutigen Zeitpunkt weder für den Standort noch für anzumietende Gebäude irgendeine Vorstellung haben, so daß die Wirksamkeit der Unterstützung des Parlaments an der Tätigkeit der Regierung gescheitert ist?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter Dorn, ob es sinnvoll ist, die Beratung von Unterausschüssen im Rahmen der Fragestunde des Plenums im Detail zu erörtern. Richtig ist, daß der Landtag erst am 16. Oktober 1987, nämlich vor gut einem Monat, die Standortentscheidungen und die Grundsatzentscheidungen zur Kunsthochschulstruktur beschlossen hat. Richtig ist auch, daß der Landtag - sollten Sie dem Etatentwurf der Landesregierung und den entsprechenden Änderungen, die zur Debatte stehen, zustimmen - im Jahre 1988, das heißt im kommenden Etat, die Voraussetzungen mit den notwendigen Stellen durch Umschichtungen dafür schaffen wird, daß die Erweiterung der Folkwang-Hochschule möglich wird. Was im Unterausschuß im Detail beraten worden ist, kann ich nicht sagen, weil ich nicht anwesend war. Ich meine aber, daß sich das sehr schnell in dem entsprechenden Ausschuß aufklären läßt. Das sollten wir auch an dem entsprechenden Ort tun.

Präsident Denzer: Danke schön. - Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage hat das Wort Herr Abg. Dr. Fischer von der Fraktion der CDU. Herr Kollege, bitte sehr!

Dr. Fischer^{*)} (CDU): Da Sie eben sehr richtig festgestellt haben, Frau Minister, daß dieses Parlament erst in wenigen Monaten die Schließung der Fachhochschule Hagen durchsetzen kann, frage ich Sie: Stimmen Sie mit mir darüber überein, daß es psychologisch unmöglich ist und daß jegliches politisches Fingerspitzengefühl fehlt, wenn bereits heute Stellen der noch bestehenden Fachhochschule Hagen anderen Hochschulen zugewiesen werden?

Präsident Denzer: Frau Ministerin, Sie haben das Wort!

(C)

(D)

- (A) Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Auch das ist ein Detail aus der Haushaltsplanberatung, das heute morgen im Wissenschaftsausschuß eine Rolle gespielt hat. Wenn gewünscht wird, daß ich im Rahmen der Fragestunde dazu Auskunft geben soll, dann tue ich das gern.

Ich kann nur folgendes feststellen: In der Fachhochschule Hagen besteht aufgrund dessen, daß die Studenten den Studiengang Bauingenieurwesen nicht auslasten, ein Personalüberhang, egal wie wir diese Hochschule zuordnen. Der Landtag ist bereit, die nicht besetzten Stellen in diesem Personalüberhang einer Hochschule zuzuweisen, die erheblichen Bedarf hat, nämlich der Fernuniversität für den Fachbereich Informatik. In meinen Augen ist es ein konstruktiver Beitrag des Landtages, von einem nicht ausgelasteten in einen überlasteten Bereich umzuschichten. Das ist genau das, was wir auch hier im Rahmen der großen Politik tun wollen, was durch die Stellenplanentscheidung - wenn der Landtag dem folgt - ermöglicht wird.

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Ministerin. - Die letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg. Dr. Schaumann. Sie haben das Wort, Herr Kollege!

- (B) Dr. Schaumann (F.D.P.): Frau Ministerin! Ich möchte Sie fragen, nachdem Sie bisher als einziges Kriterium für Ihre auf die Fachhochschulen bezogenen Planungen die Studiennachfrage eingeführt haben, ob der Landtag davon ausgehen muß, daß in Ihrer Hochschulplanung dies das einzige Kriterium sein wird beziehungsweise gewesen ist? Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich Sie, dem Plenum doch zu sagen, an welchen weiteren Kriterien mit welchem Gewicht Sie sich mit Ihren Perspektiven für die Hochschulen dieses Landes zu orientieren gewillt sind.

Präsident Denzer: Frau Ministerin!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Wir haben Ihnen Mitte Juli einen ausführlichen, 95 Seiten langen Bericht zugeleitet. Ich wäre wirklich dankbar, wenn wir das anhand dieses Berichtes im Fachausschuß diskutieren könnten. Selbstverständlich gibt es wesentlich mehr Kriterien als Sie eben genannt haben.

Präsident Denzer: Danke schön, Frau Ministerin. - Damit ist die Mündliche Anfrage 165 erledigt.

Ich rufe nunmehr die

Mündliche Anfrage 166

der Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU auf:

Konspiration in Kohle und Stahl

In seinem Grußwort vor dem Steinkohlentag hat der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herr Prof. Dr. Jochimsen, am 10. November 1987 wörtlich ausgeführt:

"Die Probleme von Kohle und Stahl treten zum erstenmal gleichzeitig auf - und vielleicht ist das sogar gewollt."

Die Aussage im ersten Teil des Satzes mag dahingestellt bleiben. Was meint der Wirtschaftsminister mit dem zweiten Teil seiner Aussage?

Ich bitte den Herrn Finanzminister in Vertretung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie um Beantwortung. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Jochimsen hat in seiner Rede auf dem Steinkohlentag in Essen am 10. November 1987 keinen Konspirationsverdacht erhoben und hat mit seinen Äußerungen weder die Unternehmen noch die Gewerkschaften von Kohle und Stahl angesprochen. Wohl aber hat er darauf aufmerksam machen wollen, daß in der Politik manchem die Kumulation der Probleme von Kohle und Stahl in den Montanrevieren nicht ganz ungelegen zu sein scheint. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die seit dem Frühjahr dieses Jahres betriebene Diskussion über angeblich sterbende Branchen, die mit riesigen Subventionen nur künstlich am Leben gehalten würden, wodurch angeblich der gesamten Volkswirtschaft Schaden zugefügt würde.

Entsprechend hat Herr Jochimsen die Berichterstattung in einer nordrhein-westfälischen Zeitung vom 11. November 1987 in einem Leserbrief vom 12. November 1987 in dem Sinne zurückgewiesen, wie ich Ihnen jetzt geantwortet habe.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage hat nunmehr Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Thoben (CDU): Darf ich Ihre Antwort, Herr Posser, so auffassen, daß der Minister damit die Aussage, es sei gewollt, daß das Zusammentreffen, zurücknimmt?

(C)

(D)

(A) Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Ich habe den Originaltext der Rede bei mir, Frau Kollegin Thoben, wie er auch auf dem Steinkohlentag am 10. November verteilt worden ist.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Da hat er sich vom Text gelöst!)

Dieser Originaltext, an den er sich gehalten hat,

(Tschoeltsch (F.D.P.): Nein!)

- Ich kann nur sagen, daß ich den Originaltext hier habe; mir ist gesagt worden, das hätte er auch so gesagt. - enthält das Wort nicht. Ich will Ihnen das einmal vorlesen. Da heißt es, die Zukunft der Kohle und des Stahls könne nur bei einer langfristigen Perspektive gelingen. Und weiter:

... und nicht mit einer Politik, die von der Steinkohle als Restgröße ausgeht, einer Politik, die dies auch beim Stahl hinnimmt, wenn auch aus ganz anderen Gründen, aber erstmals in der Nachkriegsentwicklung voll gleichzeitig. Manchem kommt dies wohl nicht ungelegen, daß wesentliche Existenz- und Lebensgrundlagen unserer Montanwirtschaft wie unserer Montanunion gleichzeitig, kumuliert, konzentriert in Frage gestellt werden.

(B) Also: Das Wort, das sei gewollt, findet sich im Originaltext nicht.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage haben Sie, Frau Kollegin Thoben, das Wort.

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, wollen Sie damit sagen, daß ein falsches wörtliches Zitat aus seiner vielleicht in dieser Passage frei gehaltenen Rede das "Handelsblatt" zu einem Kommentar veranlaßt hat?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Frau Kollegin Thoben, der Leserbrief vom 12. November auf die Berichterstattung vom 11. November war an die Redaktion des "Handelsblatts" gerichtet. Darin hat Herr Jochimsen seine Stellungnahme genau in dem Sinne abgegeben, wie ich Ihre Frage beantwortet habe. Er hat den Konspirationsverdacht ausdrücklich zurückgewiesen.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat

nunmehr Herr Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P. das Wort. (C)

Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Minister, ich entnehme Ihren Worten - ich frage Sie, ob Sie da zustimmen -, daß sich der Wirtschaftsminister offensichtlich nur an die Textvorlage hält und gar nicht daran zu denken ist, daß er auch einmal ein freies Wort spricht.

(Aigner (SPD): Dummes Geschwätz!)

Präsident Denzer: Herr Minister!

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Kollege Tschoeltsch, ich bin lange genug Mitglied der Landesregierung, um zu wissen, daß man bei Reden gelegentlich vom Manuskript abweicht, daß man auch auf Zurufe oder vorausgegangene Reden eingeht, was im Manuskript nicht vorgesehen ist.

Hier ist mir gesagt worden, es verhalte sich so, wie ich auf die Frage der Frau Kollegin Thoben geantwortet habe und wie es sich aus den mir vorliegenden Unterlagen ergibt, insbesondere auch aus dem Leserbrief, der an die Redaktion des "Handelsblattes" gerichtet worden ist.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Damit ist die Mündliche Anfrage - -

(Frau Abg. Thoben (CDU) meldet sich zu Wort.)

Frau Kollegin, wollen Sie noch Ihre Zusatzfrage stellen? Dann wird die andere Mündliche Anfrage zurückgestellt; denn die Zeit ist abgelaufen. Ich wollte die Gelegenheit benutzen, sie heute noch unterzubringen. (D)

(Dr. Pohl (CDU): Nein, lassen Sie die Kollegin!)

- Gut! Dann wird damit die Fragestunde abgeschlossen. - Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, da wir zu einem späteren Tagesordnungspunkt heute ebenfalls Themen behandeln, für die die Anwesenheit des Wirtschaftsministers offenbar als entbehrlich angesehen wird, an Sie noch einmal die Frage: Würden Sie dann, wenn es eine Abweichung vom Manuskript in freier Rede gegeben hat, die wörtlich so zitiert worden ist, wie sie hier als Frage eingebracht ist, die Einlassung des Ministers so verstehen, daß er diese Art Äußerung zurücknimmt?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

(A) Dr. Posser, Finanzminister: Frau Kollegin Thoben, Sie haben in Ihrer jetzigen Frage im Indikativ unterstellt, daß Herr Minister Jochimsen abgewichen sei.

(Frau Thoben (CDU): Ja!)

Das ist für mich, der ich nicht dabei war, eine Unterstellung, zu der ich nichts sagen kann. Ich habe als Unterlage nur den Leserbrief, den Herr Jochimsen an die Redaktion des "Handelsblattes" gerichtet hat. Da hat er nichts zurückgenommen, sondern er hat ausdrücklich mitgeteilt, er habe keinen Konspirationsverdacht erhoben. Die weitere Stütze für die Beantwortung Ihrer Frage ist für mich das Original der Rede, in der ebenfalls ein solcher Konspirationsverdacht nicht erhoben ist.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Damit ist die Mündliche Anfrage 166 - -

(Widerspruch der Abgeordneten Frau Thoben (CDU) und Dr. Rohde (F.D.P.))

Das Präsidium besteht nicht nur aus dem Präsidenten, sondern auch aus den Schriftführern. Ich habe ausdrücklich gefragt. Aber, verehrter Herr Kollege Rohde - was soll's? -, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

(B) Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Minister, nachdem Sie soeben für die Landesregierung erklärt haben, weder Herr Minister Jochimsen noch jemand sonst habe einen Konspirationsverdacht erhoben, sind Sie nicht dann mit mir auch der Auffassung, daß die Äußerung von Herrn Minister Jochimsen in der Presseerklärung vom 6. November 1987 zu dem Gesetz nach Art. 104 Abs. 4 GG entfallen muß, wo Herr Jochimsen nämlich gesagt hat - ich zitiere wörtlich -: "Die Bundesregierung will Nordrhein-Westfalen aus politischen Gründen nicht helfen"?

Präsident Denzer: Herr Minister, bitte schön!

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Kollege Rohde, das, was Sie jetzt zitieren aus einer Pressemitteilung, die ich gegenwärtig nicht zur Hand habe, kann sich auf einen ganz anderen Sachverhalt beziehen; das weiß ich nicht. Zu der Frage, die Frau Kollegin Thoben aufgeworfen hat, habe ich in dem Sinne geantwortet, wie mir die zur Verfügung stehenden Unterlagen es zeigen.

Ob Herr Jochimsen in einem anderen Zusammenhang davon gesprochen hat, daß aus politischen Gründen Nordrhein-Westfalen benach-

teiligt werde - das kann durchaus richtig sein; aber ich weiß nicht, auf welchen Zusammenhang sich das bezogen hat. Ich kann Ihnen jedenfalls sagen: Ich kann dieselbe Behauptung wie Herr Jochimsen aufstellen und sogar beweisen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Das war auch nicht Gegenstand der Mündlichen Anfrage, Herr Kollege Rohde. Damit ist die Mündliche Anfrage 166 nun endgültig für heute erledigt. - Ich schließe die Fragestunde.

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich rufe nun Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Wahl des Präsidenten des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2565

Ich verweise auf den Ihnen vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag aller drei Fraktionen. Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Landesrechnungshof werden der Präsident, der Vizepräsident und die anderen Mitglieder des Landesrechnungshofs vom Landtag ohne Aussprache gewählt.

(D) Ich lasse daher über den Wahlvorschlag abstimmen. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Wahlvorschlag Drucksache 10/2565 einstimmig angenommen und somit Herr Staatssekretär Dr. Munzert zum neuen Präsidenten des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Wahl eines Landesbeauftragten für den Datenschutz

Wahlvorschlag der Landesregierung
Drucksache 10/2550

Mit der genannten Drucksache liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Landesregierung vor, wonach Herr Ministerialdirigent Hans Maier-Bode zum Landesbeauftragten für den Datenschutz vorgeschlagen wird. Nach § 24 des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen wählt der Landtag auf Vorschlag der Landesregie-

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) rung den Landesbeauftragten für den Datenschutz mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder. Das bedeutet, daß zur Annahme des Wahlvorschlages 114 Stimmen erforderlich sind.

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich komme damit zur Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 10/2550 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Wahlvorschlag ist damit einstimmig angenommen. Gemäß § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung stelle ich ausdrücklich fest, daß damit die nach § 24 des Datenschutzgesetzes erforderliche qualifizierte Mehrheit der Stimmen erreicht ist.

Ich komme nunmehr zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens
(Rundfunkstaatsvertrag)

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 der Landesverfassung
Drucksache 10/2126

Beschlußempfehlung des Hauptausschusses
Drucksache 10/2485
zweite Lesung

(B)

Ich verweise auf die Ihnen vorliegende Beschlußempfehlung des Hauptausschusses und eröffne die Beratung. Wer wünscht das Wort? - Ich erteile es Herrn Abg. Grätz für die Fraktion der SPD.

Grätz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anlaß der heutigen, eingeschobenen Sitzung des Landtags ist die Verabschiedung eines der wichtigsten Gesetze dieses Jahres: des Rundfunkstaatsvertrages.

Dieser Staatsvertrag, dem eine in diesem Hause seltene Einstimmigkeit beschieden sein wird, stellt sich für mich als eine bestandene Bewährungsprobe des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland dar. Er ist der faire Kompromiß zwischen den Bundesländern, aber auch zwischen den vorher unversöhnlich erscheinenden medienpolitischen Grundorientierungen. Mit ihm wird ein mehrjähriger medienpolitischer Machtkampf in der Bundesrepublik vorläufig abgeschlossen. Gleichwohl, meine Damen und Herren: In der Medienpolitik wird nicht nur hier und heute, sondern auch in der Zukunft weiter munter gestritten und um programmatische und andere Platzvorteile gerungen werden.

Anzumerken ist auch, meine Damen und Herren - nicht nur, weil es die Opposition auf ihren Stühlen immer unruhig macht - : Der Ministerpräsident unseres Landes hat in der entscheidenden Schlußphase der Verhandlungen um dieses Gesetzeswerk ein besonderes Engagement bewiesen, das uns aus den Verhandlungen überliefert ist und für das wir ihm auch im Interesse des Landes und im Interesse des Föderalismus ein Dankeschön schulden.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist dieser Staatsvertrag ein Kompromiß. Allerdings, so meine ich, kein fauler. Jeder findet im Vertragswerk aus seinen Überzeugungen heraus Regelungen, die ihm nicht recht schmecken werden. Somit ist eine Form von Ausgewogenheit hergestellt, wie wir sie uns in manchen Fernsehprogrammen mehr wünschen, als dies heute bei einigen Sendern zu erkennen ist.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige wichtige Aspekte dieses Vertragswerkes in Erinnerung rufen: Die Landesregierung nennt als Kernpunkt des Staatsvertrages die Normierung von Grundsätzen für ein sogenanntes duales Rundfunksystem und beruft sich dabei sicherlich auch auf die Festlegung des vierten Rundfunkurteils, das meines Erachtens eine Wegweisung für den Rest dieses Jahrhunderts enthält. Ich bin in diesem Zusammenhang nicht der Meinung einiger konservativer Kommentatoren, die hoffend von einem Übergangsurteil sprechen. Natürlich weiß man andererseits auch nicht, ob diese neue Rundfunkordnung so lange hält wie die alte, nämlich rund 30 Jahre.

Den Schutzklauseln für den Bestand und die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stehen im Vertragswerk Entfaltungsklauseln für künftige private Systeme gegenüber. Allerdings: Wenn die Präambel des Vertrages als Zielsetzung formuliert, daß die Informationsvielfalt und das kulturelle Angebot im deutschsprachigen Raum gestärkt werden sollen, dann ist dies natürlich vorerst nur eine Hoffnung, noch keineswegs eine Gewißheit.

Den Privaten ist, besonders gemessen an dem Stand der Bremerhavener Verhandlungen von 1984, ein weiteres Entgegenkommen konzidiert worden. Sie sollen nicht nur ausreichende Satellitenfrequenzen, sondern auch zusätzlich verfügbare terrestrische Frequenzen erhalten. Festzuhalten bleibt allerdings, daß dies ausdrücklich nur für Fernsehfrequenzen gilt; von terrestrischen Hörfunkprogrammen für Private ist im Staatsvertrag, wohl aus gutem Grund, keine Rede.

(C)

(D)

(Grätz (SPD))

- (A) Wir in Nordrhein-Westfalen sehen die Ausführungen des Artikels 1 des Vertrages als Verpflichtung, nämlich unser Land zur Ausgestaltung des künftigen, privat betriebenen Westkanals aufzurufen. Deshalb bitten wir die Landesregierung, bald einen entsprechenden Teilstaatsvertragsentwurf im Parlament vorzulegen.

(Eifring (CDU): Und einen neuen Satelliten hochzuschießen!)

- Wir werden sehen; das zeigt sich in den nächsten Tagen, Herr Kollege Eifring. Sonst wird es ja ein bißchen eng.

(Dr. Pohl (CDU): Das kann man wohl sagen. Dann geht das Ganze wieder los.)

Meine Damen und Herren! Was anders als eine Unterstreichung der jahrelang beschworenen Bestands- und Entwicklungsgarantie ist die ausgesprochene Verpflichtung gegenüber ARD und ZDF, jeweils ein zusätzliches Satellitenprogramm mit kulturellem Schwerpunkt zu betreiben und beide Systeme zur Teilnahme an einem weiteren europäischen Programm zu berechtigen? Diese hohen Anforderungen an die öffentlich-rechtlichen Systeme, die offenbar auch eine Fixierung des Begriffs der Grundversorgung im Auge haben, können allerdings auf Dauer nur durch eine entsprechende Gebührenabsicherung realisiert werden.

- (B) Damit ist natürlich die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Artikel 3 angesprochen, die sich immer mehr in der Formel des sogenannten politischen Brotpreises darstellt und die in einem fast unerträglichen, so meine ich, Spannungsverhältnis zur Aufrechterhaltung der Rundfunkfreiheit steht. Richtigerweise nennt der Staatsvertrag die Gebühr weiterhin die vorrangige Finanzierungsquelle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und verknüpft diese Aussage noch einmal mit der wichtigen Feststellung, daß auch künftig das Bereithalten eines Rundfunkempfangsgerätes die Rundfunkgebührenpflicht des Bürgers begründet.

Gleichzeitig wird aber der Finanzausgleich auch in diesem Staatsvertrag noch festgeschrieben. Dies ist zweifellos ein Opfer des Landes Nordrhein-Westfalen und insbesondere seiner Landesrundfunkanstalt, des Westdeutschen Rundfunks Köln. Dieses Opfer fordert schon seit Jahren einen hohen Finanzausgleich, der den WDR in eine finanzielle Zerreißprobe führt. Leider ist dieser Finanzausgleich als Prinzip bis 1998 festgeschrieben worden. Allerdings wird diese starrsinnige Bestrafung für nicht begangenen

Frevel der größten ARD-Anstalt gemildert durch die Möglichkeit, die künftige Gebührenentwicklung mit Kündigungsklauseln bei den Werbebegrenzungen zu verbinden.

(C)

Es ist von besonderer Bedeutung, daß Artikel 4 festhält, daß nunmehr mindestens alle zwei Jahre festgestellt werden muß, welchen Finanzbedarf der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat. Auch dies ist übrigens immer noch eine Regelung, gegen die jede Gewerkschaft nachhaltigste Bedenken anmelden würde.

Meine Damen und Herren, bei den vier Kriterien, die bei der künftigen Kostenermittlung insbesondere zu beachten sind, scheinen mir zwei neu und besonders wichtig: erstens, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Teilhabe an neuen rundfunktechnischen Möglichkeiten zu eröffnen, und zweitens, die besondere Kostenentwicklung im Medienbereich, die von den allgemeinen Preisentwicklungen abweicht, zu bewerten. Gleichzeitig ist der Hinweis des Staatsvertrages wohl nicht zufällig, daß bei der künftigen Kostenermittlung ein hoher Grad an Objektivierbarkeit erreicht werden soll.

Unter dem Strich, meine Damen und Herren: Künftig muß über die Anpassung oder Nichtanpassung der Gebühr jeweils spätestens nach zwei Jahren entschieden werden. Es gibt kein politisches Ausweichen mehr, und das ist gut. Die KEF - die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten - hat dies nun trotz des faktisch schon gültigen Staatsvertrages noch einmal versucht. In der Tat hat sie sich anheischig gemacht, in ihrem in dieser Woche vorgelegten 6. Bericht nicht nur über einen Zwei-Jahre-Rhythmus zu urteilen, sondern wiederum eine verbindliche Gebührenempfehlung für vier Jahre festzulegen. Ich meine, hier ist Anmaßung am Werk.

(D)

Der Artikel 6, der die Finanzierung besonderer Aufgaben - spricht: der Landesmedienanstalten - regelt, stellt sicherlich für manche ein Ärgernis dar, zumal die Benutzung eines Gebührenanteils für sachfremde Aufgaben vermutet werden kann. Gleichwohl, das Erfordernis des Kompromisses und die Entlastung auch unserer nordrhein-westfälischen Landeskasse machen die Sache schmackhaft. Wichtig bleibt festzuhalten, daß die Finanzierung privater Veranstalter aus Gebühren unzulässig ist, also weder "Staatsknete" noch Bürgergeld für privaten Wagemut zur Verfügung steht.

Die Zulassungsbedingungen und die Finanzierungsmöglichkeiten für privaten Rundfunk, die Artikel 7 des Staatsvertrages normiert, sind, so meine ich, rundheraus als großzügig

(Grätz (SPD))

- (A) zu betrachten. In diesem Zusammenhang ist es auch lobenswert, daß sich die Verfasser des Staatsvertrages gutgemeinte Gedanken über Werbungsauswüchse, Einhaltung des Jugendschutzes und Kennzeichnung von Sponsoren im privaten Rundfunk gemacht haben. Nutzen wird dies alles nicht sehr viel. Davor stehen insbesondere ausländische Erfahrungen und die Erkenntnis, daß die mehrheitlichen Betreiber künftigen privaten Rundfunks neben einer bestimmten gesellschaftspolitischen Missionsaufgabe vor allen Dingen ihre eigene Ökonomie im Visier haben. Beides erfordert die Einhaltung nur eines Minimalkatalogs von ordnungspolitischen und moralischen Anforderungen. - Aber, Schwamm drüber, meine Damen und Herren! Dies wird vorhersehbar ein bleibend hoher Preis bei der Einführung privaten Rundfunks sein.

Ähnlich sind die gutgemeinten Ausführungen im Artikel 8 zu bewerten, der Meinungsvielfalt im privaten Rundfunk und die Aufnahme von Interessenten mit kulturellen Programmbeiträgen anmahnt. Ich fürchte, die Praxis der nächsten Jahre wird diesen Artikel entzaubern, ohne ihn justitiabel zu widerlegen.

So sind auch die in Artikel 9 formulierten Programmgrundsätze für künftigen privaten Rundfunk sicher schöne Worte. Auch hier wird die Realität ihre Eigengesetzlichkeit entwickeln.

- (B) Sowenig ich künftigen privaten Rundfunk als denkbarem Kulturfaktor zutraue, in einem bin ich im Unterschied zu manchem Pessimisten allerdings sicher: Er wird gesellschaftliche Anforderungen, die den Bereich des Jugendschutzes, der Pornographie und einvernehmliche sittliche Grundsätze betreffen, ganz überwiegend auch einhalten.

Schließlich und endlich, meine Damen und Herren: Bei der Weiterverbreitung von herangeführten Programmen, die in Artikel 11 erwähnt werden, sprechen sich der Staatsvertrag und unsere heutige Entscheidung für einen unumwunden freien Informationsfluß auch über Grenzen hinaus aus.

Ich verschweige nicht, daß wir Sozialdemokraten hier früher puristischer waren. Doch wir bekennen uns heute ohne Wenn und Aber zu diesem freien Informationsfluß, freilich nicht, weil wir die Vielzahl der künftig auf uns einströmenden Programme inhaltlich billigen oder sie gar für besonders sehenswert halten.

Der Staatsvertrag, meine Damen und Herren, war nur nach den neuen Perspektiven des vierten Rundfunkurteils und nach der macht-

politischen Auseinandersetzung zur Bundestagswahl möglich. Daran sollten wir denken, wenn wir künftig die politischen Lücken für die Mediengestaltung orten.

(C)

Trotz allem wird natürlich der Streit weitergehen. Dabei wird es um die Ausgestaltung des Begriffs der Grundversorgung, um die Ausgestaltung des dualen Systems jenseits der Grundversorgung und um die immer neuen technischen Möglichkeiten gehen, die wiederum Medienpolitik zur Folge haben.

Schlußbemerkung, meine Damen und Herren! Eines wird einen zentralen Stellenwert behalten: die Auseinandersetzung zwischen den publizistischen Ansprüchen, die eine demokratische Gesellschaft sowohl von öffentlich-rechtlichen wie auch von privaten Systemen auf der einen Seite erwarten kann, und die tatsächlichen oder vermeintlichen ökonomischen Zwänge auf die Medienordnung auf der anderen Seite. Diese Auseinandersetzung muß fortgeführt werden, hoffentlich in den nächsten Jahren auf den tragfähigen Grundlagen dieses neuen und konstruktiven Staatsvertrages!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Pohl für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion sagt ja zum Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland. Wir freuen uns, daß die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer Anfang April nach 17 Anläufen - das heißt Ministerpräsidentenkonferenzen - zu diesem Staatsvertrag gefunden haben. Und ich stimme Ihnen zu, Kollege Grätz: Es ist ein fairer Kompromiß gefunden worden.

(D)

Wir freuen uns ebenfalls - Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich dies erwähne, Herr Grätz -, daß damit der von der CDU-Landtagsfraktion im Frühjahr 1986 vorgeschlagene und vom Landtag einstimmig angenommene Entschließungsantrag zum Abschluß dieses Staatsvertrags im Staatsvertrag seine Vollendung gefunden hat.

Wir von der Union sagen aber nicht nur zum formalen Inhalt und zum Text dieses Staatsvertrages ja, wir sagen auch ja zum Inhalt und zum Geist dieses Vertrages. Damit, Kollege Grätz, unterscheiden wir uns ganz wesentlich von Ihnen, der Mehrheitsfraktion des Hauses. Denn wir von der Union wollen

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) die duale Rundfunkordnung in der Bundesrepublik Deutschland wirklich, die vom Bundesverfassungsgericht im übrigen in seinem vierten Rundfunkurteil aus November 1986 bestätigt wurde und die im Inhalt des Staatsvertrages - wie Sie selbst gesagt haben, Kollege Grätz - ihren Ausdruck gefunden hat.

Gerade hier liegen die Unterschiede zur Mehrheitsfraktion. Trotz des Beschlusses des Bundesparteitages der SPD 1984 in Essen will nämlich die SPD auch im Lande Nordrhein-Westfalen eine wirkliche Privatfunkordnung nur notgedrungen.

Nur mit halbem Herzen betreibt sie diese Gesetzgebung im Lande. Genau hier liegt nach unserer Auffassung der Verstoß gegen Sinn und Geist dieses Staatsvertrages, den wir heute im Landtag verabschieden.

Mit welchen Mühen und Leiden ist die Privatfunkgesetzgebung in Nordrhein-Westfalen verbunden! Nehmen Sie das Beratungsverfahren, den Zeitdruck im vergangenen Jahr bis zur dritten Lesung: Änderungsanträge jagten sich bis in die dritte Lesung hinein, ungenügende und hektische Beratungen in knapper Zeit kennzeichneten die Szene.

Auch in diesem Jahr wurde bei der Novelle zum Landesrundfunkgesetz, die mindestens in ihren Grundbestandteilen durch den Staatsvertrag erzwungen wurde, eine fast zeitgleiche Verknüpfung zwischen Staatsvertrag und Gesetz hergestellt, obwohl dies in der Sache gar nicht geboten war.

(B)

Wenn wir nun das Beratungsverfahren in diesem Jahr sehen, dann sind wir der Meinung, daß die Chancen, die der Staatsvertrag, den wir heute verabschieden, bietet, hier nicht genutzt wurden. Denn entsprechende Anträge unserer Fraktion, die Verfassungswidrigkeiten im Gesetz zu beseitigen, sind nicht aufgegriffen worden, wie die Sitzung des Hauptausschusses am vergangenen Montag leider erwiesen hat. Die duale Rundfunkordnung, die ein Gegenüber von Privatfunk einerseits und Westdeutschem Rundfunk andererseits durch den Staatsvertrag gebietet, wird nicht hergestellt. Denn entgegen den Anträgen der Oppositionsfraktionen ist die Beteiligung des Westdeutschen Rundfunks am künftigen Privatfunk durch die Landesrundfunkgesetzgebung dieses Jahres, die wir nächste Woche behandeln, nicht ausgeschlossen. Auch die Gemeinden verbleiben weiter in der Privatfunkordnung, obwohl auch dies dem Geist der dualen Rundfunkordnung widerspricht.

(Zustimmung des Abg. Elfing (CDU))

Die Mehrheitsfraktion der SPD und die Landesregierung setzen solchem gegen den Geist des Staatsvertrages gerichteten Tun noch die Krone auf. In der Novelle zum Landesrundfunkgesetz werden - wenn dies nicht in letzter Minute verhindert wird - weitere Erschwernisse für den Privatfunk in Nordrhein-Westfalen normiert. Die Herstellung des Programms im Produktionsgebiet wird zusätzlich verlangt. Zukünftig soll eine Betriebsgesellschaft nur noch mit einer Veranstaltergemeinschaft vertraglich kooperieren dürfen.

(C)

(Büssow (SPD): Wir reden jetzt vom Staatsvertrag!)

- Alles dies, lieber Herr Büssow, verstößt gegen den Geist des Staatsvertrages und die dort verankerte duale Rundfunkordnung.

(Büssow (SPD): Das ist an den Haaren herbeigezogen!)

- Lieber Herr Büssow, in Wirklichkeit wollen Sie einen echten Privatfunk nicht. Es erhärtet sich mehr und mehr die von meinem Kollegen Ostrop schon oft geäußerte Vermutung, daß man den Privatfunk nicht ermöglichen, sondern daß man ihn verhindern will. Wie anders soll man solche zusätzlichen Erschwernisse erklären?

(Büssow (SPD): Sehr originell!)

Einen weiteren Verstoß gegen den Geist des Staatsvertrages sehen wir im Verhalten des Westdeutschen Rundfunks: in seiner Programmtätigkeit und in seinem Finanzgebaren zu Lasten der künftigen privaten Betreiber. Ich nenne die Stichworte: Regionalisierung, Umwandlung des Kabelversuchs in Dortmund in einen öffentlich-rechtlichen Lokalfunk. Dies ist nach unserer Auffassung ein klarer Blockadebeschluß gegen den privaten Rundfunk im Lande Nordrhein-Westfalen.

(D)

(Zustimmung des Abg. Elfing (CDU))

Auch die Einführung der Hörfunkwerbung beim Westdeutschen Rundfunk - zur Zeit 60 Minuten und demnächst 90 Minuten täglich -, die durch den Staatsvertrag und seine Ermächtigungsnorm ermöglicht wurde, richtet sich nach Ansicht der Union gegen den Privatfunk im Lande Nordrhein-Westfalen. Der Staatsvertrag gibt die Ermächtigung, aber nur die Ermächtigung. Von dieser Ermächtigung kann der Landesgesetzgeber Gebrauch machen, braucht es aber nicht. Aber die Mehrheitsfraktion dieses Hauses will diese Hörfunkwerbung zu Lasten der künftigen privaten Betreiber, und sie hat dementspre-

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) chend im Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks votiert, um den künftigen privaten Betreibern das Leben zu erschweren.

Auch der Anspruch des WDR auf die zur Zeit einzig mögliche landesweite terrestrische Hörfunkkette ist nach Auffassung der Union eine solche Blockademaßnahme. Dies hat mit dynamischer Auslegung des nach dem Verfassungsgericht zulässigen Begriffs der Grundversorgung des Westdeutschen Rundfunks überhaupt nichts mehr zu tun.

Kein Sender in Europa betreibt wie heute schon der Westdeutsche Rundfunk vier Hörfunkketten. Eine fünfte Hörfunkkette ist für ihn überhaupt nicht notwendig. Der Anspruch auf diese landesweite zur Zeit einzig mögliche Hörfunkkette ist eine weitere Blockademaßnahmen, die über den Westdeutschen Rundfunk von der SPD und der Mehrheitsfraktion gewollt ist.

Daß alle diese Maßnahmen natürlich der Finanzsituation des Westdeutschen Rundfunks nicht entsprechen, daß sie die derzeitige Gebührenlage überstrapazieren, sei hier nur am Rande erwähnt. Aber deshalb, Herr Kollege Grätz - und nur deshalb -, wird natürlich die Frage einer Gebührenerhöhung, wie sie im Staatsvertrag behandelt wird, auch für den ansonsten reichen Westdeutschen Rundfunk immer notwendiger, weil nämlich durch medienpolitische Beschlüsse des Westdeutschen Rundfunks seine Finanz- und Gebührenlage überstrapaziert wird.

(B)

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Und ich sage für die Union das, was ich hier schon mehrfach vorgetragen habe: Eine Gebührenerhöhung in einem Jahrzehnt ist für die Union genug, und wir denken gar nicht daran, im Jahre 1989 die Rundfunkgebühren im Lande Nordrhein-Westfalen zu erhöhen. Wir sind auch der Meinung, daß Schluß gemacht werden muß damit, daß der Westdeutsche Rundfunk als Paukboden medienpolitischer Blockadepolitik mißbraucht wird.

Ich wiederhole: Regionalisierung, öffentlich-rechtlicher Lokalfunk in Dortmund, 90 Minuten Hörfunkwerbung und der Anspruch auf die fünfte landesweite Hörfunkkette kennzeichnen den Kranz des Drucks, der gegen die privaten Rundfunkbetreiber im Lande Nordrhein-Westfalen gerichtet ist.

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Neben den eingangs gekennzeichneten Mühen und Leiden der Privatfunkgesetzgebung im Land Nordrhein-Westfalen ist dieser Druck,

der vom Westdeutschen Rundfunk gegen die privaten Rundfunkveranstalter ausgeübt wird, nach Auffassung der Union der zweite Verstoß gegen Sinn und Geist des hier und heute zu verabschiedenden Staatsvertrages.

(Elfring (CDU): Sehr richtig!)

Aber damit noch nicht genug! Ein dritter Verstoß liegt in den gewollten Behinderungen des bisherigen Gesetzesvollzugs. Wir von der Union mahnen eine schnellere und bessere Frequenzuteilung für den privaten Lokalfunk an. Wir von der Union wollen einen zügigeren Aufbau der Landesrundfunkanstalt. Wir von der Union klagen den sachfremden Einfluß der Kommunalpolitiker in den Veranstaltergemeinschaften an.

(Zustimmung des Abg. Ruppert (F.D.P.))

Es zeigt sich eben, daß die verfassungswidrige Verankerung der Gemeindevertreter in den Veranstaltergemeinschaften dort zu einem beherrschenden Einfluß der Kommunalpolitik führt und die von uns immer wieder gebrandmarkt Gefahr eines "Bürgermeisterfunks" droht.

(Elfring (CDU): Sehr richtig!)

Wir von der Union bedauern in diesem Zusammenhang auch die zögerliche Haltung der Zeitungsverleger im Lande Nordrhein-Westfalen.

(D)

(Elfring (CDU): Sehr richtig! - Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Ihre Risikobeurteilung zur Beteiligung an den Betriebsgesellschaften vor Ort vermögen wir nicht zu teilen. Auch fehlt es uns an Verständnis dafür, daß die Zeitungsverleger bisher nicht bereit sind, die fünfte landesweite terrestrische Hörfunkkette für sich zu reklamieren.

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Hier sollten nach Auffassung der Union die Zeitungsverleger ansetzen. Gegebenenfalls zusammen mit Ufa und RTL sollten die Zeitungsverleger landesweit die fünfte Hörfunkkette betreiben. Wir in diesem Landtag sollten uns darauf verständigen, jetzt noch in zweiter Lesung des Landesrundfunkgesetzes gleichzeitig die Ermächtigung des Staatsvertrages auf 90 Minuten Hörfunkwerbung des WDR gemäß dem Antrag der Union im Hauptauschuß auf mindestens 45 Minuten herabzusetzen, also zurückzudrängen,

(Zustimmung bei der CDU)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) und damit den privaten landesweiten und lokalen Betreibern mehr Möglichkeiten zur Werbung zu eröffnen.

Es sollte einmal überlegt werden, ob nicht, wenn es denn sein muß, Zeitungsverleger, Bertelsmann und Ufa, RTL und der Westdeutsche Rundfunk zu je einem Drittel eine Trägergesellschaft zum Betrieb eines Rahmenprogramms für den Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen gründen sollten.

Zusammengefaßt, meine Damen und Herren, sehen wir also drei Verstöße gegen den Geist des heute zu verabschiedenden Staatsvertrages: erstens in der bisherigen Privatfunk-Gesetzgebung, zweitens in dem ausufernden Druck des WDR gegen künftige private Rundfunkbetreiber und drittens in den Unvollkommenheiten und gewollten Behinderungen des Gesetzesvollzugs.

Wir nutzen deshalb hier und heute die Verabschiedung dieses Staatsvertrages zu einem letzten Appell an die Mehrheitsfraktion dieses Hauses: Geben Sie Raum für eine wirkliche private Rundfunkordnung im Lande Nordrhein-Westfalen, so, wie der Landtag vor rund 30 Jahren im Lande Nordrhein-Westfalen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk seine Wirksamkeit ermöglicht hat!

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

- (B) Einen solchen Appell richte ich an Sie von der Mehrheitsfraktion; denn ihn an die Landesregierung zu richten, ist vergebene Liebesmüh. Staatskanzlei und Ministerpräsident sind in der Medienpolitik dieses Landes ein Totalausfall, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Die Staatskanzlei praktiziert den - so heißt das jetzt gesetzestechnisch, Herr Kollege - sogenannten gouvernementalen Parlamentarismus. Ein schreckliches Wort! Das heißt zu gut deutsch: Ehe die was tun, fragen die jeweils den Arbeitskreis der Mehrheitsfraktion der SPD, sonst trauen sie sich nicht, überhaupt einen Schritt vor den anderen zu setzen.

(Zustimmung bei der CDU - Wendzinski (SPD): Das ist etwas Neues! - Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Grätz hat zu Recht den Medien-Teilstaatsvertrag angemahnt. Da kann ich nur fragen: Wo bleibt er denn, Herr Grätz? Die Frage wiederhole ich mit Ihnen zusammen.

Aber ich wiederhole ebenfalls, meine Damen und Herren: Auch der Ministerpräsident ist in

der Medienpolitik ein Totalausfall. Sein Bemühen um einen Kompromiß beim Staatsvertrag - das erkennen wir an, Herr Kollege Grätz - findet im Lande Nordrhein-Westfalen keine Entsprechung. Es kommt uns nicht auf seine körperliche Anwesenheit an; seine körperliche Abwesenheit können wir verschmerzen. Aber unseres Erachtens fehlt dem Ministerpräsidenten das geistige und politische Engagement in der Medienpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(C)

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Wie auf anderen Gebieten der Landespolitik - in der Finanzpolitik, davon kann Kollege Schauerte ein Liedchen singen; in der Kohlepolitik, davon kann Frau Thoben ein Liedchen singen; und in der Stahlpolitik - fehlt dem Ministerpräsidenten auch in der Medienpolitik die Führungskraft.

Schon im vergangenen Jahr habe ich ihm meine Enttäuschung ausgedrückt. Bei der ersten Lesung der jetzigen Novelle zum Landesrundfunkgesetz habe ich den Ministerpräsidenten gebeten, diese Chance der Novelle zu benutzen. Nichts hat er getan, keinen Finger hat er gerührt, meine Damen und Herren! Da kann ich nur wie weiland Cicero dem Catilina zurufen: Quousque tandem abutere, Catilina, patientia nostra? Wie lange willst du denn eigentlich unsere Geduld noch mißbrauchen? Schade, daß er das nicht hört. Und wie lange eigentlich noch will er die Geduld der Bürgerinnen und Bürger in der Medienpolitik mißbrauchen! Die Lage ist mit "Führungslosigkeit" noch milde bezeichnet. Wann endlich wird der Bürger diese schlechte Politik verurteilen?!

(D)

Für die Union stelle ich abschließend fest: Wir sagen ja zum Staatsvertrag, aber wir klagen die Medienpolitik zu Lasten der Privaten in diesem Lande Nordrhein-Westfalen an.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß Sie, Herr Kollege Grätz, nicht nur als Abgeordneter hier und heute gesprochen haben - das tun Sie ja wie vor 30 Jahren -, sondern auch als Vorsitzender des Rundfunkrates diese bekannte Sendung angesprochen haben, dafür bin ich Ihnen natürlich besonders dankbar. Ich möchte Ihnen aber doch in Erinnerung rufen - insbesondere, wenn wir

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) hier den Staatsvertrag behandeln -: Wer "hier und heute" wie vor 30 Jahren hört, und es hören uns ja viele Menschen, aber den WDR in das Abenteuer hetzt, die fünfte Hörfunk-Kette, das Rahmenprogramm für lokale Sender, übernehmen zu müssen, der gefährdet "hier und heute"; denn man muß sich fragen: Wer ist überhaupt noch bereit, für diese Sendung zu bezahlen, wenn der WDR in neue finanzielle Abenteuer gestürzt wird?

Das bringt uns natürlich sofort zu der Frage, die wir heute zu behandeln haben - -

(Büssow (SPD): Wie vor 30 Jahren!)

- Wie vor 30 Jahren zu behandeln haben, Herr Kollege Büssow; ich weiß, daß Sie sich dem Fortschritt immer gestellt haben:

(Büssow (SPD): Hier und heute!)

Wandel und Kontinuität, "hier und heute", wie wir alle voller Begeisterung in der neuen Ausgabe von "Landtag intern" nachlesen konnten. Das Porträt spricht natürlich für Sie ebenso wie für den Verfasser.

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

Wir haben also heute die Frage zu behandeln, daß es nämlich, Herr Kollege Grätz, offenbar durch Sie zu einer neuen Bewertung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Staatsvertrages gekommen ist. Und, Herr Kollege Grätz, ich bin nicht der Meinung - falls Sie das gemeint haben sollten -, daß der Staatsvertrag und das Bundesverfassungsgericht sich nur auf Fernsehen beziehen. Beide Verträge und der Spruch des Bundesverfassungsgerichts beziehen sich auch auf den Hörfunk. Deswegen lassen Sie mich noch einmal die Präambel ins Gedächtnis rufen, in der es nämlich heißt:

Den privaten Veranstaltern sollte der Aufbau und die Fortentwicklung eines privaten Rundfunksystems ermöglicht werden.

Das heißt: Rundfunksystem ist doch der Oberbegriff für Fernsehen und für Hörfunk. Wir sagen: Wenn jetzt die fünfte Kette an den WDR geht, dann ist das eine Verletzung dieses Staatsvertrages;

(Zustimmung bei der CDU)

denn gerade die Präambel legt ein Bekenntnis zum dualen System ab.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Auch der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts legt ein solches Bekenntnis zum Aufbau eines dualen Systems ab, indem nämlich gesagt wird: Sofern ausreichende Übertragungskapazitäten zur Verfügung stehen, müssen vielmehr die Landesrundfunkanstalten und die privaten Anbieter in gleicher Weise zum Zuge kommen.

Deswegen wären wir alle meines Erachtens gut beraten, bei den Beratungen zum Mediengesetz, aber sicherlich auch bei den Entscheidungen, die innerhalb der Landesregierung und vom Gesetzgeber zu treffen sind, dafür zu sorgen, daß wir Private nicht unnötig beschränken und daß vor allen Dingen auch durch die fünfte Hörfunk-Kette und auch, falls die Versorgung lokaler Anbieter durch ein Rahmenprogramm notwendig werden sollte - was ja sicherlich der Fall ist -, Private ebenfalls eine Chance bekommen. Wir würden dadurch nicht nur ein privates System in Nordrhein-Westfalen aufbauen; wir würden auch dafür sorgen, daß eine ganze Reihe von kartellrechtlichen Problemen vermieden werden, die ja damit verbunden sind, wenn der WDR und Verleger zusammen senden und dann neue Doppelmonopole entstehen können, die zu kartellrechtlichen Problemen führen.

(Zuruf des Abg. Büssow (SPD))

- Ich glaube, wir haben vor allen Dingen, Herr Kollege Büssow, die Chance, in Nordrhein-Westfalen dafür zu sorgen, über Bertelsmann, Ufa, RTL zusammen mit den Verlegern für das Rahmenprogramm, aber auch für die fünfte Kette eine privatwirtschaftliche Medienstruktur auf die Beine zu stellen. Daran sollte uns allen gelegen sein, wenn wir gemeinsam wollen, daß Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb zu anderen die Möglichkeit bekommt, in ein Informationsalter hineinzumarschieren, das auf privaten Medienunternehmen beruht.

Deswegen will ich wiederholen, was meines Erachtens zu Recht in dem Schreiben von Bertelsmann/Ufa/RTL an uns alle erklärt wird: Der WDR hat keinen erkennbaren Programmbedarf für eine weitere Hörfunk-Kette. Keine einzige ausländische europäische Rundfunkanstalt, also auch nicht BBC oder Radio France, die jeweils über 50 Millionen Menschen versorgen, haben mehr als vier Programme. Ein fünftes Programm für den WDR würde zu Lasten der Programmqualität der bestehenden Programme gehen und erhebliche Kosten in zweistelliger Millionenhöhe verursachen.

Wenn der WDR neue Programme erstellen möchte, so stehen ihm inzwischen freigewor-

(C)

(D)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) dene Mittelwellennetze zur Verfügung, nach dem Start von TV-SAT auch eine europaweite digitale Ausstrahlungsmöglichkeit.

Zum Schluß - und das halte ich für entscheidend -: Wenn private Hörfunkveranstalter die landesweite Kette erhalten würden, entsteht für den WDR ein sehr nützlicher Programm-wettbewerb, und das Land Nordrhein-Westfalen würde kurzfristig Steuereinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe erzielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen von der SPD! Laßt uns anläßlich der nochmaligen Behandlung des Staatsvertrages gemeinsam die Chance nutzen, daß wir die fünfte Hörfunkkette, daß wir, falls ein Rahmenprogramm für lokale Sender notwendig ist, dies privaten Unternehmen geben. Nur so sind wir in der Lage, das zu beherzigen, was uns das Bundesverfassungsgericht, was uns der Staatsvertrag aufgegeben hat, nämlich eine duale Rundfunkordnung zu schaffen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Dr. Posser für die Landesregierung das Wort.

- (B) Dr. Posser, Finanzminister (in Vertretung des Ministerpräsidenten): Meine Damen und Herren, wenn wir heute den Rundfunkstaatsvertrag einstimmig verabschieden, ist das ein denkwürdiges Ereignis in der Rundfunkgeschichte unseres Landes. Man muß lange zurückdenken, wenn man sich ins Gedächtnis rufen will, wann ein Rundfunkgesetz im Landtag Nordrhein-Westfalen schon einmal im Konsens aller Fraktionen verabschiedet worden ist. Dabei begann ja die Rundfunkgeschichte in Nordrhein-Westfalen mit einem Konsens der großen politischen Kräfte; ich denke an die Verabschiedung des WDR-Gesetzes in diesem Hause vor mehr als 33 Jahren. Wenn wir heute diese Traditionslinie fortsetzen, sind wir auf einem guten Weg.

Der Länderkonsens erstreckt sich auch auf die Protokollerklärungen zum Rundfunkstaatsvertrag. Ich erinnere zum Beispiel an die Protokollerklärung zu Artikel 8 des Rundfunkstaatsvertrages, in der es um die Kooperation von öffentlich-rechtlichen mit privaten Rundfunkveranstaltern geht. Ich hoffe und erwarte, daß die Gemeinsamkeit, die wir heute mit der einstimmigen Verabschiedung des Rundfunkstaatsvertrages dokumentieren, auch in diesem Punkt von Dauer ist und nicht schon im Dezember wieder zur Disposition gestellt wird.

Über die heftigen medienpolitischen Auseinandersetzungen, die sich in den letzten

- (C) Wochen am Rundfunkänderungsgesetz entzündet haben, wird allzu leicht in den Hintergrund gedrängt, wie breit der Fundus an rundfunkpolitischen Gemeinsamkeiten ist, der im Staatsvertrag seinen Niederschlag gefunden hat. Es gibt einen breiten rundfunkpolitischen Konsens über die Grundstrukturen der dualen Rundfunkordnung, über Bestand und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich der Mischfinanzierung aus Gebühren und Werbung und des Finanzausgleichs zwischen den Rundfunkanstalten sowie über einen Ordnungsrahmen für den privaten Rundfunk, der auch für private Rundfunkprogramme einen Grundstandard an gleichgewichtiger Vielfalt verpflichtend macht.

Der Staatsvertrag basiert auf der gemeinsamen Überlegung aller elf Länder, daß der Rundfunk kein beliebiger Wirtschaftsfaktor, sondern in erster Linie Medium und Faktor der freien Meinungsbildung und des kulturellen Lebens ist. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinen beiden letzten Rundfunkurteilen erneut festgestellt. Das Gericht hob zum Beispiel im vierten Rundfunkurteil vom 4. November 1986 hervor, es sei mit Artikel 5 des Grundgesetzes unvereinbar, die Entwicklung des privaten Rundfunks im Wege der Deregulierung den Kräften des Marktes anzuvertrauen.

- (D) Die neu gefundene Gemeinsamkeit in der Medienpolitik bietet für die Länder die Chance, ihr Gewicht auch nach außen hin - gegenüber dem Bund, der Europäischen Gemeinschaft und dem Europarat - stärker in die Waagschale zu werfen. Wenn die Länder auf die Entscheidungen, die in der nächsten Zeit auf supranationaler Ebene fallen werden, nachhaltig Einfluß nehmen wollen, müssen sie mit einer Stimme sprechen. Der Rundfunkstaatsvertrag bietet hierfür eine gute Grundlage.

Mit ihrem Konsens über die Grundstrukturen der dualen Ordnung sind die Länder somit auch wechselseitige Verpflichtungen eingegangen. Sie haben mit dem Rundfunkstaatsvertrag keine Schlußpunkte, sondern Doppelpunkte gesetzt. Es gilt jetzt, in den vielfältigen medienpolitischen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre den vorhandenen Länderkonsens zu festigen und weiter zu substantiieren.

Ich sage das im Blick auf die herannahende Debatte über die nächste Rundfunkgebührenerhöhung. Ich spreche damit aber auch die Bemühungen der Landesmedienanstalten an, zur Ausführung und Ausfüllung des staatsvertraglichen Normengerüsts gemeinsame Richtlinien und Verhaltenskonventionen zu erar-

(Minister Dr. Posser)

- (A) beiten. Es wäre gut, wenn sich die neuen Anstalten für den privaten Rundfunk, die es in den Ländern gibt, neben ARD und ZDF zu einer dritten Klammer für den kooperativen Rundfunkföderalismus in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln würden.

Auch im Zusammenwirken der Landesmedienanstalten gilt das Konsensprinzip. Das bedeutet natürlich nicht, daß in Zukunft die rundfunkpolitischen Differenzen zwischen den Ländern unter dem einigenden Dach des Staatsvertrages verschwinden müßten. Wir müssen uns auch immer wieder bewußt bleiben, daß der Staatsvertrag nur ein eng begrenztes Terrain auf dem großen Feld rundfunkpolitischer Gestaltungsaufgaben der Zukunft absteckt. Der Staatsvertrag verbietet niemandem, aus neuen Entwicklungen neue Schlußfolgerungen zu ziehen.

Der Rundfunkstaatsvertrag ist selbst Moment eines medienpolitischen Prozesses, der auch in den kommenden Jahren nicht zum Stillstand kommen wird. Der Staatsvertrag verordnet weder Denktabus noch ist er gegen künftige Verbesserungen immunisiert. Der Rundfunkstaatsvertrag ist ein sensibel austariertes Gefüge von Vergleichslösungen und Kompromissen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird in den nächsten Jahren darauf bedacht sein, dieses Gefüge weiter zu festigen und zu konsolidieren. Ich hoffe, wir können dabei auf die Unterstützung derer zählen, die heute diesem Staatsvertrag zustimmen.

(B)

Herr Kollege Pohl, Sie haben einige Vorwürfe an die Adresse des Ministerpräsidenten gerichtet, der heute aus den bekannten Gründen nicht unter uns sein kann. Sie haben das gipfeln lassen in der berühmten Frage des Cicero an Catilina: Quousque tandem? Das beweist allerdings nur, daß Sie mal Latein gelernt haben, aber noch nicht, daß die Vorwürfe an die Adresse des Ministerpräsidenten zutreffend wären.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, die Reihe der Wortmeldungen ist hiermit abgeschlossen. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Sie wissen, daß der Hauptausschuß die Empfehlung ausgesprochen hat, dem Staatsvertrag zuzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Staatsvertrag ist entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 10/2485 des Hauptausschusses angenommen worden.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

(C)

Gesetz zur vorübergehenden Regelung der Anforderungen an einen geordneten Schulbetrieb

- Vorschaltgesetz zum Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes und des Schulordnungsgesetzes -

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2560
erste Lesung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. wird durch Herrn Abg. Reul eingbracht.

Reul (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit den 60er Jahren haben sich die Schülerzahlen in Nordrhein-Westfalen auf 2,4 Millionen halbiert. Wir stehen vor einer neuen Wirklichkeit, die uns alle herausfordert. Wenn es richtig ist, daß Politik die Aufgabe hat, auf neue Situationen mit neuen Antworten zu reagieren, dann ist politisches Handeln heute notwendiger denn je.

Wenn wir die wohnungsnah Schule erhalten wollen, wenn wir die Schule im Dorf und im Stadtteil lassen wollen, wenn wir die kulturelle Versteppung ganzer Regionen unseres Landes verhindern wollen, dann muß Politik auf diese neue Wirklichkeit reagieren.

(D)

(Zustimmung des Abg. Schumacher (Kall) (CDU))

CDU-Fraktion und F.D.P.-Fraktion haben deshalb ein Schulfriedensgesetz als Antwort auf diese neue Wirklichkeit eingebracht. Wir sind im Gegensatz zu anderen Mitgliedern dieses Hauses bereit umzudenken, auch neue Herausforderungen anzunehmen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir sind auch bereit, notwendige gesetzliche Bestimmungen zu überprüfen und zu verändern. Die Mehrheitsfraktion und die Landesregierung haben sich bisher verweigert.

Seit Jahren weisen wir in Debatten darauf hin, daß die Probleme der zurückgehenden Schülerzahlen durch die forcierte Einrichtung von Gesamtschulen noch verschärft werden und zur Gefährdung vieler leistungsfähiger Schulen führen werden. Bis zum heutigen Tage hat die SPD-Fraktion diese Warnung nicht ernst genommen.

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

(Reul (CDU))

- (A) Obwohl uns 1,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger vor einem Jahr auf dieses Problem hingewiesen haben, ist absolut nichts geschehen. Die SPD hat nicht einmal die Unterschriften angenommen. Sie ist bis heute auch nicht bereit, das Anliegen dieser Menschen ernst zu nehmen.

(Frey (SPD): Herr Kohl hat unterschrieben.)

- Im Gegenteil, lieber Herr Frey: Das berechnete Bürgerbegehren wurde von Ihnen und Ihrer Fraktion als "action bourgeoise" diffamiert. "Ungeheuerlich!" kann ich nur sagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Jetzt, meine Damen und Herren, kommen plötzlich Sonntagsangebote zu Gesprächen. Wir sind froh darüber. Doch während wir von CDU-Fraktion und F.D.P.-Fraktion über das Schulfriedensgesetz beraten, während wir darum ringen, den Elternwillen gesetzlich eindeutig und fair zu regeln, während wir Vorfahrt für kleine Schulen fordern, duldet die Landesregierung, daß das Schulsterben in unserem Lande weitergeht.

179 Schulen sind dieser Politik bereits zum Opfer gefallen. Nach dem 1. August 1987 ist das Ende weiterer 89 Schulen beschlossene Sache. Nach der Veröffentlichung der letzten Tage sind allein 313 von 1 148 Hauptschulen von einer Schließung bedroht. Und das ist erst der Anfang.

(B)

Wenn ich die Worte des Kollegen Hilgers gestern im Schulausschuß ernst nehme, müssen wir damit rechnen, daß bei keiner Veränderung der Einstellungspolitik 900 Hauptschulen bedroht sind; das sind fast alle, um das einmal deutlich zu machen.

Das ist die Politik in diesem Lande, und man tut nichts. Man bleibt untätig, hält Sonntagsreden, und während dieser Sonntagsreden duldet bzw. forciert die Landesregierung eine Politik, die weitere Schulschließungen zur Folge hat.

Die CDU-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion haben ein Stillhalteabkommen vorgeschlagen. Wir brauchen Zeit und Ruhe, um gemeinsam mit allen Fraktionen ein schulpolitisches Konzept zu erarbeiten. Doch die Antwort der Landesregierung auf das Angebot von CDU-Fraktion und F.D.P.-Fraktion heißt Bielefeld.

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

Bielefeld ist das typische Beispiel für Ihre Politik, lieber Herr Schwier, für Schulpolitik

im Lande Nordrhein-Westfalen. Sie sind der Kultusminister in diesem Lande und tragen Verantwortung dafür, was in Nordrhein-Westfalen im Bereich Schule passiert.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Nicht umsonst sitzen heute auf der Zuhörertribüne viele Eltern, Schüler und Lehrer aus Bielefeld, aus Frielingsdorf, aus Lindlar, aus vielen Gebieten unseres Landes, die Sorgen um ihre Schulen haben.

In Bielefeld - um nur dieses Beispiel einmal deutlich zu machen - sollen sieben Hauptschulen, zwei Realschulen und ein Gymnasium geschlossen werden.

(Nagel (CDU): Unglaublich!)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, wie viele Schülerinnen und Schüler man brauchte, um diese zehn Schulen erhalten zu können? - 63 Hauptschüler und ein Realschüler fehlen, dann könnten all diese Schulen weiterbestehen.

(Hardt (CDU): Das ist ja unfassbar!)

Das grenzt doch fast an Wahnsinn, was da passiert. Man muß doch einmal darüber nachdenken, ob gesetzliche Bestimmungen nicht auch verändert werden oder ob politische Vorgaben der Landesregierung nicht anders aussehen müssen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

(D)

Bielefeld ist der Beweis dafür, daß es nicht um die Anpassung von Schulstrukturen an zurückgehende Schülerzahlen geht, sondern daß es um eine zutiefst ideologische Schulpolitik geht.

(Zuruf des Abg. Frey (SPD))

- Lieber Herr Frey, Schulpolitik machen im Lande leider immer noch Sie, weil Sie die Mehrheit haben. Deshalb müssen aber auch Sie verantwortlich für das zeichnen, was da passiert, und dürfen nicht tieftauchen.

(Schumacher (Kall) (CDU): So ist es!)

Über das gesetzliche Maß hinaus werden in Bielefeld zehn Schulen zerstört. Die Schulstruktur einer Stadt wird von SPD und Grün-Bunten bewußt zerschlagen. Jedem, der sich das Beispiel Bielefeld anschaut, wird klar, daß es darum geht, den Schülerrückgang lediglich als Vorwand zu benutzen, um die Schulstruktur in unserem Lande radikal umzukrempeln. Obwohl es die gesetzlichen

(Reul (CDU))

- (A) Bestimmungen nicht vorgesehen, werden einfach zusätzlich ein paar Schulen mehr geschlossen. Das scheint Spaß zu machen, meine Damen und Herren. Das sind politische Schulschließungen, nicht Angleichungen an demographische Entwicklungen.

(Mayer (Düsseldorf) (SPD): Daran müssen Sie nur fest glauben!)

Warum passiert das denn in Bielefeld? Das passiert, damit man Schülerinnen und Schüler hat, damit man Schulgebäude hat, um zwei weitere Gesamtschulen zu etablieren. Das ist der wahre Grund! In Bielefeld gibt es bereits die Laborschule; daneben existieren zwei Gesamtschulen. Es sollen zwei weitere eingerichtet werden. Schulschließungen werden dafür benutzt, künstlich ein Bedürfnis für Gesamtschulen zu wecken.

Herr Frey, Sie selber haben in Ihren Papieren als Problem herausgestellt, daß die Gefahr bestehe, daß Gesamtschulen zu schlechteren Hauptschulen werden. Damit das nicht passiert, müssen Sie jetzt Realschüler und Gymnasiasten heimatlos machen, um somit ein Bedürfnis für die nächste Gesamtschule zu wecken.

(Dr. Pohl (CDU): So ist es!)

Willkürlich werden Schülerinnen und Schüler als Bedarf für neue Gesamtschulen produziert.

- (B) (Zuruf von der SPD: Popanz aufbauen!)

Es findet nicht einmal eine objektive Bedürfnisermittlung statt. Das Ergebnis könnte ja stören. So sehen Elternrecht, Bedürfnisermittlung, fairer Wettbewerb und Schulfrieden à la SPD aus!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Reul, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Brunemeier?

(Reul (CDU): Aber immer!)

- Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Dr. Brunemeier (SPD): Herr Kollege Reul, ist Ihnen bekannt, daß der Schülerrückgang in Bielefeld inzwischen im Verhältnis der 70er zu den 80er Jahren ein Ausmaß von 40 % angenommen hat - von 40 % der Ausgangsschülerschaft - und daß für den Rat der Stadt Bielefeld ein gewisser Handlungsbedarf auch im Hinblick auf die Zusammenlegung von Schulen besteht? Ist Ihnen das bekannt, daß der Schülerrückgang ein solches Ausmaß angenommen hat?

Reul (CDU): Ich danke Ihnen herzlich - mir ist das bekannt. Sie haben gesagt: Ein gewisser Schülerrückgang erfordert gewisse Maßnahmen. Genau das ist richtig, aber was Sie in Bielefeld machen, ist nicht etwas "Gewisses", sondern ist "alles". Sie schließen ja zehn Schulen, Sie schließen ja eine Realschule, für deren Bestand ein einziger Schüler fehlt. Das ist doch abenteuerlich!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie schließen doch Schulen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen gar nicht geschlossen werden müßten. Dafür müssen Sie den Kopf hinhalten, Herr Dr. Brunemeier. Das ist das Problem. Über Schulen, die aufgrund des Schülerrückgangs gefährdet sind, kann man miteinander reden, aber Sie schließen "politisch".

Meine Damen und Herren, in Bielefeld ist noch eines interessant. Die Eltern werden überhaupt nicht beteiligt. Sie werden einfach ohne Informationen gelassen, kurzfristig vor vollendete Tatsachen gestellt, und die demokratische Mitwirkung der Elternvertretung wird unmöglich gemacht. So sieht "Demokratie wagen" à la SPD in diesem Lande aus.

Die CDU-Fraktion, das sage ich klar und deutlich, will eine solche Politik nicht. Eine schulpolitische Ellenbogengesellschaft, die Sie hier im Moment praktizieren, die lehnen wir mit aller Kraft ab.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wissen Sie: Im Wahlkampf anderen Ellenbogengesellschaft vorwerfen und sie selber praktizieren, das fällt auf den zurück, der diesen Spruch getan hat. Und Sie werden sich auch daran messen lassen müssen.

Wir haben mit diesem Vorschaltgesetz die Notbremsen gezogen. Es bleibt, will man in diesem Lande noch etwas retten, gar keine andere Wahl mehr. Wir bitten eindringlich diejenigen in der SPD, die noch vernünftig sind, und die Mitglieder der Landesregierung, die noch mitdenken:

(Zurufe von der SPD: Eljejei!)

Stimmen Sie unserem Vorschaltgesetz zu, damit nicht weiter unnötig Schulen geschlossen werden und Schulleben gefährdet wird. Machen Sie doch deutlich, daß hinter diesen Schulangeboten mehr steckt als nur Sonntagsreden, daß Sie nicht nur Zeit gewinnen wollen, sondern daß Sie wirklich auch handeln wollen. Verhindern Sie, daß während netter Kamingespräche nackte Tatsachen geschaffen werden.

(C)

(D)

(Reul (CDU))

- (A) Wir sind enttäuscht, Herr Kultusminister, daß Sie persönlich die Chance vertan haben, in Bielefeld Ihre Meinung zu formulieren. Sie sind, was Bielefeld angeht, untergetaucht, während Sie im Falle Dormagen nicht schnell genug sehr umstrittene Maßnahmen einleiten konnten. Das ist eine Politik mit zweierlei Maß.

(Hardt (CDU): Jawohl!)

Während in Dormagen fast das ganze Kultusministerium aufmarschiert und aufgetaucht ist, sind Sie, Herr Schwier, in Bielefeld weggetaucht. Der Schulkämpfer von Dormagen ist jetzt zum bildungspolitischen Tieftaucher geworden. So kann man das, was Sie da gemacht haben, Herr Schwier, eigentlich nur kennzeichnen. Sie sind auf einem Auge blind, und ich würde Ihnen dringend empfehlen, zumindest die Fairneß walten zu lassen, die Ihr Vorgänger, Herr Girgensohn, bei den Beratungen über die Fortführung kleiner Schulen hat walten lassen.

1981 hat Herr Girgensohn alle Regierungspräsidenten dieses Landes angeschrieben - am 19. November 1981. Er hat geschrieben: Um den laufenden Beratungen im Landtag zur Mindestgröße von Schulen nicht vorzugreifen, bitte ich Sie, bis auf weiteres schulaufsichtlich nicht auf die Auflösung bzw. Zusammenlegung kleiner Schulen hinzuwirken. Herr Kultusminister, warum haben Sie nicht einmal dazu die Kraft? Warum tun Sie nicht einmal das, was Herr Girgensohn im Jahre 1981 noch machen konnte, nämlich zu sagen: Stillhalten, keine weiteren Schulschließungen, sondern erst einmal überlegen, wie wir mit den gesetzlichen Beratungen zu Rande kommen?

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Daraus ist nur zu schließen, Herr Kultusminister, daß Sie dazu nicht mehr die Kraft besitzen. Sie werden von bildungspolitischen Eiferern Ihrer Partei getrieben. Wir erwarten von Ihnen und klagen heute von Ihnen ein klares Wort, klare Aussagen - und kein Versteckspiel und keine formalen Argumente - darüber ein, ob Sie das, was in Bielefeld passiert, für gut oder schlecht halten.

(Zurufe von der SPD - Dr. Pohl (CDU):
Hic Rhodus, hic salta!)

Die Öffentlichkeit erwartet Ehrlichkeit, Offenheit und politische Handlungsfähigkeit von einer Landesregierung, von Politikern. Sorgen Sie mit dafür, daß Politik wieder den Glauben der Menschen zurückgewinnt. Sie könnten einen kleinen Beitrag dazu leisten.

(Zuruf von der SPD)

(C) Um keine Mißverständnisse entstehen zu lassen - das Brüllen habe ich nicht verstanden -: Wir wollen keine obrigkeitsstaatlichen Eingriffe wie in Dormagen, aber eine öffentliche Erklärung des Kultusministers wäre hilfreich, sie wäre sehr hilfreich. Sie könnte eine ganze Menge bewirken. Sagen Sie doch einfach einmal Ihre Meinung. Ihre politische Bewertung wird doch den Genossen in Bielefeld nicht ganz gleichgültig sein. Das ist doch Ihr Bezirk, Ihr Parteibeizirk. Da haben Sie doch, hoffe ich, ein Wort mitzureden.

Und der Präsident des Hohen Hauses, Herr Denzer, stammt auch aus Bielefeld. Vielleicht können Sie ihn auch noch dafür gewinnen. Man kann doch dann einmal auf solche Vorgänge Einfluß nehmen. Man kann natürlich auch Vogel-Strauß-Politik betreiben: Den Kopf in den Sand; das geht mich alles nichts an; ich habe damit nichts zu tun. Wenn Sie, meine Damen und Herren, und Herr Denzer sowie Herr Brunemeier die Chance wahrnehmen, vor Ort zu sagen, was Sache ist und Ihre Kollegen vor Ort einmal vor dem warnen, was da passiert, vor der Gefahr, die dort eingegangen wird, kann man, glaube ich, eine Menge bewirken; es sei denn, der politische Einfluß der Genannten ist vor Ort nicht mehr vorhanden. Sie, Herr Schwier, könnten in Bielefeld etwas verändern, wenn Sie nur wollten. Deshalb erwarten wir von Ihnen hier heute eine Aussage zu Bielefeld: glasklar und eindeutig. Ich denke, das kann man erwarten, und das dürfte Ihnen auch nicht allzu schwer fallen. Die Menschen in diesem Lande sorgen sich um ihre Schule, um ihren kulturellen Mittelpunkt und um die Zukunft ihrer Region.

(D)

Meine Damen und Herren, die Zeit der Schulbuspädagogik ist am Ende. Haben Sie das immer noch nicht begriffen? Oder wollen Sie weiter dazu beitragen, daß die Schule ein riesiges Transportunternehmen wird? Ein kluger Mensch hat berechnet, daß wir in der Bundesrepublik im Jahr über 2,5 Milliarden DM für Schulbusse ausgeben. Das ist doch Wahnsinn! Gibt es denn nicht bessere Möglichkeiten, mit dem Geld umzugehen? Ich wüßte eine, nämlich daß wir kleinen Schulen eine Chance geben. Dann bräuchten wir nicht die Schüler hin- und herzufahren.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen wir doch lieber die Kinder zu Fuß zu den Schulen gehen und Lehrer mit dem Auto dorthin fahren.

(Zustimmung bei der CDU - Dr. Pohl (CDU): Das habe ich schon einmal gehört!)

(Reul (CDU))

- (A) Damit auch Sie vielleicht einmal nachdenklich werden, möchte ich folgendes sagen. Hartmut von Hentig hat schon deutlich gesagt: Wir brauchen eine Rückkehr zu anderen, zu älteren Formen der Schule. Er hat im Grunde davon gesprochen, daß die kleine Schule um die Ecke wiederbelebt werden muß. Er hat den Supermarkt mit seinen technischen Bildungsvorrichtungen für gescheitert erklärt. - Wenn Sie uns schon nicht ernst nehmen, dann nehmen Sie wenigstens Herrn von Hentig ernst! Denken Sie auch einmal darüber nach, ob das, was Sie hier gemacht haben, alles richtig ist!

Wir können nicht auf Dauer hinnehmen, daß Schülerinnen und Schüler in diesem Lande wie stehende Sardinien durch die Landschaft geschaukelt werden. Wenn wir die Chance haben, ihnen vor Ort Schulangebote zu machen, dann müssen wir diese Chance auch nutzen und den Kindern die Möglichkeit geben, wohnortnah beschult zu werden. Die Schulbuspädagogik ist am Ende. Die Chance für eine wohnungsnahe Schulpolitik ist da. Ich denke, daß man diese Chance nutzen sollte.

Was in Bielefeld geschieht, meine Damen und Herren, ist exakt das Gegenteil dessen, was jetzt in diesem Lande eigentlich geschehen müßte. Wenn wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen, dann müssen wir ein Stillhalteabkommen realisieren. Der Kultusminister in diesem Lande hat die Möglichkeit. Die politische Mehrheit in diesem Lande hat die Möglichkeit. Wir machen Ihnen heute erneut das Angebot - dieses Angebot haben wir schon sehr häufig gemacht -, in der Schulpolitik gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir den Schulfrieden wiederherstellen können.

(B)

Alle Antworten, die wir hier seit zwei Jahren erhalten, zeugen von Häre und mangelnder Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Heute haben Sie eine Chance. Meine Damen und Herren von der SPD, es reicht auch langsam. Nutzen Sie heute die Chance! Erwarten Sie auch nicht, daß wir Jahr um Jahr, Tag um Tag Angebote machen und Gemeinsamkeiten erbitten, weil wir meinen, daß das für die Menschen in diesem Lande wichtig ist. Erwarten Sie auch nicht, daß wir uns jedesmal von Ihnen mit Ihrer Mehrheit mit Füßen treten lassen. Es gibt Grenzen der Belastbarkeit. Nutzen Sie bitte die Chance, daß wir heute zumindest ein Stillhalteabkommen gemeinsam erreichen, um dann gemeinsam für die Zukunft Überlegungen anstellen zu können!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke Herrn Abg. Reul für die Begründung. Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abg. Schaufuß für die Fraktion der SPD. (C)

Schaufuß (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Reul, nach dem, was Sie gesagt haben und wie Sie sich geäußert haben, weiß ich nicht, was zutrifft - Erzengel, Kreuzritter, der mit Feuer und Schwert Frieden schaffen will, oder Don Quichotte, der Ritter mit der traurigen Gestalt.

(Reul (CDU): So gehen Sie mit den Sorgen der Menschen um!)

Herr Reul, so, wie Sie diese Diskussion führen - vor allem öffentlich -, mit welcher Sprache, mit welcher Wortwahl, bestreite ich, ob Sie tatsächlich gemeinsam nach Lösungen suchen wollen;

(Beifall bei der SPD)

dies nicht zuletzt, weil ja Gespräche vereinbart sind und noch ausstehen.

(Hardt (CDU): Nach Monaten!)

Wer sein Änderungsgesetz zum Schulverwaltungs- und zum Schulordnungsgesetz "Schulfriedensgesetz" nennt und wer, wie Sie, öffentlich sagt, daß im Lande bei Nichtzustimmung durch die Mehrheitsfraktion ein Schulkrieg entbrenne, der muß sich tatsächlich fragen lassen, was er eigentlich will. Frieden will er mit Sicherheit nicht. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf einiges von dem, was Sie gesagt haben, in der Sache eingehen. In Ihrem Gesetzentwurf - der ja hinter dem, was Sie "Vorschaltgesetz" nennen, steht - wollen Sie eigentlich zwei Dinge regeln: nämlich einmal, welches Verfahren zukünftig bei der Errichtung von Schulen angewandt wird - hier geht es ja meist um Gesamtschulen; das wird ein besonderes Thema sein, über das wir uns noch zu unterhalten haben -, und auf der anderen Seite soll geregelt werden, bis zu welcher Schulgröße Schulen fortgeführt werden können. Nach Ihrer Auffassung sollen Hauptschulen und Realschulen grundsätzlich einzülig geführt werden können. Ich rufe Ihnen ganz einfach und sehr nüchtern das geltende Recht in Erinnerung.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Das wollen wir doch ändern!)

Das geltende Recht läßt die Fortführung von Hauptschulen als einzülig Schulen zu - dies

(Schaufuß (SPD))

(A) ist geltendes Recht -, und zwar unter der Bedingung,

(Dr. Fischer (CDU): Unter bestimmten Bedingungen! - Weitere Zurufe von der CDU)

daß der Schulweg zu einer anderen Hauptschule unzumutbar wird und wenn die Schule für die soziale und kulturelle Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Dazu gibt es sogar Urteile.

(Abg. Reul (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich bitte Sie, Herr Reul, noch ein bißchen zuzuhören. Vielleicht klärt sich dann noch manches. Dann können Sie gerne Fragen stellen.

Das geltende Recht läßt auch die Fortführung von Realschulen als einzügige Schulen zu,

(Sehr richtig! bei der CDU)

wenn nach Schulentwicklungsplan dieser Zustand nur vorübergehend eintritt und der Weg zu einer anderen Realschule unzumutbar wäre. Bei Gymnasien, die mindestens zwei-zügig geführt werden sollen und müssen, soll sich ja auch aus der Sicht der Opposition nichts ändern. Dagegen wollen Sie die Gesamtschule auf vier Züge festschreiben. Hier allerdings läßt das geltende Recht ausnahmsweise eine dreizügige Schule zu, wenn besondere Gründe vorliegen. Hier wollen Sie also die kleinere Schule gar nicht zulassen. Das macht ja mit Sicherheit einiges deutlich.

(B)

(Zuruf von der CDU: Wie wollen Sie eigentlich differenzieren?)

- Die Differenzierung gilt für manche andere Schulform mit Sicherheit ähnlich und genauso. Nur, hier wird ja Ihre Stoßrichtung deutlich: auf der einen Seite Krieg oder Frieden, und auf der anderen Seite das Vorschaltgesetz, das sich ja einzig und allein gegen die Gesamtschule richtet. Sie wollen mit dem Vorschaltgesetz aber auch Schulträgerentscheidungen auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen sowie im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung künftig verhindern. Das soll durch Ihr Vorschaltgesetz so geregelt werden. Sie hebeln die kommunale Selbstverwaltung mit der Entscheidung der Schulträger aus.

Ich sage: Eine generelle Zulassung einzügiger Schulen als geordneter Schulbetrieb kann nicht in Frage kommen; denn wer das macht und wer das will - nicht zuletzt mit Blick auf

die Hauptschule -, der organisiert damit für die Schwächsten in unserem Schulsystem die miserabelste Schule. Ich frage Sie, ob Sie das wollen.

(C)

(Zuruf des Abg. Schumacher (Kall) (CDU))

Wie sieht die gesetzliche Regelung aus? Die Grundschulen sind von Schulschließungen aufgrund der geltenden gesetzlichen Regelung nur in geringem Umfang betroffen. Dazu äußern Sie sich auch nicht.

Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen sind in der Regel so strukturiert, auch von der Größenordnung her, daß sie fast überall den Mindestgrößen entsprechen. Das wird aller Voraussicht nach auch so bleiben, weil die Geburtenzahlen konstant bleiben und die Übergangsquote in diese Schulformen weiter steigen wird.

Richtig ist - nie bestritten! -, daß Hauptschulen in ihrem Bestand gefährdet sind: zum einen wegen der stark rückläufigen Geburtenzahlen - heute 45 % weniger als noch vor 12 Jahren - und zum anderen wegen der Veränderung der Übergangsquote zugunsten der Schulformen Gymnasium, Gesamtschule und Realschule. Während landesweit noch vor 11 Jahren knapp 47 % aller Schüler zur Hauptschule wechselten, sind dies in diesem Jahr, landesweit gesehen, nur noch 29 %, in einigen Landesteilen sogar schon unter 20 %.

Demgegenüber steigt die Übergangsquote zum Gymnasium ständig. Mittlerweile liegt sie bei etwa 36 %. Und jetzt kommt die bescheidene Übergangsquote zur Gesamtschule - in meinem Heimatkreis haben wir noch nicht einmal eine -: Es sind knapp 10 %. Da wollen Sie der Öffentlichkeit weismachen, daß die Gesamtschule mit dieser Übergangsquote unser Schulsystem insgesamt in Frage stellt?

(D)

(Zustimmung bei der SPD - Schumacher (Kall) (CDU): Da kann man fragen, ob man sie überhaupt braucht!)

1980 bestanden im Lande Nordrhein-Westfalen 1 336 Hauptschulen; 1987 sind es noch 1 150. Das heißt: 186 Hauptschulen sind aufgrund dieser Entwicklung zwangsläufig, teilweise einvernehmlich, aber jedenfalls im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung durch Entscheidung der Schulträger geschlossen worden.

Um die Zahl richtigzustellen, Herr Reul, von der Herr Hilgers im Ausschuß gesprochen hat: Es gibt tatsächlich heute schon im Lande 918 Hauptschulen, die sehr viel kleiner sind, als daß sie notwendigerweise zweizügig ge-

(Schaufuß (SPD))

- (A) führt werden müßten, nämlich zweimal 28 Schüler je Klasse. Herr Hilgers hat gesagt: Würde man jetzt schon die bestehende gesetzliche Regelung nicht nur in Erinnerung rufen, sondern auch anwenden, gäbe es die Schulen nicht mehr. Nur ist auf diese Entwicklung der Schülerzahlen und Übergangsquoten reagiert worden. Darüber hinaus müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen, daß wir heute schon etwa 6 000 Klassen in Hauptschulen haben, die weniger als 18 Kinder haben, wobei 18 Kinder ja eigentlich die Mindestgröße ist.

Ich stelle fest: Wenn Sie das Wahlverhalten und den Elternwillen nicht manipulieren wollen, dann wissen Sie, daß weitere Schulschließungen unumgänglich sind, denn - darüber sollten wir uns im klaren sein - ohne Schüler ist Schule nun einmal nicht möglich, auch nicht im ländlichen Raum.

(Dr. Fischer (CDU): Eine sehr weise Feststellung!)

- Aber Sie scheinen es noch nicht akzeptiert zu haben!

Zum anderen - und jetzt komme ich wieder auf Ihren Einwand der Differenzierung - ist auch aus pädagogischen Gründen eine Mindestgröße einer Schule erforderlich, damit das Unterrichtsangebot nicht zu schmal wird, um dem pädagogischen Auftrag gerecht zu werden.

- (B) Nicht zuletzt - das kommt auch an dritter Stelle - ist die einzügige Hauptschule in dieser Größenordnung, die erhalten ist und erhalten wird - dazu gibt es gesetzliche Regelungen - teurer als jede zweizügige Schule. Die einzügige Hauptschule braucht 70 % mehr Lehrer, gemessen an der zweizügigen Schule, und das sollten Sie dann auch jeweils in der Öffentlichkeit sagen; denn soviel Lehrer haben diese Schulen heute.

(Frau Woldering (CDU): Am teuersten ist die Gesamtschule!)

- Das stimmt nicht, Frau Kollegin. Dazu sollten Sie sich unter Berücksichtigung der Aufwendungen für Lehrergehälter und Gebäude in Relation zu den Schülerzahlen einmal die Kostenvergleiche vor Augen führen, dann werden Sie feststellen, daß die Gesamtschule mit Sicherheit nicht die teuerste Schule ist. Wenn ich die Zahl richtig erinnere, Herr Kollege Hilgers, ist das Gymnasium am teuersten.

(Zuruf des Abg. Hilgers (SPD))

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege (C) Schaufuß, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Schaufuß (SPD): Ja, gut, eine soll er stellen.)

- Bitte schön!

Reul (CDU): Herzlichen Dank! Herr Kollege Schaufuß, stimmen Sie mir darin zu, daß Politik auch die Möglichkeit beinhaltet, darüber nachzudenken, ob man einzügige Systeme nicht anders organisieren kann, und daß ein anderes pädagogisches Konzept und die Veränderung von Abläufen in solchen Schulen, dazu führen kann, daß man nicht um jeden Preis diese 70 % Mehrkosten realisieren muß, sondern daß es andere Möglichkeiten gibt, Hauptschulen als einzügige Systeme zu erhalten, ohne diese Mehrkosten zu haben,

(Zuruf des Abg. Frey (SPD))

wenn man das politisch will und der Pädagogik auch die Möglichkeit läßt, sich einmal etwas Neues einfallen zu lassen? Denken scheint mir nicht verboten zu sein.

Schaufuß (SPD): So, wie Sie fragen - ich unterstelle, daß Sie denken, auch bei der Frage, die Sie mir gestellt haben -, läßt dies eigentlich nur die Antwort "Ja" zu. Natürlich ist das möglich. Eine Schulkonzeption, die dies ermöglicht und die man prüfen sollte, ist zum Beispiel, um ein Schulangebot vor Ort aufrechtzuerhalten, das Angebot der Gesamtschule, (D)

(Reul (CDU): Einzügig?)

damit die notwendige Leistungsfähigkeit erhalten werden kann. Dies geschieht im ländlichen Raum, wie das Beispiel Langerwehe zeigt; dies ist ein brauchbares Konzept.

(Jaax (SPD): Saerbeck!)

Aber auf der anderen Seite sollten Sie dann einmal deutlich sagen, was Sie denn meinen, wo die Grenze ist, was die Mindestgröße einer Schule angeht, um nicht transportieren zu müssen. Es bleibt unter dem Strich, wenn Sie sich nicht äußern und Kosten gegenrechnen: Irgendwo müssen die Schüler hingefahren werden, oder Sie müssen zu anderen Antworten kommen. Nur, diese Antworten nennen Sie nicht. Wir sagen aber deutlich: Eine Mindestgröße ist erforderlich.

Es gibt heute 382 solcher zu klein gewordener Hauptschulen, die an diese Grenze kommen,

(Schaufuß (SPD))

- (A) was die Einzügigkeit und 18 Schüler pro Klasse angeht. Davon sind 326 in Städten, in denen andere Hauptschulen angeboten werden, und 56 sind in Gemeinden, in denen eine solche Hauptschule mit 18 Schülern in einem Jahrgang die letzte Hauptschule am Ort ist. Da sagen wir auch: Die letzte Hauptschule am Ort soll fortgeführt werden, solange sie nicht unter die Grenze der Einzügigkeit fällt. Da müßten Sie auch einmal irgendwo eine Zahl nennen; denn letztlich können wir nur diese Vorgabe machen.

Aber, wie gesagt - ich stelle dies noch einmal fest -: Die einzügige Hauptschule in ländlichen Regionen, die unter diese Mindestzahl von 18 Schülern je Klasse fällt, wird den pädagogischen Anforderungen ganz einfach nicht gerecht werden können. In solchen Fällen, wenn wir uns denn darauf verständigen können, muß geprüft werden, ob andere Schulkonzepte nicht die notwendige Leistungsfähigkeit sichern können. Dann sollten Sie aber als ein solches Schulkonzept, als eine Möglichkeit auch die Gesamtschule offen und sehr offensiv vertreten. Darum kann ich Sie nur bitten und Sie dazu auffordern.

Ob es weitergehende Lösungen geben kann oder geben muß, werden wir - auch gerade im Zusammenhang mit der Auswertung der jetzt vorliegenden Schulentwicklungspläne - weiter diskutieren. Insofern sind die Schulentwicklungspläne eine Voraussetzung. Ihr Vorschaltgesetz hilft hier in keiner Weise weiter, es bietet in keiner Weise Lösungen an.

(B)

Wir sehen heute in dieser ersten Lesung leider keine Möglichkeit, über Ihren Gesetzentwurf abzustimmen, sondern werden ihn zu überweisen haben. Dies ist Brauch nach erster Lesung; deshalb werden wir der Überweisung sicherlich einmütig zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Wickel das Wort.

Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle eingangs wieder einmal fest, daß eines der wichtigsten Themen in diesem Lande, nämlich was mit der Zukunft unserer Kinder in Schule zu geschehen hat, im Rahmen einer erweiterten Ausschusssitzung behandelt wird. Es befindet sich nur der Kultusminister im Saal. Der Herr Ministerpräsident, der normalerweise die Anliegen der Schüler dieses Landes auch begreifen müßte, und die anderen Minister fehlen - wie so oft, rechts und links alles leer. Aber das sei nur festgestellt.

Meine Damen und Herren! Im Vorfeld dieser Diskussion haben sich einige Leute das Hemd zerrissen, weil der Ausdruck "Schulkrieg" fiel.

(C)

(Schultz (SPD): Kriegsgeschrei!)

Hier wollen wir doch einmal unter uns und zueinander ehrlich sein: Semantik brauchen wir uns wirklich gegenseitig nicht vorzuwerfen. Man könnte sogar sagen: Es gibt Leute, die mit Semantik mehr gesellschaftlich verändert haben, als wir es je können.

Wie kommt dann so ein Ausdruck zustande? Er kommt doch nur zustande, wenn Parameter vorhanden sind, die diesen Eindruck entstehen lassen. Wer hat denn eigentlich in diesem Lande in Sachen Schule den Status quo verändert, Sie, meine Damen und Herren von der SPD, oder wir? Wer hat denn das in etwa ausgewogene Verhältnis zwischen den vier Schulformen dramatisch verändert? Sie, meine Damen und Herren!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abg. Hilgers (SPD))

Wer überfällt Eltern und Schüler, Herr Kollege Schaufuß, mit unnötigen Schulschließungen? Sie, meine Damen und Herren! Wer, Herr Kollege Hilgers, mißbraucht das Elternrecht, wie Sie es verstehen, zur Durchsetzung ideologischer Vorstellungen? Sie! Wer hat den Kampf an allen Fronten gegen das gegliederte Schulwesen begonnen? Wer nützt seine Stärke aus? Wer gibt der Mehrheit der Eltern nicht das Recht, hier demokratisch teilzuhaben? Meine Damen und Herren, Sie!

(D)

(Beifall bei der F.D.P. - Brodowski (SPD): Da war die F.D.P. dabei!)

Was lassen Sie sich noch für Spielregeln einfallen! Da schreiben die Regierungspräsidenten Briefe an die Gemeinden, daß überall dort, wo die Hauptschulen nicht mehr die ausreichende Schülerzahl haben, die Prüfung nach Gesamtschulverfahren einzuleiten ist. Da werden die örtlichen Mehrheiten dazu benutzt, das Thema offensiv voranzutreiben. Wenn die es auch nicht tun, gründet man Initiativen. Da werden - das ist das infamste an dieser Geschichte - im Vorfeld Schulen kaputtgeredet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie alle wissen, wie das vor Ort geschieht. Man wirft durch irgendwelche Kreise in den Raum: Die und die Schule ist gefährdet. Die Eltern werden vorsichtig, melden ihre Kinder an anderen Schulen an, und schon hat man

(Wickel (F.D.P.))

- (A) das Alibi zu sagen, diese Schule kann keine Eingangsklassen mehr bilden, diese Schule muß aufgelöst werden.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Sie versetzen Lehrer aus funktionierenden Schulsystemen. Sie lösen Schulen auf. Sie lassen Schulen auslaufen - und hier ist der Kultusminister, glaube ich, inzwischen widerlegt -; Auslaufen von Schulen bedeutet Nachteile für alle: Schulen, Eltern, Lehrer und Schüler. Sie besetzen die Schulleiterstellen nicht.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, diesen Katalog - und hier habe ich nur einige Grausamkeiten aus diesem Folterkatalog genannt - wenden Sie vor Ort systematisch an.

Wo ist Herr Kollege Heidtmann? - Er sitzt hinter mir. Frielingsdorf, ein klassisches Beispiel: Da beglückwünscht Herr Kollege Heidtmann die Eltern, die dort für ihre Hauptschule gekämpft haben - übrigens eine, die seit 18 Jahren einzügig besteht -, die gerichtlich erstritten haben, recht zu haben, er beglückwünscht sie vor Ort, daß das richtig ist. Wir werden genau aufpassen, wenn abgestimmt wird, wie dieser Kollege, der vor Ort beglückwünscht, in diesem Saal die Schulpolitik verteidigt, die auf das Gegenteil hinausläuft.

- (B) (Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ich würde auch, meine Damen und Herren, hier nicht so betroffen reagieren. Sie wissen, wir sind eine kleine Fraktion. Das bedeutet für mich, daß ich jede Woche irgendwo im Lande in Sachen Schule unterwegs bin. Ich erlebe also vor Ort, was dort läuft, ob das in Hopsten, in Ibbenbüren, in Saerbeck, im Aachener Raum, im Rhein-Sieg-Kreis, im Rheinisch-Bergischen Kreis, in Ostwestfalen-Lippe, im Ennepe-Ruhr-Kreis ist - überall laufen die gleichen Methoden nach diesem Katalog und wird nach diesem Verfahren Schule verändert, wobei Bielefeld, meine Damen und Herren, der Gipfel ist. Dort stellt sich vielleicht nur eben noch deutlicher heraus - wenn Sie mit Roten und Grünen und Bunten zusammen sein müssen -, was Sie tatsächlich vorhaben.

Jetzt bringe ich einmal einen köstlichen Satz unseres Kultusministers. Den hat er gestern geäußert; Frau Präsidentin, Sie gestatten mir vielleicht, ihn wörtlich zu zitieren:

Durch Neugründung einer Schule vermehrt sich nicht die Zahl der Schüler.

(C)

(Schaufuß (SPD): Sehr richtig!)

Ja, meine Damen und Herren, was machen wir denn hier? Wir gehen hin, verbieten kleinen Gemeinden, ihre Hauptschule weiterzuführen, weil sie 38 oder 34 oder 20 Schüler nicht mehr hat, und sagen dann durch reitenden Boten: Wenn ihr aber hier eine Gesamtschule macht, behaltet ihr vor Ort euer gesamtes Schulsystem.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Man spielt so kleine Gemeinde gegen kleine Gemeinde aus und glaubt nun, alle, die früher andere Schulformen besucht haben, auch kleinere Schulen, könnten nicht mehr rechnen. Wenn ich also bei 20 Schülern sage, "ihr dürft nicht mehr existieren, aber wenn ihr eine Gesamtschule macht, dann beginnt erst das frohe Leben in eurem Ort", brauchen wir schon mindestens 112 in der Eingangsklasse.

(Minister Schwier: Richtig!)

Wenn also keine 20 vor Ort sind, muß ich mir 112 Schüler leihen. Wo leihe ich mir die auf dem flachen Land? In allen umliegenden Orten! Und mit dem Beschluß, diese einzügige Hauptschule dort auslaufen zu lassen oder kaputtzumachen, leite ich eine Kettenreaktion ein - wie die Dominotheorie, wo ich einen Stein antippe, und sie fallen alle um -, veröde ganze Landstriche mit ihrer ortsbundenen Schule, um ein Mammutsystem - denn das ist es im Verhältnis zu vorher - in einem Ort auf Kosten aller umliegenden Orte und der Eltern der umliegenden Orte einzurichten.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dabei ist man sogar perfide, indem man wirklich Ort für Ort gegeneinander ausspielt und sagt: "Wer der erste ist, der kriegt sie, und alle anderen haben mit Zitronen gehandelt." - Da kann doch wohl auch in der Methode etwas nicht richtig sein!

Wenn das so ist, daß dann viele Schüler aus vielen Orten an einem Ort zusammengefaßt werden müssen, heißt das: Schulbustouristik in Schule, heißt das: Schulbuspädagogik, heißt das: ein neuer Leidensweg für die Kinder, die jetzt durch die Gegend gekarrt werden,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(Wickel (F.D.P.))

- (A) ganz abgesehen von der Verarmung, die vor Ort entsteht - weil ja die Lehrer, die ihre Kinder und deren Familien kennen, im dörflichen Leben integriert sind -, wenn das jetzt Vorhandene beseitigt wird, weil eine Ideologie und nicht eine bessere Schulform Sie antreibt, solches zu tun.

Es kommt noch etwas hinzu, und das sagt man natürlich schamhaft den Betroffenen nicht: Es entstehen höhere Kosten für den Träger, und so manche Gemeinde, die jetzt geleimt wird, soll mir einmal sagen, wie sie das später als Schulträger finanziert. Es entstehen höhere Kosten für das Land - nämlich die 20 % Lehrerzuschlag - bei diesem System, und die Lehrer - das haben wir ja gehört - müssen von anderen Schulformen abgezogen werden, damit die neu gegründeten Gesamtschulen genug Lehrer haben. Da ich aber an der Gesamtschule 20 % neue Lehrer mehr brauche, wird also der Unterrichtsausfall in den bestehenden Systemen nochmals um diese 20 % zusätzlich größer werden - und die Schulsysteme schlechter.

Daher sage ich es immer wieder sehr deutlich: Wer so etwas tut, verrät die Gesamtschulidee, die davon ausgeht, unterschiedliche soziale Gruppen zu mischen, durch das Miteinander und Untereinander zu Leistungssteigerungen zu kommen. Wer Hauptschulen in Gesamtschulen umwandelt, verrät beides: er verrät die Hauptschule und die Gesamtschule.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(B)

Hier kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Eltern, wehrt euch! Denn wer jetzt noch nicht dran ist, ist beim nächsten Mal dran, und beim nächsten Mal sind die Realschulen dran. Hier wird es doch immer wieder so dargestellt, als wären wir von der Opposition unverschämte Leute, die dieses Land schlecht machen.

(Frey (SPD): Stimmt doch auch.)

- Prima, Herr Kollege Frey. Ihre ideologische Miefglocke, die Sie über dieses Land stülpen, erstickt eben die Zukunft der Kinder!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Hier geht es doch darum - das wollen wir uns zumindest gegenseitig nicht absprechen; Sie auf Ihrer Seite, wir auf unserer -, daß wir darüber streiten, welches der beste Weg ist, unsere Kinder in den Stand zu setzen, ihr Leben zu meistern. Wir sagen: selbständig zu meistern. Sie sagen: in der Gesellschaft zu meistern. Diese Unterschiede können wir demnächst noch einmal herausarbeiten.

Bei dieser Diskussion ist ja das Problem, daß es letztlich so aussieht, als wenn die Politik sich eines Themas bemächtigte und gar nicht überlegt, worum es hier geht, als wenn Parteipolitiker sich über Schule auseinandersetzen.

(C)

Nein, meine Damen und Herren, mir geht es um die Kinder, die bei solchen Auseinandersetzungen immer die Leidtragenden sind - und sei es nur durch die Verfahren, wie jetzt Schulschließungen durchgeführt werden. Ich verstehe eines nicht, Herr Kollege Schaufuß - ich bescheinige Ihnen aber, einer der Ausgeglichensten zu sein, wenn Sie zu solchen Punkten Stellung nehmen -: Sie haben selber in Ihrem Redebeitrag deutlich gemacht, daß es an und für sich Zeit wäre, jetzt zu entscheiden, wie wir es in Zukunft mit ein-zügigen Systemen oder welchen Systemen auch immer halten. Das heißt, die Planung müßte letztlich in Angriff genommen werden. Sie haben darauf verwiesen, daß, wenn die Schulentwicklungspläne ausgewertet sind, der Zeitpunkt dafür gekommen wäre. Hier kann ich doch wirklich nur herzlich appellieren und fragen: Wieso gab es dann im November 1981 den Brief an die Schulkollegien bei den Regierungspräsidenten, den ich freundlicherweise zitieren darf - er betrifft die Fortführung kleiner Schulen -:

Um den laufenden Beratungen im Landtag zur Mindestgröße von Schulen nicht vorzugreifen, bitte ich Sie, bis auf weiteres schulaufsichtlich nicht auf die Auflösung bzw. Zusammenlegung kleinerer Schulen hinzuwirken. Nach Abschluß der parlamentarischen Beratungen werde ich die Frage der Fortführung kleiner Schulen erneut aufgreifen.

(D)

- Unterschrieben: Girgensohn. -

Das war 1981 möglich. Warum müssen wir denn in dieser Situation, in der Sie selber Klärungsbedarf bescheinigen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

uns hier über einen Gesetzesentwurf unterhalten und uns darüber streiten? Warum ist dieser Weg nicht möglich, wenn die Erkenntnisse da sind - wir kriegen Zahlen, aus den Zahlen ziehen wir Schlüsse -, daß der Kultusminister einen ähnlichen Erlaß herausgibt, damit erst einmal vor Ort Ruhe herrscht, damit vor Ort das Kaputtreden aufhört und damit die Voraussetzung besteht, nach örtlichen Gegebenheiten und nach Schülerzahlen unter uns in diesen Gremien, unter uns im Ausschuß, die Punkte zu besprechen? Ich begreife es nicht. Ich begreife es nicht,

(Wickel (F.D.P.))

- (A) warum der Erlaß nicht mehr gilt, warum wir heute einen solchen Gesetzentwurf einbringen müssen. Vielleicht denken wir gegenseitig noch einmal nach, ob wir nicht im Dezember gemeinsam diesen Gesetzentwurf verabschieden, wobei ich mich für meine Fraktion bereit erkläre, dieses Thema - sollte der Kultusminister einen ähnlichen Erlaß herausgeben - als beendet zu betrachten. Es geht ja hier nicht um das Prinzip. Es geht hier darum, daß wir endlich nachdenken, prüfen und überlegen können: Wie machen wir in den nächsten Jahren Schulpolitik in diesem Lande?

Deshalb, meine Damen und Herren, denken Sie noch einmal nach, ob wir uns nicht auf dieser Schiene treffen können, damit auch alles das, was an Gegensätzlichem im Thema ist, was ja herausgearbeitet werden muß, nicht das Nachdenken so trübt, daß Sie glauben, Sie könnten weitermachen wie bisher, daß wir glauben, es müsse angeschärft werden, sondern daß wir im Interesse der Kinder zu einer Lösung kommen, die uns allen nutzt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Dr. Linssen das Wort.

- (B) Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einst waren Sie, Herr Kultusminister Schwier, angetreten, Frieden zu stiften. Die schweren bildungspolitischen Auseinandersetzungen, die Ihr Vorgänger heraufbeschworen hatte,

(Kultusminister Schwier: Der war doch gut.)

sollten beendet werden. Ruhe und Vertrauen wollten Sie herbeiführen. Die Bildungspolitik sollte nicht länger Tummelplatz der sozialdemokratischen Ideologen, sondern Aushängeschild einer besonnenen und verlässlichen Politik sein.

Versöhnen statt spalten - diesen Anspruch sollte der neue Minister in der Bildungspolitik einlösen. Doch, meine Damen und Herren, was ist aus all dem geworden?

Schlimm genug, daß die leeren Kassen und die dramatische Schuldenpolitik keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr erlauben, daß Mängelverwaltung an die Stelle zukunftsorientierter Politik getreten ist.

Schlimm genug, daß der Pflasterkasten zum wichtigsten Instrument geworden ist, weil die

- (C) Finanzmittel zur Lösung dringender Zukunftsprobleme fehlen.

(Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Das beklagen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sicherlich mit uns.

Schlimm genug, daß über 130 000 Stunden pro Woche an den Schulen ausfallen, weil nach wie vor Lehrer fehlen und auch keine neuen mehr eingestellt werden können.

Doch kein bildungspolitisches Problem beschäftigt die Menschen in diesen Wochen so sehr wie das drohende Schulsterben an Rhein und Ruhr, gegen das die Landesregierung kein Konzept hat.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Kultusminister - das wird er gewiß gleich wieder tun - versucht, sich an der Sache vorbeizumogeln, und eine Erklärung zur politischen Kultur abgeben will, wie er sie heute der Presse vorlegt, so kann ich darauf nur sagen, Herr Kultusminister: Ihren Hinweis auf "Biedermann und Brandstifter" sehen wir von der CDU völlig anders!

(Schleußer (SPD): Das dachten wir uns!)

Nicht wer die Fakten beim Namen nennt, ist der Brandstifter, sondern derjenige, der die Fakten schafft!

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

(D)

Vielleicht, Herr Kultusminister, erkundigen Sie sich einmal bei ihrem Kollegen Wirtschaftsminister: Da wird eine Energiepolitik hier im Lande betrieben - unter verschiedenen Kriterien, und ein Kriterium heißt: gesellschaftliche Akzeptanz. Wir haben uns darüber schon öfter unterhalten. - Herr Kultusminister, in welchem Bereich wäre gesellschaftliche Akzeptanz wohl wichtiger als in der Schulfrage?

(Nagel (CDU): Sehr gut!)

Gesellschaftliche Akzeptanz müssen Sie versuchen herbeizuführen; Sie dagegen haben - Herr Kollege Wickel hat zu Recht darauf hingewiesen - genau das Gegenteil hier im Lande getan!

Die zurückgehenden Schülerzahlen haben eine neue Wirklichkeit geschaffen. Das geltende Schulrecht berücksichtigt diese veränderten Rahmenbedingungen nicht.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Zuruf des Abg. Wickel (F.D.P.))

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Es stammt noch aus den Jahren der geburtenstarken Jahrgänge. Viele kleine Schulen sind in ihrer Existenz bedroht, vor allem einzügige Hauptschulen. 313 der insgesamt 1 148 Hauptschulen in unserem Lande droht die Schließung, weitere werden folgen.

Diese dramatische Entwicklung wird noch durch den Gesamtschulkurs der Bildungs-ideologen in der SPD verschärft. In aller Deutlichkeit sagt es das Programm der Bildungspolitischen Kommission der SPD: Die Gesamtschule soll das gegliederte Schulwesen nicht ergänzen, sondern total ersetzen.

Neuen Gesamtschulen werden leistungsfähige Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien geopfert, ohne daß die Eltern der betroffenen Schüler ihren Willen zur Erhaltung dieser Schulen in das Verfahren einbringen können. Die dramatische Entwicklung in Bielefeld zeigt in erschreckender Klarheit, meine Damen und Herren, wohin die Reise geht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn dies so weitergeht, wird langfristig jede dritte weiterführende Schule in Nordrhein-Westfalen neuen Gesamtschulen weichen müssen.

Wir wollen die Schule in der Nachbarschaft, die Schule im Dorf, im Stadtteil.

(Zuruf von der SPD: Ja, die einzügige Schule!)

(B)

Ich weiß, für die Ideologen, für viele Pädagogen und Soziologen in Ihren Reihen ist das kein Argument.

(Widerspruch des Abg. Frey (SPD))

Sie sind auf eine Art Gleichmacherei fixiert, die jede Differenzierung schon für eine Unterdrückung hält. Sie werden nicht rasten und ruhen, bis alle in der Einheitsschule Gesamtschule sind.

(Frey (SPD): Das ist Quatsch, was Sie da reden!)

- Lesen Sie es doch in Ihren Papieren nach! - Ihr Begriff von Chancengleichheit klebt an statistischen Größen.

(Frey (SPD): Offensichtlicher Unfug!)

Ihr Kredo lautet: Je größer die Schule, desto besser!

(Frey (SPD): So ein Unsinn! - Weitere Zurufe von der SPD)

Haben Sie noch immer nicht gemerkt, daß die Größe einer Schule noch nichts über die Qualität aussagt, (C)

(Widerspruch des Abg. Schaufuß (SPD))

weder über die schulische noch über die soziale noch über die kulturelle? Ich erinnere hier an das, was Herr Schaufuß vorhin zur Größe der Hauptschule vorgetragen hat; das war relativ eindeutig.

(Erneuter Zuruf des Abg. Schaufuß (SPD))

Meine Damen und Herren, wie lange soll das Schulsterben noch weiter gehen? Wann endlich werden SPD und Landesregierung Einsicht zeigen?

In diesen Wochen und Monaten geht eine Vokabel durch das Land; sie lautet: "Nordrhein-Westfalen attraktiv machen!" Das bedeutet auch, ein leistungsfähiges Bildungssystem zu befürworten, damit wir bei ansiedlungswilligen Managern, die ja kürzlich von den Industrie- und Handelskammern unseres Landes quer durch die Republik befragt worden sind, künftig auch hinsichtlich des Schulsystems besser abschneiden als heute.

Herr Schaufuß, die Größe von Hauptschulen haben Sie kritisch beleuchtet, gerade die Größe der einzügigen. Ist Baden-Württemberg so wenig erfolgreich, obwohl 60 % der Hauptschulen dort einzügig geführt werden? (D)

(Beifall bei der CDU)

Der Respekt der CDU-Landtagsfraktion vor der großen Leistung der Pädagogen gerade in diesen unter der Zweizügigkeit sich befindenden Hauptschulen ist so groß, daß wir nur sagen können: Wir verstehen nicht, wie Sie diese Leistung hier so herabwürdigen können!

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das drohende Schulsterben ist nicht nur ein Problem der Bildungspolitik; es geht alle an. Schulen sind kulturelle und soziale Zentren der Gemeinde oder eines Stadtteils. Schulchöre und Schulorchester, Theatergruppen und Schulfeste sind aus dem kulturellen Leben unserer Kommunen nicht wegzudenken. Wenn Schüler und Lehrer mit Sportvereinen und Jugendgruppen zusammenarbeiten, alte Menschen betreuen oder internationale Kontakte pflegen,

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) bereichern sie das soziale Leben in ihrer Gemeinde.

(Schleußer (SPD): Und wo ist das nicht so?)

CDU und F.D.P. haben die neue Wirklichkeit in unseren Schulen ernst genommen. Wir haben ein Schulfriedensgesetz vorgelegt, das Abhilfe schaffen soll.

Erstens: Wir wollen auch kleinen Schulen eine Lebenschance geben, wenn sie leistungsfähig und für die Gemeinde bzw. den Stadtteil bedeutsam sind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wickel (F.D.P.))

Wir nehmen den Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach klaren, überschaubaren Lebenskreisen, ihre Sorge um wohnungsnahes Schulangebot ernst

(Zurufe von der SPD: Wir auch!)

und sagen: Lieber kleine Schulen als keine Schulen!

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Wir wollen fairen Wettbewerb auch hier. Den Elternwillen derjenigen, die sich für eine Gesamtschule entscheiden, respektieren wir.

- (B) (Dr. Brunemeier (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Doch wenn für neue Schulen andere, leistungsfähige, von den Eltern akzeptierte Schulen aufgelöst werden müssen, dann müssen auch diese Eltern ihren Willen in das Verfahren einbringen.

(Zustimmung bei der CDU sowie des Abg. Wickel (F.D.P.))

Daher Schluß mit dem Zweiklassen-Elternrecht!

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Drittens: Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken. Wenn wir das Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen, können die Kommunalparlamente am sachkundigsten über schulorganisatorische Maßnahmen entscheiden und dabei alle Belange abwägen. Daher brauchen wir mehr Entscheidungsfreiräume für die Kommunen.

Dies, meine Damen und Herren, sind die Eckpunkte des gemeinsamen Schulfriedensge-

setzes von CDU und F.D.P. Kultusminister und SPD haben uns einen fairen und konstruktiven Dialog zugesagt. Ich freue mich über diese Gesprächsbereitschaft. Die Gespräche sollen ja in Kürze beginnen. (C)

Doch, Herr Kultusminister: Während hier in Düsseldorf die Verhandlungen noch nicht einmal begonnen haben, schaffen die Regierungspräsidenten vollendete Tatsachen. Sie fordern Städte und Gemeinden zu schulorganisatorischen Maßnahmen bei einzügigen Schulen auf, drohen mit Eingriffen der Aufsichtsbehörde. Wenn sich Schulträger trotz Ultimativen nicht fügen, wird kurzerhand der jeweilige Oberkreisdirektor angewiesen, direkt einzugreifen und die Auflösung vorzunehmen. Ich bitte Sie, Herr Kultusminister, gerade Ihre Erklärung zur politischen Kultur in dieser Hinsicht doch einmal zu überprüfen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Gerritz?

(Zustimmung des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Bitte sehr!

Dr. Gerritz (SPD): Herr Kollege Linssen, ich hörte eben von Ihnen den Begriff des - wie haben Sie es genannt? - Zweiklassen-Elternrechts. Ich frage Sie: Fällt unter Ihr Verdikt des Zweiklassen-Elternrechts auch der Sachverhalt, daß in einer kleinen Gemeinde in der Nachbarschaft der Stadt Krefeld, St. Tönis, mit Zustimmung des Kultusministers ein Gymnasium gegründet wurde, nachdem sich 48 Eltern dafür ausgesprochen hatten, ein Gymnasium, das den Gymnasien in den Nachbargemeinden - etwa Kempen und Krefeld - teilweise das Wasser abgräbt? (D)

Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege, ich glaube, daß wir uns über die einzelnen Ausprägungen, wie wir das Elternrecht kodifizieren, sehr intensiv unterhalten werden. Aber Sie werden mir mit Sicherheit zustimmen, daß es nicht angeht, daß wir weiter das praktizieren, was wir heute tun, daß wir nur 112 Eltern bestimmen lassen, ob zum Beispiel eine Gesamtschule eingerichtet wird, und die anderen Eltern, die von dieser neuen Schule betroffen sind, weil ihre Schule stirbt, nicht befragen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Schaufuß (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

- Bei uns ist Elternrecht unteilbar. Nehmen Sie das zur Kenntnis, Herr Schaufuß!

(Lachen bei der SPD)

(A) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Dr. Linssen (CDU): Ja, wenn es nicht von meiner Zeit abgeht, bitte schön.)

- Bitte sehr!

Reul (CDU): Herr Linssen, würden Sie mir zustimmen, daß der Kultusminister seine Praxis, auch solche neuen Schulgründungen zuzulassen, radikal verändert hat, da er gerade zur Zeit einem ähnlichen Wunsch in Havixbeck - auf Errichtung einer Realschule - widersprochen hat?

Dr. Linssen (CDU): Die Aktionen des Kultusministeriums geben ein ganz zwiespältiges Bild. Es gab zum Beispiel die Zulassung einer Realschule in Kevelaer. Das will ich auch frei bekennen. Ich meine, daß alle Fraktionen das Elternrecht als unteilbar ansehen sollten. Ich lasse mich also weder in der einen Richtung noch in der anderen Richtung irgendwie festlegen.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte nur, daß es in Zukunft anders ist, als es heute kodifiziert ist.

(Zustimmung bei der CDU)

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Eltern und die Schüler, die Lehrer und die Schulträger sind sehr besorgt. Wie glaubwürdig sind die Bekenntnisse zu einem fairen und konstruktiven Dialog, wenn die Welle der Schulschließungen unverändert weitergeht? Wo bleibt der Vorrang des Parlaments, wenn die Exekutive ohne Rücksicht auf Verhandlungen im Landtag leistungsfähige Schulen in ihrem Bestand bedroht?

Daher haben CDU und F.D.P. an den Kultusminister appelliert, ein Stillhalteabkommen zu schließen, während die Gespräche über die Veränderung des Schulrechts laufen.

Heute beraten wir ein Vorschaltgesetz von CDU und F.D.P. zum Schulfriedensgesetz. Angesichts der Besorgnisse über das drohende Schulsterben appelliere ich an die Fraktion der SPD und an die Landesregierung: Stimmen Sie diesem Vorschaltgesetz zu. Ich hoffe nicht, daß das, was Herr Kollege Schaufuß vorhin vorgetragen hat, im Beschluß des Schulausschusses Wahrheit wird. Lassen Sie auch nach der Überweisung an den Schulausschuß diesen Antrag von CDU und F.D.P. nicht im Schulausschuß verschimmeln.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

(C) Lassen Sie uns dann in Ruhe und Sorgfalt über das Schulrecht verhandeln. Machen Sie den Aktivitäten der Schulaufsicht ein Ende, bevor unsere Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind. Nehmen Sie sich, Herr Kultusminister - auch die bisherigen Sprecher von CDU und F.D.P. haben diesen Gedanken vorgetragen - in dem einen Punkt ein Beispiel an Girgensohn: Als 1981 die Novellierung des Schulrechts im Landtag beraten wurde, hat er die Regierungspräsidenten angewiesen, solange von schulorganisatorischen Maßnahmen abzusehen. Das ist unser dringender Appell heute an Sie.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ich hoffe im Interesse unserer Kinder und der betroffenen Eltern, daß unser Appell bei Landesregierung und SPD auf offene Ohren stößt. Wenn nicht, werden wir gemeinsam mit den Eltern, Schülern und Lehrern dem drohenden Schulsterben mit allen Möglichkeiten massiven Widerstand entgegensetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Kultusminister das Wort.

Schwier, Kultusminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, Herr Kollege Linssen: Ich will jetzt auch über politische Kultur reden. Ich denke, das ist ein Thema, das in den letzten Wochen und Monaten in der Bundesrepublik seine Diskussionsnotwendigkeit nun an vielen Stellen bewiesen hat. Hier unten bei uns im Eingang des Landtags steht das von Wort und Wort und Widerwort. Es ist also so, daß sich Politik in Worten artikuliert, lieber Herr Wickel, und deswegen können wir Worte nicht auf die leichte Schulter nehmen, deswegen sind Worte und Wortwahl auch entlarvend für denjenigen, der sie gebraucht.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Reul war heute noch friedlich; sonst tritt er ja mehr im Gewand des Falken auf. Als schulpolitische Friedenstaube werden Sie vermutlich auch in der eigenen Fraktion nicht angesehen.

Aber wenn Herr Wickel zum Beispiel sagt: "Sollte die SPD den Status quo ablehnen, dann bedeutet das Schulkrieg im Lande Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 1990", dann kann ich doch nicht hergehen und sagen: Na ja, so redet er eben. Nein, dann muß ich vermuten, daß er auch so denkt.

(Zustimmung bei der SPD)

(Minister Schwier)

- (A) Wenn das Auslaufen einer einzelnen Schule mangels Schüler von Ihnen als Schulsterben bezeichnet wird, wenn Sie von "ausblutenden Schulen" reden, meine Damen und Herren, dann sind das nicht irgendwelche Versprecher, sondern durch die dauernde Wiederholung wird deutlich, was Sie damit beabsichtigen.

(Wickel (F.D.P.): Ein Ende des Schulkriegs!)

Und das ist nun wahrlich nicht

(Zuruf von der SPD: Die Wahrheit sagen!)

der Versuch, wie Herr Reul gesagt hat, die neue Wirklichkeit zu betrachten, sondern das ist der Versuch, ein Feuerchen nach dem anderen zu entzünden, um hinterher zu schreien, wo denn die Feuerwehr bleibe.

(Zuruf des Abg. Wickel (F.D.P.): Zustimmung bei der SPD)

Auch der Begriff vom Schulfriedensgesetz - ich habe Ihnen das mehrfach auch im Ausschuß gesagt - erweckt doch den Eindruck, als wenn man Krieg hätte. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine Stelle, da werde ich persönlich sehr empfindlich, dann nämlich, wenn man versucht, durch Wortwahl rationale Politik unmöglich zu machen. Damit habe ich meine Lebenserfahrung, und ich weiß, daß die Generation derer, die diese Lebenserfahrung mitbringen, allmählich ausstirbt. Da habe ich auch so etwas wie eine Verantwortung, eine Erbschaft herüberzubringen. Das werde ich in diesem Hause unentwegt und an dieser Stelle tun.

(Zustimmung bei der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen: Ihre Sprache, Ihre Rede von ausblutenden Schulen, vom Schulkrieg, das alles beweist mir, daß es Ihnen gar nicht zuerst um die Interessen von Schülerinnen und Schülern, von Eltern geht,

(Hardt (CDU): Das ist doch eine Reaktion auf Aktion!)

sondern es geht Ihnen um etwas ganz anderes.

(Dr. Brunemeier (SPD): Wahlkampf!)

Ich bitte Sie, zu bedenken, wie denn Lehrerinnen und Lehrer, wenn wir Politiker diese Frage in dieser Wortwahl mit diesen Begriffen diskutieren, eigentlich ihren

Schülern so etwas wie politische Toleranz, Eingehen auf Argumente des anderen, eine Sache nüchtern betrachten, vermitteln sollen. Das bedeutet: Wo bleibt die Chance politischer Bildung, wenn sich die politische Kultur in diesem Landtag in solchen Begriffen niederschlägt? (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Worms?

(Minister Schwier: Ja, bitte schön!)

- Bitte schön, Herr Dr. Worms!

Dr. Worms (CDU): Herr Minister, glauben Sie denn, daß Sie diese Worte gehört hätten, wenn wir festgestellt hätten, daß Sie das Schließen einer Schule sich höchstpersönlich vorbehalten würden, mit anderen Worten: daß Sie wirklich darum kämpfen, den Tag so lange hinauszuschieben, wie es eben pädagogisch vertretbar ist, bis eine Schule konkret geschlossen wird?

Schwier, Kultusminister: Dazu werde ich gleich noch Stellung nehmen. Aber auch bei Kämpfen bin ich etwas vorsichtig.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Nein, beim Kämpfen bin ich vorsichtig. Die Anwendung des Wortes "kämpfen" im Zusammenhang mit Schule halte ich nicht für sonderlich angemessen. Entschuldigung, das kann doch meine Meinung sein! (D)

(Zustimmung bei der SPD - Hardt (CDU): Was war denn mit Bielefeld?)

- Zu Bielefeld komme ich auch noch, Herr Kollege!

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Heimes?

(Minister Schwier: Ja, es ist natürlich schwierig, auf Zwischenfragen zu Themen zu antworten, die man noch gar nicht erwähnt hat. Aber ich will es versuchen.)

- Bitte sehr, Herr Kollege!

Dr. Heimes (CDU): Herr Kultusminister, Sie haben gesagt, uns, der CDU, ginge es nicht um die Kinder und um die Schulen, sondern um ganz etwas anderes. Halten Sie eine solche

(Dr. Heimes (CDU))

- (A) Unterstellung für politische Kultur? Würden Sie das bitte einmal erläutern?

(Zustimmung und Zurufe von der CDU)

Schwier (Kultusminister): Dann will ich es Ihnen sagen, wofür ich das halte. Ich habe Sie darauf hingewiesen, wie ich Ihre Wortwahl beurteile. Das darf ich noch. Und ich will Ihnen sagen, was ich vermute. Sie haben leider - für Sie: leider - 1980 eine Landtagswahl verloren, obwohl Sie 1978 glaubten, mit Hilfe eines "Schulkrieges" gute Voraussetzungen geschaffen zu haben. Übrigens: Der Herr Kollege Reul hat mich neulich im Ausschuß gefragt, ob man denn so etwas wie kooperative Schule nicht jetzt eigentlich machen könne,

(Zurufe von der SPD - Reul (CDU): Frechheit!)

weil die Schülerzahlen ja so knapp sind. Ich habe 1978 im ganzen Land als Abgeordneter den Menschen gesagt, daß das kommen wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Minister Schwier: In diesem Falle ja.)

- (B) Reul (CDU): Ich muß das einfach so formulieren: Darf ich davon ausgehen, daß Sie bereit sind, zur Wahrheit zu stehen und damit hier dem Parlament auch klar und deutlich zu sagen, daß diese Frage von mir nicht so gestellt worden ist, wie Sie sie gerade vorgetragen haben? Ich habe nie die Frage formuliert, die Sie hier gerade vorgetragen haben, und bitte Sie darum, das jetzt auch richtigzustellen.

Schwier, Kultusminister: Sie haben gefragt, ob es nicht eine Kooperation von Realschulen und Hauptschulen geben könne und ob nicht auf diese Weise einzügige Schulen erhalten werden könnten.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

Sie haben hier soeben in Ihrer Einführung einmal wieder angedeutet, man müsse doch auch noch über etwas anderes nachdenken können. Dieses Nachdenken kann eigentlich nur in diese Richtung gehen.

Dann haben Sie auch die Landtagswahl von 1985 verloren. Nun haben Sie Sorgen für die 90er Wahl, und diese Sorgen sind berechtigt!

(Beifall bei der SPD)

- (C) Meine Damen und Herren! Da wird jetzt im Lande verbreitet, viele Hauptschulen müßten schließen, weil das Land neue Gesamtschulen errichte. Das ist der kleinere Teil der Wahrheit; die ganze Wahrheit lautet: Ein Teil unserer Hauptschulen kann nicht fortgeführt werden, weil die Schülerzahlen insgesamt dramatisch zurückgegangen sind, weil die Übergangsquoten zu den übrigen weiterführenden Schulen stark angestiegen sind und weiter ansteigen, weil Gesamtschulen entstehen und weil einzügige Hauptschulen nicht das leisten, was wir von einer Schule der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen erwarten - es sei denn, wir greifen ganz tief in die Tasche und geben diesen Schulen so viele zusätzliche Lehrer,

(Schauerte (CDU): Wie die Gesamtschulen sie haben!)

daß sie wie zweizügige Schulen ausgestattet sind. Dann sind sie ja auch zweizügig.

Unsere Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen führen zum Beispiel die Klassen 10 A und B, und damit können entsprechend befähigte Schüler alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreichen. Sie waren übrigens dagegen, falls ich Sie daran erinnern muß. Das kann man an einer der hübschen kleinen bayerischen und baden-württembergischen Hauptschulen bekanntlich nicht. Deswegen möchte ich solche Hauptschulen wie in Baden-Württemberg und Bayern in Nordrhein-Westfalen nicht haben.

(Beifall bei der SPD)

(D) Zwei Klassen kann man aber an einer einzügigen Schule nur führen, wenn man ungefähr doppelt so viele Lehrer hat, wie dieser Schule eigentlich zustehen. Das jedoch schneidet so ins Geld, daß man das zwar als Opposition fordern kann, daß man aber als Verantwortung tragende Regierung nie in der Lage sein wird, das im Haushalt zu realisieren.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Minister Schwier: Ja, bitte!)

Meuffels (CDU): Herr Minister, wenn ich Ihre Ausführungen zu den kleinen Hauptschulen höre - wollen Sie denn nach den Erfahrungen und Untersuchungen von Professor Schroeter, Kiel, und nach den Erfahrungen Baden-Württembergs heute noch allen Ernstes behaupten, einzügige Hauptschulen seien weniger leistungsfähig? Wenn Sie das behaupten, sind Sie von gestern.

(Allgemeine Heiterkeit)

(A) Schwier, Kultusminister: Herr Meuffels, Sie haben mich ja gar nicht gefragt. Wir sind da vielleicht unterschiedlicher Meinung. Wir haben aber den einen Unterschied: daß ich sehr lange in Hauptschulen gearbeitet habe und daraus auch meine Schlüsse ziehe.

Warum greifen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, aus dem ganzen Bündel von Faktoren immer wieder den unbedeutendsten Faktor heraus und tun so - und das müssen Sie doch wider besseres Wissen tun -, als könnten Sie den Bestand aller Schulen sichern? Und das könne man erreichen, wenn man nur die Gründung weiterer Gesamtschulen unterließe.

Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, daß beispielsweise der Schüleranteil des Gymnasiums seit 1970, als der Ausbaustand schon sehr hoch war, noch einmal stärker zugenommen hat als der der Gesamtschule? 25,4 % der Schüler gingen 1970 auf ein Gymnasium über; 1986 waren es 33,9 %, das heißt also 8,5 Prozent mehr. 1970 gingen 1,3 % auf eine Gesamtschule über; 1986 waren es 8,4 %, also 7,1 Prozent mehr. Man hört dazu von Ihnen überhaupt nichts. Das müßten Sie doch mindestens erwähnen, wenn Sie das Auslaufen von Hauptschulen in so bewegten Tönen beklagen.

Dann müßte man Sie auch einmal fragen: Was wollen Sie denn eigentlich? Wollen Sie etwa die Übergänge zu Realschulen und Gymnasien quotieren?

(B)

(Dr. Brunemeier (SPD): Am liebsten würden sie das!)

Wollen Sie wieder Aufnahmeprüfungen einführen? Oder halten Sie still, weil es Ihnen in Wahrheit ja gar nicht um die Hauptschulen geht, sondern eigentlich nur darum - und das nenne ich nun wiederum "Ideologie"! -, Gesamtschulen zu verhindern?

(Zustimmung bei der SPD)

Oder wollen Sie es nur, damit Sie "Schulkrieg" führen können?

Eines will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Mit dieser Landesregierung ist eine bildungspolitische Planwirtschaft in bezug auf Elternwillen nicht zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir glauben nicht daran, daß der Staat festlegen soll, welche Schüleranteile welche Schulform zu besuchen haben. Die Leistung der Schüler und der Wille ihrer Eltern sind

die Faktoren, die entscheiden sollen. Das ist doch eine sehr liberale Konzeption, die doch zumindest den Liberalen ein gewisses Wohlwollen entlocken müßte. (C)

(Dr. Brunemeier (SPD): Wenn sie noch welche wären! - Mayer (Düsseldorf) (SPD): Wo sind die denn?)

Ich habe hier ja schon einmal erlebt, daß eine landespolitische Diskussion an einem kommunalpolitischen Thema aufgehängt worden ist. Dormagen, so hieß es hier einmal, sei das Fanal. Es ist wahr, daß sich in Dormagen der Kultusminister eingeschaltet hat, und zwar mit einem einzigen Ziel: dafür zu sorgen, daß nicht eine kleine Minderheit, sondern eine achtbare Minderheit - und unsere Schulen werden jeweils von Minderheiten besucht, mit Ausnahme der Grundschule und der Berufsschule - zu ihrem Recht kam, das ihr ja zuvor durch eine Stadtratsentscheidung sogar eingeräumt worden ist. Ich höre übrigens von dem Fanal Dormagen - "böser Eingriff des Kultusministers in Gemeindefreiheit" - überhaupt nichts mehr und hoffe, daß der Schule dieser Streit nicht schlecht bekommen ist.

Aber nun zu Bielefeld! Da haben Sie ja wiederum vor, den Landtag zum Stadtrat von Bielefeld umzufunktionieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Das, meine Damen und Herren, wird Ihnen nicht gelingen. Und ein gewisser Widerspruch, Herr Reul, dürfte Ihnen ja zwischen dem, was Sie gesagt haben, und dem, was Herr Linssen dann ausführte, aufgefallen sein. Herr Linssen hat unter Punkt 3 als eine wichtige Aufgabe des Schulfriedensgesetzes formuliert, die kommunale Selbstverwaltung müsse gesichert werden, während Sie sich hier hinstellen und den Kultusminister auffordern, nun endlich einmal dafür zu sorgen, daß die in Bielefeld strammstehen. (D)

Das heißt: Sie wollen der kommunalen Selbstverwaltung in Bielefeld den Garaus machen -

(Beifall bei der SPD)

ich benutze jetzt Ihre Wortwahl -, Sie wollen mich veranlassen, dem Rat von Bielefeld zu befehlen, was er zu beschließen hat.

Bevor Sie fragen, will ich Ihnen noch etwas zu Bielefeld sagen. Das Land erlegt den Kommunen allerdings eine Pflicht auf. Es erlegt ihnen die Pflicht auf, nachzudenken, und zwar im voraus nachzudenken. Deswegen gibt es die Verpflichtung zur Schulentwicklungsplanung. Diese Schulentwicklungsplanung

(Minister Schwier)

- (A) sollte in der Fortschreibung für die folgenden fünf Jahre auch in Bielefeld im Sommer 1986 abgeschlossen sein. Wir haben dann noch eine Nachfrist gewährt, weil wir zugeben, daß bei der schnellen Veränderung der Geburtenzahlen die vorausschauende Planung für die jetzt anstehenden Jahrgänge schwieriger geworden ist. Aber dann ist in Bielefeld etwas passiert, Herr Kollege Reul: Dort hat es keine Mehrheit für einen Schulentwicklungsplan gegeben,

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Doch!)

und zwar keine Mehrheit für einen Schulentwicklungsplan, den man als solchen ansehen kann.

(Zuruf von der F.D.P.: Aha!)

Denn die Entscheidung, die lautet, alle Schulen müssen bleiben, mag ja aus konservativer Sicht noch erträglich sein, meine Damen und Herren. Aber was sagte Herr Reul? - Neue Situation, neue Wirklichkeit, beantwortet mit dem Satz aus der pommerischen Landordnung: Es bleibt alles so wie es ist. - Das kann doch wohl keine Politik sein; das ist doch bestenfalls ein Kopf-in-den-Sand-Stecken!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Das haben Ihre Parteifreunde in Bielefeld getan. Als sie ihn schließlich aus dem Sand herausziehen mußten, wunderten sie sich, daß sie Sand in den Augen hatten und ihnen in diesem Fall die Schul- und Kommunalaufsicht des Regierungspräsidenten natürlich schlicht mitteilen mußte, was Sache ist.

Aber eines ist doch wohl ebenso klar: Hier in Düsseldorf werden wir immer nur die Mindestbedingungen für Schulen in Gesetzen deklarieren. Was Schulträger aus wohlverstandenen Gründen - oder auch aus falsch verstandenen Gründen - darüber hinaus tun, ist deren Sache und kann nicht auf den Landtag oder die Landesregierung übertragen werden. Eines aber garantiere ich Ihnen und auch den Eltern aus Bielefeld, die hier sitzen: Sollte es in Bielefeld zu einer Situation wie in Dormagen kommen, daß Eltern den Wunsch haben, ihr Kind auf eine bestimmte Schulform - nicht auf eine bestimmte Schule - zu schicken, dann wird sich der Kultusminister genauso engagieren. Er hat dann noch einen Nachholbedarf für Bielefeld. In Bielefeld reichen nach dem Ergebnis des Anmeldeverfahrens zu Beginn dieses Schuljahrs die Gesamtschulplätze immer noch nicht aus. Das ist vielleicht erklärbar, wenn man weiß, daß wir bei allen Schulen auch eine Sekundarstufe I haben und die Gesamtschule mit zwei Exemplaren da natürlich weit unterrepräsentiert ist.

(C) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Ihr Gesetzentwurf ist überflüssig. Aber ich bitte Sie, wenigstens die künftigen Diskussionen nicht mit den Worten und - so muß ich befürchten - der Gesinnung, die dahintersteht, zu führen; denn sonst muß man sich ja schon fragen, ob man zum Spitzengespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Fraktionsvorsitzenden am 2. Dezember in einer schußsicheren Weste, einer Rüstung oder mit sonst etwas Kriegerischem erscheinen muß. Ich hatte nicht die Absicht, das zu tun. Ich wollte meinen gesunden Menschenverstand mitbringen. Ich hoffe, Sie tun das auch.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Schultz-Tornau von der Fraktion der F.D.P.

Schultz-Tornau^{*} (F.D.P.): Ich glaube, Herr Minister, schußsichere Westen brauchen Sie wirklich nicht mitzubringen, gesunder Menschenverstand wäre natürlich eine tolle Sache. Man kann immer nur das mitbringen, was man in einer bestimmten Frage auch zur Verfügung hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D) Der erste Satz der Toleranz ist, daß man zwar die Auffassungen des anderen für falsch halten kann, sie aber dennoch respektiert. Sie haben uns hier mehrfach vorgehalten - weil Sie von politischer Kultur sprechen, Herr Minister, beginne ich damit -, wir würden nicht etwas Falsches, sondern etwas wider besseres Wissen vertreten. Ich sage Ihnen: Wer das dem politischen Konkurrenten vorhält, stellt den ersten Satz der Intoleranz auf.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich halte sehr viel davon, mit Worten sorgfältig umzugehen. Deswegen will ich mich mit meinem eigenen Sprachgebrauch, soweit Sie ihn indirekt angegriffen haben, auseinandersetzen. Ich gehöre zu denen, die davon sprechen, daß Schulen sterben und daß Schulsysteme ausbluten. Ich halte das für einen Sprachgebrauch, der nicht wider die politische Kultur ist, sondern einen Sachverhalt umschreibt, den man nicht nur mechanistisch verstehen kann, sondern den man auch gefühlsmäßig und emotional verstehen muß. Eine Schule ist für mich ein lebender Organismus; sie ist kein Werkzeug. So wird sie auch von den Eltern, Lehrern und Schülern begriffen. Lehrer, Eltern und Schüler kommen nach Bielefeld, weil sie das

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) gleiche Empfinden haben, daß es hier um etwas Lebendiges geht, daß es um etwas geht, das sie selbst als Person angeht und das nicht wie eine Waschmaschine oder ein Werkzeug abgehandelt werden kann.

Herr Minister, das letzte Mal haben Sie den Vergleich mit der Zeche gebracht. Ich erinnere mich, daß es landauf, landab von Sozialdemokraten heißt: Erst stirbt die Zeche, dann die Stadt. - Haben Sie sich jemals gegen diesen Sprachgebrauch gewendet? Sind Sie der Meinung, wenn man so spricht, dann müßte man mit schußsicherer Weste herumlaufen? Ich glaube, daran wird etwas plastisch, was die Menschen auch genauso empfinden. Deswegen meine ich: Was der Zeche recht ist, muß der Schule, bei der es um ganz andere, sehr viel mehr gefühlsbestimmte Dinge geht, nur billig sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Schaufuß hat davon gesprochen - Sie haben das ebenfalls erwähnt -, daß unsere Rechtslage im Einzelfall auch einzügige Schulen überleben läßt.

Das ist nun wirklich nicht polemisch gemeint, sondern kommt einem einfach so über die Zunge, weil das auch dem Empfinden entspricht.

- (B) Aber wenn Sie sich anschauen, was die Rechtsprechung daraus gemacht hat - Sie selber haben gesagt, wie wenige Fälle im Lande es sind -, dann kommt man zu dem Schluß, daß das das Sterben einzügiger Schulen im Lande Nordrhein-Westfalen nicht verhindert. Das ist doch die neue Erkenntnis, von der wir alle ausgehen: Wenn wir nicht ein ganzes Schulsystem, in dem die Hauptschule sogar ihren verfassungsrechtlich garantierten Platz hat, mit der Vernichtung der Hauptschule untergehen lassen wollen, dann können wir die Dinge nicht so treiben lassen, wie sie sich nach der gegebenen Rechtslage weiter entwickeln werden. Das ist doch unser Problem. Niemand von uns - und insoweit sind Sie im Hinblick auf Ihre Information zu Bielefeld auf einem alten Stand - stellt sich auf den in der Tat unhaltbaren Standpunkt, jede Schule, gleichgültig, wie viele Schüler sich anmelden, müsse unbedingt gehalten werden.

(Minister Schwier: Späte Einsicht!)

- Ja, gut! Aber, Herr Kultusminister, wie schön wäre es doch, wir könnten auch bei Ihnen von später Einsicht sprechen. Späte Einsicht, um das auch einmal zu formulieren, ist besser als keine Einsicht.

Hier war doch Einsicht vorhanden. Die CDU hat das der SPD in Bielefeld angeboten, und wir haben gesagt, wir seien nicht mehrheitsbildend, wir trügen mit, daß die Schulen, die nun wirklich nicht mehr lebensfähig seien, geschlossen werden sollten. Die Sozialdemokraten in Bielefeld haben diesen Vorschlag abgelehnt, nur damit hier vor dem Landtag keine Legendenbildung entsteht.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

In dem Gefüge zwischen der Gesamtschule und den Schulen des gegliederten Systems werfen Sie uns vor, wir wollten Gesamtschulen verhindern. Es gehört zu den Kernpunkten des Schulfriedensgesetzes, daß die Gesamtschule als gleichberechtigte, aber eben nicht als privilegierte Schule neben den anderen Schulformen anerkannt wird.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abg. Wickel (F.D.P.) - Abg. Dr. Brunemeier (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Dr. Brunemeier! - Ach so, Entschuldigung, ich darf nicht selber das Wort erteilen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Ja, gern! Verzeihung, ich hätte die Zwischenfrage fast schon selbst zugelassen!)

- Bitte sehr, Herr Abg. Dr. Brunemeier!

(D) Dr. Brunemeier *) (SPD): Herr Kollege Schultz-Tornau, unter uns Bielefeldern: Nachdem Herr Reul soeben schon nicht bereit war, auf meine Frage einzugehen, darf ich Sie fragen: Wie würden denn die Bielefelder F.D.P. und auch Sie auf die Tatsache reagieren, daß wir einen wirklich dramatischen Schülerrückgang haben, der sich nicht nur auf Hauptschulen erstreckt, sondern der durchgängig zu beobachten ist - 40 % der Schülerschaft -, und meinen Sie nicht auch, daß es sich unter den gegebenen Umständen, daß wir einem dreizügigen Überhang entsprechende Nachfrage nach Gesamtschulen haben, angeboten hätte, in den Gesprächen der Fraktionen untereinander zu vereinbaren, wenigstens eine dritte Gesamtschule im Bielefelder Süden zu errichten? Das ist auch eine Frage des Bedarfs. Warum denn um alles in der Welt konnte man sich auf dieses sozialdemokratische Angebot nicht einigen?

Schultz-Tornau *) (F.D.P.): Dazu wollte ich eigentlich gerade Stellung nehmen. - Sie wissen: 60 Schüler fehlten, um alle Schulen in

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Bielefeld zu erhalten. Aber wir waren uns darüber einig, daß Schulen in Bielefeld geschlossen werden müssen. Das zum ersten Teil Ihrer Frage!

Zum zweiten Teil: Bedarf an Gesamtschulen! Mir liegt hier ein Flugblatt der Gemeinnützigen Gesellschaft "Gesamtschule" vor, in dem es heißt:

Gesamtschule kommt.

Und jetzt wird es interessant, was den Eltern als Inhalt von Gesamtschule dargestellt wird:

Ab Sommer 1988 Gesamtschule Bielefeld-Süd, vier Eingangsklassen, Ganztagschule mit Hausaufgabenbetreuung, gestalteter Freizeit, Mittagessen.

Herr Dr. Brunemeier, genau das ist der Zustand, den wir beklagen, weshalb wir seit Jahren fragen, was das mit der inhaltlichen Aufgabe von Gesamtschule zu tun hat, daß das Mittagessen, die betreute Freizeit und die Hausaufgabenbetreuung dargestellt werden.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Frau Robels (CDU): So ist es!)

Das steht auf der ersten Seite, nichts sonst! Da haben wir gesagt - und auf dem Standpunkt stehen wir noch heute -: Wir sind erst bereit, über den Bedarf einer dritten Gesamtschule zu reden, wenn fair auch über Ganztagsangebote für Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Bielefeld gesprochen wird.

(B)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- Das ist doch das Ungeheuerliche: daß gerade das Helmholtz-Gymnasium, diese Schule, die über Nacht geschlossen worden soll, seit Jahr und Tag erklärt hat, sie wolle ein Ganztagsangebot machen, und daß die Rathausmehrheit in Bielefeld das seit Jahr und Tag ablehnt.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Warum lehnt sie es ab? Gerade doch, um den Eltern, die eben nicht Hilfslehrer der Nation sein können, die diese Hausaufgabenbetreuung brauchen, die die gestaltete Freizeit wollen, keine Alternative zu lassen. Lassen Sie denen eine Alternative, und ich sage Ihnen: Der Bedarf für Gesamtschulen geht zurück.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Frau Robels (CDU): Das genau ist der Punkt!)

Ich bin Ihnen von daher für Ihre Zwischenfrage, Herr Dr. Brunemeier, sehr dankbar. Sie hat schlaglichtartig das deutlich gemacht, was in Bielefeld faul ist. Und wir dürfen es im Landtag behandeln, weil es nicht nur in Bielefeld, sondern im ganzen Lande faul ist.

(C)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Dr. Linssen (CDU): Richtig!)

Herr Kultusminister, Sie haben in Ihrer Erklärung zur politischen Kultur von "Biedermann und die Brandstifter" gesprochen. Das war natürlich sehr hübsch; denn wer dieses Stück kennt, dem wird die Parallele deutlich. Sie haben geschrieben:

Mit einem verrohten verbalen Waffenarsenal wird ein Schulkrieg herbeigeredet, den man dann anschließend mit einem Schulfriedensgesetz beenden will.

In diesem Stück wird ja nichts herbeigeredet - das ist nicht richtig -, sondern das moralische Problem des Herrn Biedermann besteht darin, daß neben ihm die Brandsätze gelegt werden, daß sich das über einen längeren Zeitraum hin abspielt und daß Herr Biedermann so tut, als sähe er nichts.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Genau das ist die Situation, Herr Kultusminister: daß jeder, der sich ernsthaft mit der Lage beschäftigt, weiß - einmal abgesehen von den unmöglichen Verhältnissen in Bielefeld -, daß wir dann, wenn die Dinge so weiterlaufen, die Hauptschule abschreiben können, daß wir nur die Alternative haben, sie durch mehr Lehrer zu stärken, auch durch die Erhaltung von einzügigen Schulen dort, wo Fachräume nicht wieder in Klassenräume umgewidmet werden müssen, und indem wir sie attraktiver machen. Das ist die Situation. Und Sie und Ihre Freunde lassen die Dinge einfach laufen, obwohl jeder, der die Situation sehen will, sie auch sehen könnte.

(D)

(Zustimmung des Abg. Wickel (F.D.P.))

Genau das ist "Biedermann und die Brandstifter". Um diesen Zustand zu beseitigen, haben wir das Schulfriedensgesetz konzipiert.

Ich sage noch einmal - weil Sie auch das heute angesprochen haben -: Wir wären auch bereit, die Überschrift "Versöhnen statt spalten" zu wählen. Haben wir jemals Ihrem Herrn Ministerpräsidenten vorgeworfen, daß er mit "Versöhnen statt spalten" andere ausgrenzt? Hier müßten Sie ehrlicherweise den

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) gleichen Vorwurf erheben, den Sie unserem Titel "Schulfriedensgesetz" machen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Noch einmal das Angebot: Wenn Sie uns in der Substanz entgegenkommen, prägen wir die Überschrift in "Versöhnen statt spalten" um; denn genau das ist es, was wir für die Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen in Wahrheit wollen.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Frey von der Fraktion der SPD das Wort.

Frey (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie wissen sicherlich auch, Herr Schultz-Tornau, daß es, im Gegensatz zu dem zitierten Stück, in der Realität dieses Landes so ist, daß Biedermann und die Brandstifter bei der Opposition eine Identität bilden. Das muß einmal deutlich hervorgehoben werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Im übrigen heben Sie ständig auf das Elternrecht ab, für das Sie sich angeblich stark machen.

(Dr. Linssen (CDU): Richtig!)

- (B) Schauen Sie sich doch einmal Ihren eigenen Gesetzentwurf an. Wissen Sie eigentlich, Herr Dr. Linssen, was darin enthalten ist? Dort ist das Elternrecht nämlich faktisch total aufgehoben, weil der Gesetzentwurf ein Abwägungsgebot für die Gemeinde vorsieht und sich so viele Eltern wie auch immer treffen und finden können, der Gemeinderat aber letztlich sagen kann: April, April! Wir machen es doch ganz anders.

(Dr. Brunemeier (SPD): So ist es!)

So steht es in Ihrem Gesetzentwurf, und hier wollen Sie sich als Vorkämpfer für das Elternrecht darstellen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist doch wirklich - drücken wir es einmal vorsichtig aus - nicht glaubwürdig.

Sie haben sich jetzt etwas Neues einfallen lassen und ein sogenanntes Vorschaltgesetz vorgelegt, um jede schulorganisatorische Maßnahme unmöglich zu machen. Bei Licht besehen handelt sich tatsächlich nicht um ein Vorschaltgesetz, sondern um ein Ausschalt- oder Abschaltgesetz. Sie wollen nämlich

folgendes abschalten: jede Art von pädagogischer und ökonomischer Vernunft. Sie wollen eine zukunftsorientierte Entwicklung unseres Bildungssystems und damit - und das finde ich persönlich am schlimmsten - im Grunde genommen die Wahrung und Sicherung einer qualifizierten, perspektivvollen Ausbildung für unsere Kinder und Jugendlichen abschalten. Das steht dahinter, und das werfe ich Ihnen ganz gezielt vor. Ich stelle dies an den Anfang meiner Rede, damit jeder weiß, worum es geht. Sie wollen in unverantwortlicher Weise die Bildungszukunft eines großen Teils unserer Kinder verschleudern, und zwar nur, weil Sie sich erhoffen, sich mit Falschinformation und Emotionalisierung Wählerstimmen zu erschleichen.

(Frau Robels (CDU): Wissen Sie, wovon Sie reden? - Dr. Linssen (CDU): Glauben Sie das wirklich?)

Sie wollen eine Neuauflage von "Koop" von 1978, um Ihre Wahlchancen für 1990 zu verbessern. Das ist Ihr einziges Interesse, nichts anderes!

(Zustimmung bei der SPD)

Dies haben Sie durch Form, Sprache und Inhalt Ihres Vorgehens selbst offenbart. Zur Form Ihres Vorgehens gehört zum Beispiel die Attitüde des scheinbar Friedfertigen, der ständig Handlungsbereitschaft signalisiert. Heute hat Herr Reul hier wieder eine hervorragende Schauspielerei erbracht. Mit unschuldigem Augenaufschlag dienen Sie der SPD und dem Ministerpräsidenten Gespräche an, um angeblich Gemeinsames zu klären. Gleichzeitig schaffen Sie Fakten; Sie diktieren Bedingungen und stellen postwendend diejenigen, die Gegenpositionen formulieren, in die Ecke des Friedlosen.

Sie bringen einen Entwurf mit dem Etikett "Schulfriedensgesetz" in den Landtag ein. Wer diese Mogelpackung aufreißt, erkennt, daß die Realisierung Ihrer Vorstellung zu schlimmstem Unfrieden in diesem Lande führen würde. Verbal fordern Sie ständig den berühmten Tisch, an dem man sich zusammensetzen sollte. Das hindert Sie aber gleichzeitig überhaupt nicht daran, in pausenlosen Pressekonferenzen die SPD, also den Partner, mit dem Sie ja angeblich so ehrlich und fair verhandeln wollen, aufs übelste zu verleumden. Das ist wahrlich eine saubere Friedensmission, die statt Angebote Tritte verteilt und sich dann noch empört darüber beschwert, daß der Getretene nicht stillhält. Das können Sie mit uns nicht machen!

(Zustimmung bei der SPD - Leifert (CDU): Das ist Arroganz der Macht!)

(C)

(D)

(Frey (SPD))

- (A) In diesem Zusammenhang muß ich noch einmal auf die Sprache zurückkommen. Ihre Attitüde des sogenannten Friedfertigen können Sie nicht durchhalten, denn nicht nur das Auseinanderklaffen Ihrer Worte und Ihrer Taten ist allzu verräterisch,

(Frau Robels (CDU): Kommen Sie doch einmal zur Sache!)

sondern verräterisch ist vor allem Ihre Sprache. Es tut mir persönlich sehr leid, Herr Wickel, daß gerade Ihnen auf der letzten Pressekonferenz die Pferde durchgegangen sind. Die Opposition droht den Schulkrieg an. Die falschen Friedensstifter halten es jetzt nicht mehr aus; sie erklären den Krieg. Dazu, Herr Schultz-Tornau, möchte ich sagen, daß es hier nicht um Pingeligkeiten geht. Natürlich werden, um etwas darzustellen, bildhafte Begriffe gebraucht. Interessant ist doch, daß die Anhäufung all dieser Begriffe aus einem ganz bestimmten semantischen Wortfeld stammt: Schulsterben, Vernichtung, Schultod, Schlacht. Bei Ihrer untersten Klientel wird sogar von Schulmördern gesprochen. Ich habe Sie nicht dafür verantwortlich gemacht, nur geht die Saat auch da auf. Der Zusammenhang, daß es sich dabei um eine entlarvende Sprache der Gewalt handelt, die eben nicht die pädagogische Verantwortung, die bildungspolitische Verantwortung in den Vordergrund stellt, sondern eine hemmungslose Emotionalisierung betreiben will, um einfach das eigene parteipolitische Süppchen zu kochen, muß gesehen werden.

(B)

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Eure Strategie ist schlecht!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Frey, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Frey (SPD): Ja, bitte.)

Schultz-Tornau* (F.D.P.): Herr Kollege Frey, Sie sprachen eben von der "untersten Klientel". Würden Sie uns einmal erläutern, was Sie damit meinen, und hielten Sie es nicht bei näherer Überlegung doch für klug, dies, wenn hier schon über Semantik gesprochen wird, wieder zurückzunehmen?

(Dr. Brunemeier (SPD): Ratsmitglieder der CDU sind damit gemeint!)

Frey (SPD): Sie haben in Ihrer Partei sicherlich auch gewisse Leute, die vor Ort arbeiten.

(Frau Robels (CDU): Das ist die unterste Klientel? - Dr. Linssen (CDU): Das ist aber gut!)

Wenn das ein ungeschickter Ausdruck was, dann nehme ich ihn zurück. (C)

Ihre Inhalte schließlich entsprechen dieser Doppelbödigkeit. Ich will Sie, die Sie hier als die glühenden Verfechter der Hauptschule auftreten, gar nicht fragen, wie viele von Ihren Kindern, wie viele der Kinder von CDU- und F.D.P.-Mitgliedern und Angehörigen des Philologenverbandes die Hauptschule besuchen.

Das will ich nicht fragen. Es könnte nämlich sehr peinlich werden, daß die größten Verfechter der Hauptschule faktisch nichts mit Hauptschule am Kopfe haben. Ihnen geht es faktisch nicht um die Hauptschule. Sie benutzen die Hauptschule nur, um anderes zu erreichen.

Wenn Ihre Vorstellungen

(Frau Robels (CDU): Sagen Sie doch einmal etwas über Ihre Vorstellungen!)

zum Zuge kämen - ich verweise auf den von Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf -, dann sähe die Schullandschaft, diese neue Wirklichkeit, folgendermaßen aus - Herr Reul, Ihre neue Wirklichkeit; das hat mich an das Buch "Schöne neue Welt" erinnert; dieser Titel drückt ja das Gegenteil dessen aus, was in dem Buch steht -: auf der einen Seite einbetonierte Murks- und Mickerschulen, deren einzige Qualität die Ortsnähe wäre, einzügige Hauptschulen und Realschulen

(D)

(Frau Philipp (CDU): Wie nennen Sie das?)

- Murks- und Mickerschulen -; auf der anderen Seite eine eingefrorene, unattraktiv gemachte Gesamtschule ohne Entwicklungsmöglichkeiten.

(Dr. Linssen (CDU): Mikat- oder Mickerschulen?)

- Mickerschulen, nicht Mikatschulen. Ich habe also nicht von Herrn Mikat gesprochen. Ihn halte ich für vernünftiger als die jetzige Politik seitens der Opposition.

Die Schullandschaft wäre also einbetoniert. Die Gesamtschule wäre unattraktiv und ohne Entwicklungsmöglichkeiten. Die einzige Schule, die in Ihrem Gesetzentwurf unberührt bleibt, ist - man braucht sich nicht darüber zu wundern - das Gymnasium. Das Gymnasium bleibt attraktiv und leistungsfähig. Über Einzigigkeit wird da überhaupt nicht geredet. Wie selbstverständlich übernehmen Sie das, was jetzt geltendes Recht ist. "Zweizügigkeit

(Frey (SPD))

- (A) für Gymnasien" schreiben Sie auch in Ihrem Entwurf. Nur, das gilt eben nur für das Gymnasium. Es bleibt attraktiv, leistungsfähig, ökonomisch und pädagogisch sinnvoll. Wenn das, was Sie in Ihrem Gesetzentwurf vorschlagen, Realität würde,

(Dr. Brunemeier (SPD): Das wird es aber nicht!)

dann würden im Grunde alle echten Entwicklungschancen einzig und allein beim Gymnasium verbleiben. Das ist Ihr ausschließliches Interesse.

(Zuruf von der CDU)

Wir Sozialdemokraten haben uns immer für das Gymnasium eingesetzt. Unter der sozialdemokratischen Regierung in diesem Lande gab es so viele Gründungen von Gymnasien wie nie zuvor. Nur, wer eine Bildungskonstruktion schaffen will, in der lediglich eine einzige Schulform durch Planwirtschaft und Quotierung gegenüber allen anderen Schulformen profitieren soll, der kann nicht erwarten, daß man das nicht deutlich anprangert. Ich wiederhole, was ich schon in der letzten Plenardebatte gesagt habe:

(Frau Robels (CDU): Haben Sie da etwas gesagt?)

- (B) Wir Sozialdemokraten wollen gerade im ausschließlichen Interesse der Schülerinnen und Schüler leistungsfähige Hauptschulen. Deshalb sind schulorganisatorische Maßnahmen erforderlich.

Natürlich - lassen Sie mich das abschließend sagen - ist die "Prinzenerziehung" mit der Schüler/Lehrer-Relation 1 : 3 oder, man müßte fast sagen, 1 : 12 - also 1 Schüler und 12 Lehrer; es soll ja kein fachfremder Unterricht erteilt werden - theoretisch vorstellbar. Nur, wer soll das alles denn bezahlen? Am Anfang wurde bereits gesagt, daß eine einzügige Hauptschule 70 % mehr Lehrer benötigt und bei Aufrechterhaltung den Schulträger 500 000 DM mehr kostet. Mich würde einmal interessieren, ob Ihre Kommunalpolitiker zu diesem Luxus bereit sind. Wenn man sich die Schulentwicklungspläne ansieht, so stellt man fest, daß die Kommunalpolitiker selbst aus gutem Grunde wesentliche Schulzusammenlegungen erreichen wollen, weil sie nämlich nicht sinnlos Geld verschleudern wollen und wissen, daß man auch leistungsfähige Schulen braucht. Das, was Sie wollen, ist pädagogische Science-fiction. Das ist unbezahlbar. Das ist unseriös.

Herr Dr. Linssen hat gerade Ihre zentralen Parolen herausgegeben. Das kann man ja im nächsten Protokoll noch einmal schön nachlesen.

(Dr. Linssen (CDU): Vielen Dank für die Ehre!)

Es ist interessant, daß der Generalsekretär in der Debatte spricht, Bildungspolitiker jedoch nicht. Offensichtlich ist man also an einer Sachdebatte gar nicht interessiert,

(Dr. Linssen (CDU): Ich habe doch zur Sache gesprochen!)

sondern Sie geben hier die zentralen Parolen für Ihre Kampagnen aus, die Sie dann im Lande umsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen versichern, daß wir Sozialdemokraten trotz Ihrer Kampagne unsere Verantwortung für die Gestaltung einer zukunftsorientierten Bildungslandschaft ernst nehmen. Deshalb werden Ihre Abschalt-, Verhinderungs-, Einfrierungs- und sonstigen Gesetze in diesem Lande nicht zum Zuge kommen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Reul das Wort.

Reul (CDU): Meine Damen und Herren! Zu Herrn Frey fällt mir gar nichts mehr ein. Dazu braucht man auch nichts mehr zu sagen. Aber vielleicht doch einen Satz, Herr Frey: Als Sozialdemokrat würde ich über die Frage, ob wir, die sich für die Hauptschule einsetzen, auch Kinder in Hauptschulen haben, nicht so laut nachdenken; denn sonst müßten wir auch einmal die Frage aufwerfen, wie viele Kinder sozialdemokratischer Spitzenpolitiker Gesamtschulen besuchen. Diese Frage ist albern. Sie bringt in der Sache nicht weiter. Ich möchte mich lieber den sachlichen Anliegen widmen, die hier eingebracht worden sind.

Herr Kultusminister Schwier, wenn Sie über politische Kultur reden, dann sollten Sie sich sofort heute nachmittag mit Herrn Frey zusammensetzen und ihn darüber aufklären. In der Rede von Herrn Frey tauchten Begriffe wie "scheinbar friedfertig", "Schauspielereien" und ähnliche Begriffe auf. Ich weiß nicht, Herr Schwier, ob das Beiträge sind, die Sprache in dem von Ihnen vorgesehenen Sinne

(C)

(D)

(Reul (CDU))

(A) zu gestalten. Ich denke, meine Damen und Herren - -

(Zuruf von der SPD)

- Nein, ich habe etwas dagegen, daß uns unterstellt wird, wir seien nur scheinbar friedfertig. Das ist einfach ungeheuerlich!

(Beifall bei der CDU)

Es geht auch weit über die anderen Begriffe hinaus, die in die Diskussion eingebracht worden sind. Sie sollten doch bereit sein, auch uns abzunehmen, daß unser Anliegen ernst gemeint ist und daß wir uns wirklich um das sorgen, was da passiert. Unterstellen Sie uns doch nicht permanent, daß wir nicht bereit seien, das Ziel, das wir formuliert haben, wirklich erreichen zu wollen.

Herr Schwier, es tut mir leid, Ihre Beiträge haben im Grunde - Herr Schultz-Tornau hat das schon deutlich gesagt - nur vom eigentlichen Problem abgelenkt. Zur Sache ist nichts gesagt worden. Sie haben versucht, Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das war ja die Taktik heute!)

(B) Erinnern Sie sich einmal an die Bundestagswahl 1980. Mir fallen auch noch einige andere Beispiele ein. Da fielen Begriffe wie "Versöhnen statt spalten" usw. Meinen Sie, die SPD allein habe das Recht, hier als Obermoralist aufzutreten? Meinen Sie wirklich, allein Sie hätten in diesem Lande das Recht, als Zensor aufzutreten, um die Sprache anderer zu zensieren? Ich denke, da sind Sie auf dem falschen Dampfer, und damit wird man dem Anliegen, das wirklich die Menschen im Moment bewegt, was die politische Kultur in unserem Lande angeht, nicht gerecht. Sie haben das Anliegen der Menschen nach Wahrung politischer Kultur - was ja wirklich im Moment sehr stark diskutiert wird - im Grunde mit Ihrer Rede mißbraucht. Sie haben das mißbraucht für ein billiges Ablenken von den sachlichen Problemen, die hier anstehen, und zu diesen sachlichen Problemen haben nichts gesagt.

Schülerströme an Gymnasien - natürlich sind wir bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, ob das richtig ist. Probleme für die Hauptschule, Schülerströme: Haben wir zu verantworten, daß die Schülerströme sich so entwickelt haben? Wer hat denn die Vorgaben gemacht, daß das Gymnasium heute so gestaltet ist, wie es ist? Wer hat denn den Hauptschulen nicht die Chance gegeben, die wir

seit Jahren permanent hier mit Anträgen (C) eingefordert haben?

(Beifall bei der CDU)

Waren wir das, oder haben Sie die Mehrheit in diesem Hause?

(Frau Speth (SPD): Sind zu viele Kinder auf dem Gymnasium, oder wie verstehe ich das?)

Ein letzter Punkt, was politische Kultur angeht, Herr Schwier. Ich bitte dann, sich auch selber daran messen zu lassen. Sie dürfen und können, wenn Sie eine Rede so angefangen haben, nicht mir unterstellen, ich hätte die kooperative Schule gefordert. Das ist falsch. Das ist gelogen. Ich denke, so etwas darf man vor dem Parlament nicht tun, wenn man vorher selber den hohen Anspruch aus der Tasche gepackt hat.

(Minister Schwier: Was haben Sie denn gefunden?)

Ich bitte Sie, mit uns dann auch so zu diskutieren, wie wir im Ausschuß mit Ihnen diskutiert haben. Damals habe ich Ihnen schon auseinandergelegt, daß das nicht unsere Forderung ist. Wir können das auch gemeinsam in den Protokollen nachlesen, um es zu klären.

(D) Meine Damen und Herren! Sie können doch nicht die Schullandschaft in unserem Lande anzünden und sich dann beschweren, daß wir als Union uns darum bemühen, den Brand zu löschen. Das ist eine ganz merkwürdige Logik, die hier stattgefunden hat. Wir haben uns darum bemüht, die Schule im Dorf, im Stadtteil, in der Nachbarschaft zu lassen. Das hat Herr Dr. Linssen gesagt. Und was machen Sie? Sie lassen es zu, daß Schulen kaputtgehen. Statt dessen machen Sie theoretische Konzepte, wie das Schulleben in den Städten und an den Schulen in Zukunft aussehen soll.

(Zuruf des Abg. Westermann (SPD))

Können wir nicht einmal darüber nachdenken, ob es statt teurer großer theoretischer Konzepte über Schulleben sinnvoller ist, die Schulen in ihrem Schulleben erst einmal zu erhalten? Vielleicht ist das sinnvollere Weg. Das ist doch alles, was wir eigentlich nur vorschlagen.

Ein Drittes, meine Damen und Herren: kommunale Selbstverwaltung. Herr Schwier, Sie haben leider aus Ihrem Manuskript vorgelesen und nicht zur Kenntnis genommen, was ich

(Reul (CDU))

- (A) bezüglich Ihrer Meinungsbildung gesagt habe. Ich habe nicht gefordert: Eingreifen à la Dormagen. Ich habe klar gesagt: keine obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen, keine Beschädigung der kommunalen Selbstverwaltung; ich liege da voll in Übereinstimmung mit Dr. Linssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Brunemeier (SPD))

Aber ich habe gesagt: Von Ihnen als Mann dieses Bezirks, als wichtiger politischer Kraft in der SPD Ostwestfalens, erwarte ich, daß Sie schon einmal sagen: ja oder nein, gut oder schlecht. Sie haben das heute wieder nicht getan. Sie haben die Chance vertan, vor dem Parlament zu werten, wie Sie Bielefeld sehen. Sie haben es nur auf die Vergangenheit in Bielefeld reduziert und die Realität nicht zum Gegenstand gemacht. Mir tut das sehr leid. Wir haben nie gefordert, daß in jeder Gemeinde oder an jeder Ecke einzügige Systeme errichtet werden sollen. Wir haben nur gesagt: Laßt doch den Kommunen die Chance, daß sie dürfen, wenn sie wollen. Nicht mehr wollen wir, und nicht mehr steht auch in unserem Gesetzentwurf. Ich wäre schon dankbar, wenn Sie darüber mit uns diskutieren würden.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Reul, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwier zu?

(Reul (CDU): Ja.)

- (B) Schwier (SPD): Herr Kollege Reul, ist Ihnen vielleicht bewußt, daß, wenn hier der Kultusminister redet, gleichzeitig die Landesregierung und die staatliche Aufsicht über die Kommunen redet und insofern eine Aussage zu einer kommunalpolitischen Entscheidung, wie Sie sie einem Minister im Landtag abverlangen, ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung wäre?

(Beifall bei der SPD)

Reul (CDU): Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie wieder einmal formal argumentieren. Sie hätten auch die Chance im Ausschuß gehabt, als Herr Schultz-Tornau mit einer Anfrage versucht hat, Ihnen den Weg zu ebnen. Da haben wir es nämlich eingegrenzt.

(Minister Schwier: Entschuldigen Sie, da bin ich doch auch der Kultusminister!)

Im übrigen haben Sie jeden Tag die Chance, die Presse zu nutzen. - Warum regen Sie sich eigentlich so auf? Sind Sie erwischt?

(Lachen bei der SPD)

So kann man sich doch gar nicht aufregen, wenn es nur um ein formales Problem geht. Es geht doch um ein inhaltliches Problem, und da erwarte ich schon eine Aussage.

(C)

Wissen Sie, Herr Schwier, das Problem ist - ich will es abrunden -: Sie lassen alles treiben im Lande. Sie lassen es treiben, daß Schulen zerstört werden, und Sie diskutieren hier über Sprache, während draußen Fakten geschaffen werden - mit Ihrer Unterstützung, mit Ihrem Segen. Ich denke, da dürfen Sie sich nicht wundern, daß die Opposition in diesem Landtag nicht einfach zusieht und Däumchen dreht und Halleluja singt.

Wir werden uns auch in Zukunft mit aller Kraft für die Kinder, für die Lehrer und für die Eltern in unserem Lande einsetzen, auch wenn Sie nicht bereit sein sollten, mit uns darüber zu reden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Hilgers von der Fraktion der SPD das Wort.

Hilgers (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nehmen Sie mir bitte ab, daß mich Sprache der Gewalt und dieser schulpolitische Verbalradikalismus, der hier betrieben wird, sehr betroffen machen.

Ich komme zu Ihnen, Herr Reul. Die Brutalität, das Schlachten und das Hinschlachten von Schule - ich zitiere Presseartikel über Sie - -

(D)

(Reul (CDU): Wo denn? - Dr. Linssen (CDU): Belegen!)

- Das können Sie im Pressespiegel nachlesen. Ich habe nur wenige Minuten Zeit. Wissen Sie, mit dem Lügen fallen Sie auch auf. Herr Kollege Reul, ich will Ihnen einmal etwas sagen. Mit dem Wort "Lüge" muß man sehr vorsichtig umgehen. Als Sie eben gesagt haben, Sie hätten den Herrn Kultusminister nicht gefragt: "Kann es die Kooperations-schulform im dreigliedrigen Schulsystem übergreifend geben?" - wenn Sie das nicht zugeben, dann sagen Sie die Unwahrheit. Ich war nämlich dabei, als Sie das gesagt haben. Ob Sie bewußt lügen, das können Sie nur selber wissen; das kann ich nicht wissen.

(Dr. Linssen (CDU): Au, Herr Hilgers!)

- Herr Dr. Linssen, zu Ihnen komme ich auch noch. Die Kriegserklärungen, die hier ablaufen, passen nun doch nun wirklich nicht zu diesem Thema. Haben wir denn miteinander

(Hilgers (SPD))

- (A) eigentlich noch die Fähigkeit zu begreifen, daß, wenn wir über Schule, über Erziehung und Kinder reden, das etwas mit Vorbildern zu tun hat? War das hier vorhin eine Vorbilddebatte? Haben Sie das Gefühl, Ihre Rede wäre etwas gewesen, das man Kindern und Jugendlichen hätte zeigen können?

(Lachen bei der CDU - van Schewick (CDU): Zeigen schon!)

Sehen Sie, da haben wir miteinander unterschiedliche Empfindsamkeiten. Ich will mir meine bewahren; ich lasse sie mir von Ihnen nicht kaputtmachen.

(Stump (CDU): Ihre Reden sind auch nicht gut!)

- Wir haben mit einem wirklich ernstem Problem zu tun, Herr Kollege. Ich spreche dazu. Die demographische Entwicklung und das veränderte Wahlverhalten der Eltern stellen uns vor große Probleme und schwierige Entscheidungen. Dazu brauchen wir eine faire, eine offene, sachliche und friedfertige Diskussion und nicht dieses Kriegsgeheul.

Wichtig ist, daß wir die Realitäten in diesem Lande einmal zur Kenntnis nehmen. Mit Realitätsverlust und Zerrbildern ist dem veränderten Wahlverhalten und auch der demographischen Entwicklung nicht beizukommen. Ist das Ihr Ernst, was Ihr Kollege Mohr in der letzten Schulausschußsitzung sagte, man müsse die Schülerströme zur Hauptschule hinlenken? Ja, mit welchen Methoden denn?

(B)

(Zuruf der Frau Abg. Philipp (CDU))

- Wörtlich habe ich mir das aufgeschrieben, Frau Philipp. - Wollen Sie denn den Eltern ihr freies Entscheidungsrecht für ihre Kinder nehmen? Wollen Sie wieder die Prüfung für Zehnjährige einführen?

(Frau Philipp (CDU): Ja, zum Beispiel!)

Soll eine Prüfung im Alter von zehn Jahren über die Lebenschancen eines Kindes entscheiden?

(Dr. Linssen (CDU): Wir haben doch ein durchlässiges System!)

Da stellen Sie sich doch eine Hauptschule vor, aus der kein Aufstieg und keine Veränderung möglich ist.

(Frau Philipp (CDU): Das hat doch nie einer behauptet! - Dr. Linssen (CDU): Das sind doch Zerrbilder, die Sie jetzt bringen. - van Schewick (CDU): Dafür ist die Zeit zu schade.)

Eine Schule braucht drei wichtige Pfeiler; Herr Frey hat das schon erklärt: Eigentlich braucht sie nicht nur eine bestimmte Zahl von Kindern, sondern sie braucht ein funktionierendes Gebäude,

(C)

(Leifert (CDU): Sie reden an den Realitäten vorbei.)

und sie braucht Lehrer, eine Hauptschule mindestens zwölf - der Kultusminister hat ausgerechnet 11,7; ich kann mir keinen 0,7-Lehrer vorstellen, deswegen sage ich zwölf -, um einen differenzierten fachlich orientierten Unterricht zu bringen. Das ist das pädagogische Prinzip, das sind die pädagogischen Notwendigkeiten. Dazu gibt es ökonomische Bedingungen. Nur deswegen kommen wir auf eine bestimmte Zahl von Kindern, weil nämlich diese zwölf Lehrer aus ökonomischen Gründen nur mit einer Schüler-Lehrer-Relation zustande zu bringen sind.

Nun nenne ich Ihnen die Realität in diesem Lande, über die Sie sich auch informieren können: Wir haben jetzt 18 Hauptschulen, die noch nicht einmal einzügig sind, die real existieren und leben mit einer - mit einer! - fünften Klasse unter 18 Kindern. Wir haben 364 Hauptschulen, die haben weniger als 36 Schüler in der fünften Klasse, sind einzügig. 364 real existierende Hauptschulen in diesem Lande! Wir haben 501 Hauptschulen, die weniger als 56 Schüler haben, also das, was ökonomisch unter Schüler-Lehrer-Relation - 2 x 28 - überhaupt machbar ist. Wir haben nur noch 232 Hauptschulen, die echt zweizügig und damit leistungsfähig im ökonomischen Sinne sind.

(D)

(Frau Philipp (CDU): Das haben Sie alles schon vorgelesen; das brauchen wir wahrlich nicht. Einmal reicht!)

- Bitte, nehmen Sie das noch einmal zur Kenntnis; Sie begreifen es nicht, das ist der Punkt.

Was ich Ihnen sagen will: Wie kann man angesichts dieser Realität von brutaler Schulschließungspolitik sprechen? Da klaffen doch Realität und das, was Sie hier behaupten, weit auseinander. Bei Realschulen und bei Gymnasien kann ich Ihnen die Liste auch aufmachen. Funktionieren tut das nur, weil wir in diesen Schulen 34 % mehr Lehrer haben, als nach der Schüler-Lehrer-Relation eigentlich der Anspruch besteht, als in diesem Haushalt ohne kw-Vermerke realisiert ist.

Wenn also der kw-Berg komplett abgebaut würde - das habe ich im Ausschuß gesagt,

(Hilgers (SPD))

- (A) und das sollten Sie als eine interessante Information hinnehmen - dann käme es wirklich zu ganz großen Problemen. Das geht wirklich nicht komplett. Man muß einen Mittelweg finden zwischen dem, was man sich pädagogisch vorstellt, und dem, was ökonomisch machbar ist.

Zu den Kosten verbreiten Sie auch Falschinformationen; deswegen gebe ich das einmal zu Protokoll: Das Land gibt für Personalkosten für Lehrer im Jahre 1987 nach dem Haushaltsplan 1 640 400 000 DM

(Frau Philipp (CDU): Das steht im Haushalt, das haben wir gelesen.)

für 372 000 Hauptschüler aus; das macht 4 408 DM pro Schüler. Bei der Realschule sind das 865 900 000 DM; bei 232 900 Schülern macht das 3 718 DM pro Schüler. Beim Gymnasium sind es 2 115 500 DM für 411 200 Schüler, macht 5 145 DM pro Schüler. Bei der Gesamtschule sind es 285 900 000 DM für 72 000 Schüler; macht 3 971 DM pro Schüler. Wenn Sie den Ganztagszuschlag herausrechnen, macht es 3 463 DM pro Schüler.

(Frau Philipp (CDU): Jetzt haben Sie aber nur die Personalkosten!)

Das sind die Fakten. Nehmen Sie die einmal zur Kenntnis, das ist doch eine interessante Information.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie doch auch zur Kenntnis, daß der Städte- und Gemeindebund vergangenen Freitag einen Beschluß gefaßt hat des Inhalts: Räumliche und personelle Kapazitäten müssen an die sinkenden Schülerzahlen angepaßt werden. Eine solche Anpassung muß den konkreten Bedürfnissen gerecht werden. Bei anstehenden Entscheidungen ist ein geändertes Bildungs- und Schulwahlverhalten zu berücksichtigen. - Beschluß des Städte- und Gemeindebundes vom Freitag im Arbeitskreis II, Bevölkerungsentwicklung und Strukturpolitik! Das ist auch eine interessante Information. Dieser Beschluß ist mit den Stimmen aller dort Anwesenden einstimmig gefaßt worden.

(Paus (CDU): Ist das interessant!)

Sie können sich dann auch einmal die Zahlen für Gemeinden zu Gemüte führen, was kleine Schulen die Gemeinden kosten. In Monheim - die Frau Vizepräsidentin ist jetzt nicht im Raum, aber sie wird gestatten, daß ich die Stadt Monheim einmal zitiere - sind 2 541 DM

- für einen Hauptschüler aufzubringen, 1 885 DM für einen Realschüler, 1 528 DM für einen Gymnasiasten und 1 161 DM für einen Gesamtschüler, weil kleine Schulen auch für die Kommunen teuer sind. (C)

Deswegen wollen auch die Gemeinden nach den vorliegenden Schulentwicklungsplänen 164 Schulen schließen, nicht nur der Kultusminister. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. 164 Hauptschulen - das wollen die Gemeinden selbst, das haben sie in freier Selbstverwaltung beschlossen, und zwar, was die Größenordnung angeht, völlig unabhängig von der politischen Struktur.

Sagen Sie doch den Bürgern aus Bielefeld, daß ihnen mit Ihrem Gesetzentwurf überhaupt nicht geholfen ist. Das haben Sie damit gar nicht vor. Dieser Gesetzentwurf verbietet gar keiner Gemeinde, eine Schule zu schließen. Das haben Sie selbst erklärt. Sie versuchen aber, in diese Diskussionen eine Emotionalität zu bringen, als käme hier ein Gesetzentwurf, der den Menschen in Bielefeld helfen würde. Das ist konkret falsch. So darf man auch Jugendliche und Eltern dort nicht hinters Licht führen. Das tut man einfach nicht, das ist unanständig.

(Beifall bei der SPD)

Unanständige Politik ist das, Herr Linssen. Nichts anderes!

- (Dr. Linssen (CDU): Nehmen Sie doch einmal zu den Vorwürfen des Herrn Schultz-Tornau hier Stellung! Das ist doch reine Wettbewerbsverzerrung, die Sie betreiben.) (D)

- Also, Herr Kollege Linssen, jetzt provozieren Sie mich, zu Dormagen Stellung zu nehmen. Da kenne ich mich nämlich gut aus, da bin ich Fraktionsvorsitzender im Stadtrat.

(Dr. Linssen (CDU): Dann sagen Sie was zu Bielefeld!)

- Ich bin nicht in Bielefeld im Rat, und ich werde dazu hier auch keinen Kommentar abgeben. Ich kann Ihnen aber mit aller Klarheit sagen: Bei uns war es nur ein Elternwille, der vorübergehend für ein halbes Jahr mit Füßen getreten wurde, nämlich der für die Gesamtschule, obwohl keine andere Schulschließung dafür anstand. Keine! Die Schulschließungen in Dormagen sind bisher alle einstimmig beschlossen worden, Herr Kollege Reul, einstimmig vom gesamten Rat. Trotzdem wurde versucht, eine Verhinderungspolitik zu machen. Letztlich kam es dann glücklicherweise dazu, daß in freier Selbst-

(Hilgers (SPD))

- (A) verwaltung, ohne Eingriff des Kultusministers, durch einen Ratsbeschluß die Schule errichtet wurde. Das muß man auch einmal sagen, damit die Legendenbildung in der Sache nicht immer so weitergeht.

Ich sage Ihnen: Maßstab für die schulische Versorgung in allen Regionen muß sein, daß wir dort alle Schulformen der Sekundarstufe I vorhalten. Das Ziel ist noch lange nicht erreicht. Das ist ein weiter Weg. Wer überhaupt keine Anpassung will, handelt pädagogisch und ökonomisch verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man nicht mit schulpolitischem Verbalradikalismus übertünchen. Stellen Sie sich doch bitte auch Ihrer Verantwortung, wie es viele Ihrer Kollegen in den Gemeinden tagtäglich tun müssen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Als letzter Redner hat Herr Abg. Brunemeier von der Fraktion der SPD das Wort.

Dr. Brunemeier^{*} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur ein kurzes Wort zur Bielefelder Situation, weil darüber soviel Falsches gesagt worden ist:

- (B) Die Ausgangsfrage in Bielefeld, Herr Kollege Reul, war nicht, wer Spaß daran hat, Schulen zu schließen. Glauben Sie doch nicht, daß es irgend jemand gerne tut! Die Ausgangsfrage war, ob man angesichts der Quantitätenentwicklung in den 90er Jahren eine stabile Schulstruktur aller Schulformen in Bielefeld haben würde: in der Sekundarstufe I unter Einbeziehung der Gesamtschule, für die derzeit nicht genügend Plätze vorhanden sind. Aber das trifft natürlich auch für alle anderen Schulformen zu.

Die Frage, die der Rat vorliegen hat, ist: Wie muß die Schulformenlandschaft in den 90er Jahren aussehen, damit sie auf Dauer stabil ist - mit genügend Schülern? Da darf ich Ihnen sagen, was Sie vielleicht noch nicht wissen: In der Stadt Bielefeld gibt es nicht die eine oder andere Hauptschule und das eine oder andere Gymnasium, sondern da gibt es 20 Hauptschulen in einer Gemeinde. 20 Hauptschulen, 10 Gymnasien - ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mal zuhören würden; das sind die Dinge, die Sie nicht kennen, die Sie aber zu Ihren Ausführungen gebraucht hätten -, und 10 Realschulen. Der Schülerrückgang ist enorm. Er beträgt 40 %. Sie können doch nicht behaupten, daß das für die Schulstruktur der 90er Jahre über-

- (C) haupt keine Auswirkung hat. Der Rat hat sich die Frage vorgelegt: Wie kann auf die Dauer eine stabile Schulformenlandschaft vorliegen - unter Einbeziehung einer genügenden Zahl von Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen und genügend Gesamtschulplätzen?

Der Hauptkonflikt ist doch nicht die Frage, ob diese Fragestellung nun richtig ist, sondern der Hauptkonflikt zwischen uns und Ihnen ist, daß Sie das Elternrecht auf die freie Schulformenwahl beschränken wollen auf drei traditionelle Schulformen, und wir Bielefelder Sozialdemokraten haben gesagt: Dieses freie Elternwahlrecht muß auch eine vierte Schulform der Sekundarstufe I, nämlich die Gesamtschule, betreffen. Das ist der Hauptkonflikt, das führt zu unterschiedlichem Abstimmungsverhalten, das führt auch zu Veränderungen, zu Schulschließungen und zu Schulerrichtungen. Wenn man das Bedürfnis der Eltern umfassend und nicht nur in Teilen - in wichtigen Teilen, aber umfassend - befriedigen will, muß man eine Entscheidung treffen. Sie haben hier in einer schamlosen Weise die Emotion der Betroffenen ausgenutzt. In einer schamlosen Weise!

(Beifall bei der SPD)

Mit einem einzigen Ziel: den primitivsten Wahlkampf zu veranstalten, nämlich den mit den Gefühlen der Leute!

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- (D) Ich kann es sehr gut verstehen, wenn Betroffene, die in einer aufzulösenden, einer auslaufenden Schule sind, das nicht gut finden und dagegen protestieren. Dafür habe ich sogar eine gewisse Sympathie. Aber der Rat muß eine rationale Entscheidung für die 90er Jahre treffen.

Ich wäre Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie bei Ihren Äußerungen die Wahrheit über Ihre christdemokratischen Freunde in Bielefeld sagen. Jedes Angebot, einen Minimalkonsens auf der eben beschriebenen Basis herbeizuführen, ist abgelehnt worden, in kleinem Kreis sogar mit der Zusatzbemerkung: Wir wären ja verrückt, wenn wir uns dieses Wahlkampfthemas berauben würden. Herr Reul, Sie haben hier die Unwahrheit über die Bielefelder CDU und die Unwahrheit über die Bielefelder Schulschließungsdebatte gesagt. Ich schlage Ihnen vor, ein rationales, begründbares Gegenkonzept in Bielefeld aufzustellen, darüber mit Eltern, Lehrern und Schülern zu diskutieren und diese wirklich üblen Diffamierungen zu unterlassen, die sich im Laufe einer in der Tat schmerzlichen Entscheidung ergeben haben, die zu Be-

(Dr. Brunemeier (SPD))

- (A) troffenheit führt, was ich gar nicht verkennen will.

Ich schlage Ihnen weiter vor: Kümmern Sie sich als Landes-CDU nicht um Bielefelder Kommunalpolitik, sondern kümmern Sie sich um die Probleme dieses Landes, kümmern Sie sich darum, daß Ihr Landesvorsitzender die Probleme anpackt und uns hilft - gerade in Bonn -, unsere Probleme zu lösen, und daß die Quantität seines Geredes in die Qualität seines Handels umschlägt - das ist Ihre Aufgabe!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Doch, Herr Linssen!

Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Drei Sätze zum Abschluß dieser Debatte: Die Strategie der SPD war heute offensichtlich so angelegt, nicht zum Thema zu reden, sondern über die politische Kultur.

Ich stelle dies nach Abschluß der Debatte fest und bitte Sie, meine Damen und Herren, einmal im Protokoll nachzulesen, welche Sprache hier von der SPD geführt worden ist. Es war im Hinblick auf die CDU, aber auch die F.D.P., in erster Linie die Rede davon: daß wir lügen, die Unwahrheit sagen, Zerrbilder verbreiten,

- (B) (Zuruf von der SPD: Stimmt doch auch!)

scheinbar nur friedfertig sind. - Wenn das Ihr heutiger Beitrag zur politischen Kultur sein sollte, dann tun Sie mir herzlich leid!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

- Ich rufe nunmehr Punkt 6 der Tagesordnung auf: (C)

Entlastung des Landes Nordrhein-Westfalen bei den Kohlelasten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/2557

in Verbindung damit:

Erneuerung unseres Industrielandes - Wer muß was tun?

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2566

Meine Damen und Herren, wir nehmen zunächst die Begründungen zu beiden Anträgen entgegen. - Der SPD-Antrag Drucksache 10/2557 wird durch Herrn Abg. Schleußer begründet, dem ich das Wort erteile. Den Antrag der Fraktion der CDU und der F.D.P. begründet Herr Abg. Dr. Rohde, der auf Herrn Schleußer folgen wird. - Bitte sehr!

Schleußer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit ihrem Antrag zur Entlastung des Landes bei den Kohlelasten will die SPD-Landtagsfraktion die Aufmerksamkeit auf ein finanzwirtschaftliches Problem lenken - ein Problem, das die Zukunft unseres Landes betrifft. Es geht um die Frage, wie das Land angesichts eingeschränkter finanzpolitischer Möglichkeiten mit seinen Finanzierungslasten für die Steinkohle mittelfristig fertig werden kann. Solange auf der Einnahmenseite von den Bundesregierung und Bundestag vorgegebenen Rahmenbedingungen keine Entlastung zu erwarten ist, ist nach unserer Meinung bei der Sicherung der Zukunftsgestaltung unseres Landes ein notwendiger Handlungsspielraum nur über die Ausgabenseite des Haushalts möglich. Dabei wird eine der wesentlichen Fragen sein, ob die von Nordrhein-Westfalen zu tragenden Kohlelasten fühlbar gemindert werden können.

Meine Damen und Herren, eine wieder wachsende Neuverschuldung trotz jahrelang im Ländervergleich niedrigster Steigerungsraten im Haushalt gibt einen Hinweis darauf, daß Sonderlasten dieser Größenordnung vom Land nicht mehr mit dem bekannten Anteil finanziert werden können. Mittlerweile wird jede 40. Mark, also rund 1,5 Milliarden DM, jeweils 1987 und 1988 für diesen einen Zweck aufgewendet. Von 1966 bis 1986 hat das Land rund 14 Milliarden DM hierfür aufgebracht. Das gilt für die Koks-kohlenbeihilfe, für die Sozialleistungen für Bergleute, für die Stille-gungsprämien und weitere Förderungen.

(D)

(Schleußer (SPD))

- (A) Ein besonderes Gewicht kommt dabei dabei der Koks- und Steinkohle zu. Seit 1987 hat sich der jährliche Mehraufwand gerade für diesen Bereich auf mittlerweile 1,1 Milliarden DM dargestellt; das bedeutet, dieser Aufwand hat sich mehr als verdreifacht. Sonderlasten in dieser Größenordnung - und das über Jahre und Jahrzehnte hinweg! - hat kein Land der Bundesrepublik, auch kein finanzstarkes Land, tragen müssen.

Von den unmittelbaren Folgewirkungen bleibt Nordrhein-Westfalen ebenfalls nicht verschont. Das gilt für die Steuerbefreiung, die die Kohle hat, das gilt für die zurückgehenden Einnahmen bei der Lohn- und bei der Einkommensteuer als Folge des Zechensterbens und der damit verbundenen Arbeitsplatzverluste. Das alles war für Nordrhein-Westfalen eine harte Nuß.

Weder in der Vergangenheit noch bis heute hat sich der Bund - da schließe ich durchaus die sozialliberale Koalition ein - oder haben sich andere Länder auch nur mit einer Mark an diesen Sonderlasten beteiligt und Nordrhein-Westfalen massiv entlastet - im Gegenteil: Der Bund als der zweite große Finanzierungsträger bei den Kohlesubventionen hat sich bei den Einnahmen aus der Heizölsteuer erheblich Luft verschaffen können. So konnte der Bund in den Jahren 1966 bis 1986 seine Ausgaben für die Steinkohle von rund 27,5 Milliarden DM mit den Einnahmen aus der Heizölsteuer immerhin in einer Höhe von 18,4 Milliarden DM faktisch abdecken. Es trifft also nicht zu, daß die Kohlelasten vom Bund zu zwei Dritteln und Nordrhein-Westfalen zu einem Drittel geleistet wurden. In Wirklichkeit hat das Land aus Haushaltsmitteln für die Kohle weit mehr aufbringen müssen als der Bund.

(B)

Grotesk wird das Verhältnis und verändert sich die Lage, wenn man die anderen Bundesländer ansieht. Sie haben bei der Festlegung der Umsatzsteueranteile regelmäßig durch die nordrhein-westfälischen Kohlelasten im Rahmen der sogenannten Deckungsquotenberechnung bis zu 500 Millionen DM höhere Beteiligungsansprüche geltend gemacht und auch entsprechende Mittel erhalten.

Ich sage darum, meine Damen und Herren, sowohl im Hinblick auf den Bund wie auch mit Blickrichtung auf die Mehrheit der Länder ist danach die Forderung Nordrhein-Westfalens mehr als berechtigt, bei der Kohle entlastet zu werden. Da wird vom Bundesfinanzminister und von anderen Interessierten in der Öffentlichkeit, in der öffentlichen Diskussion gesagt, Nordrhein-Westfalen wolle sich aus der Kohleförderung zurückziehen. Das ist

falsch. Richtig ist vielmehr, daß sich das Land nach wie vor zur Solidarität mit dem Bergbau und den Bergleuten bekennt. Richtig ist aber auch, daß die deutsche Steinkohle, die zu 90 % in Nordrhein-Westfalen gefördert wird, für die Energieversorgung in der gesamten Bundesrepublik unverzichtbar ist, daß die Unabhängigkeit der Stromversorgung durch vermehrten Einsatz inländischer Steinkohle gestärkt wird und daß die Vorhaltung einer Nationalen Kohlereserve eine im gesamtstaatlichen Interesse liegende Aufgabe ist, die - und das ist wohl unbestreitbar - in die Zuständigkeit des Bundes fällt.

(C)

Deshalb ist es eben ein wesentlicher Faktor für die Weiterentwicklung der Finanzausstattung Nordrhein-Westfalens, wenn bei den vor uns liegenden Verhandlungen zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs Lösungen gefunden werden. Diese Lösungen müssen gefunden werden, gemessen an der absoluten Höhe der jährlich von Nordrhein-Westfalen zu tragenden Sonderlasten und gemessen auch an der großen Solidarleistung, die Nordrhein-Westfalen von 1950 über viele Jahrzehnte für finanzschwache Bundesländer erbracht hat. Wir wissen gemeinsam, daß dies eine Summe von 11,3 Milliarden DM ausmacht.

Nun sieht es so aus, daß der aktuelle Verhandlungskompromiß der Ländermehrheit mit der Bundesregierung grobe Webfehler aufweist. Trotz erfolgreicher Klage vor dem Bundesverfassungsgericht soll Nordrhein-Westfalen entgegen dem vorliegenden Urteil durch die Maschen dieses Verhandlungskompromisses fallen: durch einen unzureichenden Nachteilsausgleich, durch einen - ich sage - manipulierten Fehlbetragsschlüssel sowie eine neue Regelung, die nur Nordrhein-Westfalen belastet, eine sogenannten 99-Prozent-Regelung. Das bedeutet für Nordrhein-Westfalen 1987 ein Weniger in den Kassen von 242 Millionen DM. Das wird sich 1988, wenn nichts geschieht, auf 306 Millionen DM steigern.

(D)

Ich bin in diesem Zusammenhang dem Parlamentarischen Geschäftsführer der F.D.P., Herrn Abg. Dr. Schaumann, dankbar, der in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses deutliche Worte für diesen angeblichen Verhandlungskompromiß gefunden hat. Wir würden es begrüßen, wenn das nicht nur ein Standpunkt des Parlamentarischen Geschäftsführers der F.D.P., sondern auch Meinung der Fraktion wäre und ebenfalls zu der anderen Oppositionspartei durchschlagen könnte und dort Wirkung zeigen würde.

Ohne ein kräftiges Plus auf der Einnahmeseite wird es bei der Neuregelung des Finanzausgleichs auf Bundesebene keine befriedigende

(Schleußer (SPD))

- (A) Lösung für Nordrhein-Westfalen geben. Wir sind da zu Kooperation mit all denen, die Hilfe geben wollen, bereit. Das letzte Wort bei der Neuregelung des Finanzausgleichs ist noch nicht gesprochen. Wir appellieren daher an Sie, meine Damen und Herren von der Opposition: Nutzen Sie die Chance, damit in der entscheidenden Abstimmungssitzung im Plenum des Bundestages Anfang Dezember die nordrhein-westfälischen Interessen mit einer einzigen Zunge vertreten werden!

Entscheidend bei dieser Auseinandersetzung wird die Sonderlastproblematik sein. Das ist an sich die Nagelprobe für die Kooperationsbereitschaft der Opposition. Wir sind jedenfalls bereit, alles zu tun, um auch in dieser Frage einen Konsens zu ermöglichen. Dazu gehört die von uns signalisierte Bereitschaft, was unseren Antrag angeht, auch in den Formulierungen. Das hat nur da die Grenze, wo es um die Grundsatzforderung nach der Entlastung überhaupt geht. Denn eine Entlastung des Landes von den Kohlelasten ist über viele Wege denkbar.

Das gilt natürlich erstens für die Einbeziehung dieser Lasten in den bundesstaatlichen Finanzausgleich und ihre Berücksichtigung bei den Bundesergänzungszuweisungen. Es gibt da eine Formulierung des Bundesverfassungsgerichts, die diesen Weg fast eindeutig öffnet. Wir wissen: Dafür war keine Mehrheit zu bekommen, weil das mit der Ländermehrheit nicht möglich war, weil eine solche Entwicklung zu Lasten der übrigen Länder gegangen wäre. Das ändert nichts daran, daß wir die im Bundesrat von den Ländern ohne Gegenstimme beschlossene Aufforderung an die Bundesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Land bei der Kohle entlastet wird, für einen positiven Ansatz und einen ersten Schritt in die richtige Richtung halten. Mit diesem Beschluß des Bundesrates wird zum ersten Mal deutlich, daß auch die Ländermehrheit bei diesen Aufwendungen für die Kohle durchaus eine Leistung sieht, die das Land Nordrhein-Westfalen im gesamtstaatlichen Auftrag erbringt.

Zweitens könnte eine Entlastung bei der Kohle auch durch eine Umverteilung der Einnahmen bei der Heizölsteuer oder auch - drittens - dadurch erreicht werden, daß eine Aufteilung der Finanzierungskosten bei der Koks-kohlen-beihilfe erst vorgenommen wird, nachdem die Einnahmen aus der Heizölsteuer verrechnet worden sind. Auf jeden Fall würde sich auch durch eine solche Maßnahme eine merkliche Haushaltsentlastung für Nordrhein-Westfalen in einer Größenordnung von etwa 300 Millionen DM ergeben. Wir wären auch für

andere Lösungen ansprechbar und mit ihnen einverstanden, sofern Sie zu einer spürbaren Haushaltsentlastung für dieses Land führen. (C)

Nur, meine Damen und Herren: Für alle Lösungen, die überhaupt nur angedacht sind und über die geredet und verhandelt werden kann, ist die Zustimmung der Bundesregierung bzw. die der Ländermehrheit erforderlich. Um diese zu erreichen, liegen die Schlüssel bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition. Deshalb fordere ich Sie auf: Unterstützen Sie den Appell des Bundesrates an die Bundesregierung! Helfen Sie in Ihren Gremien mit, daß die schlimme Benachteiligung unseres Landes im Länderfinanzausgleich endlich beendet wird! Sorgen auch Sie dafür, daß das Land mit seiner berechtigten Forderung nach Entlastung bei den Sonderlasten nicht länger vom Bund an die Länder und von den Ländern an den Bund verwiesen wird, sondern daß die berechtigten Forderungen endlich Gehör finden!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Zur Begründung des gemeinsamen Antrags von CDU und F.D.P. Drucksache 10/2566 hat nunmehr Herr Abg. Dr. Rohde das Wort.

Dr. Rohde*) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schleußer, bei Ihren Ausführungen ist mir immer unklarer geworden, worauf sich Ihr Antrag denn eigentlich bezieht. Bezieht er sich auf eine neue Position im Länderfinanzausgleich, stützt er sich also insbesondere auf Art. 104 a Abs. 1, oder wollen Sie den Gesetzentwurf der Landesregierung zu Art. 104 a Abs. 4 unterstützen? Was wollen Sie eigentlich? (D)

Wenn Sie sagen, Sie seien für alle Anregungen offen - ich finde es natürlich positiv, daß Sie dieses Bekenntnis hier abgeben -, wäre es gut, Sie würden unserem Antrag zustimmen. Denn es ist wirklich der beste Antrag,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

der beste Antrag für ein ordentliches Verhandlungskonzept mit der Bundesregierung, das wir ja alle wollen. Er ist der beste Antrag, weil er erstens ehrlicher ist. Denn wir verschweigen nicht, daß die Stellungnahme des Bundesrates im Zusammenhang mit der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs erfolgt ist. Zweitens vermeiden wir Mißverständnisse, die Sie mit Ihrem Antrag nahelegen, nämlich das Mißverständnis, daß Sie

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) aus der Finanzierung der Kohlepolitik aussteigen wollen, was ja in Ihrem Antrag steht.

(Zustimmung bei der CDU)

Sodann haben wir den positiven Ansatz, nicht nur von der Entlastung Nordrhein-Westfalens von den Lasten von Kohle und Stahl, also aus dem Montankomplex, zu sprechen.

Wir sprechen von der Modernisierung des Landes, also, wir wollen die Hilfe der Bundesregierung für einen positiven Ansatz finden. Deswegen müßten Sie an sich unseren Antrag unterstützen, der ja auch in dem Schreiben des Ministerpräsidenten an uns alle als Verhandlungsgegenstand der Gespräche am 3. Dezember genannt wird. Wenn das so ist, finde ich, haben wir auch den positiveren Ansatz, daß wir nämlich in unserem Antrag auf die Bundesregierung zugehen, statt sie zu verprellen. Deswegen sagen wir eben: Der Landtag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, insbesondere des Bundeswirtschafts- und des Bundesarbeitsministers, dem Lande zu helfen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Wenn schon die Erklärungen erfolgt sind, dann lassen Sie uns sie auch in einen gemeinsamen Antrag festschreiben. Natürlich haben wir - ich finde das außerordentlich großzügig von uns - mit Nachdenklichkeit die Rede des Ministerpräsidenten bei der Bauindustrie an den Sankt-Martins-Abend gehört, wo er zu Recht gefragt hat, wer was tun müsse. Wir haben das aufgegriffen und sagen eben in unserem Antrag:

(B)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Die Landesregierung sollte unverzüglich in enger Abstimmung mit dem Landtag eine tragfähige Verhandlungsgrundlage entwickeln. Erst die Festlegung von Maßnahmen, die damit verbundene Einschätzung ihrer Auswirkungen für die Modernisierung des Landes, die Sie ja doch auch wollen - Sie wollen ja keine unsinnigen Projekte anmelden -, die Bestimmung der nötigen Ressourcen und des vermutlichen Finanzbedarfs setzen uns in die Lage, wenn wir hier im Landtag darüber beraten haben, ein ordentliches Konzept für die Verhandlungen mit der Bundesregierung zu entwickeln. Nehmen Sie bitte die eigenen Worte des Ministerpräsidenten auf und unterstützen Sie uns, die wir seine Anregung aufgenommen haben! Wer muß was tun, heißt doch, möglichst schnell ein Finanzprogramm, ein Prioritätenprogramm auf die Beine zu stellen und möglichst schnell in Verhandlungen mit der Bundesregierung einzutreten. Das wollen

wir; das wollen Sie. Also, unterstützen Sie uns! (C)

Auch aus anderen Gründen wäre es besser, Sie würden uns zustimmen; denn in Ihrem Antrag gibt es eine ganze Reihe von kleinen, aber unappetitlichen Unstimmigkeiten. Wenn Sie zum Beispiel in Ihrem Antrag den Beschluß des Bundesrates weglassen, daß nämlich der Bundesrat seine Aufforderung an die Bundesregierung nur richte, wie es zu Artikel 1 Nummer 7, also § 11 Abs. 3 heißt, zu dieser Neuregelung des Länderfinanzausgleichs.

Die zweite Frage, die man hier stellen muß, wenn Sie in Ihrem Antrag im Rubrum sagen, der Bundesrat fordere die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Land Nordrhein-Westfalen bei seinen Leistungen für Kohlelasten insbesondere bei der Koks-kohlenbeihilfe entlastet werde: Heißt das - Herr Finanzminister Posser, Sie werden ja auch darauf eingehen; ich bedauere natürlich, wir haben das im Ältestenrat gesagt, daß der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister nicht da sind, weil es ja um eine wirtschaftspolitische Frage geht - ,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

daß Sie das damals geleugnet oder nicht erkannt haben? Heißt das jetzt auch, Herr Kollege Farthmann, daß Sie - dazu können Sie gleich etwas sagen - das Konzept begrüßen, die Koks-kohlenbeihilfe zurückzufahren? Damit entlastet die Bundesregierung ja das Land Nordrhein-Westfalen, und sie will auch die Koks-kohlenbeihilfen zurückfahren. Das ist ja der eigentliche Streitpunkt zwischen IG BE und Bundesregierung. (D)

(Zuruf von der SPD)

Wir freuen uns, daß Sie das in Ihrem Antrag zum Ausdruck bringen. Wir wollen es auch für die IG BE festhalten, daß die Landesregierung uns darin unterstützt, die Koks-kohlenbeihilfe zurückzufahren. Vielleicht - das steht in Ihrem Antrag, Herr Kollege Farthmann; schauen Sie sich den mal an - erleichtert diese Position dann auch die Gespräche mit der Kohle.

(Zuruf des Abg. Schleißer (SPD))

- Vielleicht wäre es gut, Herr Schleißer, wenn Sie sich zwischen Landesregierung und Fraktion besser abstimmen würden, bevor Sie solche Anträge einbringen!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Und dann verschweigen Sie, daß es in Ziffer 10 der Empfehlungsdrucksache des Bundesrates heißt, daß die Begründung, von der Sie unterstellen, Sie sei vom Bundesrat verabschiedet worden, vom Bundesrat überhaupt nicht verabschiedet worden ist. Vielleicht schauen Sie sich das Protokoll einmal an; es steht darin. Man verzichtete auf die Begründung. Das heißt, die Ländermehrheit hat Ihre Ansicht überhaupt nicht geteilt,

(Dr. Linssen (CDU): Richtig!)

daß sich das Land Nordrhein-Westfalen aus der Finanzierung der Kohlelasten zurückziehen sollte und daß allein die Bundesregierung zuständig ist. Und ich möchte sagen: Wenn Sie den Antrag so verstehen wollen - Sie werden sicherlich aus Ihrer Sicht die Verhandlungen mit der Ruhrkohle außerordentlich gefährden -, dann kann es ja sein, daß in Ihrer Meinung, der Bund sei, wie es wörtlich bei Ihnen heißt, "gesamtstaatlich zuständig" für die Energie- und Rohstoffversorgung - wir begrüßen das -, auch die Einsicht steckt, daß der Kohle-Kernenergie-Verbund nicht aus der Bunkermentalität des Landes Nordrhein-Westfalen allein zu beurteilen ist, sondern eine gesamtstaatliche Politik bedeute, bei der dann zu Recht, wie Sie sagen, die Bundesregierung zu entscheiden habe, was Energiepolitik bedeutete. Das heißt sicherlich, gegen die Interessen der nordrhein-westfälischen SPD eine neue Energiepolitik zu verlangen.

- (B) (Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ich freue mich, daß Sie inzwischen einsichtig geworden sind.

Aber man muß sich ja weiter fragen, wenn man sich diesen Antrag ansieht, den Sie eingebracht haben, und den Gesetzentwurf, den die Landesregierung im Bundesrat eingebracht hat, nämlich zu Artikel 104 a Abs. 4: Was wollen Sie denn eigentlich? Der Antrag, den Sie gerade eingebracht haben, heißt: Wir steigen aus der Finanzierung der Kohlepolitik aus.

(Dr. Linssen CDU: Ja, eindeutig!)

Der Antrag, den der Ministerpräsident im Bundesrat eingebracht hat, heißt: Weil wir die Kohlelasten behalten wollen, wollen wir Hilfen für die Modernisierung. Sie müssen Sie sich schon entscheiden, was Sie denn wollen. Wollen Sie raus aus den Kohlelasten, auf die Modernisierungshilfe verzichten? Wollen Sie in den Kohlelasten bleiben, und wollen Sie die

Modernisierungshilfe des Landes? Es wäre gut, (C)

(Zustimmung des Abg. Dr. Linssen (CDU))

wenn sich innerhalb der Landesregierung, aber auch innerhalb der Zusammenarbeit zwischen Mehrheitsfraktion - -

(Dr. Linssen (CDU): Die stimmen sich gerade ab!)

- Daß die sich gerade abstimmen, finde ich gut. Wenn Sie sich gerade abstimmen, Herr Finanzminister, dann gehört es auch zu den kleinen Unappetitlichkeiten, daß in der Rede des Ministerpräsidenten steht, F.D.P. und CDU hätten diesen Gesetzentwurf, den Sie im Bundesrat eingebracht haben, gebilligt. Das ist ja wohl nicht der Fall. Die einmütige Entscheidung zur Stahlpolitik enthält eine solche Position nicht. Und auch das Ergebnis der Beratungen im Wirtschaftsausschuß heißt nicht: Wir wollen für das Montan-Programm, was wir im übrigen noch gar nicht kennen, einen solchen Gesetzentwurf einbringen. Ich finde, man muß ehrlich miteinander umgehen. Das haben wir heute morgen gesagt.

(Westermann (SPD): Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Tschoeltsch!)

Es ist ja hier, Herr Kniola, nachzulesen, wie unehrlich man miteinander umgeht.

Herr Finanzminister - Sie sind wirklich ein guter Jurist -, auch einmal zur juristischen Frage! In der Begründung des Gesetzentwurfs zu Artikel 104 a steht ja: Wir wollen diesen Gesetzentwurf einbringen zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft, zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums. Abgesehen davon, daß wir die Programme nicht kennen, ist es natürlich außerordentlich schwer, mit einer solchen Begründung aufzuwarten, wenn gleichzeitig das Land in einer Weise - was für Ihre Propaganda notwendig ist, aber der Realität nicht entspricht - so hochgelobt wird, wie das hier in dem Antrag steht. Ich wiederhole, was der Ministerpräsident gesagt hat: Zahl der neuen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen um 138 000 gestiegen; überdurchschnittliche Zuwachsraten bei Hochtechnologien, in den Bereichen Datenverarbeitung, Büromaschinen, Elektronik, Kunststoffe, Chemie, Maschinenbau; Anteil Nordrhein-Westfalens an der Gesamtausfuhr des Bundes 28,9 %; Spitzenposition unter den Ländern; Produktivität an zweiter Stelle der Flächenländer; in der Umweltindustrie führende Rolle; Land mit breitgefächerten, leistungsfähigen und zukunftsorientierten Industriestrukturen. (D)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Wir haben nichts dagegen. Ich finde es nur sehr, sehr schwer, Gelder aus Bonn auch noch in ein Paradies hineinzuleiten. Etwas Ehrlichkeit in der Argumentation wäre da sicher besser.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Herr Finanzminister, Sie reden ja nachher; wenn Sie auch den Entwurf mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft begründen und sagen - so in der Rede des Ministerpräsidenten nachzulesen -, es bestehe eine Rechtspflicht dazu, dann muß man doch einmal darauf hinweisen: Die Finanzkraft zum Beispiel des Landes Niedersachsen liegt weit unter der des Landes Nordrhein-Westfalen. Was das Brutto-sozialprodukt angeht, so lese ich Ihnen die Zahlen für 1986 vor: Schleswig-Holstein 25 724 DM, Niedersachsen 26 405 DM, Nordrhein-Westfalen 30 843 DM.

Wir haben immer gesagt: Es gibt viele Möglichkeiten, von Bonn Gelder zu bekommen. Wir wollen sie bekommen. Aber sich auf diese Rechtsargumentation einzulassen, ständig Bonn anzuklagen, hilft nichts.

In dem Gesetz, das für die norddeutschen Länder ergangen ist, das Sie als lobenswert für sich wollen, heißt es - und das ist ja nur nach dem Grundgesetz möglich -, Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur zu geben. Das ist ein Gesetz, das vor allen Dingen Mittel für den Verkehr, für die verkehrliche Erschließung bereitstellt. Da frage ich mich: Wollen Sie eigentlich das bei einem Verkehrsminister, der im letzten Jahr Geld nach Bonn zurückgegeben hat, in diesem Jahr Bonn noch Geld zu geben hat, wo wir feststellen müssen, daß in den letzten Jahren 8,7 Milliarden DM an Straßenplanung nicht realisiert worden sind? Die Frage nach dem Instrumentarium stellt sich also zu Recht. Sie sollten sich besser abstimmen.

(B)

Deswegen hat ja der Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen etwas Neues gefordert. Das versuchen wir zu realisieren; nämlich: Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, bei der regionalen Wirtschaftsförderung stärker das Element der vorhersehbaren Arbeitsplatzverluste zu berücksichtigen, um die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bereits vor dem Rückzug aus übersetzten Märkten zu ermöglichen. Es wäre besser, Sie würden sich dieser neuen wirtschaftspolitischen Philosophie anschließen.

Wir finden es, gelinde gesagt, merkwürdig, wenn der Wirtschaftsminister uns sagt, wir würden die "Zukunftsinitiative Montanregionen" öffentlich herunterreden. Es kann ja

wohl nicht wahr sein, so sagt er uns, daß ein Zukunftsinvestitionsprogramm des Landes nur deshalb von den Oppositionsparteien heruntergeredet werden muß, weil es überall akzeptiert wird. In derselben Presseerklärung aber sagt er, die Landesregierung sei in der Lage, durch zügige Beratung uns erst im Dezember in die Lage zu versetzen, das Programm zu beurteilen. Also: Er soll lieber ein bißchen schneller arbeiten, was er natürlich nicht kann, wenn er in Indien ist. Aber vielleicht ist es besser, er bleibt in Indien; dann wäre es vielleicht auch angemessen - -

(C)

(Wendzinski (SPD): Das ist unerhört!)

- Entschuldigung! Indien ist ein so wunderbares Land.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Indien ist ein so wunderbares Land. Dieser Wirtschaftsminister ist ein solcher Elefant im Porzellanladen, daß man sich wirklich die Frage stellt, ob es nicht besser wäre, er bliebe dort.

(Schultz (SPD): Das ist schlimm!)

- Und weil Sie das sagen, möchte ich auch, weil wir gerade dabei sind, etwas zu Frau Brunn sagen, die ja auch nicht müde wird, die Bundesregierung anzugreifen, anstatt auf ihre Hilfe zu setzen. Sie hat gestern erklärt - -

(D)

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Reden Sie nicht so laut; hören Sie lieber zu!

(Weitere erregte Zurufe von der SPD)

Sie hat nämlich gestern erklärt: Die Bundesregierung behindert das Land Nordrhein-Westfalen beim Strukturwandel. Daß Ihnen das nicht paßt, weiß ich. Es wäre angenehmer, Sie würden schweigen; das stünde Ihnen auch besser an.

(Zuruf des Abg. Mernizka (SPD))

Lassen Sie mich zu dem, was Frau Brunn gestern gesagt hat, fragen - das Wort "Lümmel" ist von Ihnen gefallen -: Der Bundesforschungsminister "behindert" den Strukturwandel in NRW jedes Jahr mit über 1,5 Milliarden DM. Ist das Behinderung?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Das ist der bei weitem höchste Anteil unter den Ländern, höher als der Anteil des Landes

(Dr. Rohde (F.D.P.))

(A) Nordrhein-Westfalens am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik.

Von den nicht durch gewachsene Institutionen festgelegten Projektmitteln erhält Nordrhein-Westfalen stets einen erheblich überproportionalen Anteil: 1986 mehr als die Länder Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Die Projektförderung für die Wirtschaft ist noch eindeutiger für NRW: fast 700 Millionen DM oder 35,6 % der gesamten Bundesmittel.

Da kann man nur sagen: Das Land wird überproportional beteiligt. Aber wenn Sie in den Verhandlungen mit Bonn dafür gesorgt hätten, daß es mehr Gemeinschaftsforschungseinrichtungen gäbe - das ist aber Ihr eigenes Versagen! -, dann gäbe es auch dafür mehr Geld.

Frau Brunn hat gestern gesagt: Wer den Betrieb des Schnellen Brüters zum Kernstück seiner Forschungspolitik erhebt, der handelt technologiefeindlich, behindert eine im Umbruch befindliche Industriegesellschaft beim Kampf um die Märkte von morgen. Dazu darf ich Ihnen sagen: 1987 ist keine einzige müde Mark für den Schnellen Brüter eingesetzt worden. Das sollten Sie sich einmal zu Gemüte führen. Dann wäre es vielleicht besser, nicht solche Dinge in die Welt zu setzen.

(Dr. Farthmann (SPD): Wie viele Millionen haben Sie denn jedes Jahr beschlossen? Das ist ja lächerlich!)

(B)

- Verehrter Herr Farthmann! Es wäre gut, nachdem wir heute morgen über das Leister-Papier gesprochen haben, wenn Sie einmal die Konsequenzen aus diesem Papier zögen und sich selbst in den Stand versetzten - insbesondere, nachdem Sie Ihren Haushalt überprüft haben -, aus eigener Kraft handlungsfähig für die Dinge zu sein, die Sie in die Wege leiten können. Zweitens wäre es gut, wenn Sie Nordrhein-Westfalen nicht als "Bundesrepublik im Kleinformat" betrachteten, wenn Sie sich nicht zum Sachwalter der Interessen nur von SPD-Ländern machten und wenn Sie vor allen Dingen den Mut und die Kraft fänden, auf die Mehrheiten in Bonn zuzugehen, wie das notwendig ist, um eben die Modernisierungshilfe für das Land Nordrhein-Westfalen zu gewinnen.

Mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten, der gestern dabei war, möchte ich zitieren, was der scheidende Präsident des Landesrechnungshofs - hören Sie doch zu, ich werde zum Schluß noch ganz versöhnlich! - gesagt hat: Der heilige Benedikt hat gesagt: Ich lasse die Fehler, aber ich liebe die Brüder. -

Diese Regel müssen Sie nicht voll gegenüber dem Bund anwenden. Aber wenn Sie als Sozialdemokraten auch ein wenig vom heiligen Benedikt lernen würden, stände es Ihnen und vor allen Dingen der notwendigen Modernisierung des Landes Nordrhein-Westfalen gut an. - Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Schultz (SPD): Der muß gerade vom heiligen Benedikt reden!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Sie wissen, daß die Zeit, um die Sie überzogen haben, wie üblich auf die Gesamtredezeit angerechnet wird.

Für die Landesregierung spricht nunmehr der Herr Minister Dr. Posser. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Versuch unternehmen, die beiden Anträge, die vorgelegt worden sind, auf ihren Kern zurückzuführen

(Dr. Farthmann (SPD): Das ist auch richtig!)

und von dem Rankenwerk, das zu hören war und das sich mit vielfältigen Themen beschäftigt hat, die nicht unbedingt zum Kern gehören, einmal absehen. Der Antrag der SPD-Landtagsfraktion zielt eindeutig darauf ab, daß der Landtag - ich hoffe immer noch, in seiner Gesamtheit - sich das zu eigen macht, was der Bundesrat ohne Gegenstimmen am 10. Juli dieses Jahres beschlossen hat, nämlich die Bundesregierung aufzufordern, durch Maßnahmen die Voraussetzungen zu schaffen, daß Nordrhein-Westfalen bei seinen Leistungen für die Kohle - das steht beim Bundesrat noch -, insbesondere für die Kokskohle entlastet wird. Das steht sogar im ersten Satz des Antrags von CDU und F.D.P.

(D)

(Dorn (F.D.P.): Dazu bekennen wir uns auch!)

- Ist ja gut! Ich will doch jetzt einmal den Stand der Diskussion zusammenfassen. - Wenn ich das richtig verstehe, besteht Einvernehmen darüber, daß Sie sich inhaltlich das zu eigen machen, was der Bundesrat ohne Gegenstimme am 10. Juli dieses Jahres beschlossen hat. Es wäre schon ein ganz wesentlicher Schritt nach vorne, wenn sich der Landtag mit seinen drei Fraktionen dieses inhaltlich zu eigen machte.

Nun sagen Sie, von dem, was in der Begründung ausgeführt wird, gefällt Ihnen das eine

(Minister Dr. Posser)

- (A) oder andere nicht; Sie halten es sogar für widersprüchlich. Ich schlage Ihnen vor, wir nehmen diesen Tenor des Beschlusses; denn darauf kommt es an. Es kommt auf diese Wirkung an, daß der Landtag von Nordrhein-Westfalen nicht hinter dem zurücksteht, was der Freistaat Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das inzwischen unionsregierte Hessen im Interesse Nordrhein-Westfalens für wichtig und richtig gehalten haben.

(Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Das steht ja bei uns!)

- Das sage ich doch. Da muß doch eine Brücke möglich sein. Dazu versuche ich beizutragen, indem ich sage, wir machen uns diesen Tenor, den Inhalt des Bundesratsbeschlusses, der - ich wiederhole - ohne Gegenstimme gefaßt worden ist, zu eigen. Das wäre schon - übereinstimmend mit dem ersten Satz Ihres Antrags - eine wichtige Willensäußerung des Landtags mit seinen drei Fraktionen. - Ich sehe Zustimmung bei Ihnen; es wäre zu überlegen, das zu machen.

Dann bleibt das, was Sie zur Erneuerung unseres Industrielandes vorgeschlagen haben. Da gibt es eine Lösung, die ich gern aufgreife. Ich habe sie gerade erst bekommen, sonst hätte ich sie schon eher mit Ihnen besprochen, auch in Abwesenheit des Wirtschaftsministers, der mir eine ganz ausführliche Rede auch zu Ihrem Antrag mitgegeben hat. Vielleicht brauchen wir diese Rede gar nicht zu halten; denn mir liegt - hören Sie zu! - ein gemeinsames Schreiben der Frau Kollegin Thoben und des Kollegen Tschoeltsch von den beiden Fraktionen vom 17. November 1987 vor, gerichtet an den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Kollegen Gerd Müller. Darin haben sie mitgeteilt, sie hätten ein Vorabexemplar des Protokolls über die 35. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 4. November 1987 zum Beschluß zum Tagesordnungspunkt "Zukunftsinitiative Montanregion" zur Kenntnis gebracht bekommen; in einem wesentlichen Abschnitt stimme der Protokolltext nicht mit dem mündlich vorgetragenen Beschlußtext überein. Dann haben sie einen Änderungsvorschlag für den Absatz 3 des Beschlußtextes gemacht. Den möchte ich einmal vorlesen:

Der Ausschuß begrüßt die Gesetzesinitiative, die die Landesregierung im Sinne des Artikels 104 a Grundgesetz dem Bundesrat zugeleitet hat. Der Ausschuß hofft, daß diese Gesetzesinitiative die Zustimmung der Länder und des Bundes findet. Er wertet diese Gesetzesinitiative als Umsetzung der gemeinsamen EntschlieÙung

vom 25. März 1987, mit der die Gleichbehandlung für Nordrhein-Westfalen im Vergleich auch zu den Werftregionen gefordert wird. Der Ausschuß betrachtet es als Aufgabe der Landesregierung, in Verhandlungen mit der Bundesregierung aus der Zukunftsinitiative ein Zukunftsprogramm "Montanregion" entstehen zu lassen.

Besser könnte ich das auch nicht formulieren, muß ich Ihnen sagen. Warum beschließen wir das denn nicht?

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites. Wir machen einen Antrag, der, damit er nicht unter anderen verschwindet, sagt, wir machen uns das zu eigen, was der Bundesrat als EntschlieÙung vorgebracht hat. Dann machen wir einen zweiten zum Artikel 104 a und übernehmen den Text der Kollegin Thoben und des Kollegen Tschoeltsch. Das rate ich jedenfalls der Landtagsfraktion der SPD.

Präsident Denzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rohde?

(Minister Dr. Posser: Bitte!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Rohde* (F.D.P.): Herr Minister, würden Sie, nachdem wir das zum Gegenstand von Gesprächen gemacht haben, die möglicherweise noch nicht abgeschlossen sind, nicht genau das, was wir im letzten Absatz gesagt haben, als den Versuch bewerten, daß die Landesregierung uns unverzüglich in die Lage versetzt, dieses notwendige Modernisierungsprogramm, das nach unserer Auffassung vom Bund mit zu bezahlen ist, zu beraten? Weil sich Ihr Antrag auf Artikel 101 Abs. 1 des Grundgesetzes bezogen hat, sollten Sie das jetzt in der Begründung zurückziehen; das gibt sicherlich eine neue Verhandlungsgrundlage.

Dr. Posser, Finanzminister (in Vertretung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie): Augenblick mal! Damit wir nicht aneinander vorbeireden: Ich habe bei meinen Ausführungen von seiten der SPD-Fraktion Zustimmung signalisiert bekommen, daß Sie sagen: Wir nehmen nur den Tenor, d. h. ohne die Begründung - auf die sind Sie nicht verpflichtet -, wir übernehmen als EntschlieÙung das, was der Bundesrat plenar entschieden hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

(C)

(B)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) - Okay! Darin stimmen Sie schon einmal überein. Das ist ja wichtig, die gleichlautende Buchung: Bundesrat, drei Fraktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen. Sehr schön!

Ich kann Ihnen aber auch noch die Rede oder Teilstücke der Rede des Wirtschaftsministers vorlesen. Er hat gesagt, es seien aus den Regionen 900 Anregungen gekommen. Diese werden jetzt überprüft. Selbstverständlich werden sie Ihnen in den Fachausschüssen, vor allen Dingen im Wirtschaftsausschuß, vorgetragen. Das ist ja selbstverständlich. Wir führen doch keine Verhandlungen mit dem Bund in einer so wichtigen Frage, ohne daß vorher eine Absprache darüber im Wirtschaftsausschuß oder in jedem anderen Ausschuß, der zusätzlich damit befaßt sein wird, erfolgt ist. Also steht das doch gar nicht im Widerspruch dazu.

Ich schlage Ihnen deshalb vor - vielleicht können die Fraktionsvorsitzenden noch darüber reden -, daß wir zwei Entschlie-ßungen fassen. Die eine Entschlie-ßung ist die, die der Bundesrat gefaßt hat. Darin sind wir uns wahrscheinlich schon einig, zumal das auch im ersten Satz Ihrer Entschlie-ßung steht. Die zweite Entschlie-ßung beschäftigt sich mit Artikel 104 a GG. Als Grundlage für diesen zweiten Entschlie-ßungsantrag nehmen wir den Text, den uns Frau Kollegin Thoben und Herr Kollege Tschoeltsch vorschlagen. Vielleicht können wir darüber in einer kurzen Unterbrechung einmal reden. Ich weiß nicht, ob ich das anregen darf, ob es sich jemand zu eigen macht. Aber ehe wir uns weiter streiten, obwohl wir im Ergebnis gar nicht weit auseinander sind, scheint es mir vernünftig, es so zu machen. Dabei erkläre ich zu Protokoll, daß die Urheberchaft zum zweiten Entschlie-ßungsantrag bei Ihnen liegt; das wird gar nicht verschwiegen. Deshalb meine ich, Herr Präsident, daß man sich dahin gehend verständigen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Das wird vielleicht hilfreich sein, Herr Minister.

(Minister Dr. Posser: Ich danke Ihnen, Herr Präsident!)

- Ich danke Ihnen, Herr Minister.

Nach meiner nicht revidierten Wortmeldungsliste - ich sage das ausdrücklich vorweg - hat jetzt Herr Abg. Trinius für die Fraktion der SPD das Wort. Ich bin aber für eine andere Reihenfolge offen, wenn das so vereinbart wird.

Soll dann Frau Kollegin Thoben erst reden?
- Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

(C)

Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, zu den Punkten, die wir heute hier zu besprechen haben, gehört, Herr Minister, auf jeden Fall die eine oder andere nüchterne Bestandsaufnahme. Wir haben heute einen Antrag der SPD als auslösendes Moment für die Sitzung, der nach meiner Einschätzung eher dadurch entstanden ist, daß man einen Weg gesucht hat, um Bonn weiter am Zeuge zu flicken, um den Eindruck zu erwecken - Sie haben dem heute morgen nicht widersprochen -, daß Bonn das Land vorsätzlich benachteilige. Sie haben nicht den Einstieg gewählt, den wir alle gemeinsam eigentlich brauchen, nämlich: Was können und wollen wir gemeinsam für unser Land tun?

Da Sie das so getan haben, fällt es etwas schwer, das, was Sie an Konsens fordern, in Ihren Worten wiederzuentdecken. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen.

Wir haben hier im Landtag - meiner Fraktion ist das weiß Gott nicht leichtgefallen - mit der Mehrheitsfraktion einen gemeinsamen Beschluß gefaßt, weil wir gesagt haben: Für die Zukunft der Kohle bewegen wir uns um der Gemeinsamkeit willen bis an den Rand dessen, was wir für vertretbar halten.

(Zustimmung des Abg. Dr. Worms (CDU))

(D)

Wir hatten gehofft, wenigstens ein einziges Mitglied der Landesregierung würde sich mit der konkreten Umsetzung befassen. Wir sehen davon nichts. Wir sehen demgegenüber, daß wir mit unseren Anstrengungen, der Kohle in einer dramatischen Situation zu helfen, weiterhin allein sind. Wenn ich vor diesem Hintergrund den Antrag der SPD heute werte, komme ich zu dem Schluß, daß es der SPD-Fraktion - das meine ich sehr, sehr ernst - gut anstehen würde, sich unserem in der Sache besseren und weiterführenden Antrag im Interesse der Kohle und der Zukunftssicherung der Arbeitsplätze dort anzuschließen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will das begründen. - Die Frage, ob die Kohlelasten, so, wie sie verteilt sind, fair verteilt sind, ist kein neues Thema. 1980 haben wir im Landtag gesagt: gesamtstaatliche Aufgabe. Die SPD hat dem widersprochen.

(Minister Dr. Posser: Nein, wir haben doch darüber verhandelt!)

- Die SPD hat dem widersprochen!

(Frau Thoben (CDU))

(A) Nun will ich Ihnen sagen: Unsere Überlegung von damals gilt heute noch, Herr Posser - nicht daß wir uns da mißverstehen -, nur: Die Frage, ab wann die Gesamtfinanzierung des deutschen Steinkohlenbergbaus auf den Bundeshaushalt übergehen muß, weil sie als zentralstaatliche Aufgabe "Sicherung der Energieversorgung" dorthin gehört, ist auch davon abhängig, unter welchen zusätzlichen Überschriften wir denn derzeit Geld für die Kohle aufbringen. Das hört sich vielleicht etwas abstrakt an, aber praktisch heißt das: Solange wir nicht unwesentliche Teile der Mittel, die wir für den Steinkohlenbergbau aufwenden, deshalb aufwenden, weil sonst die Anpassungsprozesse zu schnell vor sich gingen, die Menschen überfordert und die Regionen ausbluten würden, gibt es eine finanzielle Mitverantwortung des Landes. Das kann überhaupt nicht anders sein.

(Dr. Linssen (CDU): So ist es.)

Dann ist nämlich das, was wir hier an Kohlepolitik betreiben, nicht vollständig Energiepolitik. Deshalb unsere Einschätzung hier! Das Gesamtanliegen bleibt. Aber denken Sie, wenn Sie das zu einem solchen Zeitpunkt einbringen, bitte auch an den Zeitpunkt.

(Zustimmung bei der CDU)

(B) Bewerten Sie bitte auch einmal, welche schwierige Gespräche wir führen, weil Sie den gemeinsamen Landtagsbeschluß zur Energiepolitik nicht umsetzen, und wie wir uns dennoch bemühen, die Zustimmung anderer Bundesländer für die weitere Subventionierung der Kohle zu erreichen. In dieses Feld hinein platzt Ihr viel zu enger Antrag.

Herr Minister, das ist auch der zentrale Grund dafür, weshalb wir auf diesem ergänzenden Satz, der mit "wobei" beginnt, bestehen müssen. Das ist unsere einzige Chance, in diesem Moment nicht nur falsche Signale in Richtung auf die Menschen auszusenden, die wir zum Mitwirken brauchen. Wir müssen deutlich machen - Herr Schleußer hat das in seinem Vortrag getan -, daß das Anliegen ein mittelfristiges ist. Es kann in diesem Moment nicht darum gehen, den Eindruck zu erwecken - wir dürfen das nicht einmal ansatzweise tun -, daß wir uns im Jahre 1988, 1989, 1990 aus der Mitfinanzierung des Steinkohlenbergbaus verabschieden wollen. Das wäre fatal!

(Zuruf von der SPD: Das wollen wir nicht!)

- Aber dann brauchen Sie den ergänzenden Satz, auf dem wir bestehen müssen. Es müßte

auch Ihnen einleuchten, daß er unverzichtbar ist, um draußen keine falschen Eindrücke zu erwecken. (C)

Der weitere Punkt: Wir haben uns - und halten das für unverzichtbar; Herr Dr. Rohde hat es vorgetragen - natürlich gesagt: Wenn Sie sich aus der Kohlefinanzierung mittelfristig verabschieden wollen,

(Minister Dr. Posser: Das wollen wir gar nicht!)

- doch, das ist Gegenstand Ihres Antrages -, dann haben Sie selbstverständlich damit gleichzeitig die Sonderlast verloren, und je schneller Sie aussteigen, um so weniger können Sie ein Programm nach Art. 104 a begründen, denn dort begründen Sie Ihre Forderung damit, daß Sie wegen der Sonderlast diese Hilfen bräuchten. Sie müßten sich vielleicht einmal für einen Weg entscheiden.

Diese Doppelstrategie hat noch eine weitere Facette: Hochglanzbroschüren, hier im Lande verteilt, und bei öffentlichen Verlautbarungen den Bettelstab vorzeigen und überall die Hände aufhalten! Man muß sich entscheiden, wie denn die Wirklichkeit tatsächlich aussieht, und dafür muß man Fakten zur Kenntnis nehmen.

(Zustimmung bei der CDU)

(D) Wenn Sie diese Fakten nehmen und daraus eine Begründung ableiten wollen für das, was wir gemeinsam im Ausschuß - Sie haben den Brief zutreffend zitiert - überlegt haben - und es gab Einvernehmen im Landtag, daß wir eine große gemeinsame Kraftanstrengung brauchen, an der sich alle auch finanziell beteiligen sollen -, dann muß dieses Programm eine Form bekommen, in der es verhandlungsfähig ist. Das ist die Zukunftinitiative Montanregionen nicht. Das ist sie deshalb nicht, Herr Posser, weil nicht, auch den Antragstellern nicht, bekannt ist, welche Prioritäten Sie unter den 900 Anträgen setzen wollen, welche vorrangig sind, nach welchen Kriterien Sie sie auswählen wollen.

(Westermann (SPD): Das ist doch gar nicht wahr!)

Das alles ist Voraussetzung dafür, daß Sie überhaupt Verhandlungen in Bonn im Rahmen von Art. 104 a aufnehmen können. Wenigstens diesen Sachverhalt müßten Sie kennen. - Herr Westermann, Sie können Kommentare nachlesen; Sie brauchen mir nicht zu glauben.

(Westermann (SPD): Ich sage es Ihnen gleich!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Außerdem müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß bei dieser Art von Zuschnitt des Programms das Fördern privater Investitionen praktisch ausgeschlossen ist. Auch das hat der Wirtschaftsminister verschwiegen, als er alle Institutionen im Land dazu eingeladen hat, doch einmal zukunftssträchtige Projekte zusammenzustellen. Auf diesem Klärungsprozeß müssen wir bestehen, und deshalb ist das Gegenstand unseres Antrages. Kein Abkehren von der gemeinsamen Entschließung, aber - und das hat Herr Rohde unterstrichen -: Verengen wir doch den Wunsch nach finanzieller Beteiligung an der Erneuerung unseres Landes nicht auf ein Instrument, das all das, was wir möglicherweise brauchen, zu sehr beschränkt!

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb in unserem Antrag: Das Signal der Bundesregierung aufgreifen! Sie ist bereit, uns zu helfen, wenn wir konkret und spezifiziert die Bedeutung von Projekten, ihre Auswirkungen und die finanzielle Dotierung besser kennen, statt daß wir einfach pauschal 500 Millionen DM - die Beträge sind fast beliebig geworden - von einem anderen bezahlt haben möchten. An diesem Prozeß beteiligen wir uns sehr, sehr gerne, nämlich an dem Prozeß der Klärung. Aber wir erwarten natürlich von der Landesregierung schon, daß sie uns ihre Vorstellungen vorträgt, bevor sie andere zur Finanzierung einlädt.

- (B) Zur Frage der Benachteiligung des Landes im Länderfinanzausgleich: Herr Minister Posser, ich habe den Eindruck, dieser enge Antrag ist offenkundig mit dem Wirtschaftsminister nicht abgesprochen; denn sonst kann ich ihn mir zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht erklären, es sei denn, der Minister hat sich aus jeglicher Verantwortung für die Wirtschafts- und Energiepolitik in diesem Lande bereits verabschiedet. Ich kann den Antrag nur so werten, daß Sie aus verständlichen Gründen - Sie hinterlassen am Ende Ihrer Amtszeit zerrüttete Finanzen, Schulden von 100 Milliarden DM; 6 Milliarden DM wenden wir jährlich für Zinsen auf diese Schulden auf, und die Kohlelasten beanspruchen im Moment 2 % des Landeshaushalts - einen guten Abgang suchen. Diese Zahlen rücken die Größenordnung und die Tragfähigkeit der Argumente ein bißchen zurecht.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Bei allem Verständnis dafür, daß Sie sich, durch welche Anträge auch immer, noch einen guten Abgang verschaffen wollen: Das darf

nicht zu Lasten einer ehrlichen Situationsbeschreibung gehen. (C)

(Minister Dr. Posser: Es ist ein Antrag des Bundesrates. Ist der Bundesrat unehrlich?)

- Nein! Wir haben Ihnen ja gesagt, unser Antrag liegt vor, Herr Posser. Das ist doch gar kein Thema.

(Minister Dr. Posser: Das ist doch das Gegenteil: Ihr zweiter Satz im Vergleich zum ersten Satz!)

- Was bitte? Also, Herr Posser, dann haben Sie es immer noch nicht begriffen. Entschuldigung! Wir müssen Wert darauf legen, daß die Entlastung des Landes von den Kohlelasten eine mittelfristige Aufgabe ist, so, wie Herr Schließer es dargestellt hat. Wenn Sie eine andere Auffassung vertreten, widersprechen Sie ihm. Dann ist das Durcheinander komplett, und das ist vielleicht typisch für den Zustand dieser Landesregierung.

Auf jeden Fall ist es doch so, daß wir draußen jeden Eindruck vermeiden müssen, als wollten wir uns zum jetzigen Zeitpunkt aus der Mitverantwortung verabschieden, während wir andere zu zusätzlichen finanziellen Lasten auffordern.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir diesen Eindruck vermeiden wollen, dann müssen wir das, was Sie in Ihr eigenes Haushaltsgesetz bis zum Jahre 1991 hineingeschrieben haben, doch wohl als verbindlich ansehen. Und deshalb muß das im Antrag bleiben. Das ist kein Widerspruch. (D)

(Minister Dr. Posser: Das ist ein großer Widerspruch!)

- Herr Minister, wenn es Ihnen nicht bekannt sein sollte: Es gibt zwischen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen, die zu ergreifen sind, immer noch einen Unterschied.

(Minister Dr. Posser: Ich bin nicht so schlau wie Sie!)

Man verliert das Ziel nicht aus dem Auge, wenn man für zwei bis drei Jahre noch andere Kompromisse schließt - zum Wohle der Menschen, die im Bergbau arbeiten.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich würde mir sehr wünschen, daß der Antrag, den F.D.P. und CDU gemeinsam gestellt haben, wegen seines möglichen Einstiegs in

(Frau Thoben (CDU))

- (A) sehr konkrete Verhandlungen mit Bonn sowohl über Kohle als auch über weit darüber hinausgehende Hilfe zur Modernisierung unseres Landes die Zustimmung des ganzen Hauses finden könnte.

Ich sage das, obwohl mich vieles, wenn ich über die Modernisierung Nordrhein-Westfalens spreche, dazu reizen könnte, die hausgemachten Blockaden hier noch einmal vorzutragen, die einer gedeihlicheren Entwicklung der Wirtschaft des Landes im Wege stehen. Ich will das aber wegen der Kürze der Zeit nicht tun. Ich bitte Sie jedoch ganz eindringlich darum, Herr Posser, nicht durch eine kleinkarierte Argumentation beim Finanzausgleich die Chance zu verspielen, die dieser gemeinsame Antrag von CDU und F.D.P. bietet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Für die Landesregierung hat nunmehr Herr Minister Dr. Posser das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz folgendes sagen: Wenn wir wortgleich die Entschließung des Bundesrates übernehmen - das wollen wir ja wohl alle -, dann geht es nicht an, daß Sie sagen:

Wobei zu berücksichtigen ist, daß die Landesregierung in dem Entwurf ihres Haushaltsgesetzes 1988 bereits beabsichtigt, ihre Verpflichtung für die Steinkohle zwischen 1989 und 1991 bis zur Höhe eines Drittels der entsprechenden Leistung des Bundes wahrzunehmen.

(B)

Das heißt: Überlegt einmal, ob ihr ab 1992 vielleicht ein bißchen tut! Denn bis 1991 steht das mit dem Drittel bereits drin. Es ist doch der Sinn gerade auch der Entschließung des Bundesrates, daß bald etwas geschieht. Mit dem zweiten Satz nehmen Sie die Aussagekraft des ersten Satzes wieder zurück. Sie müßten dann hineinschreiben: "aber unter Einrechnung des Heizölsteueraufkommens". Davon steht aber nichts darin. Das heißt, Sie wollen mit dem zweiten Satz den Zustand perpetuieren, über den sogar der Bundesrat ohne Gegenstimme gesagt hat, daß Nordrhein-Westfalen so nicht mehr behandelt werden könne. Das ist doch der Hintergrund! Deshalb kann der zweite Satz nicht beibehalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich rege an, daß wir den ersten Satz nehmen und daß wir dann das, was Sie selbst mit

- Herrn Tschoeltsch zusammen vorgeschlagen haben, als Text nehmen. (C)

Präsident Denzer: Ich fahre jetzt in der Reihenfolge der Rednerliste fort. Für die Fraktion der SPD haben Sie, Herr Abg. Dr. Trinius, Entschuldigung, Herr Abg. Trinius, das Wort. Ich mache Sie zwar zum Doktor; aber ich habe nicht die Legitimation dazu. Präsidenten können zwar viel; aber die Doktorwürde kann ich Ihnen nicht zuerkennen.

(Dr. Pohl (CDU): Das stände ihm aber gut!)

- Ja, das stände ihm gut.

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider haben wir das Hochschulgesetz schon verabschiedet; sonst hätten wir bei dieser Gelegenheit noch das Promotionsrecht für das Präsidium des Landtags einfügen können.

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können es uns einfach machen, wenn wir alle entschlossen sind, dem Land Nordrhein-Westfalen in dieser schweren Strukturkrise, die sich bei Kohle und Stahl abzeichnet, wirklich zu helfen. Ich möchte deshalb für die SPD-Fraktion folgenden Vorschlag machen und das auch als Antrag einbringen. Ich lehne mich dabei an die Bemerkungen an, die Herr Finanzminister Dr. Posser gerade gemacht hat. Dieser Antrag, bei dem wir nur Ihre Formulierungen übernehmen, würde dann lauten: (D)

Der Landtag begrüßt die im Rahmen der Beratungen zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs erfolgte Aufforderung des Bundesrates an die Bundesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Nordrhein-Westfalen bei seinen Leistungen für die Kohle entlastet wird.

Im folgenden übernehmen wir den Text, den Frau Thoben zusammen mit Herrn Tschoeltsch für das Protokoll des Ausschusses eingebracht hat, also den Text von CDU und F.D.P. Wir übernehmen den Wortlaut und ersetzen nur das Wort "Ausschuß" durch das Wort "Landtag". Der Antrag lautet dann weiter:

Der Landtag begrüßt die Gesetzesinitiative, die die Landesregierung im Sinne des Artikels 104 a GG dem Bundesrat zugeleitet hat. Der Landtag hofft, daß diese Gesetzesinitiative die Zustimmung der Länder und des Bundes findet. Er wertet diese

(Trinius (SPD))

- (A) Gesetzesinitiative als Umsetzung der gemeinsamen EntschlieÙung vom 25. März 1987, mit der die Gleichbehandlung für Nordrhein-Westfalen im Vergleich auch zu den Werftregionen gefordert wird. Der Landtag betrachtet es als Aufgabe der Landesregierung, in Verhandlungen mit der Bundesregierung aus der Zukunftsinitiative ein Zukunftsprogramm Montanregionen entstehen zu lassen.

Wenn wir das alles gemeinsam verabschieden, wird in der Sache alles das abgedeckt, was hier von seiten der CDU, der F.D.P., aber auch von unserer Seite vorgetragen worden ist. Das wäre ein zweifelsfreier Beschluß des Landtages. Da kann auch keiner mehr ausbrechen. Darin sind alle Elemente enthalten, die Sie hier angesprochen haben, auch z. B. betreffend die Zukunftsinitiative als Zukunftsprogramm Montanregionen. Ich glaube, daß wir dem Land Nordrhein-Westfalen dienen, wenn alle Fraktionen heute einen solchen Antrag einvernehmlich verabschieden könnten.

(Beifall bei der SPD)

Auch gegenüber den Bürgern unseres Landes sind wir in der Pflicht, nicht nur Worte fallenzulassen, sondern diesen Worten auch wirklich Taten folgen zu lassen.

Ich könnte hier noch an vieles erinnern. Mehr möchte ich aber nicht sagen. Im Interesse der Gemeinsamkeit und um diesen Antrag hier gemeinsam hinzubekommen, will ich zu dieser Stunde im übrigen auf jegliche Kritik verzichten.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Herr Abg. Tschoeltsch das Wort.

Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion zeigt, daß wir alle an einem gemeinsamen Antrag interessiert sind. Nur darf das nicht dazu führen, daß die noch bestehenden Unklarheiten verdeckt werden.

Ich möchte noch auf einige Beispiele eingehen. Ich nenne das Stichwort "ZIM". Bisher ist auch nicht andeutungsweise geklärt, nach welchen Kriterien und vor allem nach welchen Prioritäten Projekte gefördert werden sollen. Ich will Ihnen das am Beispiel der Projektliste aus meiner Region, aus dem Siegerland, aufzeigen.

Da werden eine ganze Reihe von Projekten genannt, die die vollste Unterstützung nicht

nur von mir, sondern auch der F.D.P.-Fraktion finden werden. Ich nenne auszugsweise einmal Beispiele: ein Zentrum für Sensorensysteme der Universität - Gesamthochschule - Siegen, ein Institut für Strukturoptimierung, in dem Forschungsergebnisse effektiv in die industrielle Praxis überführt werden sollen. Ich nenne ein Institut für Oberflächentechnik am Technologiezentrum Siegen. Aus dem Bereich Qualifikation der Arbeitnehmer möchte ich auch nur zwei Projekte nennen. Da geht es einmal um ein Qualifikationskonzept für an- und ungelernte Arbeitnehmer aus dem Stahlbereich - was gerade für diese Region von eminenter Bedeutung ist - und zum anderen um Qualifizierungseinrichtungen für das Erlernen neuer Kunststofftechniken.

(C)

Meine Damen und Herren! Die Liste der interessanten Projekte lieÙe sich wirklich länger fortsetzen. Ich darf Ihnen aber an dieser Stelle auch sagen, daß es eine ganze Reihe von Projektanmeldungen gibt, die eben nicht unsere Zustimmung finden werden. Dies sind überwiegend Projekte von Kommunen. Ich will Ihnen einmal Beispiele anführen: Da wird die Erweiterung eines städtischen Bauhofes beantragt, da wird die Erweiterung einer Mehrzweckhalle gefordert, da soll ein Sportplatz saniert werden, da soll ein Hallenbad erweitert und da soll eine Jugendfreizeitstätte eingerichtet werden. Ja, meine Damen und Herren, Sie können doch nicht erwarten, daß wir bei diesem Stand der Beratungen einen Blankoscheck unterschreiben! Sie können doch zu diesem Stand der Beratungen nicht erwarten, daß auch Bonn Hunderte von Millionen lockermacht und derartige Projekte unterstützt.

(D)

Ich fasse zusammen: Die Projekte sind kunterbunt gemischt. Es wäre unverantwortlich, wenn man für diesen Warenhauskatalog Finanzmittel zur Verfügung stellt. Wir fordern die Landesregierung auf, Herr Minister Posser, Prioritäten zu setzen, ernsthaft zu prüfen, welche Projekte für eine Erneuerung unseres Industrielandes geeignet sind, und auch Vorschläge zu unterbreiten, in welcher Höhe gefördert werden soll.

(Minister Dr. Posser: Wir haben alles getan!)

Denn zur Stunde weiß dies noch niemand. Die Antragsteller beantragen sicherheitshalber 90 oder 95 oder gar 100 % Zuschuß. Meine Damen und Herren! Erforderlich ist, daß die Landesregierung erst einmal ihre Hausaufgaben erfüllt.

Ich möchte noch einen Gedanken aufgreifen, der vorhin auch bereits von meiner Kollegin

(Tschöeltsch (F.D.P.))

- (A) Frau Thoben angesprochen wurde. Bei Ihrem Antrag, Nordrhein-Westfalen bei den Kohlelasten zu entlasten, haben Sie den denkbar ungünstigsten Augenblick ausgesucht. Es zeugt von politischer Kurzsichtigkeit,

(Minister Dr. Posser: Alle Bundesländer!)

um es vornehm zu formulieren, wenn während der Vorbereitung der Kohlerunde, kurz vor der Durchführung der Kohlerunde, der Antrag von NRW plaziert wird, bei der Finanzierung der Kohlelasten auszusteigen. Mit diesem Schritt, Herr Posser, haben Sie die Verhandlungsposition des Bundeswirtschaftsministers, das Mengengerüst des Jahrhundertvertrages zu halten, erheblich verschlechtert.

(Schleußer (SPD): Ist das denn möglich?)

Ja, meine Damen und Herren, das ist sehr ernst! Bisher bestand Übereinstimmung, daß die Kosten der Kohle in Bezug auf die Energiesicherung gemeinsam, das heißt bundesweit, getragen werden. Herr Minister, gemäß Ihrem Antrag will sich das Land aus der finanziellen Beteiligung an der Kokskohlenbeihilfe zurückziehen. Dies weist Ihr Antrag aus. Ich frage Sie, Herr Minister: Sehen Sie nicht die Gefahr, daß der Bund und die anderen Bundesländer sich fragen können, was die Kokskohlenversorgung der Stahlbranche mit der Energiesicherung in der Bundesrepublik zu tun hat? Sie eröffnen, meine Damen und Herren, und das ist das Gefährliche, eine ganz neue Diskussion. Für den Bergbau kann dies sehr dramatische Folgen haben. Ich habe den Eindruck, daß da manchmal - und das wurde vorhin bereits gesagt -, die Linke nicht weiß, was die Rechte tut.

(B)

Meine Damen und Herren! Ich zitiere aus dem gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen, den wir am 25. März 1987 beschlossen haben:

Der Landtag fordert deshalb ein "Zukunftsprogramm Montanregionen". Dieses umfassende Programm für die Montanregionen soll die notwendigen öffentlichen Hilfen wirksam zusammenfassen und verstärken.

Hier kommt es auf zwei Dinge an: Da wird nicht von einer Initiative, da wird von einem Programm gesprochen. Was die Finanzierung angeht, beschränken wir das auch nicht auf den Artikel 104 a, sondern wir sind dafür, daß wir alle finanziellen Möglichkeiten ausschöpfen, die Bonn anbietet. Es gibt ja die Zusicherung des Bundeswirtschaftsministers

Bangemann und des Bundesarbeitsministers Blüm, dem Land Nordrhein-Westfalen zu helfen. Diese Zusage haben wir, die werden wir auch einfordern, damit kein Mißverständnis entsteht.

(C)

(Aigner (SPD): Damit muß man anfangen!)

Dazu muß aber das Programm auf den Tisch. Meine Damen und Herren von der SPD, wir müssen doch auch darauf achten, daß die Rechte des Parlaments gewahrt werden; das darf doch nicht im Dunkeln bleiben. Wir haben dies im Haushaltsentwurf der Landesregierung noch nicht einmal im Ressort des Wirtschaftsministers verankert. Kein Mensch weiß, was da gefördert werden soll. Es steht im Etatentwurf des Finanzministers. Zu diesem Zeitpunkt der Beratungen können Sie also nicht verlangen, daß von uns ein Blankoscheck ausgestellt wird.

Meine Damen und Herren, gerade bei der großen Finanznot des Landes müssen wir alle ein Interesse daran haben, daß Finanzmittel nicht fehlgeleitet werden. Wir haben klare Vorstellungen, durch welche Maßnahmen die Struktur des Landes Nordrhein-Westfalen verbessert werden kann.

Ich fasse noch einmal zusammen: Wir fordern die Landesregierung auf, endlich einen Programmentwurf auf den Tisch zu legen; den werden wir gemeinsam beraten und - so hoffe ich - dann auch gemeinsam beschließen.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Worms für die Fraktion der CDU das Wort.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dr. Worms (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße für meine Fraktion, daß wir im Augenblick genau auf dem Kernpunkt angelangt sind, um den es in Wahrheit geht. Ich will gar nicht nachkarten. Wir hatten im Ältestenrat ohnehin gemeint, daß es hier in Wahrheit nicht um Geld geht - zwar auch -, sondern in einem ganz ausschließlichen Maße um Fragen der Energiepolitik, und hier natürlich im Rahmen der Energiepolitik um unsere Kohle.

Wir sind uns einig, daß wir das, was der Bundesrat einstimmig beschlossen hat, auch vom Landtag unterstützen können. Darüber brauchen wir gar nicht mehr zu diskutieren.

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Ich habe die Bitte, Herr Posser, daß Sie jetzt einmal zuhören

(Minister Dr. Posser: Ich höre immer zu!)

- nicht immer, nein, nein; Sie können auch nicht zwei Dinge zugleich tun -, weil das ganz wichtig ist: Wir sind uns einig, daß etwas Neues an die Stelle der bisherigen Regelung treten soll - Frau Kollegin Thoben hat dies meisterhaft formuliert -, daß nämlich im Ergebnis für die nationale Energiesicherheit generell der Bund in Haftung genommen wird. Ich sage es etwas vornehmer: daß dafür der Bund die Pflichten zu übernehmen hat und das Land Nordrhein-Westfalen insoweit von der Sonderlast befreit wird.

Nur, Herr Kollege Farthmann und meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, es kann doch niemand von uns ein Interesse daran haben, daß am geltenden Jahrhundertvertrag hier und heute schon etwas in Bewegung gerät. Dieser Vertrag muß doch wohl bis 1995 laufen,

(Zustimmung bei der F.D.P.)

weil sonst die Gefahr besteht, daß das Ergebnis dieser Last ausschließlich von uns im Lande Nordrhein-Westfalen getragen werden muß - ein Stück natürlich noch vom Saarland -, weil die Gruben hier sind und nirgendwo anders.

- (B) Deshalb habe ich noch einmal die Bitte, daß wir die Kraft haben, die Debatte an diesem Punkt abubrechen und sie wieder aufleben zu lassen, auch im Sinne dessen, was Herr Kollege Tschoeltsch gesagt hat, wenn der Wirtschaftsminister unseres Landes in der Lage ist, uns aus diesen ca. 900, wie wir gerade gehört haben, angemeldeten Projekten eine Liste vorzulegen, die dann auch einer parlamentarischen Beratung und einer parlamentarischen Begleitung unterzogen wird.

Warum sage ich das? In der Sache gibt es einen Unterschied. Herr Posser, es kann doch nicht nur um Artikel 104 a des Grundgesetzes gehen. Natürlich geht es auch darum, aber es muß noch ein Stück Zubrot kommen; das wollen wir doch erreichen. Aus Ihrem Kopfnicken entnehme ich, Herr Minister, daß Sie auch dieser Meinung sind.

Dann sage ich Ihnen allerdings ein Letztes, und das muß ich so tun: Wir haben uns, nachdem Sie in der vorvorletzten Sitzung gesagt haben, "wir lassen alles weg, wir bringen jetzt das IGBE-Konzept in den Landtag ein", gesagt: Wir stellen uns auf dieses

Konzept ein, und wir sind bereit, mit unserer politischen Kraft die Grundtendenzen dieses Konzepts der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie zu unterstützen.

(C)

Jetzt komme ich an einen ganz bestimmten Punkt und darf Sie noch einmal bitten, Herr Kollege Farthmann, daß wir auch einmal die Kraft haben - wir wollen ja nicht Ihre Glaubwürdigkeit hier erschüttern -, die Debatte hier abubrechen. - Entschuldigen Sie, niemand von Ihnen hört zu. Ich sage ja nicht irgend etwas, sondern habe dies schon im Ältestenrat gesagt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Nun kommt der Punkt, wo wir einfach einmal aus der Ministerpräsidentenkonferenz in München ein Signal hätten spüren müssen, daß der Ministerpräsident unseres Landes in der Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesrepublik Deutschland sich das, was der Landtag - mindestens die beiden großen Fraktionen - mit großer Mehrheit beschlossen hat, zu eigen macht. Ich sage Ihnen das mit großer Seriosität, weil ich persönlich mit Freunden von der CDU gesprochen habe. Sie haben erwartet, daß der Ministerpräsident unseres Landes mindestens in den anderen Bundesländern die Kernkraft duldet oder toleriert, damit man überhaupt einmal die Grundlage für einen Konsens, die Grundlage für ein Gespräch findet. Dies war nicht möglich. Ich gebe zu - nachdem ich sehr seriös unterrichtet worden bin -, daß Oskar Lafontaine die Haupttriebkraft war und sagte: "Nur über meine Leiche; kommt gar nicht in Frage!"

(D)

Nun, meine Damen und Herren, dann kommt der Punkt, wo sich der Ministerpräsident - schade, daß er nicht hier ist; ich werfe ihm dies gar nicht vor, aber ich muß es einmal sagen - die Frage stellen muß, ob er der Ministerpräsident dieses Landes ist oder nach wie vor nur stellvertretender Vorsitzender der SPD Deutschlands.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb biete ich Ihnen, Herr Kollege Farthmann, für unsere Fraktion noch einmal folgendes an: Wir lassen das so stehen; denn es sind nur Deklamationen, die wir von uns geben. Sie bewirken im Augenblick nichts. Die Beschlüsse sind gefaßt worden. Wir tragen sie auch mit; das haben wir in den verschiedenen Abschnitten zum Ausdruck gebracht. Wir bitten den Wirtschaftsminister und damit die Landesregierung, uns so schnell wie möglich - wenn es geht, noch im Monat Dezember oder sonst in der Sitzung,

(Dr. Worms (CDU))

- (A) die am 20. Januar 1988 stattfindet -, wenn nicht dem Landtag, so dem Wirtschaftsausschuß, diese Projektliste vorzulegen, damit wir aus diesem Diskussionsergebnis heraus, Herr Minister Posser, jenes herauschälen, was über Artikel 104 a Grundgesetz hinaus gemeinsames Anliegen von uns - sprich: Land Nordrhein-Westfalen - sein muß.

Das, meine Damen und Herren, können wir nicht aus dem hohlen Bauch formulieren. Entschuldigen Sie, daß ich den Ausdruck so gewählt habe. Das können wir nicht jetzt schon antizipieren, das geht nicht. Dazu brauchen wir diesen Einblick.

Herr Kollege Farthmann, Sie fragten eben: Was verschlägt es denn, daß wir dennoch diese verschiedenen Absätze formulieren? Ich habe die herzliche Bitte, daß wir auch einmal die Kraft haben, gestandene Parlamentarier zu sein. Was für uns selbstverständlich ist, was wir in Anträgen zum Ausdruck gebracht haben, was wir in Briefen qua Fraktionen an die Regierung mitgeteilt haben, das braucht nicht noch einer parlamentarischen Bestätigung durch Abstimmung unterworfen zu werden. Der Sachverhalt wird qualitativ dadurch nicht verändert.

Noch einmal: Wenn wir wirklich an der Sache orientiert weiterkommen wollen, bleibt uns hier nichts anderes übrig, als zu sagen: Wir lassen diese Diskussion wieder aufleben, nach unserem Willen so schnell wie möglich. Hier hat die Regierung die Aufgabe zu erfüllen, uns das Programm in aufbereiteter Form vorzulegen.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Prof. Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD das Wort.

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nichts dagegen, den Gedanken von Herrn Worms aufzunehmen und die Debatte, die wir heute begonnen haben, zu einem Zeitpunkt fortzusetzen, in dem wir klarer sehen, zu dem wir Vorschläge vom Wirtschaftsminister haben.

(Dr. Pohl (CDU): Prima!)

Aber ich habe etwas dagegen, heute nicht Stellung zu nehmen zu einer Hilfe für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Denn, meine Damen und Herren - Herr Worms, vielleicht wissen Sie es nicht; ich

habe es bis eben auch nicht gewußt, aber unsere Experten haben es mir gesagt -: Am 4. Dezember entscheidet der Bundestag plenar über die Bundesergänzungszuweisungen. Da geht es um Geld für unser Land. Es wäre ein unverantwortliches Verhalten dieses Landtages, wenn er vor dieser Entscheidung des Bundestages nicht seine Meinung nach Bonn signalisieren würde.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wir, meine Damen und Herren, sind weit davon entfernt, das nun parteipolitisch nutzen zu wollen. Aber wir möchten gerne die Tatsache nutzen, daß es einen einstimmigen Beschluß des Bundesrates gibt, der uns hilft, der

(Minister Dr. Posser: Genau!)

über alle Ländergrenzen und Länderinteressen hinweg sich zu diesem Minimum an Hilfe für uns bekannt hat.

(Minister Dr. Posser: Richtig!)

Wir verlangen jetzt von den beiden anderen Fraktionen in der Opposition in unserem Landtag nichts weiter, als sich diesem Begehren anzuschließen,

(Beifall bei der SPD)

weil wir der Meinung sind und wissen, Herr Kollege Worms: Wenn Sie in Bonn als CDU-Fraktion für unser Land sprechen, dann hat das ein größeres Gewicht, als wenn wir da sprechen, weil wir in Bonn Opposition und Sie dort Regierungsfraktion sind. Nur darum geht es uns. Wir wollen Ihnen dabei auch überhaupt nichts zumuten. Deswegen stellen wir jetzt einen Antrag, in dem keine Silbe enthalten ist, die nicht von Ihnen selbst formuliert ist. Herr Kollege Trinlius hat das eben klargestellt. Das ist nämlich der erste Satz aus Ihrem Antrag für heute, und das ist ferner der Inhalt dessen, was Ihre beiden Parteien im Wirtschaftsausschuß geschrieben haben.

(D)

Nun habe ich noch gehört - ich weiß nicht von wem, es bemühen sich ja im Augenblick viele Köche um diesen Brei -, daß es der CDU helfen würde - Herr Kollege Worms, Sie sind schon wieder aufgeregter in den Beratungen; da müssen wir zunächst warten -, wenn wir den Satz hinzufügen würden:

Das Land wird sich seiner Verantwortung für die Kohlepolitik nicht entziehen.

Ich mache Ihnen jetzt das Angebot: Wenn Ihnen dieser Satz hilft und Sie ihn möchten,

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) dann sind wir damit einverstanden. Wir sind aber auch damit einverstanden, daß es nur Ihr Satz aus Ihrem Antrag wird und das, was Frau Thoben und Herr Tschoeltsch geschrieben haben; wortwörtlich.

Ich mache Ihnen noch ein weiteres Angebot, damit es noch leichter wird: Wenn es Ihnen lieber ist, können wir das auch in zwei Anträgen machen. Wenn Sie meinen, daß wir das nicht zusammenfügen sollten. Wir können darüber getrennt abstimmen. Aber das eine kann ich Ihnen sagen: Wenn Sie sich dieser Verantwortung hier und heute in diesem Plenum vor den Bürgern unseres Landes entziehen, dann werden wir das dokumentieren und werden mit namentlicher Abstimmung feststellen lassen, wer für Ihren eigenen Antrag ist und wer nicht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Ich wiederhole jetzt noch einmal ausdrücklich: Wir können nur den ersten Satz nehmen

(Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

mit einem zusätzlichen Satz, der uns signalisiert worden ist - oder auch ohne.

(Doppmeier (CDU): Immer diese Erpressung!)

- (B) Wir können beide Passagen aus dem Antrag nehmen, oder wir können das trennen. Ich bitte herzlich darum, nun nicht mehr auszuweichen in irgendwelche Nebensächlichkeiten, in irgendwelche Fragen, die wir demnächst natürlich auch beantworten müssen, die aber nichts mit dem Anliegen hier und heute zu tun haben, daß der Landtag von Nordrhein-Westfalen der Bundesöffentlichkeit signalisiert, daß wir bisher bei dem Ausgleich für die Kohle benachteiligt worden sind und daß wir das ändern wollen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Rohde^{*} (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre in der Tat, Herr Kollege Farthmann, unverantwortlich, wenn sich die SPD der Verantwortung für unser Land entziehen und unserem Antrag heute nicht zustimmen würde,

(Beifall bei der F.D.P.)

- (C) der nämlich das richtige Verhandlungskonzept für erfolgreiche Gespräche mit Bonn enthält. Dieses vernünftige Verhandlungskonzept ist offenbar etwas, was Sie für die Vorbereitungen für Bonn nicht wollen, denn sonst würden Sie nämlich unserem Antrag zustimmen.

Ich finde, wir können keinem Antrag zustimmen - und sollten das auch im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen nicht tun -, der nicht auf die Bundesregierung zugeht, der nicht die Bundesregierung an ihre eigenen Worte gemahnt. Deswegen geht unser Antrag von der verkündeten Bereitschaft der Bundesregierung aus, dem Land zu helfen. Deswegen legen wir Wert auf den Satz:

Der Landtag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, insbesondere des Bundeswirtschafts- und des Bundesarbeitsministers, die ...

Wir können uns auch zur Bereitschaft der Bundesregierung insgesamt verständigen. Kein Problem.

Zweitens: Wenn Sie sagen, wir wollen hier und heute dem Land helfen, ein ordentliches Verhandlungskonzept für Bonn bereitzustellen - na, warum liegt denn das Verhandlungskonzept für Bonn überhaupt noch nicht vor, auf das wir seit Monaten warten,

(Beifall bei der F.D.P.)

- (D) das wir in der Montaninitiative angeregt haben? Es kann doch nicht wahr sein, daß Sie vom Landtag und auch von der Bundesregierung einen Blankoscheck verlangen, weil Sie selbst nicht in der Lage sind, ein Modernisierungsprogramm für Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Wir haben Ihnen gesagt: Wenn Sie dieses Programm vorgelegt haben - und nach der Ankündigung des Wirtschaftsministers soll das ja im Dezember sein -, dann laßt uns doch über alle Wege sprechen.

Deswegen wiederhole ich es: Wir sollten über alle Wege sprechen! Es kann sein, daß es einen Weg nach Art. 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes gibt; aber wir wissen alle, daß es ein außerordentlich begrenzter Weg ist, weil darin nämlich nur Investitionen angesprochen sind, während der Bund die Bereitschaft erklärt hat, zum Beispiel in der Hochschulpolitik zu helfen, was nicht über Art. 104 a Abs. 4 GG erfolgen kann, und daß diese Vorschrift nur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung steht. Wenn wir gemeinsam erklärt haben - und der Ministerpräsident, Herr Farthmann, hat das doch gesagt; wieso leugnen Sie denn seinen Brief? -: "Wir sind bereit, über die Modernisierung unseres

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Landes zu sprechen", und wenn wir wissen, daß diese Modernisierung nicht in drei oder vier Jahren durchgeführt werden kann, warum schließen Sie dann längerfristige Hilfen der Bundesregierung aus, indem Sie sich auf den Weg nach Art. 104 a Abs. 4 GG beschränken?

(Zuruf des Ministers Dr. Posser)

- Herr Posser, Sie haben das eben so schön gesagt: Ja, wir haben die Begründung zurückgezogen. - Wenn Sie die Begründung zurückgezogen haben, bedeutet das, daß Sie die Kohlepolitik nicht mehr innerhalb des Länderfinanzausgleichs geltend machen wollen? -

(Lachen und Zurufe von der SPD)

- Ich frage Sie!

(Erneute Zurufe von der SPD)

- Doch, das war ja sein Punkt! Er hat geäußert: Wir wollen das nicht mehr geltend machen.

(Erneut Lachen und Zurufe von der SPD)

- Es mag ja sein, daß die sich ihren eigenen Antrag nicht genau angesehen haben. Wir haben das aber getan! Es kann ja sein, daß Sie morgen wieder damit kommen. - Also: alles Unklarheiten!

- (B) (Minister Dr. Posser: Nein!)

Deswegen sagen wir Ihnen in aller Deutlichkeit: Sie wären gut beraten, wenn Sie einmal unserem Antrag zustimmen würden;

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

denn er enthält die weitergehenden Bitten an die Bundesregierung, Hilfe zu leisten. Verzichten Sie also auf ihren Antrag und kommen Sie unserem Antrag der Vernunft entgegen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Aigner (SPD): Wir wollen die Bundesregierung nicht noch bitten und vielleicht sogar vor ihr auf den Knien rutschen! - Weitere Zurufe - Gegenrufe - Unruhe)

Vizepräsident Dr. Klose: Zur Zeit liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. - Doch, Herr Kollege Hardt von der Fraktion der CDU hat noch ums Wort gebeten. Bitte sehr!

Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat uns gerade einen Antrag unterbreitet. Ich habe die Bitte,

die Landtagssitzung für 20 Minuten zu unterbrechen. Die CDU-Fraktion soll zusammenkommen. Danach werden wir die Beratungen wieder aufnehmen. (C)

Vizepräsident Dr. Klose: Sie haben gehört, meine Damen und Herren, daß die CDU-Fraktion darum gebeten hat, die Sitzung für die Dauer von 20 Minuten zu unterbrechen. Dem Antrag wird hiermit stattgegeben. - Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 15.25 bis 15.52 Uhr)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wird das Wort gewünscht? - Herr Abg. Dr. Worms hat sich für die Fraktion der CDU gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Worms (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Fraktionen der F.D.P. und der CDU kann ich erklären, daß wir bei dem Antrag Drucksache 10/2566 bleiben. Wir sind bereit, Herr Kollege Farthmann und meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, im Absatz 1 den zweiten Satz, beginnend mit "Wobei zu berücksichtigen ist", zu streichen und ihn durch den Satz aus Ihrem Antrag zu ersetzen, den Sie auch schon vorgelesen haben:

Das Land wird sich seiner Verantwortung für die Kohlepolitik nicht entziehen. (D)

Wir bleiben deshalb bei unserem Antrag, weil unser Weg der Weg der Eigenverantwortung und der Kooperation sein muß und weil wir den Hinweis auf Artikel 104 a GG als zu eng empfinden. Es geht uns - und das hat die Debatte bewiesen - auch um die Unterstützung von Maßnahmen außerhalb dessen, was unter Artikel 104 a GG fällt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Wird weiter das Wort gewünscht? - Bitte schön; ich erteile Herrn Abg. Westermann für die SPD-Fraktion das Wort.

Westermann*) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Worms hat ja gerade gesagt, daß er auf den Absätzen 2 und 3 des Antrags der beiden Fraktionen beharrt. Da wir ja dazu noch nichts gesagt haben, ist es vielleicht wichtig, ein paar Anmerkungen dazu zu machen, aber auch noch einmal generell auf die Debatte zurückzukommen, weil einiges dabei offengelassen ist.

(Westermann (SPD))

- (A) Herr Dr. Worms, es wäre wohl ein grobes Mißverständnis, wenn Sie den von uns vorgelegten Antrag zum Anlaß nähmen, eine energiepolitische Debatte zu führen. Es geht aus dem Antragstext und auch aus dem hervor, was hier zur Begründung vorgetragen worden ist, daß es sich um ein rein finanzpolitische Debatte gehandelt hat. Insofern war es verkehrt, hier zu sagen, das wäre eine Energiefrage.

Es geht - und das ist ganz klar und deutlich - um zwei verschiedene finanzielle Dinge, nämlich einerseits um eine Entlastung bei den Kohlehilfen über den generellen Länderfinanzausgleich oder andere Maßnahmen und andererseits um die Infrastrukturhilfen für das Land Nordrhein-Westfalen nach Artikel 104 a Absatz 4, wozu die Landesregierung einen Antrag gestellt hat. Das sollten wir auch nicht miteinander vermischen. Ich habe immer das Gefühl, daß Sie sich schwer tun, diesen beiden Maßnahmen zuzustimmen und das auch hier im Hause entsprechend deutlich zu machen.

Lassen Sie mich zu Ihrem Antrag noch sagen: Sie möchten gern, daß wir das, was bisher seitens der Bundesregierung geschehen ist, begrüßen. Dazu sage ich als Vorbemerkung: Wir begrüßen selbstverständlich alles das, was der Bund für Nordrhein-Westfalen täte und was es auch wert wäre, begrüßt und anerkannt zu werden; aber das setzt dann doch voraus, daß auch tatsächlich etwas geschieht.

(B)

Zur Zeit können wir nicht erkennen, daß die Bundesregierung ihrer Verantwortung, die sie nach dem Grundgesetz hat, nachkommt und dem Land bei der Bewältigung seiner strukturellen Probleme hilft. Im Gegenteil: Die Reaktionen aus Bonn auf die Initiative Nordrhein-Westfalens im Bundesrat, Finanzhilfen nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Bewältigung der Strukturkrise zur Verfügung zu stellen, sind doch negativ. Sie kennen doch die Schlagzeilen "Bonner Absage an das NRW-Programm", "Eine klare Absage erteilt Bangemann auch der Forderung von NRW-Ministerpräsident Rau nach einem gemeinsamen Programm von Bund und Land", und Sie kennen doch auch das Protokoll der Sitzung des Bundesrats, in der Herr Staatssekretär Dr. Häfele für die Bundesregierung gesagt hat, angesichts der finanziellen Enge des Bundeshaushalts könne vom Bund nicht erwartet werden, über das bisher Geleistete und Beschlossene hinaus weitere Finanzhilfen zur Verfügung zu stellen. - Hier ist doch eine ganz klare und eindeutige Absage erteilt worden. Deshalb ist die Frage: Wo bleibt letztendlich etwas Begrüßenswertes?

Bisher gibt es nichts anderes als ganz, ganz vage Absichtserklärungen. Deshalb können wir diesem Teil Ihres Antrags auch nicht zustimmen.

(C)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie darauf beharren, daß die Landesregierung unverzüglich in enger Abstimmung mit dem Landtag eine tragfähige Verhandlungsgrundlage für die Forderungen nach Artikel 104 a des Grundgesetzes entwickelt, daß erst Maßnahmen festgelegt werden sollen, daß erst ihre Auswirkungen eingeschätzt werden sollen und daß die nötigen Ressourcen und der Finanzbedarf und das alles festgelegt werden sollen, bevor man überhaupt einer Prüfung nähertritt, ob man für das Land Nordrhein-Westfalen etwas tun will, sage ich Ihnen: Damit legen Sie die Meßlatte für die Zustimmung zu solch einem Programm so hoch, damit Sie hinterher die Möglichkeit haben zu sagen, das, was erbracht ist, reicht nicht.

Ich glaube, deshalb ist es ganz wichtig, vergleichbare Fälle heranzuziehen und die eigenen Kriterien der Bundesregierung zuzugrundelegen, wie man solche Anträge, wie sie das Land Nordrhein-Westfalen gestellt hat, behandelt. Wir stellen fest, als es um die Hilfe für die Küstenländer ging, hat man nicht, wie Sie es sagen, fix und fertige Programme mit detaillierten Zahlen vorgelegt, sondern die Bundesregierung hat zunächst einmal 300 Millionen DM in die Hand genommen

(Aigner (SPD): Von sich aus!)

(D)

und dann gesagt: Liefert uns jährlich die entsprechenden Maßnahmenkataloge, und dann sehen wir, was wir damit machen. - Das ist doch ein ganz anderes Verfahren als das von Ihnen geforderte, wonach Sie von der Landesregierung auf Punkt und Komma ausgearbeitete Listen haben wollen.

Ein zweiter Punkt ist vielleicht auch interessant. Wenn wir uns darüber einig sind, daß die strukturellen Probleme in den Küstenregionen und in den Bundesländern gleich sind, ist es doch verwunderlich, daß bezüglich der Hilfe für die Küstenländer die Bundesregierung dem Bundestag einen Gesetzentwurf zugeleitet hat, der vom Bundestag auch beschlossen wurde.

(Aigner (SPD): Und hier machen Sie Sonthofen-Strategie!)

Hier bei uns ist es doch so, daß die Landesregierung im Auftrag des Landtages eine Initiative entwirft, die sie selbst in den Bundesrat einbringen und in Bonn noch

(Westermann (SPD))

- (A) Leuten hinterherlaufen muß, um überhaupt Gesprächspartner zu finden. Hier findet doch eine ungleiche Behandlung statt.

(Beifall bei der SPD)

Sie tun sich auch heute schwer und sagen: Ist es denn möglich, daß wir einerseits allgemeine Finanzhilfen im Rahmen des Länderfinanzausgleiches und andererseits Strukturverbesserungshilfen fordern? Dazu will ich Ihnen sagen, daß Herr Häfele im Bundesrat gesagt hat, es schließe sich aus, daß man die Einnahmen Nordrhein-Westfalens aus dem Länderfinanzausgleich erhöht und das dann noch durch Strukturbeihilfen aufstockt. Bei den Küstenländern war das ganz anders. Da hat der Bundesrat nämlich den Einwand gemacht, Länderfinanzausgleich plus Strukturhilfen wäre ein bißchen viel, das ginge nicht. Die Bundesregierung hat dann gesagt: Das sind zwei ganz verschiedene Dinge, die haben miteinander nichts zu tun, die Küstenländer haben auf beides Anspruch.

Wenn wir erstens diese Ungleichbehandlung sehen, wenn wir zweitens sehen, wer initiativ geworden ist, wenn wir drittens sehen, welche Kriterien man an mögliche Maßnahmenkataloge stellt, und wenn wir viertens sehen, welche Kriterien man beim Länderfinanzausgleich auf der einen Seite und bei Strukturbeihilfen auf der anderen Seite anlegt, wird deutlich, daß an die Küstenländer recht unterschiedliche Anforderungen gestellt werden. Vor diesem Hintergrund darf ich Sie bitten: Machen Sie sich doch nicht zum Erfüllungsgelhilfen derer in Bonn, die die Maßlatte immer höher setzen wollen,

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

sondern fordern Sie im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen Gleichbehandlung, fordern Sie, daß der Bund seiner verfassungsmäßigen Aufgabe gerecht wird und daß er bei den Initiativen von Nordrhein-Westfalen die gleichen Kriterien anlegt, wie er sie bei anderen Bundesländern angelegt hat. Das wäre dienlich für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kiose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Schaumann für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Schaumann^{*} (F.D.P.): Herr Westermann, wir waren aus meiner Sicht eigentlich schon etwas weiter.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abg. Westermann (SPD))

Insbesondere waren wir weiter mit dem Versuch, mit einer Initiative ernst zu machen, die, ausgehend von einer wirklichkeitsnahen Beschreibung der Probleme dieses Landes und der daraus entwickelten möglichen Projekte, eine gemeinsame Willensbildung gegenüber Bonn bekunden sollte.

(C)

(Zuruf der Frau Abg. Friebe (SPD))

und das wollen wir auch weiterhin so, Frau Abgeordnete, selbst nach Ihrer Einrede wollen wir weiterhin so handeln.

Sie haben gesagt, es habe sich hier um eine rein finanzpolitische Debatte gehandelt, Herr Westermann. Auch darin sind Sie gegenüber dem tatsächlichen Verlauf schon etwas zurückgeblieben. Sie hätten vielleicht formulieren können: "Es hätte sich nach Auffassung der SPD handeln sollen". Wir haben Ihnen aber schon im Ältestenrat gesagt, daß wir diese Enge des Ansatzes nicht mitzutragen bereit sind. Wir haben das auch heute nicht gemacht.

Jetzt sage ich Ihnen einiges Substantielle. - Ich wiederhole, was ich Ihnen, Herr Posser, und den Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuß in Vertretung meines Kollegen Dorn gesagt habe: Ich sehe die bisher gefundene Regelung in der Frage des Nachteilsausgleichs, der Bundesergänzungszuweisungen, des Länderfinanzausgleichs als nachteilig für Nordrhein-Westfalen an. Ich bin auch nicht bereit, die Position, die bisher in Bonn besteht, für richtig zu halten.

(D)

Nur, Herr Posser, ich habe Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen von der SPD ebenso deutlich gesagt: Ihre Forderung, die sogenannten Kohlelasten des Landes Nordrhein-Westfalen zum Bestandteil dieser Ausgleichszahlungen zu machen, lehne ich ab. Das war genauso klar.

Wir haben Ihnen weiterhin gesagt, wir seien bereit, alle nur denkbaren Wege einschließlich der Möglichkeiten des Artikels 104 a Grundgesetz einzuschlagen, wenn sich das auf der Grundlage einer Vereinbarung der Fraktionen des Landtags und der Landesregierung bewegt, wobei die Landesregierung auch Auskunft darüber geben soll, wofür man denn Geld haben will,

(Zustimmung bei der F.D.P.)

wieviel man haben will und welche Wirkungen man mit einem solchen Einsatz beabsichtigt.

(Zuruf des Abg. Westermann (SPD))

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) Sie, Herr Westermann, verweisen genauso wie Ihr Finanzminister auf die Finanzzuwendungen, die man den Küstenländern gemacht hat. Ich sage Ihnen für meine Fraktion: Eine solche Vorgehensweise wollen wir für Nordrhein-Westfalen nicht. Wir werden Sie auch nicht unterstützen. Das ist aus unserer bisherigen Debattenleistung auch ganz klar hervorgegangen. Wir möchten Geld für Nordrhein-Westfalen, nur: Wir möchten mitentscheiden, wofür dieses Geld in Nordrhein-Westfalen ausgegeben wird.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ich hoffe, daß wir wieder den Debattenstand erreichen, der erreicht worden war, bevor Sie sich zu Wort gemeldet haben.

Dann zu Ihren Anmerkungen, Bundeswirtschaftsminister, Bundesarbeitsminister und Bundesregierung insgesamt hätten sich bisher verweigert. Sie haben es nicht getan. Sie haben vielmehr an jeder nur möglichen Stelle gesagt: Bonn ist bereit, Nordrhein-Westfalen zu helfen.

(Westermann (SPD): Wo und wann konkret? - Aigner (SPD): Dann sollten sie auch damit anfangen!)

- Verehrter Herr Westermann, ich möchte die Debatte jetzt wirklich nicht in eine Form bringen, die Sie vielleicht wünschen, die ich aber für gänzlich unerträglich halte,

- (B) (Zustimmung bei der F.D.P.)

nämlich daß wir uns um die Zuzahlungen des Bundes an Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit streiten. Das können wir Ihnen gern schriftlich übermitteln; darüber können Sie sich dann informieren.

Ein letztes zu Herrn Häfele. Herr Häfele hat geäußert - ich bitte Sie, das sehr ernsthaft mit aufzunehmen, weil es auf der Linie unserer bisherigen Debattenbeiträge liegt -, der Bund sei bei seinen bisher getroffenen Maßnahmen bis an die Grenzen des finanziell Vertretbaren gegangen. Er hat weiterhin ausgeführt, hilfreicher dürfte vor allem sein, daß die Montan-Bundesländer durch eine eigene wirklichkeitsgerechte Wirtschafts- und Energiepolitik alles tun, um die Wachstumskräfte zu steigern. Dazu gehöre auch eine verantwortungsbewußte Zusammenarbeit mit dem Bund.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Exakt das möchten wir als Grundlage erarbeiten, damit wir auf einer solchen Plattform

berechtigt sagen können: Wir schaffen das, was wir eigentlich für notwendig halten, nicht aus eigenen Mitteln. Wenn Sie sich einer solchen Richtung verweigern, Herr Farthmann - das sage ich noch einmal zu Ihnen gewandt -, wenn Sie hier vor Abbruch der Debatte damit drohen, Sie wollten etwas dokumentieren, dann ist das genausowenig hilfreich. Sie sind überhaupt nicht in der Position, uns drohen zu können. Sie können allenfalls mit uns eine konstruktive Politik machen. Dazu laden wir Sie ein.

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Grätz für die Fraktion der SPD das Wort.

Grätz* (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht mehr zur Sache sprechen. - Die SPD-Fraktion hat ihren Antrag Drucksache 10/2557 in einer neuen Formulierung vorgelegt, die Ihnen allen bekannt ist. Ich bitte darum, über diese Formulierung namentlich abzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Hardt für die Fraktion der CDU das Wort.

Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ebenfalls nichts weiter zur Sache beitragen, sondern habe mich zu Wort gemeldet, damit wir hinsichtlich der Geschäftsordnung Klarheit haben. Die SPD-Fraktion hat mit der Drucksache 10/2557 einen Antrag gestellt und hat jetzt einen Antrag, einen Entschließungsantrag - wie auch immer - vorgelegt, der noch gar nicht ausgedruckt ist, den wir aber vorhin in der Fraktionssitzung von Ihnen zur Beratung bekommen haben.

(D)

(Schleußer (SPD): Alles Ihre Worte, alles Ihr Text!)

- Herr Schleußer! - Es wäre gut, wenn uns jetzt die Drucksachenummer bekanntgemacht würde.

Ich kann nur feststellen, Herr Präsident: Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. haben ordnungsgemäß mit der Drucksache 10/2566 einen Antrag vorgelegt. Mein Fraktionsvorsitzender hat vorhin für beide Fraktionen erklärt, daß wir bereit sind, den ersten Absatz zu übernehmen. Wir bitten, dann über den entsprechend veränderten

(Hardt (CDU))

- (A) Antrag ebenfalls namentlich abstimmen zu lassen.

(Schauerte (CDU): Das ist der weitergehende Antrag!)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich darf damit zum Ergebnis unserer Aussprache feststellen, daß zunächst einmal die SPD-Fraktion ihren Antrag Drucksache 10/2557 - so hat der Sprecher es dargestellt - in einer neuen Fassung vorlegt. Ich beurteile das allerdings so, daß es sich hier um einen neuen Antrag handelt, der auch inzwischen eine neue Drucksachenummer 10/2636 erhalten hat. Den Antrag, der Ihnen zur Zeit schriftlich nicht vorliegt, werde ich gleich verlesen.

Es liegt ferner der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/2566 vor, der in einem Satz geändert worden ist.

(Zurufe von der SPD: Der liegt auch nicht vor!)

- Richtig, da er Ihnen auch nicht vorliegt, werde ich auch ihn gleich verlesen.

Für beide Anträge ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Frage, ob es sich um einen weiteren und einen engeren Antrag handelt, ist aus meiner Sicht sehr unterschiedlich zu beurteilen. Nach meiner Überzeugung sind es sehr unterschiedliche Anträge; es sind praktisch Aliud-Anträge, über die hier abgestimmt werden muß. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion, dann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

(B)

(Zurufe von CDU und F.D.P.: CDU- und F.D.P.-Antrag!)

- Selbstverständlich CDU und F.D.P.

Herr Kollege Professor Dr. Farthmann, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es nicht für richtig, über den CDU/F.D.P.-Antrag zuerst abzustimmen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Der war zuerst eingebracht!)

- Der unsrige hatte die frühere Nummer, Kollege Meuffels.

(Zurufe von der CDU: Der alte!)

- Der alte? Wenn wir davon ausgehen, daß es sich bei unserem Antrag um einen neuen

Antrag handelt und nicht um eine Änderung des alten, dann gilt das für Ihren ganz genauso.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Und wenn zwei Anträge gleichberechtigt sind, dann muß über den zuerst abgestimmt werden, der der weitergehende ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Das entspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen und parlamentarischem Brauch. Daß unser Antrag der weitergehende ist, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich kann verstehen, wenn sich das bei manchen noch nicht herumgesprochen hat, woran sich das ausrichtet. Das richtet sich nämlich üblicherweise danach, meine Damen und Herren, die Sie dem jetzt widersprechen, daß ein finanzwirksamer Antrag - Herr Schauerte, das müßten Sie eigentlich wissen - immer weiter geht als ein nicht finanzwirksamer, und wenn Sie das zugrunde legen, kann kein Zweifel sein, daß der unsrige der weitergehende Antrag ist.

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Mir widerstrebt es eigentlich, eine große Debatte darüber zu führen, über welchen Antrag zuerst abgestimmt werden müßte.

(D)

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Sie haben doch damit angefangen! - Lachen bei CDU und F.D.P. - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie mich ausreden lassen, will ich Ihnen erklären, warum ich in diesem Falle darauf bestehe, und zwar deswegen, weil die Öffentlichkeit wissen muß, daß sich hier keiner vorbeimogeln kann. Das ist nämlich genau der Punkt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte gern vor der Öffentlichkeit dieses Landes sagen - das hören Sie nicht gern -: Der zweite Teil unseres Antrages beruht nämlich auf einer Formulierung, die von den wirtschaftspolitischen Sprechern der CDU und der F.D.P. in einem Brief so gefordert worden ist. Dabei ging es um eine Rüge des Protokolls. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, der unserer Fraktion angehört, hatte zunächst eine andere Formulierung für das zusammenfassende Ergebnis der Beratungen gefunden. Damit waren die Vertreter der

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) CDU und der F.D.P. aber nicht einverstanden. Der Brief ist also deswegen geschrieben worden, um aus der Sicht von CDU und F.D.P. das zusammenzufassen, was alle Parteien im Wirtschaftsausschuß besprochen hatten.

(Schauerte (CDU): Hat das etwas mit der Geschäftsordnung zu tun?)

Und nur das möchten wir jetzt vor der Öffentlichkeit des Landes notifiziert wissen.

Wenn Sie diesem zweiten Teil nicht zustimmen können, dann wissen entweder Ihre wirtschaftspolitischen Sprecher nicht, was sie tun,

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

oder sie desavouieren Frau Thoben und Herrn Tschoeltsch. Wenn Sie das wollen, können Sie das gern machen!

(Zustimmung bei der SPD)

Damit das sichtbar wird, stelle ich den Antrag, daß wir über unseren Antrag, wie es auch den Prinzipien der Geschäftsordnung entspricht, zuerst abstimmen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Rohde; er hat sich, wenn ich richtig unterrichtet wurde, zur Geschäftsordnung gemeldet.

Dr. Rohde *) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will die Geschäftsordnungsdebatte nicht fortsetzen, sondern anmerken, daß unser Antrag die alte Nummer trägt - 10/2566 -

(Dr. Farthmann (SPD): Dafür können wir doch nichts!)

und daß wir, Herr Aigner, bereit waren - -

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

- Es hilft doch nichts, wenn Sie ständig lachen, weil Sie die Dinge nicht verstehen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Auch wenn Sie selbst rot werden, Sie sehen auch noch so aus!

(Zurufe von der SPD: Unverschämtheit!)

- (C) - Mag ja sein. Ich weiß nicht, ob das unverschämmt ist, daß die F.D.P. und die CDU bereit waren, aus Ihrem Antrag den entscheidenden Satz zu übernehmen und in ihren eigenen Antrag einzubauen. Ich weiß nicht, ob das unverschämmt ist.

(Zurufe von der SPD: Darauf bezieht sich doch die Unverschämtheit gar nicht!)

Deswegen, Herr Farthmann, möchte ich Ihnen sagen: Es mag ja sein, daß die absolute Mehrheit, an die Sie sich offenbar gewöhnt haben, Sie schwer in die Lage versetzt, Kritik zu üben. Okay.

(Hardt (CDU): Das Präsidium muß abstimmen!)

Nur: Daß Sie versuchen, einen Alleinvertretungsanspruch für gute Politik für NRW zu erheben, dieses Recht sprechen wir Ihnen ab.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wenn es um die Modernisierung Nordrhein-Westfalens geht - um die geht es - und wenn Sie sich

(Zuruf von der SPD)

- ja, ich spreche zur Geschäftsordnung - den Brief des Ministerpräsidenten an Herrn Worms, an mich, an Herrn Blüm und an Herrn Möllemann lesen, dann stellen Sie fest, daß er darin auch von der Modernisierung des Landes und auch davon spricht, daß wir alle Wege, alle Mittel nutzen müssen, um diesen Weg zu gehen. Ich bedaure, daß Sie selbst nicht bereit sind, der Bitte und dem Wunsch des Ministerpräsidenten zu folgen, alle Wege zu gehen, weil Sie sich auf nur einen Weg festsetzen wollen und weil hier gesagt worden ist, Sie wollten das Verhalten von Frau Thoben und Hagen Tschoeltsch dokumentieren.

(Zuruf von der SPD: Herr Klose, das ist nicht mehr zur Geschäftsordnung!)

In unserer gemeinsamen Entschliebung zur Stahlsituation steht nämlich folgendes

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- das zitiert Herr Farthmann wohlweislich nicht -:

Der Landtag fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf, bei der regionalen Wirtschaftsförderung stärker das Element der vorhersehbaren Arbeitsplatzverluste zu

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) berücksichtigen und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu ermöglichen.

Das war der Hintergrund dieses Gesprächs.

Zweitens. Den Kern dieses integrierten Förderungsprogramms bilden alle Hilfen

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

von Bund, Land und Gemeinden.

(Zuruf von der SPD: Zur Geschäftsordnung!)

Es wäre gut, Sie würden endlich unserer Bitte Rechnung tragen, das Modernisierungsprogramm für Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Dann können wir die richtigen Wege gehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Hardt, bitte sehr!

Hardt (CDU): Herr Präsident, ich möchte von meinem Platz aus reden. Im Rahmen der Geschäftsordnung - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Hardt, bitte bemühen Sie sich an das Rednerpult, damit Sie von allen verstanden werden!

- (B) Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Farthmann, Sie haben zwar die Mehrheit. Aber auch die Mehrheit hat das, was in der Geschäftsordnung steht, einzuhalten. Ich fordere das Präsidium auf, nach § 113 der Geschäftsordnung zu verfahren. Wie gesagt, nachdem der geschäftsführende Ausschuß für die Geschäftsordnung nicht mehr besteht, hat das Präsidium durch Mehrheitsbeschluß festzulegen, wie zu verfahren ist. Ich bitte, nach § 113 der Geschäftsordnung zu verfahren. Sie mögen zwar 125 Kollegen haben; aber damit haben Sie absolut nicht das Recht, das, was verbrieft ist, außer Kraft zu setzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Zu diesem Ergebnis sind wir inzwischen auch gekommen. Das geschäftsführende Präsidium wird prüfen, über welchen Antrag zuerst entschieden wird. Ich unterbreche hiermit die Sitzung für 15 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 16.18 bis 16.38 Uhr)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich eröffne hiermit wieder die

Sitzung. Es war vor der Unterbrechung der Sitzung zwischen der SPD-Fraktion einerseits und den Fraktionen der CDU und der F.D.P. andererseits strittig, über welchen der beiden vorliegenden Anträge zuerst abzustimmen sei.

Das geschäftsführende Präsidium hat in der Unterbrechungspause diese Frage zu klären versucht. Es ist einstimmig zu folgendem Ergebnis gekommen:

Es handelt sich bei den vorliegenden Anträgen nicht um Anträge, die die Anwendung der Auslegungsregel "engerer oder weiterer Antrag" zulassen. Es handelt sich bei beiden Anträgen dem Inhalt nach um politische Willensbekundungen und die Wiedergabe von Meinungen, im einzelnen auch um Bewertungen. Dies schließt nach unserer Auffassung aus, daß die geschäftsordnungsübliche Regel "weiterer oder engerer Antrag" angewendet werden kann.

Die Geschäftsordnung enthält im übrigen keinerlei Bestimmungen darüber, wie in einer solchen Situation unterschiedlicher Bewertung zu verfahren sei. Wenn dies aber der Fall ist, muß die Entscheidung, über welchen Antrag zuerst abgestimmt wird, dem Landtag in seiner Gesamtheit überlassen werden.

(Heiterkeit)

Ich habe Ihren Beitrag, Herr Kollege Farthmann, vorhin gehört. Sie haben sich dafür ausgesprochen - ich werte dies im Sinne des Antrags -, über Ihren Antrag zuerst abzustimmen. - Wünschen sich die Sprecher der anderen Fraktionen hierzu auch noch zu äußern? - Dann stelle ich den Antrag der SPD-Fraktion, über ihren Antrag in der Neufassung "Entlastung des Landes Nordrhein-Westfalen bei den Kohlelasten", Drucksache 10/2636, zuerst abzustimmen, zur Abstimmung.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag angenommen.

Es ist nunmehr zunächst abzustimmen über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/2636.

Meine Damen und Herren! Ist dieser Antrag inzwischen ausgedrückt bei Ihnen auf dem Platz?

(Mehrere Zurufe: Nein.)

Das ist nicht der Fall. Dann darf ich den Antrag verlesen:

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Antrag der Fraktion der SPD: Entlastung des Landes Nordrhein-Westfalen bei den Kohlelasten.

Der Landtag begrüßt die im Rahmen der Beratungen zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs erfolgte Aufforderung des Bundesrates an die Bundesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Nordrhein-Westfalen bei seinen Leistungen für die Kohle entlastet wird. Das wird sich seiner Verantwortung für die Kohlepolitik nicht entziehen.

Der Landtag begrüßt die Gesetzesinitiative, die die Landesregierung im Sinne des Artikels 104 a des Grundgesetzes dem Bundesrat zugeleitet hat. Der Landtag hofft, daß diese Gesetzesinitiative die Zustimmung der Länder und des Bundes findet. Er wertet diese Gesetzesinitiative als Umsetzung der gemeinsamen Entschließung vom 25. März 1987, mit der die Gleichbehandlung für Nordrhein-Westfalen im Vergleich auch zu den Werftregionen gefordert wird.

Der Landtag betrachtet es als Aufgabe der Landesregierung, in Verhandlungen mit der Bundesregierung aus der Zukunftsinitiative ein Zukunftsprogramm Montanregionen entstehen zu lassen.

Ich verlese nunmehr den Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.:

- (B) Erneuerung unseres Industrielandes - Wer muß was tun?

Der Landtag begrüßt die im Rahmen der Beratungen zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs erfolgte Aufforderung des Bundesrates an die Bundesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Nordrhein-Westfalen bei seinen Leistungen für die Kohle entlastet wird. Das Land wird sich seiner Verantwortung für die Kohlepolitik nicht entziehen.

Meine Damen und Herren! Es folgen dann im Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. unverändert die beiden folgenden Absätze der Drucksache 10/2566. Die haben Sie alle vorliegen; ich brauche sie nicht noch einmal vorzulesen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/2636. Ich bitte die Schriftführer, tätig zu werden.

(Der Namensaufruf erfolgt. - Siehe Namensliste Anlage 6)

Die Abstimmung ist hiermit beendet. Ich bitte, die Stimmen auszuzählen. (C)

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen das Ergebnis der Abstimmung mit. An der namentlichen Abstimmung haben 173 Abgeordnete teilgenommen. Für den Antrag der SPD-Fraktion stimmten 99 Abgeordnete, gegen den Antrag stimmten 74 Abgeordnete. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. Drucksache 10/2566 (Neudruck). Ich bitte die Schriftführer, ihr Amt auszuführen.

(Der Namensaufruf erfolgt. - Siehe Namensliste Anlage 7)

Frau Vizepräsident Friebe: Damit schließe ich die namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bekanntgeben: An der namentlichen Abstimmung haben sich 171 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja haben 74, mit Nein 97 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Antrag der CDU- und der F.D.P.-Fraktion abgelehnt. (D)

Meine Damen und Herren, zu einer Erklärung nach § 62 unserer Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abg. Dr. Farthmann. das Wort.

Dr. Farthmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Landtag gern über eine Information berichten, die mir gerade zugegangen ist. Die nordrhein-westfälischen Unternehmen Mannesmann, Thyssen und Krupp haben beschlossen, die Stahlerzeugung in Rheinhausen einzustellen. Dieses Hüttenwerk verfügt über 5 800 Arbeitsplätze.

Ich glaube, daß Sie an dieser Information interessiert waren, die zeigt, unter welchen Bedingungen wir hier diskutieren.

- (A) Frau Vizepräsident Friebe: Ich rufe jetzt Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2434

Beschlußempfehlung des Hauptausschusses
Drucksache 10/2568
zweite Lesung

Ich verweise auf die genannte Beschlußempfehlung des Hauptausschusses und eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 10/2568 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987

- (B) (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2407

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/2570
zweite und dritte Lesung

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der oben angegebenen Drucksache und eröffne die Beratung.

Als erster Redner hat Herr Abg. Müller für die Fraktion der SPD das Wort.

Müller *) (Mülheim) (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben bereits in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs unsere Zustimmung signalisiert. Unsere Bereitschaft, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, ist während der Beratungen in den Fachausschüssen noch gewachsen. Wir haben uns davon überzeugt, daß es dringend notwendig ist, zur Gefahrenabwehr bei einigen öffent-

lichen Gebäuden Investitionen für die Bauunterhaltung vorzunehmen. Von dorthin bekommt dieser Nachtragshaushalt seinen Sinn und seine Notwendigkeit.

Das gilt auch für die Verstärkung des Eigenkapitals der NOWEA. Ich verweise dazu auf unsere Ausführungen an anderer Stelle, in den Ausschüssen, aber auch schon in der ersten Lesung.

Ich möchte noch anmerken, daß wir in der ersten Lesung auch die Überlegung über ein nordrhein-westfälisches Messekonzept aufgenommen hatten. Darüber ist im Wirtschaftsausschuß auch gesprochen worden. Wir sehen mit Interesse den Gesprächen entgegen, die wir mit den Geschäftsführern der nordrhein-westfälischen Messegesellschaften sicherlich auch im Fachausschuß haben werden, um, aufbauend auf dem Außenwirtschaftskonzept des Landes Nordrhein-Westfalen, über ein geschlossenes Messekonzept für unser Land beraten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Schauerte das Wort.

Schauerte *) (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst eine Bemerkung zu den Ausführungen des Prof. Friedhelm Farthmann. - Wenn das so stimmt, was wir natürlich nicht wissen - aber wir unterstellen einmal, daß es richtig ist -, dann sollte sich auch die SPD-Fraktion fragen, ob vor solch dramatischem Hintergrund dieses kleinkarierte Abstimmungsverhalten vorhin angebracht war.

(Widerspruch bei der SPD)

Zur Sache! Die CDU hat in der ersten Lesung deutlich gemacht, daß sie dem Nachtragshaushalt, soweit es um die Eigenkapitalaufstockung für die Messegesellschaft NOWEA geht, zustimmt. Wir haben in der damaligen Debatte ein Messekonzept eingefordert. Gerade in den letzten Wochen haben Gespräche mit dem deutschen Handwerk gezeigt, wie notwendig eine der mittelständischen und der handwerklichen Wirtschaft wirklich dienende Messekonzeption des Landes ist. Wir können die Messkonzeption nicht so aufziehen, daß wir Minister reisen lassen und anschließend dort auch eine Messe durchführen, wenn sie irgendwo einen netten Eindruck hinterlassen haben; vielmehr müßte die Messekonzeption so angelegt sein - und das müßte gemeinsames Interesse werden -, daß wir dort Messen veranstalten, wo auch die Märkte insbe-

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) sondere für die mittelständische Wirtschaft sind. Dazu gibt es sicherlich auch enorm wichtige Schwerpunkte im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Es muß also nicht immer jenseits der Ozeane sein.

Zu Punkt 2 haben wir in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einiges zum Nachdenken Veranlassende gehört. Plötzlich sind 22,5 Millionen DM zusätzlich erforderlich, um die Bauten des Landes, von denen es über 4 000 gibt, wenigstens in den notwendigsten Bereichen vor weiterer schwerer Gefährdung der baulichen Substanz zu bewahren. Es ist schon eigenartig, daß eine solche Substanzgefährdung der Landesbauten nicht vorhersehbar ist, sondern plötzlich kommt und Mittel für die Abwendung der größten Gefährdung im Rahmen eines Nachtragshaushalts bewilligt werden müssen. Das wirft ein miserables Licht auf die Übersicht des Landes über das Vermögen, das ihm gehört, und läßt nicht gerade auf eine zeitnahe Betreuung und Erfassung schließen.

Unter haushaltsmäßigen Gesichtspunkten tickt bei der Gebäudesubstanz des Landes eine Zeitbombe von ganz erheblichem Ausmaß. Die Landesregierung selbst hat auf Befragen im Ausschuß gesagt, daß ihr 2 Milliarden DM heute im Grunde schon sehr wahrscheinlich erscheinen, die über das normale Instandhaltungsprogramm hinaus erforderlich wären. Ich halte diese Zahl für noch nicht ausreichend. Wir werden insbesondere im Hochschulbau, im Sichtbetonbau, im Straßenunterhaltungsbau Probleme bekommen, die Mittel in noch größerer Zahl notwendig machen. Hier tickt nicht nur eine Zeitbombe, was das Gefährdungspotential betrifft, sondern hier tickt auch eine haushaltspolitische Zeitbombe; denn dieses Geld muß ja irgendwoher kommen.

(B)

Die CDU hat deswegen beantragt, eine zeitnahe Zusammenstellung zu erarbeiten. Die Landesregierung hat zugesagt, uns im Frühjahr - Februar oder März - entsprechende Auskünfte zu geben, damit wir einen ungefähren Überblick über das bekommen, was da noch schlummert und was uns da noch haushaltspolitisch und im Bereich der Gefahrenabwehr droht.

Wir werden unter diesem Gesichtspunkt diesem Nachtragshaushalt zustimmen, erwarten jedoch, daß die Zusagen, die im Rahmen der Beratung seitens der Landesregierung gemacht wurden, auch eingehalten werden.

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht Herr Abg. Dorn.

(C) Dorn*) (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon der erste Nachtragshaushalt, den uns diese Landesregierung in diesem Jahr vorgelegt hat, konnte unsere Zustimmung nicht finden. Dieser zweite Nachtragshaushalt beweist eigentlich nur, daß die Landesregierung überhaupt keinen Überblick über das hat, was in diesem Lande vorgeht; denn sonst wäre dieser Nachtragshaushalt nicht erforderlich gewesen. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2570 geht dahin, das Gesetz in unveränderter Form anzunehmen. Wer dieser Empfehlung in zweiter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? Dieser Gesetzentwurf ist dann gegen die Stimmen der F.D.P. mit den Stimmen der SPD und der CDU in zweiter Lesung angenommen.

Wir kommen zur dritten Lesung. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf in dritter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? Das Gesetz ist in dritter Lesung gegen die Stimmen der F.D.P. mit den Stimmen der SPD und der CDU angenommen.

(D)

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Über- und außerplanmäßige Ausgaben einschließlich der Haushaltsvorgriffe mit Beträgen von 10 000 DM und darüber im 4. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1986

Unterrichtung durch den Finanzminister gemäß § 37 Abs. 4 LHO
- zur Beratung -
Vorlage 10/1094

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/2473

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Beratung geschlossen.

Ich lasse abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2473 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön.

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dann ist die Beschlußempfehlung gegen die Stimmen der F.D.P. angenommen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Über und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 10 000 DM und darüber im 1. Halbjahr des Haushaltsjahres 1987

Unterrichtung durch den Finanzminister gemäß § 37 Abs. 4 LHO
- zur Beratung -
Vorlage 10/1214

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/2569

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung Drucksache 10/2569 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Händzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Vorlage eines Finanzierungskonzepts Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen

- (B) Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/1798

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/2571

Ich eröffne die Beratung. Für die Fraktion der SPD hat sich Herr Abg. Walsken zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Abgeordneter.

Walsken *) (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der F.D.P. "Vorlage eines Finanzierungskonzepts Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen" könnte im Grunde genommen als erledigt betrachtet werden, wenn wir die parlamentarischen Gepflogenheiten, die hier gelten, zugrunde legen. Wesentliches Ziel ist die Vorlage eines nach aufgabenkritischen Gesichtspunkten ermittelten Prioritätenkataloges der Landesaufgaben.

Man muß natürlich fragen, was denn eigentlich der Haushaltsentwurf, was denn Finanzplanung und was Verabschiedung des Haushalts durch das Parlament mit konkreten

finanzpolitischen Dotationen eigentlich anderes sind als Prioritätenentscheidungen, wie sie hier angemahnt werden. Wenn Sie sich den Finanzplan der Landesregierung unter dem Stichwort "Schwerpunkte der Landespolitik" anschauen und nach den programmatischen Zielsetzungen fragen, werden Sie zu Ihrer Zufriedenheit feststellen, daß die Aufgabenschwerpunkte ausreichend dargestellt sind: Arbeit und Umwelt, Ausbildung, Arbeit und soziale Verantwortung, Fortsetzung der technologischen und forschungspolitischen Initiative, Zukunftsinitiative Montanindustrie - um nur einige zu nennen. Die Aufgabenkritik, die von Ihnen angemahnt wird, ist ebenfalls aufgrund der Beratungen der Ausschüsse und aufgrund der Zusage der Landesregierung in die Wege geleitet und wird uns in Kürze mit ersten Ergebnissen vorgetragen werden.

Ihnen aber geht es gar nicht so sehr um die formale Seite, Ihnen kommt es darauf an, Inhalte zu bestimmen. Sie nutzen diesen Antrag, um andere Inhalte als die von der Landesregierung vorgesehenen darzustellen. Dazu müssen Sie allerdings ein bißchen "Butter bei die Fische tun" und können sich nicht mit formalen Argumentationen aus der Affäre ziehen.

Sie wissen, daß die Produktivität in Nordrhein-Westfalen hervorragend ist und daß die wirtschaftliche Situation in Nordrhein-Westfalen, hätten wir nicht die Strukturprobleme in einigen Bereichen, ebenfalls als hervorragend zu bezeichnen wäre. Das heißt: Dieses Land ist im Kern gesund. Es hat Probleme, bedrückende Probleme, und zwar im Montanbereich. Wir haben eben wieder eine Darstellung dieser bedrückenden Probleme bekommen.

So soll von der Landesregierung, eben weil wir diese bedrückenden Probleme kennen, mit der Zukunftsinitiative Montanregionen auf fünf Aktionsfeldern an die bisher schon eingetretenen Erfolge bei der Bekämpfung der Strukturprobleme angeknüpft werden. Es fehlt aber zu dieser Zukunftsinitiative ebenso wie zu dem Problem der Kohlelasten noch eine Zusage des Bundes hinsichtlich der Beteiligungshöhe, so daß die Möglichkeiten der Landesregierung und des Landes, hier etwas zu tun, sehr eingeschränkt sind.

Im finanzpolitischen Teil der Begründung stellen Sie weiter fest, das Land habe keine Weichen für die Zukunftssicherung gestellt, weil die Finanzpolitik alles und jedes für finanzierbar gehalten habe. Sie wissen, daß das Gegenteil richtig ist. Das Land hat schon frühzeitig - trotz der ungünstigen Konjunk-

(C)

(D)

(Walsken (SPD))

- (A) tur, trotz der falsch terminierten und falsch strukturierten Steuerreform sowie trotz der eklatanten Benachteiligung im Bundesfinanzausgleich - auf die Bremse getreten und nach Möglichkeiten der finanzpolitischen Konsolidierung gesucht. Die ersten Ergebnisse und Erfolge einer solchen Politik sind bereits erkennbar. Die Gesamtausgabensteigerungsrate von 1981 bis 1985 war in Nordrhein-Westfalen die mit Abstand geringste aller Flächenländer im Bundesgebiet. Gleichzeitig konnte die Nettokreditaufnahme von 10,1 Milliarden DM im Jahre 1981 auf 5,6 Milliarden DM im Jahre 1987 fast halbiert werden, und zwar ohne daß wir Bundesbankgewinne verbraten konnten und ohne daß wir durch Verkauf des Tafelsilbers Privatisierungserlöse einstellen konnten.

Wie verhält sich Ihr Vorwurf, das Land habe eine sorglose Kassenführung betrieben, mit Ihren ständigen Attacken, das Land vernachlässige Theater und Orchester, das Land gebe den Gemeinden zu wenig und fahre im Bildungsbereich einen rigorosen Sparkurs? - Ich halte es jedenfalls für doppelzünftig, wenn Sie bei jeder Gelegenheit die Verschuldungssituation des Landes anprangern und gleichzeitig höhere Ausgaben des Landes fordern, statt mit uns gemeinsam konkrete Kürzungen zu initiieren und durchzuführen.

(Dorn (F.D.P.): Das ist ja wohl ein Witz! Wir haben 2 Milliarden DM angeboten; Sie haben es aber abgelehnt!)

- (B) - Sie haben pauschale Kürzungen angeboten. Sie haben diese Kürzungen nicht konkret auf den Einzelplan bezogen, Herr Dorn.

(Dorn (F.D.P.): Natürlich!)

- Wir müssen uns noch darüber unterhalten, ob die auch finanzierbar gewesen sind. Das ist ja der Punkt.

Ich halte Ihre Anklage jedenfalls unter den von Ihnen geforderten Prämissen für wenig überzeugend, weil Sie nur die Ausgabeseite betrachten. Sie reden nicht über die Einnahmeseite. Dabei wissen Sie ganz genau, daß der Schlüssel des Problems in Nordrhein-Westfalen auf der Einnahmeseite liegt.

(Zuruf von der F.D.P.: Auf der Ausgabeseite!)

- Auf der Einnahmeseite!

Wir haben gravierende Steuerausfälle aus konjunkturellen Gründen. Das wissen Sie. Wir müssen uns damit herumschlagen, daß wir Mindereinnahmen aufgrund der verfehlten

Steuerpolitik in Bonn zu verkraften haben. Das wissen Sie ganz genau. Tun Sie nicht so, als wäre das nicht ein Problem der Einnahmen. Wir haben auch eine nach wie vor anhaltende eklatante Benachteiligung im bundesstaatlichen Finanzausgleich zu verkraften. Auch das wissen Sie ganz genau. Sie wissen auch, daß wir, obwohl wir beim Bundesverfassungsgericht obsiegt haben, nach wie vor nicht mit einer angemessenen Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen im bundesstaatlichen Finanzausgleich rechnen können. (C)

Anstatt diese Zusammenhänge zu verschweigen, hätten Sie besser daran getan, in Bonn dafür zu sorgen, daß der finanzpolitische Spielraum in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern erhalten bleibt; denn nur bei Erhaltung der finanzpolitischen Spielräume durch Verbesserung der Einnahmeseite ist es letzten Endes möglich, die Probleme dieses Landes in den Griff zu kriegen. Auf der Ausgabenseite haben wir weiß Gott mehr getan, als bisher notwendig gewesen ist. Ihrem Antrag in der vorliegenden Form können wir jedenfalls nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU spricht Herr Abg. Dautzenberg. Ich erteile ihm das Wort.

Dautzenberg*) (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich die Ausführungen zu dem Antrag der F.D.P.-Fraktion und zu der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses kürzen, obwohl es reizvoll wäre, auf die Behauptungen - und wiederum falschen Behauptungen - des Kollegen Walsken näher einzugehen. Ich denke aber, daß wir uns dies für die zweite Lesung des Haushalts in 14 Tagen aufsparen können. (D)

Herr Kollege Walsken, auch durch mehrmaliges Wiederholen Ihrer Behauptungen werden sie nicht wahrer. Es ist immer wieder die gleiche Legende, daß gesagt wird, die Opposition und somit auch die CDU hätten immer Erhöhungsanträge gestellt, durch die die Verschuldung des Landes noch verstärkt worden wäre. Sie vergessen immer, was wir dagegengerechnet haben, daß wir zu allen Punkten auch die notwendige Deckung vorgeschlagen haben und damit die Verschuldung des Landes nicht erhöht hätten.

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz kursorisch folgendes sagen: Was ist Gegenstand des F.D.P.-Antrages? - Mit dem

(Dautzenberg (CDU))

- (A) F.D.P.-Antrag in der Drucksache 10/1798 fordert der Landtag Nordrhein-Westfalen die Landesregierung auf, unverzüglich ein Haushaltsfinanzierungskonzept Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Die CDU Landtagsfraktion hat in der Vergangenheit und auch zur Zeit mehrfach Vorschläge für ein Haushaltsfinanzierungskonzept und in Verbindung damit Initiativen für die Zukunftssicherung Nordrhein-Westfalens verlangt. In den einzelnen Haushaltsdebatten ist das immer deutlich geworden.

Bezüglich bestimmter Haushaltsstrukturkonzepte verweise ich auf die von der CDU-Landtagsfraktion bereits seit der 8. Wahlperiode gestellten Anträge. Deshalb unterstützt die CDU-Landtagsfraktion den Antrag der F.D.P., wenn ich auch einzelne Formulierungen in der Begründung des F.D.P.-Antrages nicht teile bzw. so nicht formuliert hätte. Hier steht aber nicht die Begründung zur Abstimmung, sondern das, was mit dem Antrag der F.D.P. initiiert werden soll.

Völlig unverständlich ist uns und auch mir die Ablehnung dieses Antrages durch die SPD-Mehrheitsfraktion, wie dies in der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/2571 zum Ausdruck kommt. Wenn der finanzpolitische Sprecher der SPD im Haushalts- und Finanzausschuß, Herr Schleußer, erklärt - ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin -, "was in dem Antrag gefordert werde, sei sowohl bei der Aufstellung des Haushalts durch die Landesregierung als auch bei der Beratung durch das Parlament bereits alltägliche Praxis", so kann ich dem nicht folgen. Wenn dem so wäre, meine Damen und Herren, dann müßten einige Finanzierungsschwerpunkte im Haushalt, die seit einigen Jahren die Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen angehen, besser geregelt sein, als das bisher der Fall war.

(B)

Ich darf kurz auf einige Punkte eingehen. Wir haben grundsätzlich die zunehmende Tendenz, daß die konsumtiven Ausgaben im Landeshaushalt höher und die investiven Ausgaben im Landeshaushalt geringer werden. Wenn hier nicht bald gegengesteuert wird, dann ist es eben aufgrund des Instrumentariums des Haushalts mit der Zukunftsperspektive des Landes Nordrhein-Westfalen schlecht bestellt.

Eine andere Größe sind die Personalkosten, die ja vor allem zu den konsumtiven Ausgaben des Landes gehören. Wenn man den Landschaftsverband mit einbezieht, wenn man den Kommunalisierungsgrad im Lande Nordrhein-Westfalen mit einbezieht und wenn man die Ausgliederung der Kliniken mit einbezieht - die ja 1985

aus der Bewirtschaftung des Landes, was den Landeshaushalt anbelangt, ausgegliedert und im Grunde abgetrennt worden sind, verehrter Herr Finanzminister Posser -, so stellt man fest, daß die Personalkostenquote im Lande Nordrhein-Westfalen nach wie vor bedrückend ist. (C)

Deshalb, Herr Finanzminister Posser, finden auch die Erklärungen, die Sie dazu abgeben, nicht den notwendigen Nachhall. Das betrifft auch Ihre Behauptung, in der Finanzpolitik stehe man im Vergleich zu anderen Ländern immer gut da, vor allen Dingen, wenn man sich mit süddeutschen Ländern vergleicht. Den Vergleich sollte man lassen. Baden-Württemberg kann sich in manchen Bereichen, auch personalpolitisch, mehr leisten als wir aufgrund der eigenen Haushaltssituation. Ich will das nicht vertiefen. Wenn dies schon alles berücksichtigt wäre, wie es Herr Schleußer betont hat, so hätten wir ja in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" die angeforderten Strukturkonzepte und den Einstieg in den aufgabenkritischen Ansatz der Personalplanung im Lande Nordrhein-Westfalen schon haben müssen.

Aber, meine Damen und Herren, was ist Tatbestand? Tatbestand ist, daß der Leiter der Staatskanzlei mit dem Staatssekretär im Finanzministerium am 7. Dezember den methodischen Ansatz für den aufgabenkritischen Ansatz erst vorstellen wird. Wenn das schon geleistet wäre, könnte man tatsächlich sagen, in einem Teilbereich sei schon vollzogen, was mit dem F.D.P.-Antrag initiiert werden soll. (D)

Ich gebe zu, daß wir uns, was die aufgabenkritische Überprüfung des Personalbestandes angeht, auf einem richtigen Wege befinden - unter der Auflage natürlich, daß die SPD-Kollegen in der Arbeitsgruppe und auch im Haushalts- und Finanzausschuß so bei der Stange bleiben, wenn ich das einmal so salopp formulieren darf, wie das bisher in der Arbeitsweise unserer Arbeitsgruppe der Fall war.

Ich nenne andere Schwerpunkte: Nettoneuverschuldung, Zinsaufwand. Hier müssen für die Zukunft Konzeptionen kommen, wie man dies bewältigen will. Auch die Änderung der Landeshaushaltsordnung muß man als Instrumentarium des Einstieges auf dem Weg, die Neuverschuldung und damit auch die Gesamtverschuldung des Landes in den Griff zu bekommen, werten und nicht so tun, wie es die SPD im Haushalts- und Finanzausschuß getan hat: daß die Änderung der Landeshaushaltsordnung nicht das notwendige Instrumentarium für diesen Bereich darstelle.

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Herr Kollege Walsken, ich würde Ihnen empfehlen: Nehmen Sie die Untersuchung der Westdeutschen Landesbank vom 23. Juli 1987 einmal zur Kenntnis, und überprüfen Sie dann Ihre Aussage, ob hinsichtlich der Wirtschaftskraft, der Produktivität, ob hinsichtlich der Wachstumserwartung in Nordrhein-Westfalen das alles so rosig bestellt ist, wie Sie es hier dargestellt haben. Das Gegenteil ist der Fall! Eine solche Studie, meine Damen und Herren, sollte dazu dienen, daß die notwendigen finanzpolitischen Instrumentarien auch für die Zukunft eingesetzt werden.

Ich verweise auf die Vorlage 10/1105 "Bevölkerungsentwicklung und Regierungshandeln in Nordrhein-Westfalen", eine sehr gute Fundgrube für die Stützung des F.D.P.-Antrages. Auch was das Finanzkonzept der Zukunft anbelangt, bildet sie eine ausgezeichnete Grundlage.

Meine Damen und Herren, Herr Finanzminister Posser! Sie haben ausgezeichnete Ausarbeitungen. Es kommt nur darauf an, daß endlich einmal der Schritt vollzogen wird, die notwendigen Konsequenzen aus diesen Untersuchungen für die Zukunft zu ziehen.

Ich darf folgendes wörtlich zitieren und möchte damit schließen:

Auf der Ausgabenseite müssen wir auf alles nicht Notwendige verzichten. Wir brauchen eine politische Diskussion über die besonderen Vorranggebiete der Landespolitik. Was nicht dazu gehört, muß auch unter Inkaufnahme von Opfern und politischen Nachteilen soweit irgend möglich und vertretbar gekürzt werden.

(B)

Dem ist nichts hinzuzufügen. Herr Finanzminister Posser, das ist die Ziffer 4 in Ihrem berühmten "Posser-Brief". Der F.D.P.-Antrag verlangt die Vorlage eines Finanzierungskonzepts Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen. Wo ist hier der Unterschied zur Auffassung des Finanzministers Posser?

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion! Finanzierungskonzept heißt in der Tat, Vorrangbereiche für die Zukunftssicherung zu setzen. Das ist Inhalt dieses F.D.P.-Antrages. Machen Sie es sich bitte nicht so einfach, diesen Antrag aufgrund der Beschlußempfehlung hier abzulehnen, sondern nehmen Sie das ernst, was hier verlangt ist. Dann sind wir auf dem richtigen Wege, gemeinsam für Nordrhein-Westfalen auch von den finanzpolitischen Kapazitäten wieder den Freiraum zu bekommen, den wir brauchen, um

die Zukunft Nordrhein-Westfalens zu gestalten.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Dorn das Wort.

Dorn*) (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer die Lagebeschreibung des Kollegen Walsken gehört hat, kommt zu dem Eindruck, daß er wohl auch wie der Ministerpräsident die Studie der WestLB nicht gelesen hat und, um zu neueren Ergebnissen zu kommen, die Untersuchungen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet mit den erschütternden Ergebnissen ebenfalls nicht kennt. Er schloß seine Rede mit den Worten: Auf der Ausgabenseite haben wir mehr getan, als nötig gewesen wäre. - Das ist ein Satz, den ich voll unterstreichen kann.

(Beifall bei der CDU - Aigner (SPD): Daran haben Sie sich lange kräftig beteiligt!)

Sie haben in weitem Umfang über Ihre Verhältnisse gelebt. Sie haben viel mehr ausgegeben, als Sie je verantworten konnten.

Das Thema Finanzierungskonzept, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wir Ihnen vorgelegt haben, ist ja nicht durch Vorlage der neuen mittelfristigen Finanzplanung erledigt, sondern im Gegenteil: Die neue Finanzplanung und der Finanzbericht belegen, daß den Haushaltsentscheidungen gerade keine plausible Konzeption zugrunde liegt, sondern daß im wesentlichen nur die alten Haushaltsansätze fortgeschrieben sind. Eine Perspektive in Richtung Zukunftssicherung ist die Finanzplanung für die Jahre 1987 bis 1991 auf jeden Fall nicht.

(D)

Deswegen haben wir den Landtag aufgefordert, ein Haushaltsfinanzierungskonzept Zukunftssicherung vorzulegen. Dieses Konzept soll die Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen, bezogen auf ihre Bedeutung für die Zukunftssicherung, nach ihrem Vor- und Nachrang festlegen.

Insbesondere soll es definieren, welche Aufgaben nicht mehr oder nicht mehr im bisherigen Umfang gefördert werden können, und auch, welche Aufgaben statt dessen intensiverer Anstrengungen bedürfen.

Meine Damen und Herren von der SPD, angesichts der 100-Milliarden-Schuldenlinie, die Sie sich rasant zu überschreiten anschicken, dürfte es eigentlich auch bei Ihnen doch den

(Dorn (F.D.P.))

- (A) einen oder anderen noch geben, der Überlegungen anstellt, wo dieser Weg denn wohl enden mag und was Sie sich eigentlich noch leisten wollen an Zukunftsplanung und Perspektive für die nächsten Generationen oder ob es nur noch das Schicksal sein kann, 10 %, 12 % oder zum Schluß vielleicht sogar 15 % der gesamten Landeseinnahmen nur noch als Zinsbelastungen an die Banken zu zahlen und keine zukunftspolitischen Entscheidungen für die nächsten zwei Generationen mehr treffen zu können.

Wenn das Ihre Konzeption ist, die Sie in den letzten sieben Jahren mit Ihrer absoluten Mehrheit hier praktiziert haben, dann, kann ich nur sagen, wird das ganz verheerende Auswirkungen für unser Land haben.

Ich will jetzt auf Einzelheiten der Haushaltsberatung nicht mehr eingehen. Sie haben unseren Antrag - wie immer - unter Ausnutzung Ihrer absoluten Mehrheit abgelehnt. Auch unsere Vorstellungen und Feststellungen nehmen Sie nicht zur Kenntnis, obwohl Sie genau wissen müßten - und das ist ja auch aus der Haushaltsrede des Finanzministers Posser sehr deutlich geworden; ich habe das schon bei der ersten Lesung hier vorgetragen -, daß diese Politik unserem Land keine Zukunftschance mehr eröffnet. Die Resignation ist ja auch deutlich spürbar gewesen.

- (B) Aber Sie dürfen sich darauf verlassen, daß wir die Einzelheiten der politischen Auseinandersetzung in der zweiten und dritten Lesung des Haushalts hier fortführen werden. Auch wenn Sie alles niederstimmen, was nicht von Ihnen selbst kommt,

(Aigner (SPD): Von euch kommt doch nichts.)

werden wir unseren Weg konsequent fortsetzen, weil er für die Menschen in unserem Land nach unserer Meinung der einzig erfolgversprechende für die Zukunft ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Dr. Posser das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Antrag fordert die Fraktion der F.D.P. die Landesregierung auf, unverzüglich ein Haushaltsfinanzierungskonzept Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Wie der Begründung des Antrags zu entnehmen ist, wie aber auch die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß am 12. November dieses

- (C) Jahres gezeigt hat, wünschen Sie mit diesem Konzept eine Festlegung der Aufgaben des Landes, "bezogen auf ihre Bedeutung für die Zukunftssicherung nach ihrem Vorrang und Nachrang".

Auch an mehreren anderen Stellen der Begründung kehrt als Kern Ihres Anliegens wieder, die Landesregierung möge darlegen, welche Bereiche der Landespolitik sie für vorrangig und welche sie für nachrangig hält.

Die Landesregierung hält den Antrag für überholt. Mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs 1988 und der Finanzplanung bis 1991 hat sich die Landesregierung in dieser Hinsicht eindeutig erklärt. Mit besonderer Klarheit kommt das in der Einbringungsrede zum Landeshaushalt vom 16. September 1987 zum Ausdruck, bei der die Kennzeichnung der Vorrangbereiche und der Konsolidierungsbereiche geradezu den Kern des gedanklichen Aufbaus ausmacht.

Laut Inhaltsverzeichnis ist die Haushaltsrede zunächst gegliedert in Vorrangbereiche des Landeshaushalts. Da werden aufgeführt und besprochen: die "Zukunftsinitiative Montanregionen", die Förderung von Wissenschaft und Forschung, der Umweltschutz, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Unterhaltung landeseigener Bauten. Dann sind als Konsolidierungsbereiche des Landeshaushalts genannt worden: Wohnungsbaufinanzierung, Kommunalfinanzen, Personalhaushalt. Es folgen Abschnitte über die Rahmenbedingungen des Landeshaushalts, die Finanzplanung und eine Schlußbemerkung.

(D) Ich bin der Auffassung, daß noch deutlicher Ihrem Antrag nicht entsprochen werden kann.

Aber auch der Erläuterungstext der Finanzplanung entspricht Ihren Wünschen, indem er unter Ziffer 4.2 ausdrücklich die Aufgabenschwerpunkte des Landes aufführt und auf 10 Druckseiten erläutert. Ich sehe nicht, welche Wünsche in dieser Hinsicht bei Ihnen noch offenbleiben sollten. Ihre Auffassung zu Vorrang und Nachrang in der Landespolitik hat die Landesregierung jedenfalls unmißverständlich dargelegt; sie steht seit dem 16. September im Landtag zur Diskussion.

Die Diskussion gehört allerdings in die Haushaltsberatung, vor allem in die anstehende zweite und dritte Lesung. Ich bin der Auffassung, daß eine Herausverlagerung der haushaltspolitischen Entscheidungen in die Diskussion Ihres Antrags wenig empfehlenswert ist, und bitte daher um Verständnis, wenn ich mich hier kurz fasse.

(Minister Dr. Posser)

- (A) Nach der neuesten Länderumfrage wird die Nettokreditaufnahme der Länder 1988 voraussichtlich 21 Milliarden DM betragen. Das Bundesfinanzministerium hatte im März 1984 in einer Prognose die Länder mit 3 Milliarden DM Plus gesehen; jetzt werden es 21 Milliarden DM Finanzierungsdefizit sein. Ebenso hat das Bundesfinanzministerium in einer Prognose im März 1984 gesagt, daß die Gesamtdefizite von Bund, Ländern und Gemeinden 1988 nur 1,5 Milliarden DM ausmachten, wobei die Länder 3 Milliarden DM Plus und die Gemeinden 13 Milliarden DM Plus haben sollten. Jetzt ist die Schätzung am 3. Juni um das 40fache erhöht worden, von 1,5 auf 55,5 und vor wenigen Tagen auf 58 Milliarden DM gesteigert worden, ohne daß die Landesregierung überhaupt irgendein Wort dazu hat sagen können.

(Aigner (SPD): Das interessiert die doch gar nicht.)

Also, nach der neuesten Länderumfrage wird die Nettokreditaufnahme der Länder 1988 voraussichtlich 21 Milliarden DM betragen. Der Anteil des Landes von unter 6 Milliarden DM entspricht dabei ziemlich genau dem Länderdurchschnitt. Das bedeutet: Dem seit Jahren verfolgten Ziel, unsere Finanzentwicklung dem Durchschnitt der Länder anzupassen, sind wir nahegekommen. Es muß doch auch einmal von Ihnen zugestanden werden, daß dieses Land nach den Zahlen der Bundesregierung die geringsten Ausgabesteigerungen gehabt hat - und das trotz jährlich 1,5 Milliarden DM für die Kohle und trotz einer skandalösen Benachteiligung des Landes im bundesstaatlichen Finanzausgleich!

(B)

Ich bin ja sehr froh, daß der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Rohde in einem Hintergrundgespräch, das heute in den "Aachener Nachrichten" veröffentlicht worden ist, zum erstenmal auch das Wort von der skandalösen Benachteiligung des Landes gebraucht hat. Deshalb habe ich Hoffnung, daß wir doch noch auf einen Nenner kommen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuß schlägt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 10/2571 vor, den Antrag der Fraktion der F.D.P. abzulehnen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der SPD gegen

die Stimmen der CDU und F.D.P. angenommen und somit der Antrag der F.D.P.-Fraktion abgelehnt. (C)

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Anerkennung als Markscheider
(Markscheidergesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2103

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
Drucksache 10/2572
zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer entsprechend der Beschlußempfehlung des Ausschusses Drucksache 10/2572 den Gesetzentwurf unverändert annehmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2349

Beschlußempfehlung des Kulturausschusses
Drucksache 10/2554
zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir stimmen ab. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der genannten Beschlußempfehlung des Kulturausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Förderung des Handwerks

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2475

(D)

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Die Fraktionen und die Landesregierung sind übereingekommen, zu diesem Tagesordnungspunkt heute keine Debatte zu führen. Die vorgesehenen Redebeiträge sollen zu Protokoll gegeben werden (siehe Anlagen 1 bis 5).

(Allgemeine Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Dies geht allerdings nur, wenn wir von der Geschäftsordnung abweichen. Diese Möglichkeit ist im § 114 vorgesehen. Das heißt, wir können dieses Verfahren wählen, wenn nicht fünf Abgeordnete dem widersprechen. Deshalb frage ich, ob jemand diesem Verfahren widerspricht. - Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Dann können wir so verfahren.

Wir müssen dann über die Überweisung des Antrags Drucksache 10/2475 an den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf:

Verwaltungsabkommen zur Änderung des Verwaltungsabkommens über die Brandschutzforschung

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 der Landesverfassung
Drucksache 10/2304

(B)

Beschlußempfehlung des Hauptausschusses
Drucksache 10/2482
zweite Lesung

Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung des Hauptausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist nicht der Fall. Die Beschlußempfehlung Drucksache 10/2482 ist angenommen. Somit hat der Landtag diesem Staatsvertrag zugestimmt.

Ich rufe Punkt 16 auf:

Beschlüsse zu Petitionen
- Übersicht 24 -

Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich gemäß § 100 Abs. 6 der Geschäftsordnung fest, daß die Beschlüsse zu Petitionen durch Ihre Kenntnisnahme bestätigt sind.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung. Die nächsten Sitzungen finden nach unserem Zeitplan am 2., 3. und 4. Dezember 1987 statt. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt. Die Sitzung ist geschlossen.

(C)

Schluß: 18.05 Uhr

*) Vom Redner nicht überprüft (§ 105 GesChO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner.

(D)

Ausgegeben: 04. Dezember 1987

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 38, zu beziehen.

- (A) Anlage 1 zu TOP 14 (Förderung des Handwerks) - zu Protokoll gegebene Rede des Abg. Tschoeltsch (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Analyse der WestLB zum Thema "Mittelfristige Perspektiven für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen" steht - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -: "Die Wirtschaft NRW's wird - bedingt durch die ungünstigere sektorale Produktionsstruktur und die erwähnte standortspezifische Wachstumsschwäche - weiterhin langsamer wachsen als im übrigen Bundesgebiet."

An anderer Stelle heißt es: "Gerade der Vergleich mit den neuen Industriezonen Bayerns und Baden-Württembergs läßt vermuten, daß es auch nicht-meßbare Größen wie das allgemeine wirtschaftspolitische Klima, die Art und Weise, wie Politik und Wirtschaft kooperieren, die Wohn- und Lebensqualität und das generelle Image als Wirtschafts- und Innovationszentrum sind, die in NRW die Ansiedlung auswärtiger Unternehmen hemmen und in einzelnen Fällen auch die Abwanderung heimischer Unternehmen begünstigen."

Meine Damen und Herren, bei derart vernichtenden Feststellungen der WestLB wundert es mich nicht, daß der Wirtschaftsminister die Analyse der WestLB erst verspätet seinen Kabinettskollegen aushändigte, auf Befragen sogar die Existenz einer derartigen Analyse leugnete und erst auf massiven Druck der beiden Oppositionsfraktionen bereit war, uns ein Exemplar zur Verfügung zu stellen.

(B)

Zum Schluß ihrer Analyse führt die WestLB aus - ich zitiere -: "Zu den vordringlichsten Maßnahmen gehören die Bereitstellung von Gewerbeflächen, Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten, die tendenzielle Annäherung der Gewerbesteuersätze an das tiefere Niveau im übrigen Bundesgebiet, die weitere Verbesserung dieses Innovationsklimas durch vermehrte Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft sowie auch eine Aufstockung gezielter Innovations- und Investitionshilfen insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, einschließlich Hilfen für den Export. Land und Kommunen könnten darüber hinaus einen Beitrag zur Verbesserung des wirtschaftlichen Gesamtklimas leisten, indem sie u. a. Auflagen flexibel handhaben und bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen verstärkt das Gespräch mit den betroffenen Unternehmen und Verbänden suchen."

Meine Damen und Herren, damit wären wir beim Thema. Wir haben Ihnen heute einen Antrag "Förderung des Handwerks" vorgelegt, weil meine Fraktion - ähnlich wie auch

die WestLB in ihrer Analyse - Sorge hat, daß sich die Wirtschaftspolitik des Landes zu sehr an den Problemen von Kohle und Stahl orientiert.

(C)

In Vergessenheit geraten dabei die vielen kleinen Unternehmen, das Handwerk insgesamt und auch die freien Berufe. Gerade das Handwerk ist in manchen Bereichen stark von den Investitionen der öffentlichen Hand abhängig. Ich will Ihnen jetzt gar nicht die Fehlentwicklung des Landeshaushalts gerade in den letzten Jahren mit Zahlen zum wiederholten Male vortragen. Nein, ich will Ihnen zeigen, daß die Landesregierung ohne Konzept, oder, was noch schlimmer ist, bewußt mit dem falschen Konzept die Zukunft plant.

Im Landesetat sind für das Handwerk zwei Einzelpläne von besonderer Bedeutung, da die darin verankerten Investitionsausgaben direkt für die Ausrüstung der Handwerksbetriebe von Bedeutung sind.

Nach dem Finanzbericht der Landesregierung werden die Investitionen allein im Einzelplan 08 - Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - von 1987 bis zum Jahre 1991 um über 25 % und im Einzelplan 11 - Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - von 3,1 Milliarden auf 2,0 Milliarden DM zurückgefahren. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die Landesregierung nicht bereit ist, eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die mehr Rücksicht gerade auf kleinere und mittlere Unternehmen nimmt.

(D)

So beträgt der Etatposten "Förderung des Handwerks" noch nicht einmal 0,3 % des Einzelplans 08 - Wirtschaft, Mittelstand und Technologie -. Was aber noch bedenklicher stimmt, ist die Tatsache, daß SPD-Klientel sehr großzügig gefördert wird. Während für die 124 000 Handwerksbetriebe für Fördermaßnahmen 3,66 Millionen DM bereitgestellt werden, wird den wenigen Beschäftigungsinitiativen das knappe Geld geradezu nachgeschmissen. Der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage Drucksache 10/2308 war zu entnehmen, daß den 271 Initiativen allein in diesem Haushaltsjahr bereits bis 30. Juni über 1,8 Millionen DM zugewilligt wurden. Ganze 16 Einrichtungen gehen überhaupt nur einer erwerbswirtschaftlichen Tätigkeit nach.

Meine Damen und Herren, hier entwickelt sich mit Unterstützung des Landes ein grauer Markt, der zu Lasten des Handwerks mit Steuergeldern finanziert wird.

Selbst die Landesregierung schließt eine Wettbewerbsverzerrung nicht aus, sie meint

- (A) nur, wegen der geringen Zahl der Beschäftigungsinitiativen sei die Gefahr gering einzuschätzen.

Diese Antwort ist nun allerdings entlarvend. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Wettbewerbsverzerrung definiert sich nicht durch Quantität. Auch wenn das Volumen noch gering ist, haben wir für diese Haltung kein Verständnis. Und der Handwerksmeister, der seinen Betrieb möglicherweise schließen muß, weil nebenan eine Beschäftigungsinitiative mit Landesgeldern vergleichbare Produkte oder Leistungen unter den normalen Gestehungskosten anbieten kann, hat schon gar kein Verständnis dafür.

Wir glauben, daß die Landesregierung ganz bewußt diese Alternativszenen im Halbdunkel lassen will. Warum müssen denn Sonderberater eingeschaltet werden? Warum müssen denn Sonderetatposten angelegt werden? Sollten demnächst auch Sonderfinanzbeamte und Sondergewerbeaufsichtsämter eingeschaltet werden?

Meine Damen und Herren, stocken Sie die Standardetatposten um die entsprechenden Beträge auf. Die Beschäftigungsinitiativen können dann durch die bewährten Berater der Kammern beraten werden. Ob dann allerdings noch Exoten, wie z. B. in Bochum, wo ein Natur- und Qualitätswaren-Versandhandel mit ökologischen Produkten des täglichen Bedarfs mit 32 000 DM bezuschußt wird, auf der Förderliste verblieben, wäre mehr als fraglich.

(B)

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag "Förderung des Handwerks" haben wir uns noch einmal eindeutig zum dualen Ausbildungssystem geäußert. Die Bundesrepublik hält weltweit einen Spitzenplatz. Wir haben mit die höchsten Löhne, wir haben die höchsten Lohnnebenkosten, wir haben das dichteste soziale Netz, wir haben die kürzesten Arbeitszeiten und mit die schärfsten Umweltschutzstandards. Wettbewerbsfähig können wir bei diesen Vorgaben nur sein, wenn wir Produkte mit höchster Qualität und viel Know-how produzieren.

Der Erstausbildung und der beruflichen Weiterbildung kommt daher auch in den nächsten Jahren eine immer größere Bedeutung zu. Das duale Ausbildungssystem ist weltweit ein Aushängeschild. Es ist Voraussetzung für moderne intelligente Produkte.

Eine sinnvolle Ergänzung zur betrieblichen Ausbildung ist die überbetriebliche Unterweisung. Gerade die immer schneller wechselnden Techniken erfordern eine immer

schnellere Modernisierung der Maschinen am Ausbildungsplatz. Dies kann nicht mehr jeder Ausbildungsbetrieb leisten. Daher sind überbetriebliche Ausbildungsstätten als Ergänzung sinnvoll. An den erforderlichen Ergänzungsinvestitionen sollen sich das Land und der Bund, aber auch das Handwerk finanziell beteiligen.

(C)

Meine Damen und Herren, Achim Rohde und ich haben bei unserem kürzlich im Bundeswirtschaftsministerium geführten Gespräch auf die finanziellen Probleme hingewiesen. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sagte uns zu, die Initiative von Bundesbildungsminister Möllemann zu unterstützen. Und in diesem Zusammenhang darf ich auch erwähnen, daß die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der F.D.P. letzte Woche das Anliegen des Handwerks unterstützt hat. Die Bundestagsfraktion der F.D.P. wurde aufgefordert, sich für die Bereitstellung der dazu erforderlichen Finanzmittel einzusetzen.

Kritisch beobachten wir die außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, insbesondere in wirtschaftsfernen Organisationen. Es war richtig, bei der hohen Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekamen, auch neue Wege einzuschlagen. Wir haben aber immer gesagt, daß diese Maßnahmen die Ausnahme bleiben müssen und bei einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt wieder zurückgefahren werden sollen. Wir fordern gerade zu diesem Punkt eine verbindliche Auskunft der Landesregierung.

(D)

Wir wissen genau, daß es Kräfte gibt, die über die außerbetrieblichen Maßnahmen das duale System zugunsten der Verschulung verändern wollen. Hier gilt es, den Anfängen zu wehren.

Meine Damen und Herren, mit Genugtuung stellen wir fest, daß die Landesregierung in den letzten Jahren die Förderung im Außenwirtschaftsbereich verstärkt hat. Es sind zwar einige Vorschläge der F.D.P. aufgegriffen worden; in anderen Fällen aber zielt sich die Landesregierung noch. Ich nenne in diesem Zusammenhang die von uns geforderte Exportakademie und die von uns gewünschten Trade-Center, wofür angeblich kein Bedarf sei, was wir sehr bezweifeln.

Im internationalen Wettbewerb, aber auch im Wettbewerb der Bundesländer kommt der Messepolitik große Bedeutung zu. Wir sind zusammen mit Experten der Meinung, daß bei kleineren Unternehmen noch ein großes Exportpotential schlummert. Diese Betriebe sind jedoch nicht geeignet, die ersten Exporterfahrungen auf schwierigen, fernen Auslandsmärkten zu erlangen.

(A) Das Handwerk hat in diesem Zusammenhang ein Modell entwickelt, das aus unserer Sicht den richtigen Ansatz hat. Auf Gemeinschaftsständen werden Handwerksunternehmen, beginnend mit der Inlandsfachmesse, überleitend mit einer Auslandsfachmesse im EG-Raum, sozusagen in Schritten in das Exportgeschäft geführt. Wir halten diese Anregung für so gut, daß wir die Landesregierung auffordern, einen entsprechenden Modellversuch zu starten.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt, daß wir zwar ständig über Kohle und Stahl sprechen, jedoch dabei die Belange der Klein- und Mittelbetriebe zu sehr aus dem Auge verlieren. Wir fordern daher in unserem Antrag die Landesregierung auf, alle zwei Jahre einen Bericht zur Lage des Handwerks in NRW zu erstellen.

Über diesen Bericht sollte dann auch im Plenum diskutiert werden. Wir bieten damit zwar der Landesregierung die Plattform zur Selbstdarstellung, aber wir zwingen die Landesregierung auch zu einer Überprüfung ihrer gesamten Mittelstandspolitik. Und dies, meine Damen und Herren, ist dringend geboten!

(B)

(C)

(D)

5380

- (A) Anlage 2 zu TOP 14 (Förderung des Handwerks) - zu Protokoll gegebene Rede des Abg. Apostel (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der F.D.P.-Fraktion trägt die Überschrift "Förderung des Handwerks". Der Unbefangene liest oder hört diese Überschrift und verbindet sie mit einer positiven Absicht. Leider haben wir aus Erfahrungen der Vergangenheit lernen müssen, daß es völlig unangebracht ist, mit Anträgen der F.D.P. unbefangenen umzugehen. So ist wohl auch der vorliegende Antrag mehr ein Mittel des politischen Kampfes als eine Möglichkeit zur positiven Veränderung.

Diese Einschätzung wird bestätigt, wenn man sich die publizistischen Begleitwellen dieses Antrages näher ansieht. Ich verweise nur auf die "Handwerks-Zeitung" vom 22. Oktober 1987. In einem Interview mit dem Kollegen Tschoeltsch, der dort den Antrag der F.D.P.-Fraktion erläutert und vorstellt, stellt die "Handwerks-Zeitung" fragend fest:

Mit ihrem Antrag bezichtigt die F.D.P.-Fraktion die SPD-geführte Landesregierung, ihre Wirtschafts- und ihre Wirtschaftsförderungspolitik nur an den großen Unternehmen im Lande auszurichten.

Meine Damen und Herren von der F.D.P., das ist der Eindruck, den Sie mit dem Antrag erwecken wollen!

(B)

Nun waren Sie auch in der Vergangenheit noch nie zimperlich mit dem Erwecken falscher Eindrücke. So ist es auch in diesem Fall. Sie wissen es besser und behaupten es anders.

Meine Damen und Herren! Das ist ein bedenklicher Vorgang. Gleichwohl finden Sie uns gelassen. Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen fördert das Handwerk und die mittelständische Industrie in vielfältiger Weise. Wir lassen uns deshalb auch nicht durch falsche Behauptungen in eine Position bringen, die den Anschein zuläßt, wir müßten jetzt auf Initiative der F.D.P.-Fraktion mit der Förderung des Handwerks beginnen.

Die Förderung des Handwerks in Nordrhein-Westfalen hat es schon gegeben, da hat die F.D.P. noch die Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen gestellt. Sie ist auch seit 1980 nicht reduziert, sondern eher verbessert worden.

Die Förderung des Handwerks ist also nichts Neues, sondern ein Kernpunkt der bisherigen

Landespolitik Nordrhein-Westfalens für den Mittelstand. Wenn wir Ihre Überschrift zum Antrag "Förderung des Handwerks" trotz allem positiv aufnehmen, dann kann es nur um eine Analyse der bisherigen Fördermaßnahmen gehen. Dazu sind wir selbstverständlich bereit.

(C)

Dann folgt aus der Analyse eine Bewertung der einzelnen Fördermaßnahmen, ob sie den heutigen Gegebenheiten noch entsprechen oder ob sie verbessert werden können. Aus dieser Bewertung können möglicherweise gemeinsame Schlußfolgerungen für zukünftiges Handeln gezogen werden. In diesem Sinne stehen wir Ihrem Antrag offen und auch positiv gegenüber, obwohl wir genau diese Bewertung jährlich mit dem Haushalt vornehmen.

Ein Teil der Analyse wird sich darauf richten müssen, wie denn die Interessen des Handwerks durch die Bundeswirtschaftspolitik behandelt werden, was sich dort in den letzten fünf Jahren verändert hat und ob wir möglicherweise auch im Interesse des Handwerks Forderungen an die Wirtschaftspolitik des Bundes zu stellen haben.

Meine Damen und Herren von der F.D.P.! Wenn es also Ihre Absicht ist, in diesem Sinne die Lage des Handwerks zu analysieren und politische Maßnahmen für die Zukunft mit dem Ziel der Verbesserungen zu überprüfen, dann haben Sie keine besseren und keine schlechteren Absichten als wir selbst.

(D)

Wir wollen Sie nicht daran hindern, originäre Ideen zur Verbesserung der Förderung des Handwerks einzubringen. Wir werden Sie dabei unterstützen, wenn es darum geht, Ihren eigenen Wirtschaftsminister im Sinne von mehr Handwerksförderung positiv zu motivieren.

Der vorliegende Antrag allerdings, meine Damen und Herren, der eigentlich ein Sammelsurium von politischen Schlagstöcken darstellt, ist als Grundlage gemeinsamer Landtagsentscheidungen aus unserer Sicht ungeeignet. Wir stellen jetzt schon fest: Ein möglicher Antrag zur Förderung des Handwerks, der hier im Plenum verabschiedet werden könnte, kann kein Sammelsurium von F.D.P.-Wahlkampfbehauptungen bleiben.

Wenn wir in den Beratungen des Wirtschaftsausschusses zu gemeinsamen Formulierungen finden, werden wir sicherlich in der Lage sein, diesen Antrag gemeinsam einzubringen und zu verabschieden; sonst müssen Sie davon ausgehen, daß wir dieses Thema durch einen sachgerechten eigenen Antrag zur Entscheidung stellen.

(A) Als Einstieg für die zukünftige Beratung ist es sicherlich sinnvoll, die einzelnen Aspekte des vorgelegten Antrags anzusprechen. - Sie erwarten, daß der Landtag unter I feststellt: Bestehende und neue bürokratische Regelungen verhindern eine gesunde Wirtschaftsentwicklung der Handwerksbetriebe. Als Beispiele führen Sie den Bildungsurlaub, ein Überstundenverbot, die Meldepflicht für Lehrstellen oder gar Ausbildungsplatzabgaben an.

Meine Damen und Herren von der F.D.P.! Schon der Begriff "Bildungsurlaub" steht als ein politischer Kampfbegriff. Er soll die Gefühle der Menschen in eine falsche Richtung lenken. Weiterbildung ist auch für Arbeitnehmer in Handwerksbetrieben unverzichtbar. Das ist unsere Grundüberzeugung.

Im Laufe der Zeit gewinnt dieser Gedanke übrigens immer stärkere Bedeutung und Zustimmung. Zwischenzeitlich haben wir sogar die Zustimmung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, dafür gefunden.

Die zunehmende Durchdringung auch des Handwerks mit den neuen Technologien erfordert die Aneignung entsprechender Kenntnisse und Fähigkeiten. Dies wird ohne systematische Weiterbildung nicht gehen.

Wenn Sie in "Sonntagsreden" und Interviews von der Benachteiligung des Handwerks im Vergleich zur Großindustrie reden, dann müssen Sie sich vielleicht auch einmal dazu bekennen, ob zu dem, was Sie Handwerk nennen, auch die Arbeitnehmer im Handwerk gehören. Denn ihnen muß die Möglichkeit eingeräumt werden, daß sie über ihre unmittelbaren Berufsfelder hinaus hinreichende zusätzliche Kenntnisse erwerben.

(B)

Die damit verbundene Kostenbelastung kann und darf nicht dramatisiert werden. Nach unserer Einsicht sind diese Kosten vertretbar und zumutbar. Ja, sie sind lebensnotwendige Investitionen für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Handwerks.

Mit dem Hinweis auf das Überstundenverbot wird der Eindruck erweckt, als gäbe es oder drohten Überstundenverbote. Sie wissen, daß es nicht so ist. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit gibt es zum Glück überall Bestrebungen, Überstunden abzubauen. Von einer gesetzlichen Regelung kann gar keine Rede sein, es sei denn, es gibt bei Herrn Bangemann eine Novelle im Schreibtisch, die so etwas regeln will.

Die Initiative der Landesregierung aus dem Juni 1986, die sich mit dem beschäftigungs-

wirksamen Abbau von Überstunden befaßte, sah nicht das Verbot von Überstunden vor, sondern die Verpflichtung, daß Überstunden innerhalb eines bestimmten Zeitraumes durch Freizeit abgegolten werden. Ich denke, daß die Kräfte in unserer Gesellschaft, denen die Massenarbeitslosigkeit nicht gleichgültig ist, mit einer solchen Handlungsabsicht einverstanden sein können.

(C)

Die richtungsweisenden Tarifverträge in der Stahlindustrie, die auf weitere Arbeitszeitverkürzungen hinauslaufen, unterstreichen, daß die Notwendigkeit zur weiteren Verteilung von Arbeit auf mehrere Schultern auch von der Seite der Arbeitgeber eingesehen wird.

Sie sprechen von der Meldepflicht für Lehrstellen. Nach dem § 9 des Arbeitsförderungs-gesetzes kann durch Rechtsverordnung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung eine Meldepflicht für vorhandene offene Ausbildungsplätze verfügt werden. Diese Kann-Vorschrift des Arbeitsförderungs-gesetzes will für Notsituationen ein Instrument zur Verfügung stellen, mit dem jungen Menschen zur Ausbildung verholfen werden kann.

Wie Sie eine solche positive Handlungsabsicht als bürokratische Regelung bezeichnen können, entzieht sich meiner Einsicht - ganz abgesehen davon, daß der Bundesarbeitsminister, in der Öffentlichkeit zumindest, eine Rechtsverordnung zur Reaktivierung der Meldepflicht nicht angekündigt hat. Die Diskussion über eine Meldepflicht für Lehrstellen ist also eine reine Geisterdebatte.

(D)

Dann qualifizieren Sie auch die Ausbildungsabgabe. Sie wollen damit den Eindruck verknüpfen, als ginge es darum, durch die Ausbildungsabgabe zusätzliche Belastungen für ausbildende Betriebe auszulösen.

In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Und Sie wissen das auch. Eine Ausbildungsabgabe - sollte sie denn bundesweit beschlossen werden - würde nur von solchen Arbeitgebern erhoben, die nicht oder nur gering ausbilden. Damit sollen zusätzliche Ausbildungsplätze finanziert werden und gleichzeitig die einseitige Benachteiligung ausbildender Arbeitgeber gegenüber nicht ausbildenden Arbeitgebern verringert werden.

Meine Damen und Herren! Es ist leicht zu erkennen: Gemeinsame Formulierungen für die Förderung des Handwerks werden noch große Schwierigkeiten machen. Wir sollten aber trotzdem die Absicht nicht aufgeben, solche zu suchen.

Sie sprechen dann in den Punkten 2 und 3 die Förderung der Beratung an. Dabei ist die

(A) Situation sicherlich nicht so strittig wie im Punkt 1. Bei der überbetrieblichen Unterweisung gilt es vor allem zu klären, ob der Bund seine bisherige Mitfinanzierung aufrechterhält oder ob er sich - wie angekündigt vielleicht als besondere Form der Handwerksförderung aus der Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungswerkstätten zurückzieht.

Sie sprechen die Sonderausbildungs-Gruppen und die AB-Maßnahmen an. Dabei kann leicht der Eindruck entstehen, als würde der Staat hier konkurrierend in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen. In Wirklichkeit ist es doch so, daß der Staat ersatz- und hilfswise für die von der Wirtschaft alleingelassenen, in höchster Not befindlichen jungen Menschen und Arbeitslosen Notfallregelungen getroffen hat.

Wenn eine erneute Analyse zu dem Ergebnis kommt, daß es keine Notfälle mehr gibt, dann wird man auch über die Notfallregelungen reden können.

Sie sprechen noch die Eintragungen in die Handwerksrolle ohne Ablegung von Meisterprüfungen an. Das ist sicher ein Punkt, wo man genau prüfen muß, ob es begründeten Handlungsbedarf gibt.

(B) Außerdem sagen Sie im Punkt 8 noch etwas zur Messepolitik der Landesregierung, und ich denke, wir haben gemeinsam mit dem Handwerk darüber gesprochen, welche Wege in der Zukunft auch versuchsweise gegangen werden sollen.

Dann fordern Sie unter II, daß die Landesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage des Handwerks in Nordrhein-Westfalen erstellen soll. Da sind wir natürlich außerordentlich interessiert, von Ihnen zu hören, wie Sie das mit dem Abbau von staatlichen Leistungen und bürokratischen Regelungen insgesamt in Verbindung bringen wollen.

Wir glauben, es gibt eine große Zahl von Berichten über die Entwicklung des Handwerks, sowohl jährlich von den Kammern als auch vom Statistischen Landesamt. Zusätzlich ist auf die jährliche Analyse des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsförderung in Essen zu verweisen, auch ein Institut, an dem das Land beteiligt ist, so daß wir über die Frage, ob ein zusätzlicher Bericht der Landesregierung gefordert werden soll, sicherlich noch sehr deutlich nachdenken müssen.

Die Förderung des Handwerks hat bisher innerhalb der Wirtschaftspolitik des Landes

eine bedeutsame Rolle gespielt. Das soll auch in der Zukunft nicht anders werden. Unter dem Gesichtspunkt, daß nichts so gut ist, daß es nicht verbessert werden könnte, sehen wir Ihren Beiträgen, meine Damen und Herren von der F.D.P., bei der Beratung im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie mit Interesse entgegen.

Wir stimmen einer Überweisung des Antrags zur Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zu.

(C)

(D)

.5384

- (A) Anlage 3 zu TOP 14 (Förderung des Handwerks) - zu Protokoll gegebene Rede des Abg. Harbich (CDU):

Die CDU-Fraktion begrüßt den Antrag der F.D.P., denn er rückt eine Wirtschaftsgruppe in den Mittelpunkt parlamentarischen Interesses, die sich - von Meister- und Losprechungsfeiern abgesehen - sonst nicht gerade großer politischer Fürsorge erfreut.

Dabei sollten wir bedenken, daß das Handwerk in unserem Land mit rund 850 000 Beschäftigten mehr Bürgern Arbeit gibt als unsere fünf größten Industriezweige Bergbau, eischaffende und chemische Industrie, Maschinenbau und Nahrungsmittelindustrie zusammengenommen, aber auch mit 90 Milliarden DM Umsatz diese einzelnen Industriezweige zum Teil erheblich übertrifft.

Lange Zeit vergessen oder belächelt, wurde das Handwerk von den anderen, auf die Großwirtschaft fixierten Parteien und Fraktionen erst beachtet, als sich das Handwerk in der Arbeitsmarkt- und Lehrstellenkrise als nicht nur resistent, sondern als äußerst flexibel und aufnahmefähig erwies.

Die CDU-Fraktion hatte schon 1976 eine Reihe der jetzt von der F.D.P. angesprochenen Handwerksprobleme im damals vorgelegten Mittelstandsförderungsgesetz, Drucksache 8/730, in die politische Diskussion eingebracht. Schon damals ging es darum, eine gesunde Entwicklung gerade kleinerer und mittlerer Unternehmen zur Sicherung qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze, zur Erhaltung einer ortsnahen, verbraucherfreundlichen Versorgung und zur Gewährleistung der Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft zu ermöglichen.

(B)

Wir sind damals mit sehr vordergründigen Argumenten abgewiesen worden. Die SPD wollte seinerzeit den umfassenden Entwurf einer großen Strukturpolitik und keine Lösung für einzelne Branchen, wie sie es nannte. Auf diesen Entwurf haben wir aber vergeblich gewartet. Die F.D.P. hielt nichts von einem Rahmengesetz, das vor allem dem Handwerk und Einzelhandel helfen sollte, weil sie in der Person ihres damaligen Ministers die beste Mittelstandspolitik gewährleistet sah. Sie, meine Damen und Herren von der F.D.P., haben nun erfahren, wie schnell sich das ändert und auf welchem Felde man dann aktiv werden muß, wenn man nicht mehr den zuständigen Minister stellen kann.

Manche lernen eben spät. Wir hoffen aber jetzt sogar, daß auch die SPD lernfähig ist und nicht nur bei Sonntagsreden oder Ar-

beitsessen mit Präsidenten ihr Verständnis für Handwerksprobleme bekundet. Gefordert ist konkretes Handeln auf vielen Gebieten, denn das Handwerk ist ein durchaus unterschiedlicher Wirtschaftsbereich, sowohl von der Größe der Betriebe als auch von den sehr differenzierten Berufszweigen her.

(C)

Wenn zum Beispiel gegenwärtig das Kraftfahrzeughandwerk auf der Sonnenseite der Entwicklung zu finden ist, so gibt es aber auch Kellerkinder. Als Beispiel hierfür möchte ich nur die Nahrungsmittelhandwerke und die der Körperpflege nennen. Großfilialisten mit ihrer Marktmacht verdrängen diese Handwerke in einem mörderischen Wettbewerb mit Preisangeboten unter Einstandspreis oder Mischkalkulationen, dann aber, wenn die herkömmlichen Handwerker aufgegeben haben, langen sie mit ihren Preisen kräftig zu.

Günstige Verbraucherpreise sind oft eine nur temporäre Erscheinung, mangelnde Versorgungsdichte und Verödung der Innenstädte ist die Kehrseite der Medaille, die insbesondere Kommunalpolitiker schon zur Genüge kennen.

Der Abschmelzungsprozeß in vielen Bereichen der einzelhandelsorientierten Handwerke hat in vielen Teilen des Landes schon die Grenze der Besorgnis erreicht. In manchen Landes- teilen besteht aber auch kein gesundes Verhältnis mehr zwischen Neugründung und Schließung von alten Betrieben. In meiner Heimatstadt beträgt dieses Verhältnis gegenwärtig 1 : 3.

(D)

Wenn wir also das Handwerk als Stabilisationsfaktor im Bereich des Arbeits- und Lehrstellenmarktes erhalten wollen, müssen wir vor allen Dingen die Betriebsübergabe erleichtern. So mancher Handwerksmeister findet seinen Betriebsnachfolger nicht mehr unter seinen eigenen Kindern. Unser auf eine Freizeitgesellschaft und die Großwirtschaft ausgerichtetes Bildungssystem hat hier wahrlich ganze Arbeit geleistet. Der als Geselle oder Jungmeister im Betrieb tätige Arbeiter- sohn möchte jedoch oftmals gerne den Betrieb seines Lehrmeisters übernehmen. Wenn dieser junge Mann aber gerade geheiratet hat, fehlt ihm dazu sowohl das nötige Eigenkapital als auch die trotz der Existenzgründungsprogramme immer noch geforderte bankmäßige Sicherheit.

Hier müssen wir mit neuen Überlegungen ansetzen und zu helfen versuchen. Die Förderung exotischer Beschäftigungsinitiativen bringt demgegenüber noch nicht einmal marginale Verbesserungen am Arbeitsmarkt; Betriebsübergaben in diesem vernünftigen

(A) Sinne könnten aber merklich helfen. Die dafür bisher ausgegebenen Mittel wären hier besser angelegt. Selbstverständlich soll dabei nicht das persönliche Risiko ausgeschaltet werden, denn Risikoübernahme erhöht bekanntlich auch oftmals die Motivation zu besonderem Einsatz.

Auch wir sehen mit Skepsis, was sich heute alles an Beratern mit zum Teil bemerkenswert theoretischer Gedankentiefe, aber mangelnder Praxisnähe zur Beratung von Beschäftigungsinitiativen aufgetan hat. Wir sollten wirklich dieses Geld besser den bewährten Beratungsdiensten der Kammern und Verbände zur Verfügung stellen, denn dort ist nicht nur die nötige Branchenerfahrung, sondern vor allen Dingen auch die aktuelle Marktkenntnis zu Hause.

Beratungsdienste müssen aber dem Handwerk auch bei den besonderen Fragen des Immissions- und Umweltschutzes stärker als bisher zur Verfügung stehen. Viele Betriebe werden mit diesen Problemen nicht allein fertig. So mancher Handwerker resigniert, wenn er plötzlich mit Auflagen konfrontiert wird, die ihm technisch und finanziell unlösbar erscheinen.

Mit Recht führt der F.D.P.-Antrag auch die Notwendigkeit einer verbesserten Messepolitik für das Handwerk auf, dies besonders mit Blick auf Europa.

(B) Die bevorstehende Vollendung des europäischen Binnenmarktes nach 1992 wird in den Bereichen des Handwerks, die ihre Betriebsstätten in Grenznähe haben, mit Besorgnis diskutiert. Auch hier muß die Politik mehr für Beratung leisten, wenn nicht der Gedanke der europäischen Einheit durch manchmal unbegründete Befürchtungen Schaden leiden soll.

Die uneingeschränkte Erhaltung unseres dualen Ausbildungssystems und des sogenannten Großen Befähigungsnachweises in der Form der Meisterprüfung sollte dabei für uns alle Selbstverständlichkeit sein, denn beide haben zu unserem großen wirtschaftlichen Aufstieg wesentlich beigetragen.

In den letzten Jahrzehnten ist mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln ein flächendeckendes Netz von Gewerbeförderungsanstalten und überbetrieblichen Ausbildungszentren geschaffen worden. Wir haben jetzt sicherlich die Aufgabe, diese Aus- und Weiterbildungsstätten, die nicht nur dem Handwerk, sondern der gesamten gewerblichen Wirtschaft dienen, modern zu erhalten. Wenn jetzt das Land, wie man hört, selbst von armen Trä-

gern bei Modernisierungs- oder Ergänzungsbeschaffungen der Einrichtungen eine Eigenbeteiligungquote von 35 % fordert, so halten wir diese Politik für verfehlt.

Einerseits erwartet die Landesregierung auch vom Handwerk und überhaupt der mittelständischen Wirtschaft wesentliche Impulse für die Überwindung der Strukturkrise in unserem Lande, auf der anderen Seite werden hier finanzielle Daumenschrauben angesetzt, die die Modernität dieser Einrichtungen in Gefahr bringen.

Ziel muß es sein und bleiben, diese mit hohen Aufwendungen geschaffenen Einrichtungen als Stätten der Aus- und Weiterbildung auf der Höhe der technischen Entwicklung zu halten und sogar auszubauen; denn sie bieten auch gute Möglichkeiten, wirklichkeitsnäher und in sinnvoller Kooperation mit Betrieben eine außerbetriebliche Ausbildung zu betreiben, wenn in einer Branche nicht genügend Ausbildungsstellen angeboten werden.

Es macht auch keinen Sinn, ersatzweise Ausbildung von Trägern betreiben zu lassen, die nicht die Verknüpfung der Lebens- und Betriebswirklichkeit herstellen können, wie wir das in den letzten Jahren vielfach erfahren haben. Wir halten schon gar nichts davon, diese Maßnahmen, wie offensichtlich jetzt von anderer Stelle beabsichtigt, in einer Art Ausschreibung zu vergeben. Die Qualität der Ausbildung sicherzustellen, sollte uns eine gemeinsame hohe Aufgabe sein.

Die mit Recht in den letzten Jahren gesteigerte Qualität der Meisterprüfung darf nicht durch Maßnahmen der europäischen Integration leiden. Auch Zahlen hoher Arbeitslosigkeit können kein Ausnahmegrund für die Zulassung von Bewerbern sein, die diesen Meisternachweis nicht erbracht haben. Uns sind zwar nur Einzelfälle solcher Entscheidungen von Regierungspräsidenten bekannt; sollten sich aber solche Verwaltungsentscheidungen mehren, so müßten wir darin der F.D.P. zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir werden sicherlich Gelegenheit haben, in den Ausschußberatungen noch über weitere Problemkreise, die sich gegenwärtig im Bereich der Handwerkswirtschaft auftun, zu diskutieren. Viele dieser Probleme haben wir bereits in der Debatte über unseren Entwurf zum Mittelstandsförderungsgesetz im Jahre 1976 angesprochen, und wir möchten Ihnen empfehlen, diese ganze Debatte nachzulesen.

Wir empfinden keine späte Genugtuung, daß man nach mehr als zehn Jahren auf unsere

(C)

(D)

(A) Intentionen von damals zurückkommt. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß sich manches heutige Problem vielleicht entschärft, wenn nicht sogar gelöst hätte, wenn wir damals das Mittelstandsgesetz verabschiedet hätten. Neben Licht gibt es nämlich auch sehr viel Schatten im Handwerk.

Wir sind gegenwärtig in der Gefahr, in manchen Bereichen Handwerksbetriebe zu verlieren, die wir im Interesse einer guten Arbeitsmarkt-, aber auch Verbraucherpolitik dringend erhalten sollten - "erhalten" nicht im Sinne der Subvention, sondern von Anreizen zur Selbsthilfe, die sich immer als wirksamstes Mittel der Strukturpolitik erwiesen haben.

In diesem Sinne dem Handwerk zu helfen, ist sicherlich eine staatspolitische Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen sollten.

Wir stimmen der Überweisung an den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zu.

(C)

(B)

(D)

5358

- (A) Anlage 4 zu TOP 14 (Förderung des Handwerks) - zu Protokoll gegebene Rede des Finanzministers Dr. Posser (in Vertretung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie):

Im Jahre 1986 wurden in den 124 000 Handwerksbetrieben des Landes 913 000 Arbeitnehmer beschäftigt und Umsätze in Höhe von 90 Milliarden DM erwirtschaftet. Diese Zahlen sind ein Ausdruck dafür, daß das Handwerk im Lande einen besonders vielgestaltigen Wirtschaftsbereich darstellt, der die ortsnahe und wohnungsnahe Versorgung einschließt, der zugleich teilhat an der modernen technologischen Entwicklung und der in besonderem Maße Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellt.

Mittelständische Unternehmen und dabei insbesondere das Handwerk tragen zur Bewältigung des Strukturwandels, zur Sicherung des Wettbewerbs, zur Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, zum wirtschaftlichen Wachstum in hohem Maße bei.

Die Landesregierung stimmt hinsichtlich des Stellenwertes des Handwerks mit Ihnen als Antragsteller durchaus überein. Sie ist deshalb um eine Partnerschaft mit dem Handwerk und seinen Organisationen bemüht, die auch die eigenständige und unternehmerische Leistung würdigt, und sieht in der Förderung des Handwerks eine Hilfe zur Selbsthilfe, die zugleich jedoch eine wichtige und unverzichtbare wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe darstellt.

(B)

Sie fördert daher seit Jahren im Handwerk Existenzgründungen und Betriebsverlagerungen im Rahmen des Beschäftigungsorientierten Förderungsprogramms, technologische Entwicklungen, die außenwirtschaftliche Zusammenarbeit, die Ausbildungsberatung sowie die betriebswirtschaftliche, technische und Formgebungsberatung, das Kunsthandwerk, die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Betriebsvergleiche, Leistungswettbewerbe der Handwerksjugend sowie die überbetriebliche Aus- und Weiterbildung.

Allein für die Gewerbeförderung (ohne berufliche Bildung) sind für das Haushaltsjahr 1988 3,6 Millionen DM und damit 5 % mehr als 1987 eingeplant.

Wenn die Entwicklung des Handwerks in den letzten Jahren eher verhalten war und teilweise von einem Rückgang der Beschäftigten und des realen Umsatzes begleitet wurde, so wirkt sich hierin - nicht zuletzt als Folge der weltwirtschaftlichen Entwicklung - vor allem auch seit 1980 die Stagnation des privaten

Verbrauchs aus. Außerdem schlägt der Rückgang der Baunachfrage durch. Das aber sind mit mittelstandspolitischen Instrumenten kaum beeinflussbare Rahmenbedingungen.

(C)

Die unbestritten hohe Bedeutung des Handwerks für die Wirtschaft des Landes sollte auch nicht dazu verleiten, kleine, mittlere und große Unternehmen im Lande auseinanderzuidividieren. Bei Demonstrationen jüngst in Hattingen und zu früheren Zeiten in anderen Ruhrgebietsstädten demonstrierten Handwerker und Einzelhändler mit, weil sie wissen, daß rapide Einkommensverluste bei Montanbeschäftigten auch auf den gewerblichen Mittelstand durchschlagen.

Meine Damen und Herren von der F.D.P.! Vieles, was Sie fordern, hat die Landesregierung mit ihrer Mittelstandspolitik bereits erfüllt oder in Angriff genommen. Bei anderen Fragen enthält der Antrag jedoch zumindest einseitige Akzente. Lassen Sie mich das im einzelnen darlegen.

Schwerpunkt der Gewerbeförderung im Handwerk ist die organisationseigene Beratung der Handwerkskammern und Handwerksverbände. Für die 93 Beratungsstellen stehen in diesem Jahr 2,2 Millionen DM zur Verfügung. Von den sieben handwerkswissenschaftlichen Forschungsinstituten des Deutschen Handwerksinstituts - finanziert aus Mitteln des Bundes, der Länder und des Handwerks - haben zwei, und zwar das Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk in Köln und die Abteilung Handwerk des Instituts für Kunststoffverarbeitung an der RWTH Aachen, ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Mit der aus Landesmitteln institutionell geförderten Landes-Gewerbeförderungsstelle steht dem nordrhein-westfälischen Handwerk eine der leistungsfähigsten Einrichtungen in der Bundesrepublik zur Verfügung. Die Errichtung des aus Landesmitteln geförderten "Technologie-Transferring-Handwerk" geht auf ihre Initiative zurück.

(D)

Neben der finanziellen Förderung hat die Landesregierung dazu beigetragen, die Rahmenbedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern, so zum Beispiel durch Erlasse zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zur Ansiedlung von Einzelhandels-Großbetrieben, durch Einflußnahme mit dem Ziel eines funktionierenden Wettbewerbs oder durch Abbau bürokratischer Regelungen.

In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, daß für Änderungen von Rahmenbedingungen in der Wirtschaft in den meisten Fällen - wie zum Beispiel bei der Kartellgesetz-Novelle - Bonn und nicht Düsseldorf

- (A) die richtige Adresse ist. Auch die vom Handwerk geforderte und von der Landesregierung unterstützte steuerstundende Investitionsrücklage ist nur durch ein Bundesgesetz zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun auf einige konkrete Maßnahmen der Landesregierung eingehen, in denen die F.D.P. eine besondere Belastung für die mittelständische Wirtschaft sieht, deren Einleitung jedoch eine sorgfältige Abwägung der verschiedenen Interessen vorausging.

Bildungsurlaub

Der Anspruch auf Arbeitnehmerweiterbildung für Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung ist auch für Arbeitnehmer in Handwerksbetrieben unverzichtbar. So erfordert insbesondere die zunehmende Durchdringung auch des Handwerks mit den neuen Technologien die Aneignung entsprechender Kenntnisse und Fähigkeiten.

Angesichts der besonderen Situation der Handwerksbetriebe wurden im Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz spezifische Schutz- und Förderungsbestimmungen für das Handwerk aufgenommen (Ablehnung aus betrieblichen Gründen, Intervallveranstaltungen, gemeinsame Erfüllung mit Ausgleich).

- (B) Im übrigen sollte die Kostenbelastung der Betriebe nicht überbewertet werden, da im vergangenen Jahr nach ersten Berechnungen nur 0,8 % der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen an Veranstaltungen der Arbeitnehmerweiterbildung teilgenommen haben. Bei Betrieben unter 50 Beschäftigten liegt die Teilnehmerzahl bei 2 500 und einer Kostenbelastung von rd. 2,5 Millionen DM.

Überstundenverbote

Im Antrag der F.D.P. wird der Eindruck erweckt, als gäbe es oder drohten "Überstundenverbote". Dieser Eindruck ist unzutreffend.

Neben der bisher unverändert gültigen Arbeitszeitordnung von 1938 mit einem sehr großzügig bemessenen wöchentlichen Arbeitszeitrahmen (60 Stunden) gelten tarifvertragliche Regelungen für die Festlegung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit gibt es Bestrebungen, Überstunden dort, wo sie im Übermaß anfallen, im Interesse neuer Arbeitsplätze abzubauen. Auch die Landesregierung hat eine Initiative

- (C) zum Überstundenabbau ergriffen. Kernpunkte eines von der Landesregierung im vergangenen Jahr eingebrachten Gesetzentwurfs zum beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden waren:

- Arbeit, die innerhalb eines Kalendermonats mehr als acht Stunden über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet worden ist, muß grundsätzlich innerhalb von drei Monaten durch Arbeitsbefreiung ausgeglichen werden. In Ausnahmefällen ist ein zusätzlicher Ausgleichszeitraum von einem Monat vorgesehen. Die Tarifparteien sollen die Möglichkeit erhalten, branchen- und betriebsspezifischen Besonderheiten dadurch Rechnung zu tragen, daß sie andere Ausgleichszeiträume festlegen.
- Die Tarifparteien sollen bis zu acht weitere Überstunden im Monat vom Freizeitausgleich ausnehmen können.
- Arbeitnehmer in Kleinbetrieben mit bis zu zehn Beschäftigten sollen von den Regelungen des Gesetzes ausgenommen werden. Damit ist den Besonderheiten auch des Handwerks in erheblichem Umfang Rechnung getragen worden.

Bedauerlicherweise ist der Gesetzentwurf im Bundesrat gescheitert.

Meldepflicht für Lehrstellen

(D) Gemäß § 9 AFG kann durch Rechtsverordnung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung eine Meldepflicht für vorhandene offene Ausbildungsplätze bei dem zuständigen Arbeitsamt verfügt werden. Es gibt derzeit keine Vorstöße, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung um den Erlaß einer derartigen Rechtsverordnung zu bitten.

Ausbildungsplatzabgabe

Eine Ausbildungsplatzabgabe stellt keine zusätzliche Belastung für auszubildende Betriebe dar. Mit ihr wird das Ziel verfolgt, eine Abgabe von solchen Arbeitgebern zu erheben, die nicht oder nur gering ausbilden. Damit sollen zusätzliche Ausbildungsplätze finanziert und zugleich die einseitige Benachteiligung ausbildender Arbeitgeber gegenüber nicht auszubildenden verringert werden.

Nach Auffassung der Landesregierung kann eine Ausbildungsplatzabgabe allerdings nur bundesweit in Betracht kommen. Eine auf das Land NRW beschränkte Initiative in diese Richtung ist gegenwärtig nicht beabsichtigt.

Die Landesregierung stimmt der Auffassung der Fraktion der F.D.P. zu, daß zur Erhal-

(A) tung eines leistungsfähigen Mittelstandes qualifizierte Existenzgründungsberatungen notwendig sind. Im Rahmen der Förderung des organisationseigenen Beratungswesens des Handwerks, das zu ca. 50 % aus Bundes- und Landesmitteln finanziert wird, hat daher die Existenzgründungsberatung einen Schwerpunkt. Von den insgesamt 16 400 Beratungen wurden im vergangenen Jahr 4 700 im Zusammenhang mit Existenzgründungen durchgeführt; dies entspricht einem Anteil von 29 %.

Durch freiberufliche Unternehmensberater wurden 1986 in Nordrhein-Westfalen 628 aus Mitteln des Bundesministers für Wirtschaft geförderte Beratungen durchgeführt, davon 150 im Zusammenhang mit Existenzgründungen und Existenzfestigungen.

Die 1986 neu eingeführte Förderung erwerbswirtschaftlicher Beschäftigungsinitiativen zielt erklärtermaßen auf Gleichstellung mit traditionellen Existenzgründern. Die Förderung folgt ganz ausdrücklich den allgemein im Bereich der Wirtschaftsförderung geltenden Grundsätzen:

- Hilfe zur Selbsthilfe;
- keine Erhaltungs- und Dauersubventionen (nach einer Anlaufphase muß sich die Initiative selbst tragen);
- die Hilfen sind - darauf wird ausdrücklich hingewiesen - so ausgestaltet, daß sie nicht zu einer Verzerrung des Wettbewerbs führen.

(B)

Auf eine Sonderberatung dieser örtlichen Beschäftigungsinitiativen kann nicht verzichtet werden, da sie auf die speziellen Bedürfnisse dieser Existenzgründer zugeschnitten sein muß.

Die Förderung der Unternehmensberatungsstellen bei Handwerkskammern und Fachverbänden des Handwerks hat sich in den vergangenen Jahren bewährt und wird uneingeschränkt fortgesetzt. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren eine Reihe weiterer Projekte, die ganz oder teilweise das Handwerk betreffen, gefördert. Hier sind zu nennen: das Außenwirtschaftsberatungsprogramm, der Technologie-Transferring-Handwerk, die Ausstattung der Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks und der organisationseigenen Unternehmensberater mit Computern und die EDV-Betriebsbörse zur Erleichterung der Betriebsübergabe im Handwerk. Zur Unterstützung der Handwerksbetriebe bei Betriebsverlagerungen oder der Standortsicherung stehen bei den Handwerkskammern Spezialbe-

rater zur Verfügung, die ebenfalls aus Landesmitteln gefördert werden.

(C)

Fördermaßnahmen im Rahmen des Technologieprogramms Wirtschaft orientieren sich an dem Grundgedanken, daß es primär Aufgabe der Unternehmer ist, die Modernisierung ihrer Firmen auf der Grundlage der neuesten Technologien durchzuführen. Die Technologieprogramme des Landes fördern als Starthilfe zur Selbsthilfe die Einführung neuer Verfahren oder Produkte, ohne den Unternehmern die Sektoren vorzuschreiben. Da durchschnittlich etwa nur 30 % der erstattungsfähigen Kosten abgerechnet werden können, ist dem Wettbewerbs- und Leistungsprinzip voll Rechnung getragen.

Die Festlegung von Förderschwerpunkten, wie es zum Beispiel im Programm Zukunftstechnologien geschehen ist, ist in einer Marktwirtschaft nur so weit und nur so lange legitimiert, als dadurch besondere, auf andere Weise nicht erzielbare Wachstumsimpulse gegeben werden können. Neu auftretende Technologien, wie zum Beispiel die Mikroelektronik oder die Biotechnologie, knüpfen nicht an früheres Wissen an und konfrontieren die Unternehmen mit einem technologischen Bruch. Damit dieser Bruch ohne den Verlust ganzer Wirtschaftszweige und die damit verbundenen sozialen Konflikte gleichwohl rasch bewältigt wird, muß der Staat in einer solchen, vom sonstigen Wettbewerb zwischen einzelnen Firmen grundsätzlich unterschiedlichen Situation Maßnahmen zur Überwindung anbieten.

(D)

Der technische Wandel stellt immer höhere Anforderungen auch an die Handwerksunternehmer und ihre Mitarbeiter. Die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Meister und Gesellen ist deshalb heute wichtiger denn je, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks zu sichern. Dies gilt insbesondere auch für die Aus- und Weiterbildung im Bereich neuer Technologien.

Im Rahmen des Landesprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fördert die Landesregierung Maßnahmen der außerbetrieblichen Ausbildung in Sonderausbildungsgruppen, um dem Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen entgegenzuwirken. Alle Fördermaßnahmen sind von einer positiven Bewertung durch den Verwaltungsausschuß des örtlich zuständigen Arbeitsamtes abhängig. Diese Förderungsvoraussetzung bezweckt, das Angebot an außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen zukunftsorientiert an den Gegebenheiten des regionalen Arbeitsmarktes

- (A) auszurichten, und ersetzt damit das bei außerbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen fehlende Marktregulativ. Die Landesregierung ist der Auffassung, daß auch in Zukunft die Qualität der geplanten Maßnahmen für die Mittelvergabe entscheidend sein muß und nicht die Zugehörigkeit des Antragstellers zu einer bestimmten Trägergruppe.

Auf die Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kann auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden, solange keine anderen arbeitsmarktpolitischen Programme oder Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes zur Verfügung stehen. AB-Maßnahmen sind insbesondere für schwer vermittelbare Arbeitslose der Ausgangspunkt für einen Einstieg bzw. Wiedereinstieg in das Beschäftigungssystem.

Nach § 91 Abs. 2 AFG dürfen nur Arbeiten gefördert werden, die sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden und deren Förderung nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig erscheint. Die Arbeitsverwaltung ist gehalten, diese Voraussetzungen unter Beteiligung der Selbstverwaltungsgremien in jedem einzelnen Förderfall sorgfältig zu überprüfen. Den Selbstverwaltungsausschüssen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Arbeitsämter gehören u. a. auch Vertreter der örtlichen Industrie und des Handwerks an.

- (B) Die Landesregierung ist der Auffassung, daß das hohe Leistungs- und Ausbildungsniveau des deutschen Handwerks durch die Ausnahmegenehmigungspraxis bei der Eintragung in die Handwerksrolle nicht berührt wird. Zum einen berechtigt die Ausnahmegenehmigung nicht zur Ausbildung; hierfür ist eine gesonderte Zuerkennung der fachlichen Eignung zum Ausbilden erforderlich. Zum anderen sind im Rahmen der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung meisterliche Kenntnisse und Fertigkeiten des Antragstellers in dem entsprechenden Handwerk nachzuweisen.

Ausnahmebewilligungen zur Eintragung in die Handwerksrolle sind stets Einzelfallentscheidungen und damit generalisierenden Regelungen nicht zugänglich. Dies gilt auch im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit eines Antragstellers. Die Landesregierung ist allerdings - in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Wirtschaft und den Wirtschaftsressorts der übrigen Länder - der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit eines Antragstellers bei der Erteilung einer Ausnahmebewilligung zur Eintragung in die Handwerksrolle durchaus mitberücksichtigt werden kann. Dabei sind die Gründe der Arbeitslosigkeit ebenso wie die Bewertung der

- (C) Frage, ob eine baldige Wiedereingliederung des Antragstellers in ein abhängiges Arbeitsverhältnis zu erwarten ist, von Bedeutung.

Aufgrund des Konzeptes zur Stärkung der nordrhein-westfälischen Außenwirtschaft, das gemeinsam mit den Einrichtungen der Wirtschaft entwickelt wurde, fördert das Land Auslandsmessebeteiligungen lediglich auf schwierigen Märkten. Dieser Eingrenzung liegt der Gedanke zugrunde, daß der Warenaustausch auf diesen Märkten bei weitem nicht so intensiv ist wie zum Beispiel mit unseren Nachbarländern, mit denen uns in Jahrzehnten gewachsene enge Handelsbeziehungen verbinden.

Die Überlegungen des nordrhein-westfälischen Handwerks, Handwerksbetrieben grundsätzlich auch für eine Teilnahme an Messen im Inland und im benachbarten Ausland eine Förderung zu gewähren, bedürfen einer gründlichen Vorprüfung.

Zu bedenken ist u. a., daß im Inland eine große Zahl von Messen und Ausstellungen stattfindet, an denen auch in erheblichem Umfang kleine und mittlere Aussteller ohne öffentliche Förderung teilnehmen. Wenn hier eine öffentliche Hilfe gewährt würde, könnte diese nicht auf handwerkliche Aussteller beschränkt werden.

Die Landesregierung begrüßt die Initiative der AUMA, der Selbsthilfeorganisation der deutschen Wirtschaft für das Messewesen, zusammen mit den Kammerorganisationen Seminare zu veranstalten, um potentielle und unerfahrene Aussteller an das Messewesen als Markteinstiegchance heranzuführen.

Berichte zur Lage des Handwerks, wie sie von der F.D.P.-Fraktion gefordert werden, werden jährlich vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erstellt. Zuletzt wurde ein Bericht für das Jahr 1986 in der "Statistischen Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 8/87" veröffentlicht.

Darüber hinaus geben die Handwerkskammern des Landes, Banken, Sparkassen und private Unternehmen regelmäßig Lageberichte und Untersuchungen über aktuelle Probleme im Handwerk heraus. Hinzuweisen ist ferner auf die jährlich erscheinende umfangreiche Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung im Handwerk des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen.

Der Informationsbedarf über die Lage des Handwerks wird durch die zahlreichen vorliegenden Veröffentlichungen in ausreichender

(A) Weise erfüllt, und die Erstellung eines zusätzlichen Berichtes ist deshalb nicht erforderlich.

(C)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, daß in Nordrhein-Westfalen der Drang in die Selbständigkeit ungebrochen ist. Das gilt auch für das Handwerk. Dies kommt sicherlich den gemeinsamen Bemühungen um einen Strukturwandel zugute. Eine Selbständigenlücke sieht die Landesregierung nicht. Es kommt vielmehr darauf an, den Gefährdungen, denen Existenzgründer in den ersten Jahren ausgesetzt sind, zu begegnen, damit sie ihren Beitrag zum Strukturwandel, zum Wirtschaftswachstum und zum Arbeitsplatzangebot auch auf Dauer leisten können. Die Handwerksorganisationen bemühen sich hierum in besonderer Weise, und ihnen gilt deshalb unser Dank.

Die Landesregierung steuert ein vielfältiges und attraktives Förderangebot bei. Betriebsvergleiche zeigen, daß leistungsfähige mittelständische Unternehmen auch dann bestehen, wenn die äußeren Bedingungen nicht alle günstig sind. Diese erforderliche Leistungsfähigkeit zu erreichen, ist Risiko und Chance des mittelständischen Unternehmers. Die Landesregierung ist dabei zu partnerschaftlicher Hilfe bereit.

(B)

(D)

- (A) Anlage 5 zu TOP 14 (Förderung des Handwerks) - zu Protokoll gegebene Rede der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie notwendig die Erstellung eines Berichts zur Lage des Handwerks in Nordrhein-Westfalen ist, zeigt unter anderem die heute vorliegende Presseinformation der baugewerblichen Verbände, die darauf aufmerksam macht, daß die Niederländer wieder einmal gegen das EG-Recht verstoßen haben.

Diese Problematik hat in Nordrhein-Westfalen besonders in den grenznahen Gebieten eine besondere Bedeutung. Die deutschen Bauunternehmer und Handwerksbetriebe werden ständig gegenüber holländischen Anbietern benachteiligt.

Im heute publizierten Fall geht es darum, daß deutsche Bewerber bei Ausschreibung eines Gefängnisses in Sittard mit einer Bausumme von 28 Millionen DM abgelehnt worden sind mit dem Kommentar: "Angesichts der deutschen Kriegsvorgänge finden wir es nicht angebracht, daß Deutsche ein Gefängnis in Sittard bauen" - Zitat des Direktors von Westbroek vom niederländischen Reichsgebäudedienst, zuständig für die Errichtung von Staatsgebäuden und öffentlichen Einrichtungen. Er ließ durchblicken, daß in diesem Fall ethische Normen schwerer wiegen als politische und wirtschaftliche.

- (B) Meine Damen und Herren, so darf es am Niederrhein und in anderen betroffenen Gebieten nicht weitergehen. Dieses Land muß sich einmal kritisch mit der Situation der Handwerksbetriebe nicht nur in dieser betroffenen Region, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen.

Sie als Mehrheitsfraktion verlangen von uns Flexibilität und einen schnellen Lernprozeß, aber auf Ihrer Linie. Es wäre sehr schön - und Sie hatten heute genügend Gelegenheit dazu -, wenn Sie diese Anforderungen auch an sich selbst stellen und dies nicht nur von der Opposition verlangen würden.

Das Handwerk hat sich nachweislich verschiedentlich an diese Landesregierung gewandt, um Unterstützung bei der Durchführung verschiedener Aktivitäten zu erhalten. Aber dieses Land ist ja, wie wir wissen, nicht bereit, Prioritäten zu setzen. Ich erinnere an die Diskussion des F.D.P.-Antrages, die Regierung möge den Haushalt zurückziehen und die in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau zu erwartenden Prioritäten einbauen und etatmäßig umsetzen.

- (C) Für dieses Land ist es mehr als traurig, daß der Ministerpräsident von seinem Vorhaben, jetzt im Herbst eine Regierungserklärung abzugeben, abgerückt ist und diese leider erst für das Frühjahr avisiert hat.

Minister Heinemann erklärte in einem Artikel des Deutschen Wirtschaftsblatts, daß das Handwerk unverzichtbar für die Volkswirtschaft in Nordrhein-Westfalen sei. Meine Damen und Herren von der SPD-Mehrheitsfraktion, dann - so meine ich - können Sie etwas für dieses Land tun, indem Sie sich unserem Antrag in den einzelnen Punkten anschließen.

Wir fordern eine Entbürokratisierung, damit die Handwerksbetriebe endlich frei sind von arbeitsintensiven Erhebungen und anderen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Beispiel besonders aufmerksam machen: Augenblicklich laufen Erhebungen, die die Handwerksbetriebe zusätzlich unangemessen belasten. Sie sind nahezu gezwungen, eine gesonderte Kraft für die Erstellung von beispielsweise Energiedaten abzustellen. Hier frage ich die Landesregierung, ob eine solche Festlegung von Arbeitspotential wirklich vonnöten ist.

Wie mein Kollege Hagen Tschoeltsch möchte auch ich noch einmal auf das Thema der Beschäftigungsinitiativen und dabei insbesondere auf die heute präsentierte Vorlage 10/1367 zurückkommen. Wie Sie unserem Antrag entnehmen können, setzen wir uns dafür ein, daß der gut funktionierende Beratungsdienst sowohl der Handwerksorganisationen als auch der Industrie- und Handelskammern die Beratung am Markt durchführt.

Es ist schon erstaunlich, daß der Vorlage 10/1367 "Ziele, Grundsätze und bisherige Ergebnisse der Förderung erwerbswirtschaftlicher Beschäftigungsinitiativen", Herbst 1987, entnommen werden muß, daß auf absehbare Zeit keine Besserung der Situation von arbeitslosen Frauen und Männern zu erwarten ist - ein Resümee, das doch sehr erstaunt, wenn wir bedenken, daß diese Mehrheitsfraktion erwerbswirtschaftliche Beschäftigungsinitiativen weiter fördert. Wir setzen uns dafür ein, daß diese Fördermittel den Handwerksbetrieben zufließen, damit diese neue und mehr Arbeitsplätze schaffen können.

Untersuchungen belegen, daß die Gefährdung von Neugründungen ein außerordentlich hohes Niveau erreicht hat. Von den neu in das Handelsregister eingetragenen Firmen scheidet ein erheblicher Teil innerhalb weniger Jahre wieder aus dem Markt aus, "zumal dann,

(C)

(D)

- (A) wenn sie auf bewährte Organisationsformen verzichten und neue Ziele verwirklichen wollen".

Ich frage mich, ob die Landesregierung mit diesen erwerbswirtschaftlichen Beschäftigungsinitiativen wirklich auf dem richtigen Weg ist.

Wir nehmen dabei zur Kenntnis, daß sehr schnell der Vorwurf und die Befürchtung entstehen, so der Bericht, durch eine Förderung dieses Bereiches (im Rahmen der Arbeitsmarktförderung) zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten traditioneller Betriebe und damit letztlich auch zu Arbeitsplatzverlusten kommen zu können, daß sich dieser Bereich angeblich gewerblicher Aufsicht entziehe und keine Steuern und Sozialabgaben zahle. Das MWMT weist in diesem Zusammenhang interessanterweise darauf hin, daß auf handwerksrechtliche Voraussetzungen geachtet werden müsse. Das ist ja wohl das, was wir als das mindeste verlangen können.

Wenn wir dann weiter lesen können, daß die Zielgruppe der pilotmäßigen Beratungsförderung in den bekannten Arbeitsmarktrezonen vor allen Dingen die Bereiche Handwerk, Handel, Gaststättengewerbe und sonstiges Dienstleistungsgewerbe umfaßt, dann fragen wir uns natürlich, warum diese Beratungsförderung nicht über normale Aktivitäten der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern generell laufen können. Es ist darüber nachzudenken, inwieweit nicht doch diese Beratungsförderung eine Wettbewerbsverzerrung darstellt.

(B)

Aber meine Damen und Herren, wir setzen uns in diesem Zusammenhang auch dafür ein, daß die AB-Maßnahmen der Kommunen sorgfältiger und kritischer im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Markt überprüft werden. Sie belasten nicht nur die ortsansässigen Handwerksbetriebe, sondern insgesamt alle freien Berufe.

Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen und ihn mit uns im Ausschuß im Detail zu beraten, da wir unter anderem der Meinung sind, daß wir für die Beibehaltung der klassischen Meisterprüfung gemeinsam eintreten müssen und daß diese hohe Qualifikation nicht durch generalisierende Regelungen im Rahmen von Ausnahmewilligungen zu Eintragungen in die Handwerksrolle ohne Ablegung der Meisterprüfung ausgehöhlt werden darf. Arbeitslosigkeit kann unseres Erachtens - wie auch in dem Antrag erwähnt - nicht generell als Ausnahmegrund anerkannt werden.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Punkt ist für uns auch zu wissen, inwieweit die Schwarzarbeit das Handwerk in Nordrhein-Westfalen beeinflusst. Allein schon deshalb ist der Bericht zur Lage des Handwerks in Nordrhein-Westfalen von besonderer Bedeutung.

(C)

Die F.D.P.-Fraktion hat mit ihrer Initiative, das Baustellenschild wiederzubeleben, einen sicherlich sehr wichtigen Schritt im Hinblick auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit getan. Helfen kann hierbei auch die Verpflichtung, Sozialversicherungsausweise bindend zu machen, so daß eine klare und transparente Kontrolle machbar wird.

Wir haben heute morgen über den Staatsvertrag gesprochen. Ich möchte mich auch auf diesen Bereich beziehen und von den großen Chancen der Handwerksbetriebe sprechen, die in der Weiterentwicklung der Kommunikations- und Informationstechniken liegen. Mein Appell geht an die Mehrheitsfraktion, eine Programmviefalt möglich zu machen, weil dies auch ein wichtiger Aspekt für den Einstieg des Handwerks in neue Medien sein kann.

Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, wir erwarten im Bericht zur Lage des Handwerks von dieser Landesregierung auch eine klare Information darüber, wie sich die Arbeitsmarktpolitik für Mädchen im Handwerk entwickelt hat. Schon jetzt verquicken einige die Chancen von Mädchen in Männerberufen mit der sogenannten Lückenbückerfunktion. Schon jetzt meinen einige, daß Mädchen nur deshalb stärker gefördert werden sollten, weil sie in einigen Jahren als Facharbeiter unbedingt gebraucht würden.

(D)

Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen, und erwarten eine faire Diskussion unserer Aspekte im zuständigen Ausschuß.

Niederschrift

über die namentliche Abstimmung zu Punkt 6 der Tagesordnung
der 61. Plenarsitzung am 26. November 1987

Betreffend Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 10/2636 -

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung		
		ja	nein	Stimm-ent-haltung			ja	nein	Stimm-ent-haltung
1	Dr. Aderhold SPD	x			22	Burger SPD	entschuldigt		
2	Aigner SPD	x			23	Frau Busch CDU		x	
3	Alt-Küpers SPD	abwesend			24	Champignon SPD	x		
4	Apostel SPD	x			25	Dr. Dammeyer SPD	entschuldigt		
5	Arentz CDU		x		26	Dautzenberg CDU		x	
6	Backes CDU	abwesend			27	Frau Decking-Schwill CDU	entschuldigt		
7	Dr. Beckel CDU		x		28	Denzer SPD	x		
8	Bensmann CDU		x		29	Diegel CDU		x	
9	Dr. Biedenkopf CDU	entschuldigt			30	Doppmeier CDU		x	
10	Blumenberg SPD	x			31	Dorn FDP		x	
11	Böcker SPD	x			32	Drese SPD	x		
12	Böse SPD	x			33	Dreyer CDU		x	
13	Bräuer SPD	x			34	Edelbrock SPD	x		
14	Braun SPD	x			35	Eichhorn SPD	x		
15	Brinkert CDU		x		36	Einert SPD	x		
16	Brock CDU		x		37	Elfring CDU		x	
17	Brodowski SPD	abwesend			38	Evertz CDU	entschuldigt		
18	Brülie SPD	abwesend			39	Faber CDU		x	
19	Dr. Brunemeier SPD	x			40	Dr. Farthmann SPD	x		
20	Frau Brunn SPD	entschuldigt			41	Feldhaus SPD	abwesend		
21	Büssow SPD	x			42	Dr. Fischer CDU	abwesend		
	Sa.:	10	5			Sa.:	7	8	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten		Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten		Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung				ja	nein	Stimm-ent-haltung
43	Frechen	SPD	x			69	Hemmer	SPD	x		
44	Frey	SPD	x			70	Henning	SPD	abwesend		
45	Frau Friebe	SPD	x			71	Hentschel	SPD	x		
46	Frau Garbe	SPD	x			72	Herder	SPD	x		
47	Dr. Gerritz	SPD	x			73	Dr. Heugel	SPD	x		
48	Goldmann	CDU	entschuldigt			74	Frau Hieronymi	CDU		x	
49	Gorlas	SPD	entschuldigt			75	Hilgers	SPD	x		
50	Grätz	SPD	x			76	Hofmann	SPD	x		
51	Gregull	CDU		x		77	Hoof	CDU	abwesend		
52	Greverer	SPD	x			78	Hovest	SPD	x		
53	Guttenberger	SPD	x			79	Frau Hüls	CDU	abwesend		
54	Dr. Haak	SPD	abwesend			80	Hunger	SPD	entschuldigt		
55	van Hall	CDU	abwesend			81	Jaax	SPD	abwesend		
56	Harbich	CDU		x		82	Jacobs	CDU		x	
57	Hardt	CDU		x		83	Jäcker	CDU		x	
58	Harms	SPD	x			84	Jaeger	CDU		x	
59	Heckelmann	SPD	x			85	Jankowski	SPD	x		
60	Frau Heemann	SPD	x			86	Jansen	SPD	x		
61	Hegemann	CDU		x		87	Jentsch	SPD	x		
62	Heidtmann	SPD	x			88	Dr. Jochimsen	SPD	entschuldigt		
63	Dr. Heimes	CDU		x		89	Kamp	SPD	x		
64	Heinemann, Herrmann	SPD	x			90	Kampmann	CDU	entschuldigt		
65	Heinemann, Manfred	CDU		x		91	Kempken	CDU	abwesend		
66	Dr. Heinemann, Peter	SPD	entschuldigt			92	Kenn	SPD	x		
67	Hellwig	SPD	x			93	Kern	SPD	x		
68	Hemker	SPD	abwesend			94	Kirstein	CDU	abwesend		
	Sa.:		14	6			Sa.:		13	4	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung		
		ja	nein	Stimm-ent-haltung			ja	nein	Stimm-ent-haltung
95	Dr. Klose CDU		x		121	Frau Matthäus CDU		x	
96	Klütsch SPD	abwesend			122	Matthiesen SPD	x		
97	Knefelkamp CDU		x		123	Mayer, Manfred SPD	x		
98	Kniola SPD	x			124	Mernizka SPD	x		
99	Knipschild CDU		x		125	Meuffels CDU		x	
100	Dr. Kraft SPD	x			126	Meyer, Friedrich FDP	abwesend		
101	Kramps SPD	entschuldigt			127	Meyer zur Heide SPD	x		
102	Frau Kraus SPD	x			128	Mietz CDU		x	
103	Krebs CDU	abwesend			129	Mohr CDU	abwesend		
104	Kröhan SPD	x			130	Frau Morawietz SPD	x		
105	Dr. Krumsiek SPD	x			131	Moritz SPD	abwesend		
106	Kruse CDU		x		132	Müller, Gerd SPD	x		
107	Kuckart CDU		x		133	Müller, Hagen SPD	x		
108	Kuhl FDP		x		134	Müller, Helmut SPD	x		
109	Kupski SPD	x			135	Nagel CDU		x	
110	Kuschke SPD	x			136	Neuhaus CDU		x	
111	Frau Larisika-Ulmke FDP		x		137	Frau Oel CDU		x	
112	Frau Lauer SPD	x			138	Ottlinger SPD	x		
113	Leifert CDU		x		139	Paus CDU		x	
114	Dr. Lichtenberg CDU		x		140	Pfänder SPD	x		
115	Lieven CDU		x		141	Pflug SPD	x		
116	Lindner CDU		x		142	Frau Philipp CDU		x	
117	Dr. Linssen CDU		x		143	Dr. Pohl CDU		x	
118	Litterscheid CDU		x		144	Pohlmann SPD	x		
119	Lüke CDU		x		145	Dr. Posdorf CDU		x	
120	Marmulla SPD	entschuldigt			146	Dr. Posser SPD	x		
	Sa.:	8	14			Sa.:	13	10	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten		Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten		Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung				ja	nein	Stimm-ent-haltung
147	Poulheim	SPD	x			173	van Schewick	CDU	abwesend		
148	Püll	CDU		x		174	Schleußer	SPD	x		
149	Radtke	SPD	x			175	Schlotmann	CDU		x	
150	Dr. Rau	SPD	entschuldigt			176	Schmidt	SPD	x		
151	Frau Rauterkus	SPD	x			177	Schnepel	SPD	x		
152	Reichel	FDP	abwesend			178	Dr. Schnoor	SPD	entschuldigt		
153	Reinhard	SPD	x			179	Schreiber	SPD	x		
154	Retz	SPD	entschuldigt			180	Schröder	CDU	abwesend		
155	Reul	CDU		x		181	Schultheis	SPD	x		
156	Reymann	SPD	abwesend			182	Schultz	SPD	x		
157	Frau Ridder-Melchers	SPD	entschuldigt			183	Schultz-Tornau	FDP		x	
158	Riehemann	CDU	entschuldigt			184	Schumacher, Robert	SPD	x		
159	Dr. Riemer	FDP		x		185	Schumacher, Werner	CDU	abwesend		
160	Ripkens	CDU	abwesend			186	Schwier	SPD	x		
161	Riscop	CDU		x		187	Schwirtz	SPD	x		
162	Frau Robels	CDU	abwesend			188	Sieg	SPD	entschuldigt		
163	Dr. Rohde	FDP		x		189	Frau Siepenkothen	CDU		x	
164	Rohe	SPD	x			190	Skorzak	CDU		x	
165	Rüsenberg	CDU		x		191	Soénius	CDU		x	
166	Ruppert	FDP		x		192	Sommerfeld	SPD	x		
167	Rusche	SPD	x			193	Sondermann	SPD	x		
168	Dr. Sanßen	CDU	abwesend			194	Frau Speth	SPD	x		
169	Frau Sauré	CDU		x		195	Stallmann	CDU		x	
170	Schauerte	CDU		x		196	Steinkühler	SPD	x		
171	Schaufuß	SPD	abwesend			197	Stevens	SPD	x		
172	Dr. Schaumann	FDP		x		198	Strehl	SPD	x		
		Sa.:	6	10				Sa.:	15	6	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung		
		ja	nein	Stimm-ent-haltung			ja	nein	Stimm-ent-haltung
199	Strothmann CDU		x		225	Wolf SPD	x		
200	Stüber SPD	x			226	Dr. Worms CDU		x	
201	Stump CDU	abwesend			227	Dr. Zöpel SPD	x		
202	Frau Thoben CDU		x						
203	Frau Thomann-Stahl FDP		x						
204	Thulke SPD	x							
205	Trabalski SPD	x							
206	Trinius SPD	x							
207	Tschoeltsch FDP		x						
208	von Unger CDU	entschuldigt							
209	Frau Versteegen CDU		x						
210	Voetmann CDU	abwesend							
211	Vorpeil SPD	x							
212	Wagner CDU		x						
213	Walsken SPD	x							
214	Watzke CDU		x						
215	Weiss CDU	abwesend							
216	Wendzinski SPD	x							
217	Wessel SPD	x							
218	Westermann SPD	x							
219	Wickel FDP		x						
220	Wilde CDU	abwesend							
221	Wilmbusse SPD	x							
222	Winkels SPD	x							
223	Frau Witteler-Koch FDP		x						
224	Frau Woldering CDU		x						
	Sa.:	11	10			Sa.:	2	1	

ERGEBNIS**Anlage 6**

Seite		Ja	Nein	Stimmenthaltung	Summe
1	links	10	5		15
	rechts	7	8		15
2	links	14	6		20
	rechts	13	4		17
3	links	8	14		22
	rechts	13	10		23
4	links	6	10		16
	rechts	15	6		21
5	links	11	10		21
	rechts	2	1		3
Gesamtsumme		99	74		173

Unterschrift des Schriftführers

Niederschrift

über die namentliche Abstimmung zu Punkt 6 der Tagesordnung

der 61. Plenarsitzung am 26. November 1987

Betreffend Antrag der Fraktionen der CDU und F.D.P.

- Drucksache 10/2566 Neudruck -

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung		
		ja	nein	Stimm-ent-haltung			ja	nein	Stimm-ent-haltung
1	Dr. Aderhold SPD		x		22	Burger SPD	entschuldigt		
2	Aigner SPD		x		23	Frau Busch CDU	x		
3	Alt-Küpers SPD	abwesend			24	Champignon SPD		x	
4	Apostel SPD		x		25	Dr. Dammeyer SPD	entschuldigt		
5	Arentz CDU	x			26	Dautzenberg CDU	x		
6	Backes CDU	abwesend			27	Frau Decking-Schwill CDU	entschuldigt		
7	Dr. Beckel CDU	x			28	Denzer SPD		x	
8	Bensmann CDU	x			29	Diegel CDU	x		
9	Dr. Biedenkopf CDU	entschuldigt			30	Doppmeier CDU	x		
10	Blumenberg SPD		x		31	Dorn FDP	x		
11	Böcker SPD		x		32	Drese SPD		x	
12	Böse SPD		x		33	Dreyer CDU	x		
13	Bräuer SPD		x		34	Edelbrock SPD		x	
14	Braun SPD		x		35	Eichhorn SPD		x	
15	Brinkert CDU	x			36	Einert SPD		x	
16	Brock CDU	x			37	Elfring CDU	x		
17	Brodowski SPD	abwesend			38	Evertz CDU	entschuldigt		
18	Brülle SPD	abwesend			39	Faber CDU	x		
19	Dr. Brunemeier SPD		x		40	Dr. Farthmann SPD		x	
20	Frau Brunn SPD	entschuldigt			41	Feldhaus SPD	abwesend		
21	Büssow SPD		x		42	Dr. Fischer CDU	abwesend		
	Sa.:	5	10			Sa.:	8	7	

Anlage 7

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung		
		ja	nein	Stimm-ent-haltung			ja	nein	Stimm-ent-haltung
43	Frechen SPD		x		69	Hemmer SPD		x	
44	Frey SPD		x		70	Henning SPD	abwesend		
45	Frau Friebe SPD		x		71	Hentschel SPD		x	
46	Frau Garbe SPD		x		72	Herder SPD		x	
47	Dr. Gerritz SPD		x		73	Dr. Heugel SPD		x	
48	Goldmann CDU	entschuldigt			74	Frau Hieronymi CDU	x		
49	Gorlas SPD	entschuldigt			75	Hilgers SPD		x	
50	Grätz SPD		x		76	Hofmann SPD		x	
51	Gregull CDU	x			77	Hoof CDU	abwesend		
52	Grevener SPD		x		78	Hovest SPD		x	
53	Guttenberger SPD		x		79	Frau Hüls CDU	abwesend		
54	Dr. Haak SPD	abwesend			80	Hunger SPD	entschuldigt		
55	van Hall CDU	abwesend			81	Jaax SPD	abwesend		
56	Harbich CDU	x			82	Jacobs CDU	x		
57	Hardt CDU	x			83	Jäcker CDU	x		
58	Harms SPD		x		84	Jaeger CDU	x		
59	Heckelmann SPD		x		85	Jankowski SPD		x	
60	Frau Heemann SPD		x		86	Jansen SPD	abwesend		
61	Hegemann CDU	x			87	Jentsch SPD		x	
62	Heidtmann SPD		x		88	Dr. Jochimsen SPD	entschuldigt		
63	Dr. Heimes CDU	x			89	Kamp SPD		x	
64	Heinemann, Herrmann SPD		x		90	Kampmann CDU	entschuldigt		
65	Heinemann, Manfred CDU	x			91	Kempken CDU	abwesend		
66	Dr. Heinemann, Peter SPD	entschuldigt			92	Kenn SPD		x	
67	Helwig SPD		x		93	Kern SPD		x	
68	Hemker SPD	abwesend			94	Kirstein CDU	abwesend		
	Sa.:	6	14			Sa.:	4	12	

Anlage 7

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten		Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten		Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung				ja	nein	Stimm-ent-haltung
95	Dr. Klose	CDU	x			121	Frau Matthäus	CDU	x		
96	Klütsch	SPD	abwesend			122	Matthiesen	SPD		x	
97	Knefelkamp	CDU	x			123	Mayer, Manfred	SPD		x	
98	Kniola	SPD		x		124	Mernizka	SPD		x	
99	Knipschild	CDU	x			125	Meuffels	CDU	x		
100	Dr. Kraft	SPD		x		126	Meyer, Friedrich	FDP	abwesend		
101	Kramps	SPD	abwesend			127	Meyer zur Heide	SPD		x	
102	Frau Kraus	SPD		x		128	Mietz	CDU	x		
103	Krebs	CDU	abwesend			129	Mohr	CDU	abwesend		
104	Kröhan	SPD		x		130	Frau Morawietz	SPD		x	
105	Dr. Krumsiek	SPD		x		131	Moritz	SPD	abwesend		
106	Kruse	CDU	x			132	Müller, Gerd	SPD		x	
107	Kuckart	CDU	x			133	Müller, Hagen	SPD		x	
108	Kuhl	FDP	x			134	Müller, Helmut	SPD		x	
109	Kupski	SPD		x		135	Nagel	CDU	x		
110	Kuschke	SPD		x		136	Neuhaus	CDU	x		
111	Frau Larisika-Ulmke	FDP	x			137	Frau Oel	CDU	x		
112	Frau Lauer	SPD		x		138	Ottlinger	SPD		x	
113	Leifert	CDU	x			139	Paus	CDU	x		
114	Dr. Lichtenberg	CDU	x			140	Pfänder	SPD		x	
115	Lieven	CDU	x			141	Pflug	SPD		x	
116	Lindner	CDU	x			142	Frau Philipp	CDU	x		
117	Dr. Linssen	CDU	x			143	Dr. Pohl	CDU	x		
118	Litterscheid	CDU	x			144	Pohlmann	SPD		x	
119	Lüke	CDU	x			145	Dr. Posdorf	CDU	x		
120	Marmulla	SPD	entschuldigt			146	Dr. Posser	SPD		x	
		Sa.:	14	8				Sa.:	10	13	

Anlage 7

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten		Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten		Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung				ja	nein	Stimm-ent-haltung
147	Poulheim	SPD		x		173	van Schewick	CDU	abwesend		
148	Püll	CDU	x			174	Schleußer	SPD		x	
149	Radtke	SPD		x		175	Schlotmann	CDU	x		
150	Dr. Rau	SPD	entschuldigt			176	Schmidt	SPD		x	
151	Frau Rauterkus	SPD		x		177	Schnepel	SPD		x	
152	Reichel	FDP	abwesend			178	Dr. Schnoor	SPD	entschuldigt		
153	Reinhard	SPD		x		179	Schreiber	SPD		x	
154	Retz	SPD	entschuldigt			180	Schröder	CDU	abwesend		
155	Reul	CDU	x			181	Schultheis	SPD		x	
156	Reymann	SPD	abwesend			182	Schultz	SPD		x	
157	Frau Ridder-Melchers	SPD	entschuldigt			183	Schultz-Tornau	FDP	x		
158	Riehemann	CDU	entschuldigt			184	Schumacher, Robert	SPD		x	
159	Dr. Riemer	FDP	x			185	Schumacher, Werner	CDU	abwesend		
160	Ripkens	CDU	abwesend			186	Schwier	SPD		x	
161	Riscop	CDU	x			187	Schwirtz	SPD		x	
162	Frau Robels	CDU	abwesend			188	Sieg	SPD	entschuldigt		
163	Dr. Rohde	FDP	x			189	Frau Siepenkothen	CDU	x		
164	Rohe	SPD		x		190	Skorzak	CDU	x		
165	Rüsenberg	CDU	x			191	Soénius	CDU	x		
166	Ruppert	FDP	x			192	Sommerfeld	SPD		x	
167	Rusche	SPD		x		193	Sondermann	SPD		x	
168	Dr. Sanden	CDU	abwesend			194	Frau Speth	SPD		x	
169	Frau Sauré	CDU	x			195	Stallmann	CDU	x		
170	Schauerte	CDU	x			196	Steinkühler	SPD		x	
171	Schaufuß	SPD	abwesend			197	Stevens	SPD		x	
172	Dr. Schaumann	FDP	x			198	Strehl	SPD		x	
		Sa.:	10	6				Sa.:	6	15	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung			Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Abstimmung		
		ja	nein	Stimm-ent-haltung			ja	nein	Stimm-ent-haltung
199	Strothmann CDU	x			225	Wolf SPD		x	
200	Stüber SPD		x		226	Dr. Worms CDU	x		
201	Stump CDU	abwesend			227	Dr. Zöpel SPD	abwesend		
202	Frau Thoben CDU	x							
203	Frau Thomann-Stahl FDP	x							
204	Thulke SPD		x						
205	Trabalski SPD		x						
206	Trinius SPD		x						
207	Tschoeltsch FDP	x							
208	von Unger CDU	entschuldigt							
209	Frau Versteegen CDU	x							
210	Voetmann CDU	abwesend							
211	Vorpeil SPD		x						
212	Wagner CDU	x							
213	Walsken SPD		x						
214	Watzke CDU	x							
215	Weiss CDU	abwesend							
216	Wendzinski SPD		x						
217	Wessel SPD		x						
218	Westermann SPD		x						
219	Wickel FDP	x							
220	Wilde CDU	abwesend							
221	Wilmbusse SPD		x						
222	Winkels SPD		x						
223	Frau Witteler-Koch FDP	x							
224	Frau Woldering CDU	x							
	Sa.:	10	11			Sa.:	1	1	

ERGEBNIS

Anlage 7

Seite	Ja	Nein	Stimmenthaltung	Summe
1 links	5	10		15
1 rechts	8	7		15
2 links	6	14		20
2 rechts	4	12		16
3 links	14	8		22
3 rechts	10	13		23
4 links	10	6		16
4 rechts	6	15		21
5 links	10	11		21
5 rechts	1	1		2
Gesamtsumme	74	97		171

Unterschrift des Schriftführers